

Ch. pr.
499^g.

Marezoll

R

Lehrbuch
des
Naturrechts

von

D. Theodor Marezoll,
ordentlichem Professor der Rechte in Gießen.

Gießen, 1819.

Bei Georg Friedrich Heyer.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

V o r r e d e.

Das Naturrecht ist von jeher so verschieden behandelt worden, selbst die Grundansichten von dem, was man darunter verstand, treffen so wenig zusammen, daß es wohl sehr begreiflich ist, wie immer noch neue Bücher aller Art darüber erscheinen. Es ist noch vieles zu thun übrig, damit die philosophische Behandlung des Rechtes nicht neben der historischen, die erst in den neuesten Zeiten, trotz mancher Anfechtung, einen neuen Schwung bekommen, als vernachlässigt da stehe.

Der Zweck dieses Buches kündigt sich schon im Titel an. Es soll sein ein Lehrbuch zum Gebrauche bei Vorlesungen. Der Verfasser gieng daher mehr auf Begründung richtiger, als auf Darstellung neuer Ideen aus, wenn ihm nicht letztere auch die richtigeren schienen. Was seine Ansicht vom Naturrechte sei, hat er im Lehrbuche selbst hinreichend angegeben.

Was aber die Ausführung betrifft, so hat darauf der Umstand Einfluß gehabt, daß der Verfasser wußte, er werde seine Vorlesungen über das Naturrecht zum Theil auch vor solchen Zuhörern halten, die ihren juristischen Coursus erst anfangen, oder nicht zunächst der Rechtswissenschaft sich zu widmen gedenken. So wahr es übrigens auf der einen Seite ist, daß es manche Vortheile gewährt, wenn die Philosophie des Rechtes den positiven Rechtskenntnissen erst nachfolgt, so

hat es doch auf der andern Seite wieder viel für sich, daß der angehende Jurist gleich Anfangs, noch ehe sein Urtheil durch manche Sätze des positiven Rechtes befangen ist, vor Einseitigkeit und Vorurtheilen gewarnt, und mit den philosophischen Ansichten über Nothwendigkeit und Möglichkeit des Staates und der hauptsächlichsten Einrichtungen im Staate bekannt gemacht werde.

Da in den Vorlesungen über die meisten Theile des öffentlichen Rechtes, selbst wenn sie als historische und dogmatische angekündigt werden, gewöhnlich auch sehr viele philosophische Untersuchungen vorkommen, zum Theil schon aus Noth, weil das Positive nicht ausreicht, während der Stoff und die Masse bei dem Privatrechte meist alle philosophische Prüfung ausschließt: so rechtfertigt sich dadurch auch wohl die scheinbare Unverhältnißmäßigkeit im Buche, daß sich

VI

bei weitem der grössere Theil mit dem
Privatrechte beschäftigt.

Giessen im März 1819.

Inhaltsanzeige.

Einleitung.

Begriff, Zweck und Geschichte der Rechtsphilosophie. §. 1 — 27.

ERSTES BUCH.

Vom Rechte und Staate überhaupt.

Erstes Capitel.

Von der Nothwendigkeit eines rechtlichen Zustandes. §. 27 — 39.

Zweites Capitel.

Von der Möglichkeit und Wirklichkeit des rechtlichen Zustandes. §. 40 — 66.

Drittes Capitel.

Von dem Gegenstande des Rechtes. §. 67 — 85.

Viertes Capitel.

Von der Bildung des positiven Rechtes und dessen Verhältnisse zum Naturrechte.

§. 86 — 104.

ZWEITES BUCH.

Vom Privatrechte.

Erstes Capitel.

Von der Rechtsfähigkeit überhaupt, oder von den allgemeinen Bedingungen, unter welchen der Staat Rechte anerkennt. §. 105—142.

Zweites Capitel.

In wie fern und mit welchen Wirkungen hat der Staat die Familienverhältnisse anzuerkennen? §. 143 — 174.

Drittes Capitel.

Von dem Vermögensrechte. §. 175 — 255.

Viertes Capitel.

Vom Erbrechte, oder wie hat der Staat die, durch den Tod erledigten Rechtsverhältnisse seiner Bürger anzuordnen? §. 256—270.

DRITTES BUCH.

Vom öffentlichen Rechte. §. 271 bis zum Ende.

Einleitung.

Begriff, Zweck und Geschichte der Rechtsphilosophie.

I.

§. 1.

Ethik im allgemeineren Sinne der Alten, der Physik entgegengesetzt, betrachtet den Menschen in seiner charakteristischen Eigenschaft als vernünftiges Wesen. Denn als solches hat er Freiheit des Willens. Als sinnliches Wesen ist er zwar sinnlichen Trieben und Neigungen, die ihn zu Aeusserungen seiner Kraft antreiben, unterworfen; aber als Vernunftwesen hat er Fähigkeit frei zu handeln d.h. sich unabhängig von sinnlichen Neigungen, durch bloße Vorstellungen der Vernunft, zu Aeusserungen seiner Kraft zu bestimmen. Er begehrt und will zwar,

aber der Grund seines Begehrens und Wollens liegt nicht nothwendig im begehrtten Objecte, sondern, vermöge der Vernunft, im begehrenden Subjecte selbst. Dieser freie Wille erscheint als Willkühr durch das Bewußtsein des Handelnden, daß sein Wille eine andere Richtung hätte nehmen können.

§. 2.

In wie weit die Handlungsfreiheit des Menschen, der Vernunft gemäß, sich beschränken muß, in wie fern also derselbe etwas soll oder nicht darf, darüber stellt die Ethik imperative Regeln der Nothwendigkeit auf, Freiheitsgesetze, practische Gesetze.

§. 3.

Wie jede Regel der Nothwendigkeit, so setzt auch das Freiheitsgesetz einen Zwang voraus, wodurch eben die Nothwendigkeit bewirkt werde. In dieser Rücksicht zerfällt die Ethik in zwey Theile. Die Moral, Ethik im engern Sinne der Neuern, beschäftigt sich mit dem inneren Freiheitsgesetze, dem s. g. Sittengesetze, dessen Nothwendigkeit bloß auf innerem Zwange durch das moralische Bewußtsein des Handelnden,

das Gewissen, beruht. Die Rechtslehre hat zum Gegenstande die äusseren Freiheitsgesetze, deren Nothwendigkeit zugleich durch einen äusseren Zwang, ein schon in der Aussenwelt gegen alle dem Freiheitsgesetze entgegenstrebende Handlungen organisirtes Hinderniss, begründet sein sollte. Dazu bedarf es aber auch eines äusseren sichtbaren Richters, der den Zwang handhabt; auch sind nur äussere Handlungen möglicherweise diesem Zwange unterworfen. Vor dem Rechtsgesetze giebt es daher viele indifferente Handlungen, vor dem Moralgesetze keine.

§. 4.

Rechtslehre und Moral sind blos durch das sinnlich vernünftige Bedürfniss der Menschen getrennte Theile ursprünglich einer und derselben Wissenschaft, der Ethik. Beide entspringen aus derselben practischen Vernunft, sind daher mehr wie integrirende Theile eines Ganzen, als wie Gegensätze zu betrachten. Aber eben deshalb ist die Grenze hier oft so schwankend. Dennoch ist nur durch möglichst strenge Scheidung dieser beiden Theile der Ethik, eine eigene Wissenschaft der Rechtslehre aufzustellen.

Die Rechtslehre beschäftigt sich im Allgemeinen mit denjenigen menschlichen Handlungen, für welche eine äussere Freiheits - Gesetzgebung möglich und nothwendig ist. Betrachtet man nun eine solche äussere Gesetzgebung rein historisch, als die Thatsache ihrer Existenz in der Wirklichkeit referirend, so entsteht der Begriff des positiven Rechtes. Stellt man dagegen blos philosophische Speculationen an, die es zum Bewusstsein bringen sollen, dass überhaupt ein Rechtszustand nothwendig sei, und wie derselbe, den Forderungen der Vernunft gemäfs, organisirt werden müsse oder könne, so entsteht der Begriff einer Philosophie des Rechts. Der Name Naturrecht hierfür ist zwar in so fern ganz passend, als die Forderungen der Vernunft immer mit denen der physischen und geistigen Natur des Menschen übereinstimmen müssen. Aber zweideutig und schwankend ist der Ausdruck Naturrecht in anderer Rücksicht. Denn, obgleich die philosophische Behandlung dessen, was man Recht nennt, in verschiedenen Zeiten, zu verschiedenen Ansichten und Resultaten gelangte, so behielt man dennoch, bei dem jedes-

maligen höheren oder niedrigeren Standpuncte der Philosophie, immer den Namen Naturrecht bei, ohne rückwärts aufzuhören, ihn in den früheren Bedeutungen fortzugebrauchen. S. die Geschichte des Naturrechts.

§. 6.

Die Philosophie des Rechts hat eine doppelte Aufgabe zu lösen. Erstens, die Nothwendigkeit einer äusseren Gesetzgebung für das Recht und ihren Umfang aus der vernünftigen menschlichen Natur zu entwickeln. Zweitens, zu zeigen, in wie weit ein solcher vollkommener, rechtlicher Zustand unter sinnlich vernünftigen Menschen möglicherweise sich realisiren lasse.

§. 7.

Zu diesem Zwecke ist zwar durch philosophische Speculation ein Ideal einer äusseren Rechtsgesetzgebung zu suchen und aufzustellen; aber mit steter Berücksichtigung anthropologischer und geschichtlicher Erfahrungen. Jener, weil die praktische Vernunft, welcher der Rechtszustand entsprechen soll, nicht über die Grenzen der menschlichen sinnlichen Natur hinausschreiten darf, ohne

sich selbst zu zerstören. Denn das im Menschen waltende doppelte Prinzip, das sinnliche und das vernünftige, kann nur in dem richtigen Verhältnisse zu einander bestehend, den hohen Zweck der menschlichen Eigenthümlichkeit völlig erreichen. Nur veredelt durch die vorherrschende Vernunft, nicht ganz unterdrückt sollen die sinnlichen Triebe werden. Ohne genaue Kenntniss der menschlichen Natur, lassen sich daher weder ihre Bedürfnisse in rechtlicher Hinsicht, noch die Mittel zu ihrer Befriedigung, mit Sicherheit auffinden. *)

§. 8.

Die historisch rechtlichen Erfahrungen, das Studium einzelner, wichtiger, positiver Rechte dienen zur Prüfung der philosophischen Speculationen. Denn theils sind positive Rechte schon als allgemein gebilligte, anerkannte und ausge-

*) Dies ist es, was HUGO im Lehrbuche des Naturrechts, 3te Auflage von §. 39 — §. 128 unter dem passenden Namen einer juristischen Anthropologie vorträgt. Denn nicht alles, was in anderer Rücksicht anthropologisch wichtig ist, hat zunächst auch auf das rechtliche Bedürfnis des Menschen wesentlichen Einfluss, sondern nur diejenigen Erscheinungen der sinnlichen und vernünftigen Natur, aus denen sich der staatsbürgerliche Character entwickeln soll.

sprochene Rechtsansichten ganzer Zeitalter, und der ersten Männer im Staate lehrreich, theils bringt diese historische Rechtskunde uns erst zum klaren Bewusstsein unseres eigenen oder eines fremden Rechtszustandes, den wir zu beurtheilen und zu veredeln haben. Endlich kann auch nur geschichtliche Erfahrung den Resultaten unserer Menschenkenntniss hinreichende, bestätigende Sicherheit geben, dass weder die zu hoch strebende Speculation, nach einer sehr gewöhnlichen menschlichen Täuschung, sich über alle historische Erfahrung hinaussetze und dann in der Realisirung unüberwindlichen Hindernissen begegne, noch die zu ängstliche, in der nächsten Gegenwart befangene Speculation an der Möglichkeit selbst dessen zweifle, was schon die Geschichte längst bewährt hat.

§. 9.

Aus einer solchen philosophisch historischen Behandlung des Rechtes wird sich sehr bald und leicht ergeben, wie zwar in gewissen Hauptpuncten auch die verschiedensten positiven Rechte mit einander und alle mit den Forderungen der Vernunft zusammentreffen; denn die vernünftige Natur des Menschen lässt sich

nie ganz durch die Sinnlichkeit unterdrücken. Aber daneben findet sich auch in der Erfahrung viel vernunftwidriges und mangelhaftes, weil die menschliche Erkenntniß durch Gewohnheit und Vorurtheil sich leicht zum Irrthume wendet, besonders aber, weil Egoismus und sinnliche Beweggründe häufig, als unüberwindliches Hinderniß, der Ausführung selbst des als wahr und vernünftig erkann-ten sich entgegenstellen.

II.

§. 10.

Je weniger Grundsätze von allgemeiner Vernunftmäßigkeit sich in der Erfahrung bei dem rechtlichen Zustande der Menschen geltend vorfinden, je häufiger und verschiedenartiger die positiven Rechte sich vom Ideale des vollkommenen, nach KANT, peremptorischen Rechtszustandes entfernen, desto dringender ist das Bedürfniß einer vermittelnden Philosophie des Rechts. Sie hat selbst da zu wirken, wo die im vorigen §. angeführten Hindernisse, unter gegebenen Umständen, die Ausführung des peremptorisch rechtlichen unmöglich machen. Denn, da die Vernunft dem Ziele der Vollkom-

menheit, auch dem unerreichbaren, doch immer mehr sich zu nähern streben muß, so ist auch die Frage practisch wichtig: welche von verschiedenen Rechtsansichten, die alle nicht peremptorisch, sondern nur provisorisch sind, dem völlig Vernunftgemäßen am meisten sich nähert, um so lange als Surrogat desselben substituiert zu werden, bis die, dem peremptorischen Rechte entgegenstehenden Hindernisse wegfallen?

§. 11.

So ergiebt sich ein mehrfacher Nutzen der Rechtsphilosophie.

1. Es muß für jeden denkenden Menschen von allgemeinem Interesse sein, zu erfahren, ob das Recht bloß zufälligen Umständen seinen Ursprung verdanke, oder ob es schon in der menschlichen vernünftigen Natur fest begründet liege. Einem bloßen Producte des Zufalls könnten wir uns, ohne Verletzung unserer Würde, nicht unterwerfen.

2. Für den Rechtsgelehrten wird nur durch Philosophie, in Verbindung mit der Geschichte des Rechts, die ganze Jurisprudenz erst zur wahren Wissenschaft erhoben, und mit allen übrigen Theilen des menschlichen Wissens, die durch Phi-

Philosophie und Geschichte, als ein Ganzes zusammenhängen, verbunden.

3. Wenn zwischen dem positiven Rechte und der Idee vom Rechte, wie die Vernunft sie aufstellt, ein Zusammenhang Statt findet (und dieser läßt sich auch bei dem unvollkommensten positiven Rechte nachweisen, s. § 9.) so kann nur durch Philosophie der Jurist auf den Standpunct gelangen, von dem aus er den wahren Sinn und Geist des positiven Rechtes auffassen, überhaupt seine ganze Wissenschaft ohne Einseitigkeit beurtheilen kann. Er wird dann vor den Vorurtheilen seines Zeitalters bewahrt, daß er weder das einmal bestehende Recht, bloß deshalb, für einzig und zu jeder Zeit nothwendig, noch das zufälligerweise nicht positiv geltende für rechtlich unmöglich halte. *) Eine

*) Wie leicht auch sonst besonnene Beurtheilung sich auf diese Weise besangen läßt, lehrt die Erfahrung aller positiven Rechte. Selbst Platon, der sich über so manches Positive, was sein Zeitalter für durchaus rechtlich nothwendig hielt, mit überlegenem Geiste hinaussetzte, konnte sich dennoch nicht von der Unvollkommenheit des, freilich ins griechische bürgerliche Leben tief verwachsenen Institutes der Privatslaverey überzeugen. Auch bei den verschiedenen Modificationen desselben Rechtsinstitutes, deren man bald nur die eine, bald nur die andere, bald beide zusammen für rechtlich möglich, oder gar nothwendig gehalten hat, zeigt sich diese Einseitigkeit deutlich.

Einseitigkeit, die alle Annäherung zum Ziele der Vollkommenheit hindern würde.

§. 12.

4. Auch als Geschäftsmann kann der Jurist Rechtsphilosophie nicht entbehren. Er braucht sie nicht bloß zum richtigen Verstehen, Erklären und Anwenden des vorhandenen positiven Rechtes, sondern auch vorzüglich dann, wann er entweder bei ganzen, neuen Legislationen, oder Revisionen der alten, oder bei einzelnen Gesetzesvorschlägen thätig mitwirken soll. Sonst wird er in unzählige Irrthümer gerathen, die eben hier sehr gefährlich wirken können. *)

5. Der oft gerügte, scheinbare Widerstreit zwischen Moral und Recht wird nur durch philosophisches Auffassen des wahren Verhältnisses beider' gehoben. Der Rechtsgelehrte, sei er Gesetzgeber, Richter oder Advocat, ist bei Aufstellung oder Anwendung von manchen Rechtsätzen, die offenbar nicht ganz der Vernunft gemäß sind, gegen alle Gewissens-

*) In wie fern der Richter als solcher, zur Aus-
hülfe des Positiven, sich des Naturrechts be-
dienen könne, davon unten bei der Bildung des
Rechtes.

serupel gesichert. Denn die Rechtsphilosophie lehrt, daß auch der unvollkommene Rechtszustand, so lange Hindernisse dem vollkommenen entgegenstehn, durchaus nothwendig und heilsam ist, daß es Gewissenspflicht ist, sich ihm zu unterwerfen. Damit kann sich auch jeder andere beruhigen, der im einzelnen Falle mit dem positiven Rechte unzufrieden ist.

Anmerkung. Das philosophische Prüfen, auch wohl Bezweifeln so mancher allgemein anerkannter Rechtsgrundsätze wird, an und für sich allein, ebenso wenig den moralischen und bürgerlichen Character verderben, als philosophische Moral und freie Prüfung religiöser Gegenstände nothwendig zum Atheismus führt.

III.

*Grundzüge zu einer Geschichte der
Philosophie des Rechts. *)*

§. 13.

Als Gegenstand des menschlichen Denkens ist sie sehr alt; jede äussere Gesetzgebung und Staatsverfassung enthält die Spuren einer angewandten Rechtsphilosophie. Aber erst mit fortschreitender Cultur kommt der Mensch zum klaren, philosophischen Bewusstsein des Rechtszustandes, noch später zur philosophischen Speculation über denselben. Besonders wo das positive Recht, in Form eines unmittelbaren Gebotes Gottes erscheinend, einen Theil der Staatsreligion ausmacht, oder wo ein Volk für sein eigenthümliches positives Recht, als für das vollkommenste, sehr eingenommen ist, da gedeiht die Rechtsphilosophie wenig; denn diese wollen nicht, jene

*) Die Litteratur der Geschichte des Naturrechts findet sich bei Gros Lehrb. des Naturrechts. S. 38. 39. Auszuzeichnen sind die kurzen Ausführungen bei Hugo im Lehrb. des Naturrechts 3te Aufl. §. 8 — 32 und Schulze Leitfaden der Entwicklung der philosophischen Prinzipien des bürgerlichen und peinlichen Rechts. Götting. 1813. §. 1 — 21. der Einleitung.

dürfen nicht an der allgemeinen, objectiven Wahrheit und Zweckmäßigkeit ihres Rechtes zweifeln. Dagegen begünstigen manche Umstände, wie der politische Character, der mehr speculative als praktische Sinn eines Volkes, ferner wichtige politische Erscheinungen, Staatsumwälzungen, Religionsstreitigkeiten u. s. w. wobei der Mensch und Bürger vom Staate losgerissen, seinem eigenen, selbstständigen Rathe mehr als gewöhnlich überlassen bleibt, dergleichen naturrechtliche Untersuchungen.

§. 14.

Znerst bei den Griechen findet sich die Idee eines Rechtes, das vom positiven getrennt, unveränderlich über demselben steht, klar ausgesprochen. Ihre politische Zerstückelung, ihr Nationalcharacter, leicht auffassend und neuerungssüchtig, weniger zu gleichmäßiger, consequent fortschreitender Ausbildung eines festen positiven Rechtes, als zu steten, neuen Speculationen und Versuchen geneigt, *) musste sie dahin führen.

*) Einen auffallenden Contrast mit dem juristischen Character der Römer giebt die Vergleichung von Aristot. Rhet. I. c. 2. wo, nach

Schon die Lehre des Pythagoras verbreitete, der Staat sei ein Institut zur Veredlung der menschlichen Natur, auch in sittlicher Rücksicht. Daher die genaue Beziehung des religiösen Glaubens, der Erziehung mit dem Rechtszustande. Besonders Socrates hob die practische Philosophie; aber weder er, noch seine Schüler schieden in der Ethik das Rechtliche vom Moralischen scharf und consequent.

§. 45

Während Aristipp *) behauptet, es gäbe gar kein *φύσει δυνάμιον*, alles Recht werde erst durch positives Gesetz und Gewohnheit gebildet; bestreitet Platon die sophistische Ansicht, daß der Staat nur das Resultat der Furcht der Schwachen, oder des herrschsüchtigen Egoismus sei. Um die moralische Tendenz und den Zusammenhang des Rechts mit dem Höchsten im Leben zu zeigen, entwickelte er in der *πολιτεία* das Ideal ei-

dem Grundsatz der Sophisten, die Anwendung eines positiven Rechtssatzes im Prozesse, durch Beweis seiner Unvernünftigkeit gehindert werden soll, mit fr. 20 und 21 D. I, 3.

*) Diog. Laert. vita Aristippi. Lib. II. Col. Allobr. 1615. p. 149.

nes Staates, sowohl in sittlicher, moralischer, als rechtlicher Hinsicht, aus der vernünftigen Natur des Menschen. In seinem zweiten hierher gehörigen Werke, νόμοι, zeigt er an einem fingirten, neu zu errichtenden Staate, wie weit das Ideal sich realisiren lasse. *)

§. 16.

Aristoteles, der eigentliche Schöpfer der Politik im Sinne der Alten, setzt zwar auch alle Staatsgesetzgebung mit der menschlichen Tugend in Verbindung, aber theils berücksichtigt er mehr als Platon die gewöhnlichsten positiven Rechtsverhältnisse, durch Vergleichung der verschiedenen, auch fremden, positiven Rechte, **) theils sondert er, wenigstens im Ausdrucke, scharf das moralische und rechtliche Prinzip. ***)

*) Man hat gestritten, ob Platons Absicht dabei Aufstellung einer Tugend oder einer Staatslehre gewesen. Man übersah eben den genauen Zusammenhang beider bei den Alten.

Morgenstern De Platonis republica commentationes tres. Hal. 1794.

**) Cic. de finib. V. c. 4.

***) Aristot. Ethic. lib. V. c. 10 ἀπλῶς δίκαιον und πολιτικὸν δίκαιον. Letzteres zerfällt wieder in νομικόν, positives und φυσικὸν δίκαιον, natürliches Recht. vergl. Gros Lehrbuch des Naturrechts. §. 63.

In wie weit nach ihm andere Griechen für diese Wissenschaft etwas gethan, in wie fern namentlich Theophrast hierher gehört a), ist, bei mangelnden Quellen, nicht auszumitteln.

§. 17

Die mehr zum Positiven, als zur philosophischen Speculation geneigten Römer, mit unbegrenzter Vorliebe für ihr eigenes, positives Recht, voller Vorurtheile gegen fremde, b) begnügten sich, ihr Privat-Recht allmählig, mit der Zeit fortschreitend, consequent, den Umständen gemäß, auszubilden. c) Zwar gaben sie zu, daß nicht alle ihre Rechtsätze, als *jus civile*, bloß ihrem positiven Rechte eigenthümlich seien; daß manches sich, als rechtlich nothwendig oder möglich, schon aus der thierischen Natur entwickele, gewissermaßen Instinct-Recht, *jus, quod natura omnia animalia docuit*. Endlich, mancher Rechtssatz gehe aus allgemeinen menschlichen

a) Cic. c. 1.

b) Cic. Orat. I. c. 44.

c) Daher erklärt sich es, wie man im 17ten Jahrhunderte darauf kam, das römische Recht zum Naturrechte zu erheben.

Vernunftprinzipien hervor und offenbare sich in der Uebereinstimmung aller cultivirten Völker, *jus gentium, quod apud omnes gentes peraeque custoditur*. a) Allein die ganze Unterscheidung ist nirgends genau und fest begrenzt, wenigstens für uns; sie beruhte wohl mehr auf einem gewissen juristischen Tacte der Römer, als auf rein philosophisch - psychologischen Prinzipien.

Ciceros Schriften über Staat und Gesetzgebung, worin er überhaupt nur die Römer mit den Ansichten der Griechen bekannt machen wollte, sind nicht auf uns gekommen. b) Den Einfluss der stoischen Philosophie auf die Bildung des römischen Rechtes hat man sich wohl oft zu groß vorgestellt. c)

§. 18.

Die neue Richtung, welche durch die christliche Religion die Moral bekam, hat auf die Rechtsphilosophie weniger Einfluss gehabt, als man erwarten sollte.

a) pr — §. 3. J. I 2.

b) Nur zum Theil gehören hierher die Bücher de legibus, die de officiis hingegen sind fast blos moralischen Inhaltes.

c) Ortloff Einfluss der stoischen Philosophie auf die römische Jurisprudenz. 1797.

Die Kirchenväter verwiesen von allen weltlichen Speculationen, besonders von der ketzerischen, neuplatonischen Philosophie, auf das Studium der göttlichen Weisheit. Die *lex aeterna*, die, wie alles, so auch den Staat anordnet, ist ihnen *voluntas Dei*, den Menschen ins Herz geschrieben, zum Theil aber nur den Geistlichen erkennbar. Auch war das Zeitalter späterhin lange vom Feudalismus und der Hierarchie befangen.

§. 19.

Die ersten neuen Versuche eines Naturrechts, im 16^{ten} und 17^{ten} Jahrhunderte, waren daher sehr unvollkommen. Sie warfen noch theologische, dogmatische und philosophische Moral in ihrer philosophischen Rechtslehre zusammen. a) Naturrecht war ihnen der, den Menschen

a) *Joan. Oldendorpii Juris naturalis, gentium et civilis Isagoge* Col. Agripp 1539

Nicol. Hemmingii De lege naturae methodus apodictica. Viteb. 1562.

Bened. Wincleri Principiorum juris libri V. in quibus genuina juris tam naturalis quam positivi principia et firmissima jurisprudentiae fundamenta ostenduntur, ejusdem summi finis ob oculos ponitur et Divina auctoritas probatur, Lips. 1615.

von Gott selbst promulgirte, ins Herz geschriebene Wille Gottes. a)

§. 20.

Die trefflichen Winke, die Baco von Verulam gab, indem er auf manche Mängel der bisherigen Rechtsphilosophie aufmerksam machte, wurden eben so wenig benutzt, als die freimüthige Prüfung, der schon viel früher (1516) Thomas Morus, in seiner *Utopia*, das ganze Privatrecht unterworfen hatte. Baco zeigte, wie diese Wissenschaft nur aus der gleichzeitigen und in denselben Individuen vereinigten Cultur der positiven Jurisprudenz und der Philosophie hervorgehen könne. b) Mehr wirkten manche wichtige Zeitereignisse, die, wie die Reformation mit ihren Folgen, der Streit über die Herrschaft des Meeres, die allmähliche Auflösung der Lehnsvorfassung, der, damit im genauen Zusammenhange stehende Uebergang des sonst in Deutschland vorherrschenden grundherrlichen Systemes in das System der allgemeinen Staatsbürgerlichkeit, die philosophische Speculation zu Beurtheilung allgemein

a) Ein Beispiel, wie sie dieß ausführten, findet sich bei Gros Naturrecht. §. 65.

b) *Augment, scient. Lib. VIII. c. 3. (1623)*

interessanter Gegenstände des öffentlichen Rechtes hinzogen.

§. 21.

Hugo Grotius stellte, zur Begründung eines Völkerrechtes, a) wenigstens einige allgemeine Prinzipien des Naturrechtes auf, die von andern benutzt wurden. Er gab der Wissenschaft besonders dadurch eine bessere Richtung, daß er die herrschende Idee vom Naturrechte, als einer Darstellung der den Menschen von Gott ins Herz geschriebenen Pflichten, bestritt und, statt dessen, alles aus wissenschaftlichen Vernunftprinzipien abzuleiten versuchte. Nur freilich war sowohl seine Hauptgrundlage: Recht sei, was mit dem sittlich vernünftigen Hange der Natur nach Geselligkeit übereinstimme, als der Gebrauch, den er dabei vom Historischen und Positiven machte, noch mangelhaft.

§. 22.

Während in England H o b b e s, b) von dem Grundsätze eines ursprünglichen bel-

a) *De jure belli et pacis libri tres, in quibus jus naturae et gentium, item juris publici praecipua explicantur. Par. 1625. häufig von andern commentirt.*

b) *Thom. Hobbes Elementa philosophiae sect. III. De cive. Par. 1642.*

li omnium contra omnes ausgehend, dadurch wichtig ist, daß er alles Recht erst durch den Staat, der jenem Zustande ein Ende macht, begründet werden läßt: machte in Deutschland Pufendorfs s. g. Socialsystem Epoche. a) Er deducirt den rechtlichen Zustand aus der allgemeinen Pflicht zur geselligen Verbindung, ohne welche der Mensch überhaupt seinen natürlichen Trieb zur Selbsterhaltung nicht befriedigen könne. Er hat zwar zuerst ein System des Naturrechtes aufgestellt; aber es enthielt doch bloß eine philosophische Moral, mit Absonderung alles Theologischen und Positivrechtlichen. Weit mehr forderte Leibnitz, b) dessen Einfluss auf die

Thom. Hobbes Leviathan, or concerning Commonwealth. Lond. 1651. lateinisch 1668. Sein Haupt-Gegner war

Richard Cumberland. Disquisitio philosophica de legibus naturæ, qua elementa philosophiæ Hobbianæ cum moralis tum civilis considerantur et refutantur. Lond. 1672.

a) *Sam. de Pufendorf Elementa juris universalis. L. B. 1660.*

——— *Jus naturæ et gentium. Lund. 1672.*

——— *De officio hominis et civis libri II. 1673.*

Pufendorfs Idee zeigt sich am klarsten in seinem Schreiben an Boineburg. S. historia juris naturalis, in usum auditorii Thomasiani. 1719.

b) *Besonders in seinem Schreiben gegen Pufendorf. 1711. Opp. Tom. IV. P. 3. p. 261.*

Methode in allen Theilen der Jurisprudenz so wichtig ist. Nach ihm sollte das Recht nicht bloß auf Macht und Willen des Staatsoberhauptes, sondern auf feste Prinzipien der Vernunft gegründet werden, um darnach alle Theile und Lehren des positiven Rechtes philosophisch zu prüfen.

§. 23.

Christian Thomasius, ein Gegner des Socialsystemes, dem er Anfangs selbst gefolgt, a) unterschied *honestum* und *decorum*, vom *justum*. b) Nur das letztere sei erzwingbar und gehöre daher ins Naturrecht. Allein unter Erzwingbarkeit versteht er nicht die im Staate, durch die Obrigkeit, sondern den Gewissenszwang, in wie fern man, bei Erzwingung einer Pflicht, den andern mit gutem Gewissen todt schlagen dürfe. Dieß war also immer nur eine eigen begrenzte Moral, in welcher sich der *Eudämonismus*, der schon im Pufendorfischen Systeme sich zeigte, noch viel stärker aussprach. Die Trennung des Erzwingbaren, als einzigen Gegenstandes des Na-

a) *Institutiones jurisprudentiae divinae*. Lips. 1668.

b) *Fundamenta juris naturae et gentium*. Hal. 1705.

turrechtes, vollendete durch Aufstellung scharferer Grundsätze, Gundling, a) ein Schüler von Thomasius, und Achenwall. b)

§. 24.

Dennoch nahm Christian Wolf wieder alle Pflichten, auch die nicht erzwingbaren, sogar die gegen sich selbst, in das Naturrecht auf. c) Er wollte, Leibnitzens Vorschlage gemäß, sich auch mehr an das Positive anschließen; aber es wurde daraus nur eine, in Definitionen eingekleidete, encyclopädische Uebersicht des ganzen positiven, besonders des römischen Rechtes. d) So theilten sich in Deutschland die Naturrechtslehrer in die Thomasische und Wolfische Schule. Doch äusserte sich das Fortschreiten der Wissenschaft durch Streben, sie von den benachbarten Gebieten mehr abzusondern und in der Aufsuchung ei-

a) *Nic. Hier. Gundlingii Jus naturae et gentium* Hal. 1714.

b) *Jus naturae*. Gött. 1781.

c) *Jus naturae methodo scientifica pertractatum*. T. VIII. 1740 — 1748. Und: *Institutiones juris naturae et gentium*, Hal. 1750.

d) Auf ähnliche Weise hatte schon früher Joh. Selden *De jure naturali et gentium juxta disciplinam Hebraeorum libri VII*, Argent. 1665, un-

nes obersten Grundsatzes für das Naturrecht. a)

§. 25.

Wenn gleich ausser Deutschland im 18^{ten} Jahrhunderte keine vollständigen Systeme des ganzen Naturrechtes vorkommen, so gewann die Wissenschaft doch durch geistvolle, philosophische Behandlung einzelner Theile, besonders des öffentlichen Rechtes. Dahin gehören, unter den Franzosen, Montesquieu b) und J. J. Rousseau, c) unter den Italienern, Filangieri d) und Beccaria, e) unter den Engländern, Algernon Sidney, f) Locke g) u. a. m.

§. 26.

Neues Leben erhielt die Philosophie des Rechts durch die neue, kritische Phi-

ter dem Namen eines Naturrechtes, einen Abriss des hebräischen Staates aufgestellt.

- a) *Eine ziemlich vollständige Recension der verschiedenen, versuchten Systeme enthält: Hufeland, Versuch über den Grundsatz des Naturrechtes. Leipz. 1785.*
- b) *De l'esprit des loix. 1748.*
- c) *Discours sur les fondemens et les progrès de l'inégalité parmi les hommes. 1754.*
- d) *Scienza della Legislazione T. VII. 1780 — 1785.*
- e) *Del delitti et delle pene. 1764.*
- f) *Discourses concerning Government caet. 1698.*
- g) *Two Treatises of Government.*

losophie und durch die französische Revolution, mit ihren Folgen. a) Jene, durch Umwälzung der älteren, philosophischen Systeme, diese, durch Aufhebung des alten Rechtszustandes, forderten auf gleiche Weise zur Feststellung neuer Rechtsgrundsätze auf. Kant b) leitete das Naturrecht aus dem Ideale der Sittlichkeit ab, und die, seinem Moralsysteme zum Grunde liegende Idee der Freiheit führte ihn zur Idee der äusseren Freiheit und ihrer, aus der practischen Vernunft, als nothwendig, hervorgehenden, wechselseitigen Beschränkung, als Grundlage des Naturrechts. Durch den Zwang im Staate schied er den Rechtsbegriff scharf vom Moralischen, zeigte aber den genauen Zusammenhang beider. Dagegen trat Fichte auf, indem er, nach seinen Prinzipien der Wissenschaftslehre, alles Herleiten der Rechtslehre aus dem Sittengesetze, als bloße Moral

a) Dahin gehören auch die Verhandlungen über die neue französische Gesetzgebung; wie das freilich auch schon früher in Deutschland, besonders bei der preussischen Gesetzgebung, mit wohlthätigem Erfolge, vorgekommen. s. Hugo §. 30 — 32.

b) Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. 1785.
 Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre. 1797.
 Zum ewigen Frieden. 1795.

verwarf. Sein Naturrecht besteht in Deduction der wichtigsten, positiven Erfahrungssätze a priori. a)

§. 27.

Seitdem hat die Rechtsphilosophie noch verschiedene Bearbeiter gefunden, sowohl Philosophen als Juristen, die bald auf Kantischen Grundsätzen fortbauten, bald ihren eigenen Weg einschlugen, bald zu den älteren Systemen zurückkehrten, bald mehr auf Darstellung des reinen Vernunftrechtes ausgingen, bald mehr philosophische Prüfung der positiven Rechtsinstitute sich zum Hauptzweck setzten. In letzterer Rücksicht ist besonders Hugo wichtig. b)

a) *Grundriss des Naturrechts nach Prinzipien der Wissenschaftslehre.* 1796.

b) *Lehrbuch des Naturrechts als einer Philosophie des positiven Rechts. Dritter Versuch.*

ERSTES BUCH.

Vom Rechte und Staate überhaupt.

ERSTES CAPITEL.

Von der Nothwendigkeit eines rechtlichen Zustandes.

§. 28.

Recht heisst überhaupt alles, was einer Regel entspricht und in sofern passend, zweckmässig ist. a) Im engeren, ethischen Sinne, begreift der Ausdruck theils die Uebereinstimmung menschlicher Handlungen mit den Regeln der practischen Vernunft, den Gesetzen der Freiheit, theils diese Freiheitsgesetzgebung selbst. In der noch engeren, juristischen Bedeutung, die unserer Wissenschaft zum Grunde liegt, steht Recht immer mit einer äusseren Freiheitsgesetzgebung in Beziehung. b) Hier-

a) *rectum, regula.* Recht, Richtsheit, Richtschnur.

b) Der s. g. *subjective* Sinn, in dem Recht als *Befugnis* erscheint, kann erst weiter unten entwickelt werden.

aus ergiebt sich der Gegensatz **U n r e c h t** von selbst.

§. 29.

Der **F o r m** nach ist alles Recht sich immer gleich. Denn gerade die Form der äusseren Gesetzgebung, in welcher eine Freiheitsregel erscheint, oder gedacht wird, ist das äussere Merkmal des Rechts. Aber materiell, dem Inhalte nach, finden wir in der Erfahrung das Recht sehr mannigfaltig bestimmt. Daher die verschiedenen positiven Rechte. Das wahre, reine Vernunftrecht dagegen muß auch materiell immer eins und dasselbe sein; denn es giebt nur Eine praktische Vernunft, die also auch nichts sich widersprechendes vorschreiben kann. a)

§. 30.

Nach ihrem Geschäfte, das Mannigfaltige zur Einheit zu bringen, sucht die

-
- a) Dafs wir, selbst in der Speculation, oft das Eine, was die Vernunft mit Nothwendigkeit als Recht vorschreibt, nicht finden können, widerspricht nicht. Der Grund davon liegt in der Unvollkommenheit unserer subjectiven Vernunftserkenntnis. Wie aber solche nothwendige Rechtssätze, in ihrer Anwendung im Leben, unter verschiedenen Umständen, sich verschieden gestalten und modificiren lassen können und müssen, davon unten.

Vernunft einen obersten Rechtssatz, der die Hauptmerkmale alles Rechtlichen ausspricht und in welchem alle einzelnen Rechtssätze, als bloße Ausflüsse, sich vereinigen. a)

§. 31.

Der Mensch als freies Vernunftwesen hat einen Werth, dessen er sich selbst bewußt ist, und den er auch gegen alle andere Wesen behauptet, eine *W ü r d e*. Diese Würde ist, in so fern sie auf dem allgemeinen Character der Menschheit beruht, eine absolute, läßt keine Vergleichung zu. Allein als sinnliches Wesen steht der Mensch mit der ganzen Aussenwelt, besonders mit den Mitmenschen, in deren Gesellschaft er durch die Geburt hinein und erst durch den Tod wieder heraustritt, in steter, nothwendiger Berührung und Wechselwirkung. Die Coexistenz so vieler Wesen, mit gleichem Ansprüche auf Würde und gleichem Willen, dieselbe durch Anwendung der verliehenen geistigen und physischen Kräfte

a) Eben wegen seiner Allgemeinheit ist ein solches oberstes Rechtsprinzip schwer aufzustellen, wenn man nicht den erst zu suchenden Begriff im obersten Rechtssatze schon voraussetzen will. So das Coccejische: *suum cuique*.

zu behaupten , muß , in so fern der, durch kein allgemein anerkanntes Gesetz geleitete Freiheitswille sich durch äussere Handlungen offenbart , bei so verschiedenen , im Raume und in der Zeit unvereinbaren Zwecken , häufig feindliche , zerstörende Collisionen hervorbringen.

§. 32.

Käme der Mensch bloß als sinnliches Wesen in Betracht , so müßte lediglich das Uebergewicht physischer Kräfte entscheiden , in wie weit ein Mensch , neben dem andern , eine äussere Freiheitssphäre behaupten könne. Aber der Mensch würde geradezu seine menschliche Würde , die er nur als Vernunftwesen behauptet , selbst vernichten , wenn er nicht sein ganzes , äusseres sowohl als inneres Handeln lediglich nach Vernunftgesetzen bestimmte. a) Wie nun die Natur selbst durch physische Gesetze dafür sorgt , daß bei den vernunftlosen Organisationen alle einzelnen Kräfte im gehörigen Verhältnisse zu einander bleiben , so muß bei

a) In keiner gebildeten Sprache weist das Wort *Recht* , seiner etymologischen Abstammung nach , auf physische Stärke und Uebergewalt zurück. S. Schulze's Leitfaden. S. 94.

den Menschen lediglich die Vernunft, durch selbstgegebene Gesetze, diese Aufgabe lösen.

§. 33.

Die Freiheit darf, ohne ihren Character zu verlieren, nur durch sich selbst Beschränkung leiden, mußs dieses aber auch als Vernunfteigenschaft. Denn wenn der Mensch seine eigene Freiheit, als eine absolute anerkannt wissen will, so mußs er sie auch in andern, gleich vernünftigen Wesen respectiren. Dieß geschieht, indem jeder Einzelne seine äussere Freiheitssphäre dergestalt beschränkt, daß die Möglichkeit eines gleichen Freiheitsgebrauches aller damit bestehn kann. Dieses Prinzip der allgemeinen äusseren Freiheit a) kann als oberstes Rechtsprinzip gelten.

§. 34.

Die aufgestellte Rechtsidee ist eine Vernunftidee. Zwar liegt schon in der

a) Auf Gleichheit weist schon die etymologische Abstammung der wichtigsten Rechtsausdrücke in manchen Sprachen hin; z. B. νόμος von νέμειν, vertheilen, gleich vertheilen; Cic. Leg. I, 6. ³ισοον mit seinen, sich auf Recht be-

sinnlichen Natur des Menschen, im Triebe zur Selbsterhaltung, in Verbindung mit dem Geselligkeitstriebe, ein gewissermaßen ähnliches Resultat begründet. Aber erst die Vernunft giebt diesen unklaren Vorstellungen der Triebe eine sichere, feste Richtung. Auch kann nur aus der reinen Vernunft, nicht aus sinnlichen Trieben, ein für Menschen allgemein verbindliches Freiheitsgesetz abgeleitet werden. a)

§. 35.

Der oberste Rechtssatz hängt auf doppelte Art genau mit der Moral zusammen, jedoch ohne dadurch seinen eigen-

ziehenden Zusammensetzungen; *aequum, aequitas* als eigenthümliche und wesentliche Eigenschaft des Rechts. *Cic. Off II 12. Jus enim semper est quaesitum aequabile, nam aliter non esset jus.*

- a) Das Herleiten des Rechts aus Trieben und dem, damit zusammenhängenden Bestreben nach Wohlsein führt zum Eudämonismus. Dadurch würde freilich der Rechtsbegriff scharf genug von der Moral geschieden, aber, consequent durchgeführt, hebt der Eudämonismus alle innere Sittlichkeit auf, ist also der Vernunft, die nichts Unvereinbares wollen kann, nicht angemessen. Nur dazu können wir uns auf die Triebe berufen, um zu zeigen, wie auch hier vernünftige und sinnliche Natur des Menschen zusammenreffen; worin die wahre Zweckmäßigkeit des Rechtsbegriffes schon ausgesprochen liegt.

thümlichen Rechtscharacter zu verlieren. Erstens, gebietet schon das Sittengesetz eine solche allgemeine, gleiche Freiheitsbeschränkung. a) Allein als Rechtsgesetz ist sie das höchste, als Sittengesetz nur ein untergeordnetes; als Rechtsgesetz ist die Entfernung der feindseeligen Collisionen, zur möglichen, ruhigen, freien Coexistenz der Menschen, Zweck; als Sittengesetz soll es nur als Mittel dienen zur Erreichung der höchsten, durch die Vernunft erkannten, menschlichen Vollkommenheit, in allen Aeusserungen unserer Kräfte. Das Rechtsgesetz endlich verlangt nur die normirte Freiheitsbeschränkung, ohne auf die innere Gesinnung des Handelnden dabei zu sehn, will nur die äussere Legalität der Handlung; das Sittengesetz will, dass die Beschränkung aus bloßer Liebe zum sittlich Guten selbst, was dadurch befördert werden soll, geschehe, Moralität der Handlungen.

a) Dafs der oberste Rechtssatz zugleich ein Sittengesetz sei, ist durchaus nothwendig. Ein Rechtsprinzip, das, schon in seiner Allgemeinheit hingestellt, gegen das Sittengesetz anstößt, kann die Vernunft unmöglich billigen. Es wird hier nur ein Satz der Sittenlehre, der ihr auch ferner noch verbleibt, herausgehoben, um auf ihn die Idee des Rechts zu bauen.

Zweitens, beruht das nothwendige Mittel zur Realisirung der Rechtsidee, wodurch ihre Scheidung von der übrigen Ethik allein von practischer Wichtigkeit wird, auf einem menschlichen Institute, welches auch die Moral, ganz abgesehn von jenem Zwecke, vorschreibt.

§. 36.

Es liegt nämlich schon in der Idee des Rechts die Nothwendigkeit eines allgemeinen, äusseren Zwanges gegen das Unrecht. Die psychologische Erfahrung, dass die sinnliche Natur des Menschen oft die Vorschriften der Vernunft entweder verkennt, oder auch wohl über die anerkannten sich hinaussetzt, zeigt, für die Rechtssphäre, die Unzulänglichkeit des bloßen inneren Gewissenszwanges. Nur äussere Handlungen gehören in die Rechtssphäre, und gerade diese sind es, welche in ihrer falschen Richtung die allgemeine, freie Ausbildung aller menschlichen Kräfte zur höchsten sittlichen Vollkommenheit, nicht bloß für den Handelnden selbst, sondern auch für die mit ihm in Wechselwirkung stehenden Mitmenschen, hindern können. Denn bloß durch das ungestörte Zusammenleben der Menschen in einer geord-

nieten Verbindung, Gesammtheit, wird es den einzelnen Individuen möglich, in der Ausbildung ihrer geistigen und physischen Kräfte so manches Hohe, Grosse und Vortreffliche zu erreichen, wie Herrschaft über die äussere Natur, Religion, Kunst und Wissenschaft.

§. 37.

Diese Gesellschaft der Menschen, worauf ihr ungestörtes Zusammenleben beruht, ist der Staat. Als Bedingung der Erreichung höchster, sittlicher Vollkommenheit ist er Postulat der Vernunft. Realisirung der Rechtsidee ist wieder die nothwendige Bedingung der Existenz des Staates. Eben so liegt endlich nur in der Vereinigung zum Staate die Möglichkeit der Realisirung der Rechtsidee. Denn eine sichere Uebermacht über mehrere freie Wesen, kann nur durch Vereinigung der Kräfte aller bewirkt werden. Einer solchen, durch Vereinigung unüberwindlichen Kraft bedarf es aber gegen das Unrecht; weil die Rechtssetzung eine äussere ist, die sich als solche nicht selbst administriert.

§. 38.

So erscheint das Zusammentreten der einzelnen Individuen zu einem rechtli-

chen Zustände, als eine, durch die Vernunft motivirte Handlung der sich selbst beschränkenden Freiheit. Es ist ein ewiger Friede, den die Menschen mit einander abschliessen, indem sie sich gegenseitig ihre äussere Freiheit garantiren, a) Ausser dem Staate, wo der Mensch nur als Individuum erscheint, bleibt es dem subjectiven Urtheile jedes Einzelnen überlassen, wie weit er den Kreis seiner äusseren Freiheitsthätigkeit ziehn wolle; seine individuelle, körperliche oder geistige, Ueberlegenheit entscheidet, wie weit er dieß behaupten könne. Im Staate erscheint der Mensch auch als Theil der Gesammtheit. In dieser muß die, bei den einzelnen Individuen sich so mannigfaltig und verschiedenartig gestaltende Vernunftansicht zur Einheit gebracht werden. Das zum Gemeinwil-

a) Im Begriffe des Staates liegt demnach ein durch Vernunft geregelter, gegenseitiger, äusserer Zwang. Daher kann nur für Menschen untereinander vom rechtlichen Zustande die Rede sein. Der Mensch steht zwar auch in steter Relation zu Gott und zu der vernunftlosen Aussenwelt. Allein das Verhältniß zu Gott kann für den Menschen blos einseitige Pflichten der Frömmigkeit und der Moral begründen. Nur durch letztere werden die, aus der menschlichen vernünftigen Natur hervorgehenden Ansprüche auf Beherrschung der vernunftlosen Aussenwelt beschränkt.

len erhobene Prinzip der Freiheitsgleichheit muß, in seiner Anwendung und Analysirung, durch feste Normen zur allgemeinen, objectiven, äusserlichen Erkennbarkeit gebracht werden. Durch die vereinigten Kräfte aller unüberwindlich, kann und soll sich dieser Gesamtwille mit Wirksamkeit gegen jeden wenden, der, aus der ihm angewiesenen Freiheitsphäre heraustretend, die normirte Gleichheit stört.

§. 39.

Nur die Regulirung einer solchen äusseren Freiheitsgleichheit darf als nächster Zweck des rechtlichen Zustandes gelten. Selbst Beförderung der allgemeinen Glückseeligkeit, der Moralität und äusseren Wohlfahrt des Menschengeschlechtes, als nächster Staatszweck, würde den richtigen Gesichtspunkt verrücken. a) Moralität und Sittlichkeit kann

a) *Wie wichtig diese Beschränkung des Staatszweckes in practischer Rücksicht ist, wird sich besonders bei der Frage: welche Handlungen der Staat unter seinem Zwang zu ziehn habe? ergeben. Erweitert man diesen Wirkungskreis über die angegebenen Grenzen, so muß der Staat entweder viele Beschränkungen der Freiheit vornehmen, die nicht blos ihren Zweck nothwendig verfehlen, sondern auch den Erfolg der übrigen Rechtsnormen hindern werden; oder er muß in-*

allein durch den Staat, der nur auf äussere Legalität, und nur gewisser Handlungen sieht, nicht bewirkt werden. Sich seine äussere Wohlfahrt von andern befördern zu lassen, dazu existirt für den freien Menschen kein denkbarer, vernünftiger, äusserer Zwang. Auch würde die letztere eudämonistische Ansicht vom Staate, als einem Producte eigennütziger, menschlicher Klugheit, sogar der Sittlichkeit Gefahr drohen. Allein beides, erhöhte Moralität und äussere Wohlfahrt, sind wohlthätige Folgen des rechtlichen Zustandes, indem er jedem Einzelnen eine grössere Möglichkeit der freien Ausbildung seiner Kräfte zur höchsten, sittlichen Vollkommenheit gewährt. Denn das Sittengesetz gebietet nicht blos, in den rechtlichen Zustand einzutreten, sondern auch denselben, zum Zweck der menschlichen Vervollkommnung, zu benutzen. a)

consequent manches unterlassen, was sein vorgesetzter Zweck zu erfordern scheint.

- a) *Wenn die Alten in dieser Ansicht vom Staate abzuweichen scheinen, so liegt wohl der Grund besonders darin, dass sie in der allgemeinen Ethik Recht und Moral nie scharf unterschieden. Sie überliessen die Entscheidung, wann und wo der Mensch nicht mehr als einzeln stehendes Individuum, sondern als Theil der Gesamtheit zu betrachten sei, mehr dem Leben selbst. Frei-*

ZWEITES CAPITEL.

*Von der Möglichkeit und Wirklichkeit
des rechtlichen Zustandes.*

§. 40.

Der Staat erhält sein Dasein erst dadurch, daß die Einzelnen sich, durch Zusammentreten zum Zwecke des Rechtes, zur politischen Einheit verbinden. Die politische Einheit aber wird bewirkt durch Bildung eines äusseren Organs, welches den Rechtswillen, im Geiste der ganzen Gemeinheit, aussprechen und die unüberwindliche Macht anwenden soll, um den zur Erreichung des Rechtszweckes erforderlichen Willen der einzelnen Individuen, im Nothfalle zu erzwingen.

§. 41.

Es findet sich nun aber, zum Theil schon in der menschlichen Natur begründet, mehr als ein Hindernis, das der vollkommenen Ausführung der Idee ei-

lich machte in den kleinen republicanischen Staaten, z. B. in Sparta, die Erziehung der Bürger nicht selten einen bedeutenden Theil ihres positiven Rechtes aus; aber diese Erziehung beschränkte sich auch nur auf bürgerliche Tugenden. Platons Ideal geht indessen weiter.

nes rechtlichen Zustandes, mehr oder weniger, entgegen steht. Dahin gehört jedoch ein angebliches Hindernis, für dessen Abwendung man sogar in der Speculation zu Inconsequenzen seine Zuflucht nahm, durchaus nicht.

§. 42.

Da es nämlich der Würde des vernünftigen, freien Menschen am angemessensten erscheint, daß er lediglich aus Ueberzeugung von der Vernunftmäßigkeit, und daraus für ihn hervorgehenden Nothwendigkeit, sich in den Staat begeben, so versuchte man es schon seit längerer Zeit, den ganzen Staat auf die Grundlage von freiwilligen s. g. Grundverträgen zu bauen. Durch das *pactum unionis* äussere sich der allgemeine Wille, eine bürgerliche Gesellschaft zu bilden; durch das *pactum constitutionis* s. *ordinationis* werde man über die Einrichtung und Verfassung der Staatsgesellschaft einig; endlich durch das *pactum subjectionis* unterwürfen sich die Mitglieder dem gemeinschaftlich bestimmten Staatsoberhaupt, als Unterthanen.

§. 43.

Gegen diese Ansicht als reine Vernunftidee läßt sich nichts einwenden,

in so fern man unter Verträgen nur das factische Zusammentreten der Menschen, die mit einander Friede schliessen, versteht. a) Allein, nimmt man hier schon den juristischen Begriff von Verträgen an, leitet man von ihnen erst die ganze, rechtliche Gültigkeit des Staates, die Verpflichtung der Staatsbürger ab: so spricht man von Wirkungen des Staates, noch ehe er existirt, und knüpft dessen Existenz an Bedingungen, die weder factisch noch rechtlich möglich sind, die den Staat, ohne ihm dadurch eine feste Grundlage zu geben, in einem ewig schwankenden, unsicheren Zustande erhalten würden. b)

§. 44.

In der Erfahrung finden wir den Ursprung der Staaten weit zufälliger. Nur als allmähliche Entwicklung und Umbildung schon vorhandener Staaten kommt etwas, diesen Grundverträgen entfernt ähnliches vor. Es gab Staaten vor allen

a) Nach der ursprünglichen, etymologischen Bedeutung: *Pactum* von *pax*; *Vertrag*, von: *sich vertragen*.

b) Sehr klar und vollständig ist der physische und rechtliche Ungrund dieser Verträge bewiesen von Hugo a. a. O. §. 368 371.

naturrechtlichen Theorien, und bevor der Mensch zum vollen Bewusstsein der Vernunftnothwendigkeit des rechtlichen Zustandes kam, war es wohl besonders der Eudämonismus, der ihn in die bürgerliche Gesellschaft lockte. a) Familienverbindungen, im kleinen das, was der Staat in einem höheren Maasse, waren wohl die Grundlage; gemeinschaftliches Interesse aller Art, gleiche Bedürfnisse, gleiche Furcht vor Collisionen führten zu weiteren Verbindungen, unter einem gemeinschaftlichen Oberhaupte. b)

- a) Ein gewisses Gefühl für Zucht und Ordnung ist so tief in die menschliche Natur eingedrückt, dass es selbst bei überwiegender Sinnlichkeit, z. B. bei entschiedenen Missethättern in ihrem Zusammenleben sich äussert, durch Errichtung einer ordnungsmässigen Verfassung. Beispiele liefern Verbrechercolonien u. s. w. Montesquieu. De l'espr. des loix XXV 2. Les hommes, fripons en detail, sont en gros des très honnêtes gens.
- b) Mit dieser Geschichte der allmählichen Entstehung und Fortbildung der Staaten, hängen auch die verschiedenen Perioden zusammen, die, nach geschichtlicher Erfahrung, fast jedes Volk mehr oder weniger zu durchlaufen hat; als Jäger und Fischer, als Nomaden, als Landbauer, als Gewerbe treibende. Mit jeder höheren Stufe steigt das Bedürfnis eines geregelten Zustandes, schon deshalb, weil immer mehr Individuen, auf denselben Raum zusammengedrängt, mit einander in Wechselwirkung kommen. Aber gleichen Schritt hält mit diesem wachsenden Bedürfnisse das Mittel demselben abzuhelpen. Denn mit jeder höheren Stufe der Cultur, die der Mensch

Diese Entstehungsgeschichte der Staaten hebt das Fundament, die vernunftmäßige Gültigkeit derselben keineswegs auf. Denn die allmähliche Ausbildung ist dem gewöhnlichen Gange der menschlichen Cultur, und deren stetem Fortschreiten völlig gemäß. a) Wenn der rechtliche Zustand überhaupt Postulat der Vernunft ist, so muß er, selbst in seiner unvollkommenen, zufälligen Entstehung und Gestalt, uns so lange werth bleiben, bis das allgemein gewordene Bewusstsein des Richtigeren eine Umbildung möglich macht, die dann auch nothwendig von selbst erfolgt. Da nun die menschliche Erkenntnis, selbst der einzelnen Individuen, noch mehr aber der Gesamtheit, nur allmählig fortschreitet, so kann auch nicht aus einer einzigen, augenblicklichen Uebereinkunft, sondern nur aus steter Fortentwicklung des rechtlichen Zustandes das Vollkommnere hervorgehn.

erreicht, gewinnt auch seine Vernunft, als Vermittlerin der Collisionen, durch den rechtlichen Zustand, mehr über die Sinnlichkeit die Oberhand. Hugo. a. a. O. §. 92. u. f.

a) Eben so bildet sich ja auch das Recht selbst im Staate eben so alles Grofse und Herrliche, was der menschliche Geist je hervorgebracht hat.

§. 46.

Dafs dabei immer Einzelne, sei es nun, weil sie ihrer Zeit vorausgeeilt, oder hinter ihr zurückgeblieben, oder sonst aus überwiegender Sinnlichkeit das Vernunftgemäfse nicht anerkennen wollen, mit dem Gange dieser Entwicklung nicht übereinstimmen werden, ist unvermeidlich, aber eben deshalb kein Hindernis. Nicht die menschliche Willkühr ist es, die den rechtlichen Zustand bilden und gestalten soll, sondern das Vernunftgebot. Wäre er blos Product der Willkühr, so wäre der Wille, keinen Staat und kein Recht zu haben, ein vernünftig möglicher; so würde der rechtliche Zustand nur so lange dauern und bleibend sein, als die Willkühr und Lust bliebe; so würde endlich derselbe nie in einiger Allgemeinheit zu Stande kommen, weil eine völlige Vereinigung der verschiedenen, individuellen Ansichten nie zu erwarten ist.

§. 47.

Weit bedeutender sind zwei andere Hindernisse.

- 1) Der rechtliche Zustand müfste eigentlich, in seiner Vernunftvollkommen-

heit, a) ganz allgemein sein, alle menschlichen Individuen umfassen; weil sie, besonders bei steigender Cultur, alle mit einander in Wechselwirkung stehn. Mehrere particuläre, von einander ganz unabhängige Staaten haben sich eben so wenig gegenseitig ihre äussere Freiheit und Existenz garantirt, als die einzelnen Individuen ausser dem Staate. Bei dem Mangel einer gemeinsamen, äusseren Obrigkeit, die entscheidende Normen für alle mit Wirksamkeit aufstellen müß, gegen das Vernunftgebot, lediglich der Zufall, d. h. das Uebergewicht körperlicher oder geistiger Kräfte die Collisionen lösen. Ein solcher Zustand wahrer Rechtlosigkeit unter mehreren Staaten, (des Krieges,) ist um so vernunftwidriger, weil er mit vollem Bewusstsein gegenseitig anerkannt wird; um so gefährlicher und mislicher, weil dadurch selbst der particuläre Rechtszustand, in seiner Entwicklung, mannigfach gehindert wird.

§. 48.

Die Idee eines Universalstaates finden wir nicht bloß als dem menschlichen

a) Es sollte der Bildungsgang der Staaten demnach der sein, daß immer aus den kleineren rechtlichen

Gemüthe, bald dunkeler bald klarer vor-schwebende Vernunftidee, als frommen Wunsch und letztes Ziel alles sittlichen Strebens ausgesprochen, a) sondern auch in der Wirklichkeit hat man schon versucht, sie auszuführen. b)

Freilich bis jetzt sind alle Versuche dieser Art misglückt. Deshalb hat man, weil, wenigstens bei der gegenwärtigen Stufe unserer Cultur, in den äusseren Umständen so viele, vielleicht unüberwindliche Hindernisse sich entgegenstellen, lieber den ganzen Gedanken aufgeben, um nicht, durch halbes Realisiren, selbst solche wohlthätige Zwecke, die auch bei Particularismus der Staaten erreicht werden können, zu verfehlen.

Gemeinheiten grössere sich entwickelten, aus Familien, Stämmen, Völkern, Nationen zuletzt die höchste, heiligste Gesammtheit, die ganze Menschheit, als rechtliche Einheit.

a) *Hugo A a O §. 81.*

b) *Dahin gehört im Mittelalter das dominium mundi der römischen Kaiser, noch mehr das System der Hierarchie. Dafs bei den Alten sich weit weniger Spuren dieser Vernunftidee finden, als bei uns, (Plato z. B. bleibt noch in seinen Speculationen beim Staatenparticularismus stehn) davon liegt der Grund theils in der politischen Zerstückelung der einzelnen Völkerschaften, wodurch sich der Nationalcharacter weit schärfer, individueller und abstechender ausbildete, theils in dem religiösen Glauben, der allen dergleichen Annäherungen widersprach. Die christliche Religion dagegen begünstigt diese Idee weit mehr.*

§. 49.

Allein es zeigt wohl von Einseitigkeit, die ganze, in ihrer Verwirklichung so erhabene Idee eines weltbürgerlichen, universellen rechtlichen Zustandes, bloß deshalb als ganz und für alle Zeiten unausführbar zu verwerfen, weil, unter den gegebenen Umständen, wir die Art der Ausführung und die Mittel dazu nicht finden können. a) Die vielen Nachtheile, die man vom Universalstaate befürchtet, sind entweder ganz ungegründet, oder bloße Folgen einer mangelhaften, halben Realisirung, die bei jedem particulären Staate, bei gleichen Voraussetzungen, eben so eintreten würden. b)

a) Auch die vollkommene Verfassung eines particulären Staates, welche das Recht unfehlbar verwirklicht, muß noch erst gefunden werden. s. §. 51. u. f. Ueberhaupt wie vieles ist nicht schon durch die fortschreitende Cultur möglich geworden, woran man sonst gezweifelt?

b) Weder ertödtendes, eintöniges Leben, noch Despotismus (Welcher Letzte Gründe von Recht, Staat und Strafe. S. 56) liegt nothwendig im Universalstaate. Wenn man sich auf China oder auf die neuesten freilich sehr unerfreulichen Versuche beruft, so wählt man gerade die schlechtesten Beispiele. Eben so könnte man, mit Beziehung auf die empörendste Periode der französischen Republik, über alle Freistaaten den Stab brechen. Warum wählt man nicht lieber das sehr nahe liegende Beispiel eines ausgedehn-

Selbst ohne Aussicht, sie dereinst zu verwirklichen, hat diese Idee practisches Interesse. Denn sie ertheilt hinreichenden Aufschluß, warum die Versuche, in den particulären Staaten manche Unvollkommenheiten zu heben, an jener tiefer liegenden Unvollkommenheit scheitern müssen. Sie ist es auch, die uns warnt, daß wir nicht so manches, was nur der Staatenparticularismus als unausbleibliche Folge mit sich bringt, deshalb als rechtlich nothwendig und ganz vernunftgemäß, ohne weitere Prüfung, gelten lassen.

§. 50.

Wir müssen uns indessen mit den particulären Staaten, die wir in der Erfahrung vorfinden, der Vernunft gemäß,

ten Staates, das deutsche Reich in seiner blühenden Zeit? Freilich hatte die Verfassung des deutschen Reiches viele Mängel, aber weder erlödtendes, eintöniges Leben, noch Despotismus war ihr Character. Ferner Vaterlandsliebe und die übrigen bürgerlichen, hohen Tugenden verlieren in dem ausgedehnteren Staate nicht ihren Character, sondern verändern nur ihre Tendenz und ihren Wirkungskreis. Sie werden nur weniger schroff und mehr als rein menschliche, als wie bürgerliche Tugenden erscheinen. Da aber der bürgerliche Character seinen Werth nicht durch sich selbst hat, sondern nur in so fern er zur Erreichung der höchsten, menschlichen Vollkommenheit wesentlich mitwirkt, so würde in

so lange begnügen, bis die Aussicht den Weltbürgerstaat, auf irgend eine Art, zweckmässig zu verwirklichen, das Aufgeben jener rathsam und nothwendig macht. Aber bis dahin bleibt auch die Idee eines allgemeinen Völkerrechts nur ein frommer Wunsch, eine Speculation ohne practisches Resultat. Nur eine allgemeine Völkermoral ist denkbar, deren Wirksamkeit aber überhaupt von einer gleichförmigen Beförderung der Sittlichkeit unter den Menschen abhängt. a)

§. 51.

2te Unvollkommenheit des rechtlichen Zustandes.

Zweck des Staates, als einer unüberwindlichen Macht, ist Realisirung des Rechts. Gerade diese Voraussetzung be-

sittlicher Rücksicht bei diesem Tausche offenbar gewonnen werden. Der Zustand der vollkommenen Menschlichkeit ist höher als der der vollkommenen Bürgerlichkeit. Letztere soll nur erstere möglich machen.

- a) *Auch die schwankenden, durch Herkommen und Gewohnheit gebildeten Normen des s. g. positiven Völkerrechts haben keine rechtliche Garantie. Sie sind um so weniger als hinreichender Ersatz zu betrachten, weil sie sogar zu dem Irrthume verführen könnten, als sei dadurch der Vernunftforderung schon völlige Genüge geschen.*

zeichnet den Willen, nicht in den Staat zu treten, als einen rechtlich unmöglichen, unvernünftigen. Allein was sichert uns, indem wir in der Staatsmacht Garantie unserer Freiheit gegen die verletzende Sinnlichkeit der Nebenmenschen suchen, gegen dergleichen Verletzungen von der Staatsmacht selbst? a) Hier ist die Gefahr um so gröfser, wegen der Unüberwindlichkeit der Gewalt, wenn sie zur Realisirung des Unrechts gemisbraucht wird. Freilich, da die Zwangsgewalt des Staates immer nur aus den vereinigten Kräften aller, als Gesamtheit, hervorgeht, so ist das Individuum vor solchem Misbrauche gesichert, der die ganze Gesamtheit verletzt. Denn dann wird, mit dem übereinstimmenden Willen aller, auch nothwendig die unüberwindliche Macht sich auflösen. b) Allein auch jeder Einzelne müfste eigentlich volle Sicherheit haben, dafs jede Ungerechtigkeit gegen ihn, selbst wenn dadurch viele, ja die meisten andern Individuen, die dabei in sinnlicher Rück-

a) — *Quis custodiet ipsos Custodes?*

Juv. Sat. VI. v. 346.

b) Aber dann tritt auch sogleich an die Stelle des schlecht organisirten rechtlichen Zustandes, Rechtlosigkeit ein.

sicht für den Augenblick gewinnen, aus Egoismus sich nicht verletzt fühlen sollten, wie eine gegen die ganze Gesamtheit begangene, schon in sich selbst die Unmöglichkeit der Realisirung finden werde.

§. 52.

Eine ganz vollkommene äussere Garantie dieser Art, wodurch die Staatsmacht nur wo sie das Recht will, dann aber auch unfehlbar unüberwindlich sei, hat man bis jetzt weder in der Erfahrung, noch in der Speculation auffinden können. Alle künstlichen Versuche dieses zu erreichen sind zwar, als Bestreben sich dem Vollkommenen zu nähern, achtungswerth und, vernünftig angewendet, wohlthätige Surrogate desselben. Aber sie scheitern alle an der sinnlichen menschlichen Natur. Denn wenn die Menschen sich gegen ihre Nebenmenschen vom Staate sichern lassen, so kann die Garantie gegen den Staat unmöglich, mit sicherem Erfolge, in denselben Nebenmenschen liegen. a) Entweder müssen wir daher den hohen Vor-

a) *Juristische Fragmente. Th. I. Cap. 2. fr. 31 — 37.*

theilen des Staates für unsere sittliche Vervollkommnung ganz entsagen, oder uns auch ohne diese volle äussere Garantie demselben unterwerfen. Die Vernunft verlangt das letztere.

§. 53.

Da der ganze Organismus des Staates auf den Menschen beruht, die das Recht zu erklären und darüber zu wachen haben, so liegt eine Gewährleistung für die Rechtlichkeit der Staatsmacht in einem möglichst gleichen, allgemeinen Geiste und Sinne des ganzen Volkes für das Recht. Da aber diese allgemeine, gleichförmig fortschreitende Erkenntnis nur eine Folge hoher Cultur sein kann, so ist dafür zu sorgen, daß wenigstens das Organ, durch welches die Idee des Rechtes vom Staate aus ins äussere Leben gebracht werden soll, ein solches sei, welches, aller menschlichen Wahrscheinlichkeit nach, das Recht sowohl finden könne, als auch darüber wachen wolle.

§. 54.

Von dieser Verfassung und Form, in welcher die Staatsgewalt erscheint, hängt die politische Freiheit eines Volkes

ab; je nachdem in der Gesamtheit die einzelnen Bürger, mehr oder weniger, bei Ausübung der Staatsgewalt activ mitwirken, oder blos ihre vereinten Kräfte wenigen, denen sie als ihrem Organe eine richtige Analysirung des Gemeinwillens zutrauen, zur Beförderung des Gemeinzwedes überlassen. Dagegen Rechtsfreiheit oder bürgerliche Freiheit kann und muß bei allen vernünftigen Verfassungen bestehn. Denn der Character der Rechtsfreiheit ist der, daß kein Bürger in seiner äussern Freiheit mehr eingeschränkt werde, als gerade zur Verwirklichung der allgemeinen Freiheitsgleichheit nöthig ist.

§. 55.

Da die Rechtsidee eine Vernunftidee ist, so kann ihre Verwirklichung nur durch eine solche Staatsverfassung geschehen, in welcher Vernunft das Organ des Gemeinwillens ist. Rechtlich unmöglich ist daher jede Verfassung, wo das, was Recht sein soll, sich lediglich durch die Sinnlichkeit der Staatsmacht ausdrückt; Despotie in diesem Sinne. Das einzig herrschende Prinzip, wodurch hier die bürgerliche Gesellschaft zusammengehalten wird, ist ebenfalls ein sinnli-

ches, nämlich Furcht. Als wirklich gewollte Verfassung kommt Despotie, nicht ein Mal auf der niedrigsten Stufe der menschlichen Cultur, vor. Sie erscheint entweder vor dem erwachten Bewußtsein des rechtlichen Zustandes, als sehr roher Anfang, oder als factischer Misbrauch einer andern Verfassung.

§. 56.

Aber eben so wenig darf es dem Zufalle überlassen bleiben, was Recht sein soll, oder nicht: Diese Theocratie, welche auf der Ueberzeugung beruht, daß die Gottheit durch den Zufall, wie durch Orakel, Auspicien, Ordalien, Loose u. s. w. den Menschen auf Anfrage über Recht und Unrecht befriedigende Antwort ertheile, bildet in der menschlichen Culturgeschichte den Uebergang der Sinnlichkeit zum reinen Vernunftbewußtsein. a) Das herrschende Prinzip ist hier Aberglaube. Für den vernünftigen Menschen kann aber

a) Daher bestimmt der Zufall nie alles Recht, sondern er dient nur zur Aushülfe da, wo die Vernunft die von ihr geforderte Entscheidung schuldig bleibt. Oft dient Theocratie aber als Mittel der Despotie, indem das Staatsoberhaupt seiner Willkühr, um sie zu sanctioniren, den Ausspruch der Gottheit unterlegt.

die Wahrheit nicht aus dem Zufalle erkennbar sein.

§. 57.

Nur durch die Vernunft soll sich das Recht aussprechen; Vernunftüberzeugung muß das einzig leitende Prinzip sein, wie für jedes Individuum, so auch für den ganzen Staat. Aber von der Sinnlichkeit droht auch dem Vernunft-Staate eine doppelte Gefahr, des Irrthumes und des bösen Willens.

§. 58.

Unfehlbare Sicherheit vor Irrthume liegt weder im Ausspruche der ganzen Gemeinheit, noch in dem Urtheile einzelner Mitglieder. Völlige Uebereinstimmung der ganzen Gesammtheit a) ist bei der genaueren, in das Einzelne gehenden Analysirung der Rechtsidee nicht zu erwarten. Bei sich widersprechenden, subjectiven Ansichten kann weder die, bei ungleicher Cultur, sehr zufällige Mehrzahl der Stimmen den Ausschlag geben, noch läßt sich aus den

a) Auch abgesehn davon, daß in jeder Staatsgemeinheit viele Individuen, sei es aus physischen oder aus politischen Gründen, stimmunfähig sein müssen.

verschiedenen Urtheilen, durch Zusammenschmelzen, ein einziges über Irrthum erhabenes hervorbringen.

Dafs die Alten so viel Gewicht auf Stimmenmehrheit legten, war die natürliche Folge ihres durchaus republicanischen Volkscharacters. Sie sahen blos darauf, ob alle, die durch die Rechtsnormen verbunden werden sollten, wenn auch nicht dafür, doch wenigstens mit gestimmt hatten. Sie waren mit der Hoffnung zufrieden, dafs bei andern Gelegenheiten diese Majorität für sie und ihre Meinung sein und ihr Wille durchgehn werde. Dafs übrigens die *majora* bei weitem nicht immer auch die *saniora* sind, lehrt die Geschichte im Grossen, und die tägliche Erfahrung im Kleinen.

§. 59.

So lange die Volkscultur noch nicht gleichförmig sich über die einzelnen Bürger verbreitet, a) so lange läßt sich die richtigste Entwicklung des Rechtes nur von denjenigen erwarten, die in der Vernunftausbildung am weitesten vorgeschritten, so dafs sie das gegenwärtige Bedürfnis der Gesammtheit, nebst den Mitteln,

a) worauf wir freilich nicht warten können.

ihnen abzuhelpfen , am leichtesten und sichersten zu erkennen vermögen. a) Aber wie sollen diese Sachkundigen , von deren widerstrebender Sinnlichkeit auch kein böser , widerrechtlicher Wille zu befürchten ist , aus der Menge herausgefunden und bestimmt werden?

§. 60.

Der Erfolg einer Wahl wird, je mehr der Wählenden concurriren, desto zufälliger sein; auch abgesehn von Bestechungen und Unordnungen, die dabeinie fehlen werden. b) Bei der Bestimmung eines Oberhauptes durch die Geburt liegt das Zufällige vor Augen. Der Umstand, daß ein solches erbliches Oberhaupt weniger äussere Veranlassung hat, aus Egoismus sein und seiner Familie Privatwohl dem öffentlichen Interesse des Ganzen vorzuziehn, als der Wahl-

a) Jede gute Staatsverfassung müßte demnach aristocratisch im etymologischen Sinne des Wortes sein, einerlei ob nun blos Einer als der anerkannt Beste, oder mehrere als gleich Gute die Erklärung des Rechts übernommen haben. Eine Democratie, die in diesem Sinne auch zugleich aristocratisch ist, möchte sich kaum denken lassen.

b) Wo nur wenige, als Repräsentanten der übrigen, wählen sollen, kommt wieder alles auf die glückliche Bestimmung dieser an.

regent, a) kann wohl allein den Ausschlag nicht geben.

§. 61.

Wegen dieser Unsicherheit alles menschlichen Wollen und Erkennen hat man zu künstlichen, zusammengesetzten Organisationen seine Zuflucht genommen. Wenn schon die Natur, durch bestimmte, der menschlichen Existenz und Thätigkeit vorgeschriebene Grenzen, eine Theilung aller Arbeit, also auch des Regierens nöthig macht, so hat man diese noch künstlich vermehrt. Um die Gefahr eines einzelnen Misgriffes zu vermindern, bestimmt man der Wirksamkeit des Oberhauptes nur eine kurze Dauer, oder läßt keinen Einzelnen allein handeln, sondern bindet ihn an die Einstimmung beigegebener anderer, oder trennt sonst auf irgend eine Weise die verschiedenen Gewalten, worauf der Staatsorganismus beruht. b)

§. 62.

Dabei ist aber grofse Vorsicht nöthig, damit man nicht, was man auf der ei-

a) Dieses wirft man, und wohl nicht ohne Grund, in der deutschen Geschichte dem erwählten Reichsoberhaupte vor. Aber man vergisst oft, wie vieles ausserdem dort noch mitgewirkt hat.

b) Hugo. §. III.

nen Seite gewinnt, auf der andern wieder verliert. Besonders darf die Trennung der Staatsmacht in verschiedene Gewalten, um keine zu groß werden zu lassen, nicht in der Art geschehn, daß die einzelnen Theile unabhängig, ohne gemeinschaftlichen Vereinigungspunct, einander gegenüber stehn. Nur durch Einheit kann ein Gesammtzweck erreicht werden. Soll also nicht gefährliche Disharmonie, innerer Krieg, oder wenigstens verderblicher Stillestand des ganzen Staatsmechanismus sich daraus entwickeln, so müssen die einzelnen getrennten Theile in so fern nicht ganz unabhängig bestehn, als es eines Mittels bedarf, um sie, bei vorhandener Disharmonie, nach gewissen Regeln wieder zur Einheit zurückführen zu können. Dieses Mittel läßt sich aber immer nur durch eine oberste Gewalt, in welcher zuletzt sich alle übrigen vereinigen, finden. a)

- a) Dieß hat man oft übersehn, wenn man von der Beschränkung der Staatsmacht, durch eine ihr entgegengestellte gleiche, ganz unabhängige Macht, sich volle Sicherheit und Garantie des Rechtes versprach. Wie wenig darauf zu bauen, zeigt an dem Beispiele des von Fichte dem Oberhaupte, um über dessen Rechtlichkeit zu wachen, an die Seite gestellten Ephorates, Borst Ueber das Naturrecht, und dessen Ue-

§. 63.

Die Zweckmäßigkeit einer Verfassung ist bei jedem Volke nach seiner Empfänglichkeit dafür zu beurtheilen. Jedes Volk hat durch Denkart, Sitte, Cultur, äussere Lage u. s. w., so gut wie jede Gegend, seinen eigenthümlichen Character, und welche Form der Verfassung sich am besten zu diesem Character paßt, ist die zweckmässigste. Die Empfänglichkeit eines Volkes für eine gewisse Verfassung ist auch nicht zu allen Zeiten dieselbe; daher die steten, bald rascheren, bald allmähligeren Uebergänge von einer in die andere. Jeder Schritt vor der Cultur und Volksbildung voraus, so wie jedes Zurückbleiben hinter dieselbe wirkt nachtheilig.

Die näheren Bestimmungen über Staatsverfassung sind Gegenstand einer eigenen Wissenschaft, der Politik im Sinne der Neuern.

§. 64.

Weit wichtiger für die Ausbildung des wahrhaft rechtlichen Zustandes ist der Geist des ganzen Volkes selbst. Die-

bereinstimmung mit der Moral im höchsten Vernunftgesetze. S. 36 — 38.

sen Geist und Sinn der einzelnen Bürger für den gemeinschaftlichen Rechtszweck zu wecken und zu beleben, muß das Streben jeder Staatsmacht sein. Es muß an die Stelle des kleinlichen Egoismus die Ueberzeugung treten, daß alles, was für das Gemeinwohl geschieht, auch jedem Einzelnen fromme. Der natürliche Egoismus muß daher, durch eine richtige Leitung, mit dem Wohle des Ganzen in eine heilsame Verbindung gebracht werden. Gerade in Beförderung dieses Gemeingeistes besteht der Hauptwerth der politischen Freiheit eines Volkes.

§. 65.

Das Resultat aller dieser Untersuchungen ist dieses: wenn gleich bei einer jeden Verfassung des Staates durch Irrthum, oder bösen Willen viel Zweckwidriges, der Rechtsidee widersprechendes möglich bleibt: so kann dieses doch mehr oder weniger vermieden werden. Es darf uns das Bewußtsein der Unvollkommenheit daher weder gegen das Recht gleichgültig, noch im Streben zum Höheren muthlos machen.

§. 66.

Gerade der Umstand, daß es keine vollkommene, äussere Garantie für die

Unverletzlichkeit des Rechtes von Seiten der Machthaber giebt, macht die Gewissenspflicht derselben desto heiliger. a) Darauf gründet sich ihre besondere Verantwortlichkeit vor Gott, wenn auch auf Erden nur die Weltgeschichte über sie richtet. b) Diese Verpflichtung ist auch nicht durch eine s. g. Constitution bedingt, sondern bestimmt sich schon von selbst durch den Staatszweck. Die Constitution ist nur eine zum Zwecke der allgemeinen, äusseren Erkennbarkeit gezogene Grenzlinie. Auch innerhalb der Grenzen der Constitution, und mit Wahrung aller Formen ist Despotismus möglich und gerade desto gefährlicher. c)

a) Gerade so wie man im Leben oft gewisse Ehrenpflichten gewissenhafter erfüllt, als die vor der Obrigkeit klagbaren.

b) Nur so bekömmt die Redensart: von Gottes Gnaden, einen vernünftigen, tiefen Sinn, sie mag nun historisch eine Bedeutung haben, welche sie wolle, S.

Die Einheit des Staats und der Kirche (ohne Druckort) 1797. S. 70. f.

c) Davon liefert besonders die neueste Geschichte Beispiele. Das Verlangen nach Constitutionen ist besonders seit der französischen Revolution allgemein rege geworden. Gleichen Ursprung hat das Verlangen nach neuen Gesetzbüchern, das mit jenem eigentlich in sehr genauem Zusammenhange steht. Es ist aber merkwürdig, wie beizweitern nicht alle diejenigen, welche für neue

DRITTES CAPITEL.

*Von dem Gegenstande und Umfange des
Rechtes.*

§. 67.

Dem Staate, als Herrn und Erklärer des Gemeinwillens, bleibt die Bestimmung überlassen, wie weit der Rechtswertk Freiheits-Beschränkungen der Bürger erfordere, d. h. welche Handlungen bloß dem eigenen Urtheile und Gewissen der Individuen zu überlassen, welche dagegen unter den rechtlichen Zwang zu ziehn seien.

§. 68.

Nur letztere sind in rechtlicher Hinsicht wichtig, denn aus ihnen entwickeln sich die Rechte und Rechtspflichten. Ein Recht in dieser subjectiven Bedeutung ist der Inbegriff mehrerer Handlungen, die man unter dem Schutze des Staates vornehmen darf. Die einzelnen, möglichen Handlungen sind Rechtsbefugnisse. Die Freiheitsbeschränkung erscheint hier zum Vortheile des Berechtigten, dessen äusserer Wirkungskreis

Constitutionen sind, auch neue Gesetzbücher wollen, und umgekehrt.

auf Kosten der übrigen erweitert wird. Rechtspflicht dagegen, Rechtsschuldigkeit, Rechtsverbindlichkeit ist der Inbegriff mehrerer möglicher Handlungen, in Rücksicht welcher ein Staatsbürger, zum Vortheile der andern, vom Staate sich den Kreis seiner freien, äusseren Thätigkeit beschränken lassen muss, wo er etwas soll. Rechte und Rechtspflichten correspondiren sich demnach als wechselseitige Beschränkungen der Freiheit, indem jedes günstige Freiheitsverhältnis auf der einen Seite, ein ungünstiges auf der andern voraussetzt. a)

§. 69.

Die zu regulirenden Verhältnisse der Menschen im Staate sind von doppelter

-
- a) Dafs man dennoch immer nur das günstige Freiheitsverhältnis heraus hebt, von der Rechtslehre und nicht von der Rechtspflichtenlehre spricht, ist sehr natürlich. Nicht die Beschränkung der Freiheit ist Zweck des rechtlichen Zustandes, sondern Erhaltung und gleicher Schutz derselben. Jene ist nur eine unvermeidliche Folge. Damit hängt auch zusammen, dafs die, sonst so reiche, römische Rechtsterminologie für die Rechtspflichten keinen allgemeinen, genau bezeichnenden Ausdruck hat. Nur bei einer Art von Rechtspflichten ist der besondere Name obligatio; aber gerade hier heisst auch das correspondirende Recht ebenfalls obligatio.

Art: die der Individuen zu andern Individuen, und die der Individuen zu der ganzen Gesammtheit, zum Staate selbst. Darauf beruht die Eintheilung des Rechtes in öffentliches und Privat-Recht.

§. 70.

Das öffentliche Recht enthält die Grundsätze, nach welchen der Staat als Gesammtheit bestehn und für die Rechts-idee überhaupt thätig wirken soll. Dahin rechnet man gewöhnlich theils die Bestimmung der Verfassung des Staates, theils die Bestimmung der wesentlichen Eigenschaften, Gewalten, die jedem verfassungsmässigen Staatsoberhaupte zugeschrieben werden müssen, damit es für den Gemeinzwirk wirken, regieren könne; s. g. Regierungs- oder Hoheits-Rechte.

§. 71.

Allein genau genommen sind diese Bestimmungen mehr nothwendige Bedingungen, wesentliche Grundlage alles Rechts im Staate, als rechtliche Verhältnisse selbst. Sie stehn zwar mit dem Rechte in der engsten Verbindung, indem durch sie erst dasselbe ins Leben treten kann; aber es geht ihnen noch das

wesentliche Merkmal alles Juristischen, Rechtlichen ab. Denn da sie selbst erst die Obrigkeit im Staate, ihrem Wesen und Umfange nach, schaffen und festsetzen, so kann von einem rechtlichen, äusseren Zwange dabei unmöglich schon die Rede sein.

§. 72.

Die eigentlichen, wahren Rechtsverhältnisse entstehen erst durch die vom Staate, vermöge seiner Regierungsgewalten, aufgestellten Normen, und diese betreffen theils das öffentliche, theils das Privat-Recht.

Viele dieser Normen bestimmen nur die Rechtsverhältnisse der einzelnen Bürger untereinander, ohne besondere Rücksicht auf das Ganze, die Gesammtheit. Der Staat macht nur die Grundsätze bekannt, nach denen er Rechte seiner einzelnen Bürger anzuerkennen und zu schützen verspricht. Er überlässt die Regulirung gewisser Freiheitsverhältnisse ihnen selbst, nur unter gewissen Beschränkungen; besonders indem er eine bestimmte Form vorschreibt, in welcher, innerhalb der ihnen so zur freien Disposition angewiesenen Freiheitssphäre, die Verfügungen der Einzelnen als gültig erschei-

nen sollen. Er selbst sorgt nur dafür, daß keiner die Grenzen seiner Freiheits-sphäre übertrete, und daß es innerhalb derselben den Verfügungen des Einzelnen nicht an Nachdruck fehle. a) Der Inbegriff dieser Grundsätze macht das Privat-Recht aus.

§. 73.

Da aber nur in der Erhaltung des Ganzen die Sicherheit und der dauernde Bestand des Rechtes liegt, so muß der Staat manches bestimmen über Handlungen der Einzelnen, wobei er nicht zunächst das Privatinteresse derselben, sondern vielmehr das Beste des Ganzen vor Augen hat. Es kündigen diese Normen des öffentlichen Rechtes besonders diejenigen Regeln an, nach welchen der Staat seine Regierungsgewalten, zur Erhaltung des Rechtes und zum Schutze desselben gegen mögliche Störungen, anwenden will.

§. 74.

Oeffentliches und Privat-Recht, als Theile desselben Ganzen, haben freilich viele Berührungspuncte. Nicht bloß in

a) Das letzters gehört aber schon in das öffentliche Recht.

so fern, als durch das öffentliche Recht erst die Sphäre des Privat-Rechtes bestimmt wird, und als auch die Einzelnen bei jenem interessirt sind, sondern auch sonst liegt selbst den meisten privatrechtlichen Verhältnissen mehr oder weniger öffentliches Recht zum Grunde. a) Besonders gehören hierher alle prohibitive Rechtssätze. Denn nicht alle Privat-Rechtsverhältnisse der Einzelnen untereinander überläßt der Staat auf gleiche Weise ihrer individuellen Bestimmung. Zuweilen stellt er die Anordnung ganz dem Gutdünken derer, die zunächst dabei interessirt sind, anheim und schreibt nur vor, was eintreten soll, wenn die Einzelnen keine besonderen, abweichenden Verfügungen getroffen haben. Manche Privatverhältnisse dagegen werden vom Staate schon im Voraus, zum Besten des Ganzen, so unabänderlich bestimmt, daß die Einzelnen nicht nach Belieben, durch andere Verfügungen, davon abweichen können.

a) Es sind dieses, nach römischen Begriffen und Ausdrücken, Sätze, die zwar nicht eigentlich das *publicum jus* ausmachen, *quod ad statum civitatis spectat*, aber doch *publici juris* sind, d. h. in sofern mit dem Ganzen zusammenhängen, als sie *privatorum pactis* nicht ge-

§. 75.

Aus dem Gesagten ergiebt sich nun das Verhältniß des öffentlichen Rechtes zum Privat-Rechte von selbst. Beide verfolgen denselben Zweck, aber auf verschiedene Weise. Die privatrechtlichen Normen zeichnen den Bürgern die Art und Weise vor, wie sie sich ohne Collisionen frei neben einander bewegen können; das öffentliche Recht hebt alle entgegenstehende Hindernisse auf und sorgt dafür, daß auch das Ganze, worauf der rechtliche Zustand gebaut ist, gehörig zusammengehalten werde. Wenn es nun aber auch hiernach allerdings wahr ist, daß das öffentliche Recht das Privat-Recht zu schützen habe, so ist doch theils der Wirkungskreis desselben noch viel weiter, theils muß auch in Collisionsfällen, wo es das Wohl des Ganzen erfordert, das Privat-Recht dem öffentlichen weichen. Denn wie jenes erst durch dieses, nach der allgemeinen Rechtsidee, bestimmt wird, so hat letzteres auch nach denselben Grundsätzen zu beurtheilen, wie lange etwas Privat-Recht bleiben solle und könne. Wo aber das öffentliche

ändert werden dürfen, und zwar um des Ganzen willen.

Recht sich über das Privat-Recht hinaussetzen muß, da darf es nicht als willkürlicher Eingriff erscheinen, sondern auch bei der nothwendigen Einschränkung des Privat-Rechtes ist, so viel als möglich, dieselbe Gleichheit zu beobachten, wie bei der ersten Bestimmung desselben.

§. 76.

Noch wichtiger als der ganze Unterschied des öffentlichen und Privat-Rechtes ist die Untersuchung, wie nun überhaupt, zum Zwecke einer näheren, schärferen a) Bestimmung, die Grenze zwischen Recht und Moral zu ziehen sei. Wann und bis wie weit ist der Mensch, als bloßes menschliches Individuum, lediglich seinem eigenen, subjectiven Urtheile zu überlassen? wo fängt er an als Theil der Gesamtheit, als bürgerliches Individuum in Betracht zu kommen, so daß er dem Gesamtwillen unterworfen wird? Diese Bestimmung, welche Handlungen der Staat überhaupt unter seinen rechtlichen Zwang zu ziehn habe, ist freilich nicht willkürlich, son-

a) Im Allgemeinen ist dieses schon oben §. 33. geschehn.

dern schon durch das oberste Rechtsprinzip im Voraus gegeben. Aber je weiter die Speculation, bei Analysirung jenes Rechtsprinzipes, sich ins Einzelne verliert, desto gröfser wird die Unsicherheit, desto mehr wächst die Gefahr des Irrthumes.

§. 77.

Es soll nach §. 33. eine äussere Freiheitsgleichheit bewirkt werden. Daher hat der Staat nur äussere Handlungen beschränkend unter seinen Zwang zu ziehen. Denn die blos inneren Handlungen, Gesinnungen können weder im Raume und in der Zeit Freiheitscollisionen hervorbringen, noch sind sie, als solche, einem menschlichen Richter überhaupt erkennbar und erzwingbar.

§. 78.

Soll aber, bei Beurtheilung und Beschränkung einer äusseren Handlung, auch auf die sie motivirende Absicht, die innere Gesinnung dabei Rücksicht genommen werden? In keinem positiven Rechte finden wir es, als durchgreifendes Prinzip, dafs der Staat äussere Handlungen, ganz ohne Berücksichtigung der Gesinnung des Handelnden selbst, blos den

Sinn haben läßt, den die äussere Gesetzgebung gerade dieser Handlung unterlegt. a) Auch ist es der Vernunft nicht gemäfs, weil der Staatszweck in mehrfacher Rücksicht dabei nicht bestehn könnte.

§. 79.

Der Grund liegt besonders darin, daß die Rechtsgesetze Freiheitsgesetze sind. Jedes practische Gesetz verliert aber seinen Character, wenn bei dessen Anwendung das bloße *factum* der Existenz einer äusseren Handlung in Betracht kommt.

Schon bei denjenigen äusseren Handlungen, welche der Staat nur in so fern unter seinen Zwang zieht, als er ihnen, bei dem Verkehre der Bürger untereinander, im Voraus gewisse Rechtsfolgen zuschreibt, wodurch das freie, ungestörte Zusammenleben möglich gemacht und erleichtert wird, darf der Staat die, diesen Handlungen zum Grunde liegende Absicht nicht ganz übersehn. Denn sonst bliebe den schlechtgesinnten

a) Es würde da heissen: *verba et actiones valent ut nummi*. Etwas, aber freilich nur entfernt ähnliches, finden wir im römischen Rechte, bei den *negotiis stricti juris*.

Bürgern immer der Weg offen, um durch List und Betrug selbst das Rechtsgesetz zu Bewirkung des Unrechts zu misbrauchen. a) Eine Handlungsmaxime, die, wenn ihr nicht vom Staate entgegenge- arbeitet wird, den gutgesinnten Bürgern das gleich freie Bestehn neben den schlechten unmöglich machen, also dem Staate die Erreichung seines Rechtszweckes vereiteln würde.

§. 80.

Noch deutlicher aber offenbart sich die Wahrheit des im §. 78 ausgesprochenen Satzes bei denjenigen Handlungen, welche der Staat dergestalt unter seinen rechtlichen Zwang zieht, daß er sie, als der Gesamtheit schädlich, völlig verbietet. Denn hier bedarf es eines Zwangsmittels, welches diese Handlungen abwendet und unmöglich macht. Wird nun auf grössere oder geringere Willensfreiheit des Handelnden gar nicht gesehen, so muß das Zwangsmittel im-

a) Dieses zeigt sich besonders im Privat-Rechte, z. B. in der Lehre von den Verträgen.

Es versteht sich übrigens von selbst, daß, durch solches Berücksichtigen der Absicht, die Moralität mit der Legalität der äusseren Handlung keineswegs vermischt wird. Auch die Absicht der Handlung zerfällt in die legale und moralische.

mer dasselbe sein, d. h. immer so stark, daß es im Nothfalle auch den bösesten, widerrechtlichsten Willen zu überwinden vermag. Allein ein Zwangsmittel von Seiten des Staates ist gewiß nur dann zu rechtfertigen, wenn es mit dem zu überwindenden Widerstande im Verhältnisse steht. Dieser Widerstand ist nun bei Uebertretung eines Rechtsgesetzes aus Unbedachtsamkeit, Schwäche und Leichtsinn, weit geringer als bei solchen aus Vorbedacht und Ueberlegung. Vollends bei bloß zufälligen Handlungen, wo alle Willensfreiheit fehlt, würde das Zwangsmittel in der Androhung zwecklos, in der Anwendung grausam erscheinen. a)

§. 81.

Nach diesen Untersuchungen ist es gewiß ein Uebelstand, daß, selbst bei äusseren Handlungen, die innere Gesinnung eines Menschen von andern Menschen so schwer und selten mit einiger Gewissheit sich ausmitteln läßt. Da kein äusseres Beweismittel hier völlig ausreicht, so hat man ein inneres ge-

a) Die Wichtigkeit dieser Sätze wird sich besonders im Criminal-Rechte zeigen.

sucht. Nur Gott und dem Handelnden selbst ist die Absicht klar. Dafs Gott, durch Lenkung des Zufalls, die Wahrheit offenbare, worauf sich die Gottesurtheil stützen, kann, als blofser Aberglaube, der Vernunft nicht genügen. Vom Handelnden selbst ist zu befürchten, dafs er durch sinnliche Motive abgehalten werde, die ihm schädliche Wahrheit zu gestehn. Diese sinnlichen Motive sucht man zu überwinden, indem man bewirkt, dafs das Leugnen unfehlbar weit grösseren Nachtheil bringe, als das Gestehen der Wahrheit. Ein solcher überwiegender Nachtheil soll nun durch eidliche Versicherung des Handelnden hervorgebracht werden; weit weniger indem der Staat den entdeckten Meineid hart bedroht, als durch den Glauben, dafs die beleidigte Gottheit, durch ein strenges Gericht in einem andern Leben, den Meineid ahnden werde.

§. 82.

Aber dieses ganze Mittel, in die innersten Gesinnungen der Menschen einzudringen, hat viel wider sich. Denn

1) wird sowohl die Sicherheit des Staates, als das Recht der einzelnen Bür-

ger a) oft blos auf den zufälligen Umstand gestellt, ob der Schwörende gerade diesen religiösen Glauben und zwar so stark habe, daß er durch keine sinnlichen Motive erstickt wird.

2) Gibt der Eid den Bürgern ein sicheres Mittel in die Hand, ungestraft die Staats-Zwecke zu vereiteln.

3) Der Staat setzt auf die groſſe Immoralität des Meineides gewissermaassen eine Prämie; so wie überhaupt bei einer solchen formalen Vermischung von Moral und Recht, wobei erstere als bloßes Mittel gebraucht wird, leicht die Würde der Religion und Moral leidet, b) also auch indirect das Recht selbst, durch staatsbürgerliche Verschlechterung der Individuen. c)

§. 83.

Daß der Staat auch die äussern Handlungen seiner Bürger nur so weit be-

a) *Wie nachtheilige Ungleichheit dieses besonders im Prozesse hervorbringe, davon unten.*

b) *Schon das Verpfänden und Veräussern der Seeligkeit hat etwas Anstößiges. Es ist auch eine offenbare Inconsequenz, wenn die positiven Rechte das Veräussern der Freiheit als etwas schon rechtlich unmögliches betrachten, und doch das Veräussern der ewigen Seeligkeit selbst vorschreiben.*

c) *Juristische Fragmente. Th. I. Cap. 3.*

schränkend unter seinen Zwang ziehn solle, als gerade der Rechtszweck erfordert, ist gewiss. Denn sonst setzt er sich selbst zum Zwecke. Aber schärfer läßt sich die Grenze im Allgemeinen nicht bestimmen. Denn es kommt dabei sehr viel auf äussere, meist zufällige Umstände an, auf den Nationalcharacter, hervorstechende Fehler oder Tugenden eines Volkes, auf den Grad der Cultur a) u. s. w., ob mehr oder weniger Mißbrauch der natürlichen Freiheit zu befürchten sei, und auf welche Weise derselbe sowohl am sichersten, als für die Einzelnen am wenigsten drückend, verhindert werden könne. b) Da diese äusseren

a) Mit der steigenden Cultur eines Volkes, in so fern sie die Verhältnisse der Menschen verwickelter und mannigfaltiger macht, werden eher mehr als weniger Rechtsbestimmungen nöthig.

b) Dafs auf diese Weise das Recht in so verschiedenartiger Gestaltung erscheint, hebt den obersten, allgemeinen Rechtsbegriff nicht auf, und ist kein Vorwurf. Auch die Tugend ist eine einzige, aber auch sie nimmt bei den einzelnen Völkern eine verschiedene, eigenthümliche Gestalt an.

Auf den wichtigen, nothwendigen Einfluss der äusseren Umstände, wie des Characters, der Sitten und Schicksale eines Volkes, so wie des Climas u. s. w. auf den rechtlichen Zustand, machte besonders Montesquieu aufmerksam, um die Urtheile über Zweckmässigkeit der verschiedenen positiven Rechte zu leiten.

Verhältnisse mit der Zeit auch wechseln, so geht schon daraus hervor, wie jedes positive Recht, wenn es zweckmässig bleiben soll, mit der Zeit fortschreiten und sich fortbilden muss.

§. 84.

Besonders wichtig dabei ist das Verhältniss des öffentlichen Rechtes zum Privat-Rechte in jedem Staate. Hiernach wird in der Regel die Zweckmässigkeit oder Unzweckmässigkeit der positiven Rechte beurtheilt.

Dass nun sehr vieles im Staate, als Privat-Recht, mehr oder weniger der Disposition der Einzelnen überlassen bleiben muss, geht theils aus dem Staatszwecke selbst hervor, theils aus der physischen Unmöglichkeit, dass alle Rechtsverhältnisse unmittelbar vom Staate selbst regulirt werden. Es bedürfte fast ebenso vieler Obrigkeiten, als einzelne Individuen da sind. a)

a) Dass Plato in seinem Idealstaate, mit Verwerfung des Privat-Rechtes, fast alle Verhältnisse der Bürger dem öffentlichen Rechte unterordnet, ist eine Folge seines zu weit ausgedehnten, unmittelbaren Staatszweckes, welcher ihn nöthigt, den Staat als ein allgemeines Institut für die Erziehung seiner Bürger zu betrachten.

Dafs bei dem Privat-Rechte so manches, ganz ohne Rücksicht auf das Ganze, von den Einzelnen verfügt wird, ist kein Grund dagegen; denn nicht die Menschen sind des Staates wegen, sondern der Staat ist der Menschen wegen da. Mit der bewirkten Ueberzeugung der Bürger, dafs im Ganzen auch das individuelle Wohl befördert werde, (s. §. 64.) wird sich jener Uebelstand schon von selbst heben.

§. 85.

Aber es giebt eine grofse Menge Handlungen, nicht blos innere, sondern auch viele äussere, in Rücksicht derer der Staat die Menschen gar nicht in ihrer natürlichen Freiheit beschränkt. Darauf beruht das doppelte, getrennte Sein der Individuen im Staate. Sie stehn da blos als Menschen, ganz selbständig, ihrem eigenen Gewissen überlassen, und diese Freiheit äussert sich besonders durch die herrlichste Eigenthümlichkeit des Menschen, das Streben nach geistiger, religiöser, sittlicher Ausbildung. Sie stehn aber auch da als Staatsbürger, Theile der Gesamtheit, in Rücksicht der nothwendig zu beschränkenden, äusseren Freiheits-sphäre. Dieses getrennte, individuelle und Gesamtleben soll und kann zur

Einheit gebracht werden, theils indem der Mensch sich der Staatsanstalten bedient, um seiner Individualität die angemessene Ausbildung zu geben, theils indem er aus Vernunftüberzeugung zu dem, was ihm der Staat vorschreibt, sich freiwillig bestimmt, theils endlich indem er sich der im Staate und durch denselben erworbenen Ausbildung wieder zur Beförderung des Staatszweckes bedient.

VIERTES CAPITEL.

Von der Bildung des positiven Rechtes und dessen Verhältnisse zum Naturrechte.

§. 86.

Wenn gleich alles Recht, seinem Inhalte nach, lediglich aus der Vernunft entspringt, so ist doch, in formeller Rücksicht, der Staat Herr, d. h. erklärendes Organ des allgemeinen Rechtswillens. Er hat also zu beurtheilen, wie und auf welche Weise der Gesamtwille zu seinem Zwecke gelange. Diefs geschieht durch Aufstellung von Grundsätzen, nach denen der Staat seine künftigen Rechtsurtheile über Handlungen seiner Bürger fassen zu wollen, verspricht. Dadurch

erhebt er seine Ansicht über die Verwirklichung der Rechtsidee zur objectiven Wahrheit für die Bürger, und bewirkt zu diesem Zwecke ihre allgemeine, äusserliche Erkennbarkeit. **Legislative Gewalt.**

§. 87.

Käme das Individuum im Staate blos als Mensch in Betracht, so müßten diese Normen ganz allgemein sein, d. h. der, in einem bestimmten Falle, für den einen aufgestellte Rechtssatz, müßte in demselben Falle auf gleiche Weise für alle gelten. Aber die Individuen sind auch Bürger und dieser staatsbürgerliche, ungleiche Werth erfordert häufig eine verschiedene, ungleiche Rechtsbehandlung; in so fern nur solche, blos für eine gewisse Classe von Bürgern aufgestellte Normen aus einer richtigen Entwicklung des ganzen Staatszweckes als nothwendig hervorgehn. a)

§. 88.

Damit ist nicht zu verwechseln eine allgemeinere Verschiedenheit der Rechts-

a) Freilich sehr viele dieser Ausnahmen von der allgemeinen Regel hängen mit gewissen, blos provisorischen Einrichtungen im Staate zusammen.

normen, wegen politischer oder sonstiger Ungleichheit der, zu demselben Staate gehörenden, einzelnen Territorien. Je größer ein Staat ist, aus je verschiedenartigen, in Cultur, Religion, Character und Sitten von einander abweichenden Völkerschaften zusammengesetzt, desto nothwendiger wird eine solche Verschiedenheit des positiven Rechtes. Es erscheint diese auch in der That nicht als Ungleichheit, sondern als Modificirung derselben Rechtsidee nach den verschiedenartigen Volksbedürfnissen. a)

§. 89.

Die, freilich unvermeidlichen, Nachteile einer solchen Rechtsverschiedenheit zeigen sich besonders bei der Handhabung des Rechtes durch die Obrigkeiten, die um so schwieriger und verwickelter wird, je verschiedenartiger die Rechtssätze. Entweder muß, nach dem Systeme der Territorial - Rechte, den Bürgern zugemuthet werden, um alle Rechtsverschiedenheiten des Ortes,

a) Man darf daher diese Verschiedenheit der Rechtsbedürfnisse nicht als unüberwindliches Hindernis des Universalstaates anführen, da ja die verschiedensten Particular- und Provinzial-Rechte immer möglich bleiben.

wo sie sich zufällig befinden, sich zu bekümmern, oder es wird das Gerichtswesen, nach dem Systeme der persönlichen Rechte, a) äusserst verwickelt, besonders bei steigender Cultur.

§. 90.

Das positive Recht bildet sich nothwendig unter Aufsicht der Staatsmacht; aber auf verschiedene Art.

Unmittelbar wirkt die Staatsgewalt auf diese Rechtsbildung ein durch ausdrückliche, von ihr ausgehende Erklärung, dass sie künftighin eine bestimmte Norm in ihren Rechtsurtheilen befolgen werde. Solche Erklärungen sind *Gesetze* im engeren Sinne: Zur allgemeinen Erkennbarkeit werden sie erst durch öffentliche Bekanntmachung von Seiten des Staates, Promulgation, gebracht. Von welchem Zeitpunkte an ein solches Gesetz, als unabänderliche Richtschnur, für die Bürger gelten müsse und könne, hängt lediglich von den näheren Umständen bei der Bekanntmachung ab.

a) *Dieses war das im Mittelalter, bei den germanischen Völkern herrschende, jenes ist das jetzt gewöhnliche System.*

v. Savigny Geschichte des röm. Rechtes im Mittelalter. Th. I. S. 90 f.

§. 91.

Aber bei weitem nicht alles positive Recht kann und soll aus bloßen, eigentlichen Gesetzen hervorgehn. Schon aus der physischen Unmöglichkeit, daß alle Rechtsfragen unmittelbar von oben her entschieden werden, erhellt die Nothwendigkeit eines **Gewohnheits-Rechtes**. a)

Wo nämlich die gesetzgebende Staatsmacht ihre Rechtsansicht entweder gar nicht, oder nur durch erlaubende, dispositive Gesetze ausspricht, da überläßt sie stillschweigend die Anordnung der Rechtsverhältnisse der Einsicht der Bürger. Zeigt sich nun durch fremde, b) oder eigene Erfahrung eine bestimmte Rechtsnorm als den zu regulirenden Verhältnissen angemessen, c) so wird sie, eben wegen ihrer anerkannten Zweckmäßigkeit, d) **Gewohnheits-Recht**. Solche **Gewohnheiten** sind die Grundlage alles

a) *Hugo Civ. Mag. B. IV. S. 89 — 136*

b) *In der Rechtsgeschichte aller gebildeten Völker finden wir, mehr oder weniger, auch die Rechtserfahrungen anderer Völker benutzt.*

c) *Oft entscheidet freilich hier der Zufall, welche von mehreren möglichen Normen allgemein befolgt wird.*

d) *Die Fälle, in welchen eine solche Norm, in der Absicht um sie als Regel gelten zu lassen, be-*

positiven Rechtes. Die ersten Gesetze erscheinen meist nur als, durch die Umstände nöthig gewordene, genauere Fixirung dessen, was schon längst als allgemeine Gewohnheit im Volke gegolten hat. a)

§. 92.

Wenn gleich die Bildung aller Rechtsgewohnheiten, wie die alles Rechtes, unter der Aufsicht des Staates steht, so folgt daraus noch keineswegs, daß das Staatsoberhaupt von jeder einzelnen, sich bildenden Rechtsgewohnheit erst benachrichtigt worden sein müsse, um, durch sein Nichtverbieten, sie stillschweigend zu billigen. Denn theils würde dadurch die Gewohnheit, bis zu dieser Billigung, als etwas unerlaubtes erscheinen, theils gieng der Nutzen, daß die Gewohnheiten aushelfen sollen, wo die gesetzgebende Gewalt nicht ausreicht, dadurch verloren. Aber freilich die nähere, genauere Begrenzung des Gebietes der freien

folgt worden sein muß, lassen sich arithmetisch nicht bestimmen. Es kommt auf die allgemeine Meinung an.

- a) *Daß im rohen Zustande es mehr Gewohnheiten, wie Gesetze giebt, daß aber bei steigender Cultur das Verhältniß oft umgekehrt erscheint, ist eine sehr leicht zu erklärende Erfahrung.*

Autonomie der Bürger, kommt allein der Staatsmacht zu. Sie kann daher die, ihrer Ansicht vom Rechte widersprechenden Gewohnheiten, als Mißbräuche, durch ihre legislative Gewalt hindern. a)

§. 93.

Der Nutzen des Gewohnheits-Rechtes besteht besonders darin, daß, wenn es überhaupt Zweck des Staates ist, einen der Cultur, den Sitten und Bedürfnissen des Volkes entsprechenden, rechtlichen Zustand zu begründen, eben dieser Zweck es erfordert, daß er die Beobachtung nicht unvernünftiger Gebräuche, theils als Interpretationsmittel, theils als Normen zuläßt, wie er die Abänderung nicht prohibitiver Gesetze durch Autonomie gestattet. In so fern sind Gewohnheiten, als die durch Handlungen ausgesprochene Rechtsansicht des Volkes selbst, in der Regel dessen Geiste und den Zeitumständen angemessen. Auch wird die noth-

a) Unter gewissen Verhältnissen kann die Bildung der wichtigsten Arten des Gewohnheits-Rechtes unter Aufsicht besonderer Obrigkeiten im Staate gestellt werden. Dahin gehörte bei den Römern das Amt der Prätoren, wenigstens in so fern dieselben manche gute Gewohnheit veranlaßten, oder manche entschiedene Sitte in ihr Edict aufnahmen.

wendige, stete Fortbildung des positiven Rechtes durch Gewohnheiten sehr erleichtert und vorbereitet.

§. 94.

Denn jedes neue, abändernde Gesetz wirkt, durch den plötzlichen, unvorbereiteten Uebergang, oft, wenigstens indirect, für die Staatsbürger nachtheilig. Denn manche frühere Handlungen derselben, die noch unter Voraussetzung des vorigen Rechtes vorgenommen worden, fallen nun, ihren Rechtsfolgen nach, unter das neue Gesetz; wodurch sehr häufig, ohne ihr Verschulden, die Einzelnen bedeutend leiden. Schon deshalb ist jede, nicht durchaus nothwendige Rechtsänderung durch ein Gesetz misslich. a) Der Uebergang vom alten Rechte zum neuen grenzt oft an Rechtslosigkeit. b)

a) Darauf bezieht sich das bekannte Gesetz, das Polybius Lib. XII. c. 16. dem Zaleukus, Diod. Sic. lib. XII. c. 17. dem Charondas zuschreibt, wonach jeder Bürger, der ein abänderndes Gesetz vorschlagen wollte, mit dem Stricke um den Hals in die Volksversammlung treten mußte.

b) Daher hat man es oft als eine große Beruhigung angesehen, dass, wenn auch, besonders durch politische Umwälzungen, das öffentliche Recht noch so sehr verändert wird, doch in der Regel das Privat-Recht dasselbe bleibt.

§. 95.

Noch weit bedenklicher ist die Verfügung, daß ein neues Gesetz sogar rückwirkende Kraft haben solle. Denn hier tritt nicht nur der erwähnte Uebelstand in noch höherem Grade ein, sondern der Staat setzt sich auch leicht dem Verdachte der Partheilichkeit und selbstsüchtiger Absichten aus. Nur wo gerade durch das Zurückziehn des Gesetzes auf vergangene Handlungen wahrem Unrechte vorgebeugt werden soll, da ist es zu rechtfertigen, a) Aber es bedarf großer Vorsicht.

§. 96.

Weit allmählicher, unmerklicher und deshalb wohlthätiger wird durch Gewohnheits-Recht der Uebergang vom Alten zum Neuen gebildet.

Die Frage, ob durch Gewohnheiten auch bestehende Gesetze aufgehoben werden können, beantwortet sich in der Erfahrung aller positiven Rechte schon von selbst. Rechtsphilosophisch beruht sie lediglich auf dem factischen Umstande, ob die legislative Gewalt ihren Wil-

a) Hugo, A. a. O. §. 133.

len, daß das Gesetz durch conträre Gewohnheit nicht aufgehoben werden solle, auf irgend eine Art zu erkennen gegeben, oder nicht. a) Ein sicheres Merkmal dieser Art wäre allerdings zu wünschen, selbst für die Moralität der Bürger. An und für sich liegt aber in dem Wesen des Gewohnheits-Rechtes kein Grund, weshalb es nicht, in den gehörigen Grenzen, eigentliche Gesetze aufheben könne. b)

§. 97.

Diese ganze Bildung des positiven Rechtes steht freilich mit dem Naturrechte in keinem unmittelbaren Zusammenhange. c) Denn es hat, seinem Wesen nach, seinen Ursprung aus einem positiven Willen. Aber da der positive Wille ein menschlicher, also ein vernunftfähiger ist, so bleibt immer, durch Ver-

a) Auch hier ist gewiß der Unterschied zwischen *prohibiven* und *blos dispositiven* Gesetzen wichtig.

b) So entscheidet auch das römische Recht, fr. 32. §. 1. D. I, 3. §. 11- J. I, 2. was auch noch in der Justinianeischen Compilation zu gelten scheint. Denn die scheinbar widersprechende c. 2. C. VIII, 53. kann als *Rescript* sehr gut übereinstimmend erklärt werden. Eben so gestattet das Canonische Recht *consuetudinem contra legem*.

c) Der mittelbare Zusammenhang ergibt sich schon aus §. 8. u. 93.

mittelung desselben, der Einfluss der Philosophie auf das positive Recht möglich. Dadurch sollen und können die mannigfachen Irrthümer, die bei keinem positiven Rechte fehlen, a) also die Differenz des positiven und Vernunftrechtes gehoben werden. Aber wie soll dieß geschehn?

§. 98.

Nicht der einzelne Bürger darf das positive Recht im Staate darum reformiren wollen, weil es seiner individuellen, philosophischen Ansicht vom Rechte nicht entspricht. Denn dadurch würde erstens der Hauptzweck des rechtlichen Zustandes, Verbannung der Willkühr durch ein objectives Recht, vernichtet; zweitens gieng die nothwendige Einheit des ganzen Rechtes verloren. Nicht ein Mal der Richter darf da, wo das

a) Aber im Naturrechte eben so wenig! — Allerdings. Aber was würde aus unserer Cultur werden, wenn wir nicht immer der letzten Berichtigung unserer Vernunftserkenntnis, in allen Verhältnissen, wo wir uns selbst überlassen sind, folgen dürften? Nur dürfen wir freilich, bei Anwendung und Uebertragung der letzten Vernunftserkenntnisse ins Leben, nicht *triumphalisch* zu Werke gehn.

Jurist. Fragm. Th. II, Cap. 18.

positive Recht schweigt, unbedingt und völlig seiner individuellen, philosophischen Rechtsansicht folgen, sondern nur in so fern diese mit dem Geiste des schon vorhandenen positiven Rechtes übereinstimmt. Die Lücke muß durch die s. g. Rechtsanalogie von ihm so ausgefüllt werden, wie der gesetzgebende Wille, consequent, seinen schon ausgesprochenen Ansichten gemäß, sie ausfüllen würde. Die philosophischen Grundprinzipien sind von dem Richter hier, als positiv gegeben, historisch aufzusuchen. a) Nur so kann die erforderliche Gleichförmigkeit des Rechtes bestehn.

§. 99.

Das sicherste Mittel, um die Spannung und das Misverhältniß zwischen dem, was ist und dem, was sein sollte, zu heben, ist wieder Verbreitung einer allgemeinen Geistescultur, durch Freiheit des literarischen Verkehrs, wodurch die neuesten Resultate des menschlichen Forschens, auch über das, was Recht sein

a) Noch weit weniger ist es daher dem Richter zu verstatten, die einzelnen positiv geltenden Sätze zu prüfen, um zu erfahren, ob er sie anwenden solle oder nicht. S. Hugo. §. 33. u. 34.

soll, so viel als möglich allen zur Prüfung vorgelegt werden. Ist so die Rechtsansicht der legislativen Staatsmacht und, unter deren Aufsicht, der Bürger selbst, mehr geläutert worden, so kann auch die äussere Gesetzgebung mit der erweiterten Vernunftkenntniß leichter gleichen Schritt halten. a) Nur auf diese Weise wird die in der Erfahrung so häufige, in der Wirkung so nachtheilige Spannung zwischen Theorie und Praxis, Speculation und Empirie, verhütet. b)

§. 100.

Eine Folge von der Unvollkommenheit aller positiven Rechtsgesetzgebung ist das Verhältniß der Billigkeit zum strengen Rechte.

Diese Billigkeit ist eine moralische und eine juristische. Es kann nämlich die äussere Gerechtigkeit, wie sie sich in den positiven Sätzen ausspricht, trotz ihrem Streben danach, dennoch eine solche volle Gleichheit nie erreichen, wie sie in der göttlichen Weltordnung

a) Die, besonders von den Franzosen, auf uns verpflanzte Sucht nach neuen Gesetzbüchern ist diesem natürlichen Gange offenbar mehr hinderlich, als wohlthätig.

b) Jurist. Fragm. a. a. O.

gedacht wird. a) Die Rechtsgesetzgebung stellt oft im Allgemeinen einen Satz auf, der im einzelnen Falle unserer individuellen Idee der Gerechtigkeit widerspricht. In so weit nun der Staat überhaupt ihm seinen Rechtsansprüchen zu entsagen erlaubt, bleibt es dem Berechtigten überlassen, in wie weit er aus Moralität, wegen Gewissenspflichten, von seinem Rechte etwas nachlassen will. Es ist also diese Billigkeit nur Moralität, in einem besonderen Verhältnisse zum Rechte gedacht. b)

§. 101.

Dagegen die juristische Billigkeit besteht in dem Bestreben der äusseren Gesetzgebung, auch bei solchen Rechtssätzen, die im Allgemeinen der Vernunftidee entsprechen, da, wo sie unter gewissen Umständen zu Härte und Ungleichheit (*iniquitas*) c) führen, positiv nachzuhelfen.

a) *Gott ist nie billig, sondern Gott ist nur allgerecht.*

b) *Im Leben selbst muß hier Recht und Billigkeit nicht als Gegensatz vorkommen. Denn es ist dieselbe practische Vernunft, die sich gegenseitig ergänzend äussert, und die Gehorsam gegen ihre ganze Gesetzgebung fordert.*

c) *Summum ius (d. h. der Satz in seiner Allgemeinheit) summa saepe injuria (d. h. unter Umständen.)*

Bei der unendlichen Mannigfaltigkeit der möglichen, äusseren Umstände, lässt sich der Erfolg einer allgemeinen Rechtsregel für jeden einzelnen Fall nicht im Voraus bestimmen. Erst allmählig durch das Leben und die Erfahrung offenbart sich dieß. Das Modificiren eines solchen allgemeinen Rechtssatzes nach diesen Resultaten der Erfahrung, durch den positiven Willen im Staate selbst, um seine durchgängige Zweckmäßigkeit zu bewirken, ist die juristische Billigkeit, *aequitas*. a)]

§. 102.

Wie alle Bildung des positiven Rechts, so steht auch diese juristische Billigkeit unter Aufsicht des Staates. b) Aber ge-

-
- a) Freilich kann dieselbe nicht ins Unendliche gehn. Merkwürdig ist es, zu beobachten, wie das römische Recht von diesem Billigkeitsrechte zur Moral eine Art allmählichen Ueberganges macht. In gewissen Fällen nehmen die Römer auch auf Pflichten der eigentlichen Moral juristische Rücksicht; aber nur so, dass es bei der geschehenen Erfüllung sein Bewenden haben soll, nicht so, dass die Erfüllung erzwungen werden kann. Schon das gehört zum allmählichen Uebergange, dass nur solche Moralphlichten positiv beachtet werden, die in einer speciellen Pflicht gegen eine bestimmte Person bestehn, nicht aber allgemeine Pflichten, z. B. zwar die Pflicht der Dankbarkeit und Pietät, nicht aber die der Wohlthätigkeit.
- b) Ein Fall, wo unmittelbar der Staat sich selbst die Beurtheilung der Umstände, zum Zwecke der

rade hier wird Gewohnheits - Recht, schon seiner Natur nach, wohlthätiger wirken, als eigentliche Gesetze. Besonders zweckmässig stellt der Staat die Bildung des Billigkeitsrechts unter Aufsicht gewisser Beamten, die dann nur die Gewohnheiten zu leiten haben. a) Der dadurch entstehende Gegensatz von strengem Rechte und Billigkeit löst sich, durch allmähliche Verschmelzung beider, wieder von selbst auf. b) Damit fällt auch der etwaige Vorwurf, daß, durch positive Berücksichtigung der Billigkeit, das Recht immer weitläufiger und complicirter werde, zum Theil weg; überhaupt ein Vorwurf, der jede Wissenschaft in ihrem Fortschreiten trifft.

Billigkeit in diesem juristischen Sinne ist also eben so vor der Obrigkeit er-

*Billigkeit, vorbehält, ist die Begnadigung.
s. Crim. Recht.*

- a) So bei den Römern die *aequitas praetoria*, als Vermittlerin zwischen dem alten, dem Zeitgeiste und geänderten Umständen nicht mehr angemessenen Rechte und den neueren erprobten Rechtserfahrungen. Gerade ihr Anschmiegen an das Alte wirkte wohlthätig, wie das Beispiel der *bonorum possessio* bis zu Justinian zeigt. Unsere *Praxis* ersetzt das Institut der *aequitas praetoria* bei weitem nicht, sondern hat mehr Unheil und Verwirrung, als Gutes gestiftet.
- b) Auch hier gehen manche Lehren des röm. Rechtes wieder die besten Belege.

zwingbar, als das Recht. Sie unterscheidet sich nur durch die besondere Form, in welcher sie sich gebildet. a)

§. 103.

Wenn dennoch manche unzweckmäßige oder harte Rechtsnormen, besonders durch Misbrauch der höchsten legislativen Macht im Staate, vorkommen, so ist zunächst nur der Staat deshalb vor seinem Gewissen verantwortlich. Der einzelne Bürger ist nicht befugt, die bestehenden Rechtssätze practisch zu kritisiren. b) Nur wo für ihn eine wahre, unvereinbare Collision zwischen der Rechtspflicht und der Gewissenspflicht eintritt, die er auch durch die moralische Billigkeit nicht heben kann, da bleibt es seinem eigenen Gewissen überlassen, in wie weit er gegen seine Ueberzeugung handeln dürfe. Aber er muß sich es auch gefallen lassen, wenn der Staat seine Ueberzeugung, als irrendes Gewissen, im Gegensatze der allgemein ausgesprochenen Rechtsüberzeugung,

a) So scheint auch in dem Sprüchworte: was dem einen recht, ist dem andern billig, beides für einerlei zu gelten.

b) Jede andere Kritik sollte der Staat erlauben.

nicht beachtend, consequent ihn als einen solchen behandelt, der die Realisirung des Staatszweckes hindert. a) Es steht dann nur Gewissen gegen Gewissen; aber der Staat ist meistens der stärkere, der seiner Ueberzeugung den meisten Nachdruck geben kann. b)

§. 104.

Ganz von einer solchen Collision verschieden ist der Fall des *Nothrechtes*. Die nothwendige Bedingung des Rechtes ist mögliche Coexistenz der Bürger. Wird nun durch Umstände diese Möglichkeit ganz aufgehoben, indem zwei Menschen nicht neben einander bestehn können, ohne daß einer des andern Recht verletzt, so tritt wieder das natürliche Verhältniß freier, durch kein äusseres Gesetz beschränkter Wesen ein, wo blos physische Kraft, von der Moral geleitet, entscheidet. Gar keine solche Fälle

a) *Es kommt hier der zwar trivial klingende, aber sehr wahre Satz zur Anwendung, daß auch ein schlecht organisirter Rechtszustand in der Regel besser ist, als gar keiner.*

b) *Es gehören hierher auch alle allgemeine Ausflexungen gegen die höchste Staatsmacht, die man so oft nach dem bloßen glücklichen oder unglücklichen Erfolge beurtheilt.*

gestatten, heißt die Natur verleugnen. Aber wann sie vorhanden, hat lediglich, mit Berücksichtigung der näheren Umstände und der Billigkeit, das positive Recht zu bestimmen. Oft kann der Staat daher erst hinterdrein über einen solchen Fall erkennen.

ERSTER CAPITEL.

ZWEITES BUCH.

Vom Privat-Rechte.

ERSTES CAPITEL.

*Von der Rechtsfähigkeit überhaupt, oder den
allgemeinen Bedingungen, unter welchen
der Staat Rechte anerkennt.*

§. 105.

Wenn gleich nach §. 74. öffentliches und Privat-Recht in manchen Rücksichten zusammenfließen, so eignet sich dennoch diese Verschiedenheit der Verhältnisse der Bürger am besten zu einer allgemeinen Abtheilung der Untersuchungen über das Recht; schon deshalb, weil sie sich an das gewöhnliche System der positiven Rechte anschließt und so die Vergleichung erleichtert.

§. 106.

Zu denjenigen Lehren, die zwar viele Sätze enthalten, welche nicht blos *iuris publici* sind, sondern auch oft ganz

in das öffentliche Recht einschlagen , a) die aber dennoch vom Privat-Rechte, dessen Grundlage sie ausmachen, nicht füglich getrennt werden können, gehört besonders die Frage von den Bedingungen aller Rechte im Staate überhaupt. Sie steht gewissermaassen zwischen dem öffentlichen und Privat-Rechte, und vermittelt beide.

§. 107.

Der Menschen wegen ist der ganze rechtliche Zustand da; nur diese können im Staate Rechte haben. Dafs sie dieses können, ist eben eins der wichtigsten Rechte, die Grundlage aller übrigen.

Zum Zwecke einer vorläufigen Classification, lassen sich alle Rechte, die ein Mensch im Staate haben kann, erschöpfend nach zwei Rücksichten bestimmen, nach ihrem Umfange und nach ihrem Gegenstande.

1) Nach ihrem Umfange sind es entweder solche, die auf gleiche Weise von allen Menschen anerkannt und respectirt werden müssen, allgemein verpflichten-

a) Z. B. die Verschiedenheit der Bürger, in so fern dieselben verfassungsmässig mehr oder weniger zu der Regierung concurriren.

de Rechte, oder solche, denen blos die Verpflichtung Einzelner entspricht.

2. Nach ihrem Gegenstande sind es entweder Rechte, die gar kein äusseres Object haben, nur auf Anerkennung einer gewissen Eigenschaft gerichtet sind, a) und diese sind immer allgemein verpflichtend, oder solche Rechte die auf ein äusseres Object gehn. Dahin gehören:

a) Rechte auf bestimmte Sachen, dingliche Rechte. Diese sind ebenfalls allgemein verpflichtend.

b) Rechte auf Handlungen gewisser Personen,

α. in Gefolge eines Rechtsverhältnisses, das von jedem anerkannt werden muss, b)

β. in Gefolge eines besondern Rechtsverhältnisses, das nur zwischen dem Berechtigten und Verpflichteten besteht, indem es letzteren zu bestimmten Handlungen verpflichtet. c)

§. 108.

Ur-Grund-Rechte, *iura status* der Römer, gehn auf allgemeine Anerkennung

a) Dahin gehören alle *iura status*.

b) *potestates* und Vormundschaft.

c) *obligatio*, *actio*, *exceptio*.

solcher wesentlicher Eigenschaften, welche überhaupt alle Rechtsfähigkeit im Staate erst begründen. Von solchen Urrechten müssen zwei als durchaus rechtlich nothwendig, so wie in allen positiven Rechten, eben so von der Vernunftgesetzgebung angenommen werden; nämlich das Recht auf Anerkennung der Menschheit, Persönlichkeit und das auf Anerkennung des Staatsbürgerthumes. Ersteres bedingt immer erst letzteres und muß demselben also nothwendig vorausgehn. Alle übrigen Eigenschaften, welche von den positiven Rechten als fernere Grundlagen der Rechtsfähigkeit bestimmt werden, sind nur, mehr oder weniger, zufällig.

§. 109.

Die erste Rechtsbedingung, daß jemand überhaupt als ein menschliches d. h. sinnlich vernünftiges Wesen Anspruch auf eine Würde hat, s. §. 31. heißt Persönlichkeit. Denn Person ist ein Individuum, dem möglicherweise Rechte zugeschrieben werden können, das schon seiner Gattung nach als Subject von Rechtsverhältnissen auftreten darf. Der Gegensatz ist Sache, Ding, alles was nicht, schon seiner

Gattung nach , als Person erscheint , und deshalb , sei es nun leblos oder belebt , nur als Object von Rechtsverhältnissen in Betracht kommt. Denn nur der Mensch , durch seine Vernunft , ist im Stande zu einer Herrschaft über die vernunftlose Aussenwelt zu gelangen , und dadurch über dieselbe erhaben.

§. 110.

Wenn die Persönlichkeit dem Menschen als Menschen zukommt , so ist die Bestimmung des Characters der ganzen menschlichen Gattung , auch in rechtlicher Hinsicht , äusserst wichtig.

Nur die thierisch-menschliche Organisation , nicht aber die Vernunft , wodurch sich doch sonst der Mensch von den übrigen Thieren noch weit wesentlicher unterscheidet , kann als juristischer Gattungscharacter gelten. Denn eine feste , juristische Grenze , wo die Vernunft anfängt oder aufhört , ist für Menschen unmöglich aufzustellen. Auch bleibt ja immer die Möglichkeit , dafs , so lange die Grundlage derselben , die thierisch-menschliche Organisation vorhanden , die jetzt fehlende Vernunft noch künftig eintreten werde. a)

a) Diefs ist wichtig auch für den Fall , wenn ein Mensch wahnsinnig wird. Ihn in der Zwischenzeit , bis

§. 111.

Allein das Characteristische der thierisch - menschlichen Organisation darf wohl nicht in zufälligen Einzelheiten, sondern nur in der ganzen menschlichen, physischen Eigenthümlichkeit im Allgemeinen gesucht werden. Bei vorkommenden fehlerhaften, von der gewöhnlichen Regel auffallend abweichenden Organisationen kann daher die Grenze, von wo an ein von Menschen gebohrnes Wesen nicht mehr als Mensch zu betrachten, wegen der schwankenden Unsicherheit der anthropologischen Erfahrungen, nicht im Allgemeinen, sondern nur durch ärztliche Beurtheilung im einzelnen Falle bestimmt werden. Dafs im Zweifel eher für als gegen die Menschheit zu sprechen sei, scheint schon die menschliche Würde selbst zu verlangen. a)

§. 112.

Die Frage von welchem Momente an ein Wesen anfangs, als menschliches Individuum rechtsfähig zu sein, und wel-

er den Verstand wieder bekommt, als Sache zu behandeln, wäre schon darum sehr mislich, weil durch Behandlung als Sache gerade die Möglichkeit, wieder zu Vernunft zu kommen, für ihn fast ganz verloren gieng.

a) *Wenn in manchen spanischen Provinzen alle Findelkinder als Edelleute gelten sollen, damit*

ches der Endtermin der menschlichen Existenz, also auch der Rechtsfähigkeit sei, kann nur, mit Berücksichtigung der anthropologisch-ärztlichen Erfahrungen jedes Zeitalters, vom positiven Rechte beantwortet werden. Juristisch wichtig sind solche Bestimmungen, theils weil auf der Geburt die so wichtigen verwandtschaftlichen Verhältnisse beruhen, theils weil oft die Fortdauer eines Rechtsverhältnisses von der Fortdauer einer bestimmten Person abhängig gemacht ist, besonders dann, wann einem Individuum deshalb Rechte zugeschrieben werden, weil ein anderes die Rechtsfähigkeit verloren hat.

§. 113.

Dass ein noch Ungebohrner, aber doch schon Concipirter in manchen Fällen, zu seinem Vortheile, wie schon für sich auf der Aussenwelt existirend betrachtet wird, a) ist wenigstens nicht unvernünftiger, als dass einem schon Verstorbenen noch Rechte zugeschrieben

ja kein Edelmann verloren gehe, so sollte man doch noch mehr alle von Menschen gebohrne Wesen als Menschen gelten lassen, damit ja kein Mensch verloren gehe.

a) z. B. fr. 7. D. I, 5.

werden. a) Ersteres hat ausserdem noch manches für sich. Denn der Staat muls sich billigerweise besonders derjenigen, wenn auch erst künftigen Staatsbürger annehmen, die am wenigsten für sich selbst zu sorgen im Stande sind. b) Auch liegt darin ein Bestreben, die Rechte weniger vom blossen Zufalle der früheren oder späteren Geburt abhängig zu machen. Freilich aber, wenn man diess auch auf die noch nicht Concipirten ausdehnen wollte, so würde es ins Unendliche gehn. c)

§. 114.

Bei dem Geschlechtsunterschiede ist die wichtige Frage, ob beide Geschlechter ganz gleiche Rechtsfähigkeit haben sollen, in den einzelnen positiven Rechten zwar verschieden beantwortet, aber überall wird das weibliche Geschlecht doch zurückgesetzt und es sind durchaus nicht immer die ungebildetsten Völker, wo dieses am meisten geschieht. d)

a) z. B. bei Respectirung der letzten Willen und mancher Stiftungen, deren Erhaltung vielleicht bis ins Unendliche gehn soll, s. Erb-Recht.

b) Die noch nicht Gebornen sind unter allen Unmündigen am übelsten daran, weil sie nicht ein Mal durch ihre äussere, selbstständige Existenz an sich erinnern.

c) Hugo. §. 167.

d) z. B. die gebildeten Griechen mehr als die alten

Philosophisch läßt sich wohl die völlige Gleichheit der Rechtsfähigkeit nicht bezweifeln. Denn der Character der Persönlichkeit findet sich bei den Weibern gerade eben so, wie bei den Männern. Ihre physische Schwäche, in Vergleichung mit jenen, die zum Theile auch von der Art der Erziehung herrührt, kann ihnen eben so wenig an der Rechtsfähigkeit Abbruch thun, wie Kindern und schwächlichen Personen im Staate. Wenn sie weniger geschickt sind, den Staat als Krieger nach Aussen zu beschützen, a) so erscheinen sie für die Erhaltung desselben in anderer Rücksicht, und nicht bloß durch Erziehung der jungen Staatsbürger, als unentbehrlich. b)

§. 115.

Eben so wenig läßt sich deshalb, weil, bei der gewöhnlich untergeordneten Art ihrer Erziehung, die geistigen Fähigkeiten der Weiber sich seltener ganz entwickeln, ihre geringere Geistes-

Deutschen. Der Grund liegt meistens in der Ansicht von der Ehe. S. Eherecht.

a) *Es heßt sich dieser Nachtheil auch von selbst. Denn wenn von beiden Seiten die Weiber nicht mit streiten, so wird der Krieg weniger blutig, ohne daß ein Theil deshalb an Kraft verlöre.*

b) *S. Eherecht.*

kraft als Grund angeben, um sie von aller politischen Wirksamkeit auszuschließen; besonders da die Erfahrung schon häufig das Gegentheil gezeigt hat. Dafs die Geschlechtsverschiedenheit, besonders aber die eheliche Verbindung, alle politische Selbstständigkeit der Frau neben ihrem Manne und alles gemeinschaftliche Betreiben der Staatsgeschäfte hindere, ist theils nicht allgemein wahr, a) theils in der Regel nicht gefährlicher, als das Einwirken des Vaters auf den Sohn im Staatsamte, theils endlich bleibt doch auf jeden Fall die versteckte und deshalb um so gefährlichere, politische Einwirkung der Weiber. b)

§. 116.

Allein wenn auch *a priori* eine politische Ungleichheit beider Geschlechter im Staate sich nicht beweisen läßt, so hat doch eine völlige Gleichstellung derselben, wie z. B. Platon sie fodert, vieles wider sich. Es beruht nämlich

a) Hugo. §. 270.

b) Um so mehr, wenn, wie Fichte Naturrecht. Th. II. S. 216. will, es Schuldigkeit des Mannes ist, da, wo er als Bürger eine öffentliche Stimme hat, zuvor mit seiner Frau darüber zu berathen.

das ganze Verhältniß des weiblichen Geschlechtes zu dem männlichen, wovon nicht bloß das stete Regeneriren des Menschengeschlechtes, sondern auch ein wichtiger Theil unserer ganzen Bildung abhängt, lediglich auf einer Sitte, dem natürlichen Gefühle. a) Wenn wir nun die Ehe und so manches, was damit zusammenhängt, für durchaus nothwendig im Staate halten, b) so dürfen wir auch nicht dieselbe Sitte, worauf die Heiligkeit der Ehe beruht, in ihren übrigen Wirkungen als vernunftwidrig verdammen. Um so mehr, da nicht nur beide Geschlechter damit zufrieden sind, sondern auch der Staat dabei vollkommen bestehn kann, ja sogar durch die mannigfaltigere Ausbildung der Individuen und die festere Theilung der Arbeit offenbar gewinnt. Die Aenderung einer Sitte, die sowohl für das politische als häusliche Leben so wohlthätig wirkt,

a) Dafs wir vom Weibe mehr Schaamhaftigkeit fordern als vom Manne, läßt sich schwerlich *a priori* rechtfertigen. Aber dennoch wird weder ein Mann dem Weibe, noch ein unverdorbenes Weib sich selbst einen Verstoß gegen diese Sitte verzeihen.

b) Das thut freilich Plato nicht. Denn er macht sogar, in seinem Idealstaate, die Fortpflanzung völlig zum Gegenstande des öffentlichen Rechtes.

würde daher sehr gefährlich, wenigstens nicht rathsam sein.

§. 117.

Weit mehr gegen sich hat die Zurücksetzung einer Race Menschen gegen die andere. Denn man mag die Menschen anthropologisch classificiren, wie man will, so bleibt doch dabei sehr viel Willkührliches und Schwankendes; a) indem die Erfahrung lehrt, daß manches, was man der Racenverschiedenheit zuschreibt, von der verschiedenen Behandlung und Erziehung herkommt. Auch bleibt ja bei allen Racen dieselbe Grundlage der Persönlichkeit. b)

§. 118.

Mit dem *status* der Persönlichkeit fällt der der Freiheit, welcher in den meisten positiven Rechten der alten Welt einen besonderen ausmacht, der Vernunft

a) Das zeigen schon die verschiedenen Systeme, die nicht zusammentreffen, z. B.

Kant Vermischte Schriften B. III. S. 81.
Blumenbach De varietate humani generis nativa.

b) Damit ist jedoch eine verschiedene Gestaltung des Rechtszustandes, nach den mannigfaltigen Verschiedenheiten des Characters und der rechtlichen Bedürfnisse, s. ob. §. 83. not. 6. nicht zu verwechseln.

gemäfs zusammen. Denn Freiheit wird erst zum *status* durch den Gegensatz, die Unfreiheit, Slavery, den Zustand der allgemeinen Abhängigkeit eines Menschen im Gebrauche seiner äusseren Kräfte, auch ausser dem Gesamtwillen des Staates, von der Willkühr eines andern Menschen. Wenn aber der Staat solche Grundsätze anerkennt und schützt, nach denen, sogar ohne Beziehung auf das Gemeinwohl, a) Menschen zu bloßen Sachen herabgewürdigt werden, so wird dadurch, mit dem Prinzipie der Freiheitsgleichheit, die ganze rechtliche Begründung und Nothwendigkeit des Staates erschüttert. Schlimmeres kann ja auch ausser demselben dem Einzelnen nicht begegnen, als, in Collisionen mit andern, seine eigene äussere Freiheit ganz zu verlieren. Selbst der sittliche Zweck des rechtlichen Zustandes, sich seiner Anstalten zur freien Ausbildung unserer Kräfte zur Vollkommenheit zu bedienen,

a) Dadurch besonders unterscheidet sich diese Privatslavery von dem Falle, wenn der Staat selbst gewisse Individuen, wegen ihrer Gemeingefährlichkeit, auf längere oder kürzere Zeit, ihrer äusseren Freiheit beraubt. Dieses kann als nothwendige Anstalt zur Erhaltung des Ganzen vorkommen. S. Criminalrecht.

wird durch eine solche allgemeine Abhängigkeit von fremder Willkühr, zum Theile verfehlt. a)

§. 119.

Die Vernunftwidrigkeit der Sklaverey zeigt sich schon hinlänglich bei der Prüfung der in den positiven Rechten gewöhnlichen Entstehungsarten derselben.

Wo Kriegsgefangenschaft Sklaverey begründet, da wird der feindliche Staat zu denselben Grundsätzen und Maassregeln genöthigt und der ganze Krieg, durch verzweifeltere Gegenwehr, blutiger. Durch zufälliges Unglück kann der ganze Staat, oder ein großer Theil der Bürger in einen

a) Man hat eingewendet, dass, neben den Sklaven, die freien Bürger gewöhnlich desto sicherer und ungestörter der bürgerlichen Freiheit geniessen. Aber wenn auch dieses allgemeiner wahr wäre, als es ist, so widerspricht es dennoch der Vernunft, die Menschenrechte den Bürgerrechten aufzuopfern, und einen Theil der Menschen willkührlich, als blosse Maschinen, für das Wohl des anderen Theiles zu verbrauchen. Nicht ein Mal dieser andere Theil gewinnt. Denn wo ein Mal die rechtliche Möglichkeit des Sklavenverhältnisses vom Staate anerkannt ist, da kommt es lediglich auf den Zufall an, ob der jetzt Freie nicht dereinst selbst, oder wenigstens seine Nachkommen der Persönlichkeit entsagen müssen. S. den folgenden §.

solchen Zustand der Rechtlosigkeit gerathen. a)

Freiwilliges Aufgeben der Persönlichkeit sehn selbst die positiven Rechte häufig als eine rechtliche Unmöglichkeit an. Aber es ist eine desto grössere Inconsequenz, wenn dieselben Rechte Zahlungsunfähigkeit als Entstehungsart der Sklaverey billigen. Denn, abgesehn davon, daß der Staat dadurch den einzelnen Bürgern ein gefährliches Mittel in die Hand giebt, unter dem Schutze der Gesetze ihre Mitbürger politisch und rechtlich zu vernichten, so bleibt ja auch einem jeden unbenommen, durch schlechtes Haushalten, indirect, sich seiner Freiheit zu begeben.

Selbst wenn der Staat nur Verbrecher ihrer Freiheit beraubt, des Gemeinwohls wegen, so verfehlt er offenbar seinen Zweck, wenn er sie nicht unter seine eigene, unmittelbare Aufsicht stellt, sondern sie der Privatwillkühr einzelner Bürger überläßt. Namentlich fällt auch, bei der hier so ungleichen Behandlung, alle Proportion der Strafe hinweg.

b) z. B. die Heloten und Messenier.

Endlich hat die Entstehungsart der Unfreiheit durch den bloßen Zufall der Geburt, wodurch das Institut bleibend wird, am allermeisten wider sich. Denn es kann mit demselben Momente der Geburt, mit dem die Persönlichkeit beginnt, unmöglich auch zugleich deren Verlust eintreten.

§. 120.

In sittlicher Rücksicht wirkt die Sklaverey nachtheilig, so wohl für die Freien, als für die Unfreien. Für jene ist die, als Staatsgrundsatz anerkannte Nichtachtung der Menschlichkeit a) ein größeres Hindernis der wahren, sittlichen Bildung, als man gewöhnlich meint. b) Was die Sklaven selbst betrifft, so ist es freilich eine Uebertreibung, wenn man, wie sogar die Alten selbst, z. B.

a) z. B. die freche, aber consequent durchgeführte Gleichstellung der Sklaven und des Viehes.

b) Davon zeugen die empörenden Barbareyen der Herren, gegen welche sogar der Staat die Sklaven in Schutz nehmen mußte. Wie vieles mögte aber ausserdem in den Häusern vorgehen, worauf der Staat zu keiner Zeit Rücksicht nehmen konnte?

Dass übrigens die Cultur der alten Völker, namentlich der Griechen, mit der Sklaverey zusammenhieng, ist zwar wahr, aber kein Beweis, dass überhaupt höhere Cultur mit der Sklaverey im nothwendigen Zusammenhange stehe.

Aristoteles gethan, ihnen auch die Möglichkeit der Tugend abspricht. Aber wie das Gefühl der freien Persönlichkeit und die Aussicht, als Theil des Ganzen, sich um das gemeine Beste Verdienste zu erwerben, am stärksten zur Entwicklung und Ausbildung der Individualität antreibt: so muß das Gefühl der fehlenden Persönlichkeit eine solche Entwicklung hindern, und, indem der natürliche Egoismus keine edlere Richtung bekommt, leicht zu kleinlicher Selbstsucht und Niederträchtigkeit führen. Sklavische Gesinnung hat es überall gegeben, wo Sklaverey herrschte; und wie oft mag diese auch auf die Freien, bei ihrem Zusammenleben mit den Sklaven in den Familien, den nachtheiligsten Einfluß gehabt haben?

§. 121.

In politischer Rücksicht hat die Sklaverey gegen sich, daß sie nicht bloß einen bedeutenden Theil derjenigen Kräfte, die durch eine freiere, staatsbürgerliche Richtung gemeinnützig hätten wirken können, dem öffentlichen Wohle entzieht, a)

a) Gerade diese Rücksicht hat offenbar dazu beigetragen, daß man in Deutschland anfieng, die Leibeigenschaft zu mildern. Denn je mehr man

sondern dafs auch der Staat sich selbst, im Innern, die gefährlichsten Feinde erzeugt. a) Denn wer bei Umstofsung des rechtlichen Zustandes nur gewinnen und nicht verlieren kann, der ist schon ein natürlicher Feind des Staates. Selbst schlechtgesinnten freien Bürgern wird, durch das stehende Heer ihrer Sklaven, eine gefährliche Waffe gegen den Staat in die Hände gegeben.

§. 122.

Dafs manche Nachtheile der Sklaverey, unter gewissen Verhältnissen, auch auf andere provisorische Institute, namentlich auf eine mangelhafte Bestimmung des Privateigenthumes passen, b) kann für die Sklaverey nicht angeführt werden. Denn nicht nur, dafs kein einziges dieser schädlichen Institute dadurch verbessert, oder aufgehoben wird, sondern manche Nachtheile treten neben

dem Leibeigenen staatsbürgerliche Pflichten auflegte, desto mehr Freiheit mußte man ihm lassen.

a) *Dießs beweisen nicht blos die harten Mittel und Anstalten, um die Sklaven in Unterwürfigkeit zu erhalten, sondern auch die Geschichte der Sklavenkriege und so mancher nichtswürdiger Verschwörungen gegen den Staat, wobei immer Sklaven besonders gefährlich mitwirkten.*

b) *Sehr scharfsinnig zeigt dieses Hugo §. 143—146.*

der Sklaverey nur desto verderblicher und offener hervor. Namentlich ist das Loos der freien Armen, wo es Sklaven giebt, desto härter, weil sie weniger Gelegenheit haben, von den Reichen, die sie nicht brauchen, ihren Unterhalt zu ziehn, und weil die Folge der äussersten Armuth dann sehr leicht wahre Sklaverey ist.

§. 123.

In den positiven Rechten findet sich die Unfreiheit bald in grösserer, bald in geringerer Strenge, von dem völligen, uneingeschränkten Eigenthumsrechte des Herrn über seinen Sklaven, wie über sein Hausthier, an, bis auf die gemässigten Arten der germanischen Leibeigenschaft. Jeder mildere Grad, obgleich das höchst Unvollkommene und Provisorische dabei noch immer bleibt, ist doch als ein Fortschritt der wahren Bildung zu betrachten; a) theils weil diese allmäh-

a) Dem widerspricht auch nicht die historische Erfahrung, dass der Zustand der Sklaven da am leidlichsten und mildesten war, wo die Verfassung sich mehr zum Despotismus neigte. Wo alle, mehr oder weniger, Sklaven eines Einzigen sind, da wird der Unterschied zwischen Freien und Unfreien, im privatrechtlichen Sinne, nothwendig unmerklicher. Der Despot, der in viel heiligere Rechte der Staatsbürger eingreift, beschränkt auch die Herrschaft des Bürgers in sei-

lige Milderung, dem natürlichen Gange der Cultur gemäß, sicher zur endlichen Auflösung des ganzen Institutes führt; theils weil auch mit jedem milderen Grade, ein rascherer, durchgreifenderer Schritt der legislativen Gewalt, die Ueberbleibsel eines alten Vorurtheils mit Einem Schlage zu vernichten, weit möglicher und unbedenklicher wird. Denn so lange die Sklaverey noch in ihrer Strenge besteht, macht sie einen so wesentlichen Theil, wie des öffentlichen, so auch des Privat-Rechtes aus, ist so sehr in das ganze Leben und Recht verwachsen, daß, mit ihrer plötzlichen Aufhebung, zugleich ein großer Theil alles bestehenden Rechtes mit fallen würde. a) Dieß ist aber ein sehr bedenklicher Zustand.

§. 124.

Gerade hieraus erklärt es sich auch leicht, wie bei den Völkern der alten

nem eigenen Hause, in der Familie. Von einer solchen Milderung der Sklaverey, die allerdings kaum als Fortschritt in der allgemeinen Cultur zu betrachten, ist hier nicht die Rede, sondern von den geschichtlichen Erscheinungen, wie wir sie, in Beziehung auf Unfreiheit, unter den früheren römischen Kaisern, und bei der germanischen Leibeigenschaft, in den letzten Jahrhunderten finden.

a) Hugo. §. 150.

Welt, denen wir doch im Allgemeinen nicht weniger Gefühl für Sittlichkeit zuschreiben dürfen, als uns, die Sklaverey, selbst in der Rechtsphilosophie, keinen Anstoss gab. a) Als ein Ueberbleibsel früherer Barbarey, eine Folge des, gerade bei ihnen in so greller Form erscheinenden Staatenparticularismus, bildete sich das Institut der Sklaverey mit dem ganzen übrigen Leben fort, und äusserte seinen Einfluss auf alle Theile des Rechtes. Rechnet man dazu die, bei scharfem Staatenparticularismus so natürliche Ueberschätzung der politischen Freiheit, zum Nachtheile der allgemeinen Menschenfreiheit, ferner, dass die alten Völker die Sklaverey überall, wo sie hinkamen, auf gleiche Weise, oft in noch härterer Gestalt fanden: b) so wird es nicht mehr unbegreiflich scheinen, wie man ein Institut, dessen Aufhebung dem ganzen bestehenden rechtlichen Zustande, besonders im Verhältnisse zu den

a) Um so merkwürdiger ist daher die Spur, die wir bei *Aristoteles Polit. I, 3.* finden, dass schon unter den Sophisten einige gegen die Sklaverey sich erklärt. *S. Hugo §. 10.*

b) Daher rechneten die Römer, die sehr wohl einsahen, dass *naturali jure* alle Menschen gleich seien, die Sklaverey zum *jus gentium*. *§. 2. J. I, 3.*

übrigen, den politischen Untergang gedroht hätte, für rechtlich nothwendig hielt. a)

§. 125.

Es ist daher sehr natürlich, dass die Ansicht über Sklaverey, zu einer Zeit, wo sie nicht mehr ins Leben eingreift, bei Völkern, welche wahre *servitus* nie gekannt, welche schon in ihrer Religion, wenn auch kein directes Verbot der Sklaverey, doch das Gebot der allgemeinen Menschen- und Bruderliebe dringend als Christenpflicht gepredigt fanden, sich so ganz anders ausspricht, und sich viel leichter über das Vorurtheil erhebt, als z. B. bei den Griechen und Römern. Als nun vollends, dem Zeitgeiste gemäß, auch die germanische Leibeigenschaft gänzlich verschwand, da bildete sich aus-

a) *Wie lange hat es gedauert, bis die germanischen Völker das Provisorische des Systemes der Grundherrlichkeit, wonach alle Verhältnisse und Rechte der Bürger von der Art der Scholle, die sie bewohnten, geordnet und geschieden wurden, einsahen? Auch diese Grundherrlichkeit, wovon das Feudalwesen nur ein Stück war, hatte alle Verhältnisse des öffentlichen und Privatlebens durchgreifend modificirt. Erst als mit der Zeit alle diese Verhältnisse sich von selbst aufgelöst, kam man zu der Erkenntnis, dass vor dem Gesetze alle Staatsbürger, ohne Rücksicht auf Grund und Boden, gleich seien. S. ob. §. 20.*

ser Europa das Institut der Negerklave-
rey, und zwar mit so schändlichen Ver-
anlassungen, unter so empörenden Ne-
ben - Umständen, daß auch dieses viel
dazu beitrug, den Sinn für allgemeine
Menschenfreiheit zu wecken und aufzu-
klären.

§. 126.

Zwar nicht angebohren, wie der
status der Persönlichkeit, aber doch über-
all, wo sich ein rechtlicher Zustand fin-
det, eine nothwendige Grundlage der
vollen Rechtsfähigkeit, ist der *status*
des Bürgerthumes, der Civität.
Der Staatenparticularismus macht die Fol-
gen und Wirkungen dieser Rechtsfähig-
keitsbedingung nur auffallender und merk-
licher.

§. 127.

Die Möglichkeit alle, mit der allge-
meinen Freiheitsgleichheit vereinbaren
Rechte im Staate zu erwerben, liegt für
den einzelnen Bürger in der Garantie,
die er der Gesammtheit seiner Mitbürger
gibt, daß er bereit sei, nach den Nor-
men des Staates, sich seine äussere Frei-
heit beschränken zu lassen. Diese Ga-
rantie giebt der Nichtbürger nicht; daher

ist von ihm immer zu befürchten, daß er seine Freiheit gegen den rechtlichen Zustand, an dessen Erhaltung er weder als Vagabunde, noch als Bürger eines andern Staates, der vielleicht ganz entgegengesetzte Zwecke verfolgt, zunächst ein Interesse hat, anwenden werde. Wenn er ferner zu den Anstalten zur Aufrechterhaltung des rechtlichen Zustandes weder einen Theil seiner Unabhängigkeit, noch seine geistigen und physischen Kräfte, noch äussere Objecte contribuiert, so würde seine völlige Gleichstellung mit den übrigen Bürgern, die so viel für ihren Staat aufopfern, als eine offenbare Unbilligkeit erscheinen.

§. 128.

Je kleiner und abgesonderter die Staaten sind, je weniger allgemeine politische, merkantilische, wissenschaftliche oder religiöse Berührungspunkte sie unter einander haben, desto unvermeidlicher ist es, daß Nichtbürger als rechtlos gelten. a) Erst dergleichen Berührungen b) mildern den strengen Gegen-

a) *peragrinus* = *hostis*. In einigen alten Staaten wurden die Fremdlinge geopfert.

b) In neuern Zeiten giebt es deren weit mehr, als im Alterthume. Ganz besonders wichtig ist die christliche Religion.

satz zwischen Bürgern und Fremden, machen ein vermittelndes *jus gentium*, in diesem Sinne der Römer, möglich und nothwendig. Wie weit ein Staat mit Sicherheit, ohne sich selbst zu gefährden, Fremden Rechte zugestehn könne, hängt im Allgemeinen von den äusseren Umständen ab. Dafs ein Staat sich nach dem andern richtet, ist freilich das natürlichste. Nur sollte dabei nicht immer einer erst auf den andern warten.

§. 129.

Zum Begriffe des Bürgerrechtes in einem particularen Staate gehört:

1) als Grundbedingung *sedes fixa*, ein fester Wohnsitz. Denn nur dadurch giebt der Bürger Sicherheit, dafs er zu jeder Zeit bereit sei, dem Staate wegen aller seiner äusseren Handlungen verantwortlich zu sein.

2) So lange es noch verschiedene particuläre Staaten giebt, Aufnahme in den bestimmten Staat. Nicht der blofse Wille und Erklärung der Individuen, dafs sie Bürger sein wollen, reicht, sondern es bleibt im einzelnen Falle die Beurtheilung der Tauglichkeit der Competenten dem Staate. a) Denn durch solches Auf-

a) Dafs die Aufnahme immer ausdrücklich geschehe, ist nicht nöthig. Sie versteht sich oft schon von

dringen neuer Bürger würde der Staat leicht in sich selbst zu Grunde gehn müssen. Aus derselben Ursache kann das Recht zur Verbannung bisheriger Bürger, wenn durch dieselben der rechtliche Zustand wirklich gefährdet wird, dem Staate nicht abgesprochen werden. a)

§. 130.

Im Allgemeinen soll der Mensch, gerade dem Staatszwecke gemäß, b) freie Wahl haben, welchen der verschiedenen particulären Staaten er für den tauglichsten halte, um sich der Anstalten desselben, zur Ausbildung seiner Individualität zu bedienen. Keiner der vielen particulären Staaten kann als der absolut beste gelten. Hat der Bürger sich getäuscht in seiner Erwartung, so kann ihm auch der

selbst; besonders bei der so wichtigen Ergänzung des Staates durch sich selbst, bei Fortpflanzung des Bürgerrechts auf solche, die im Staate von Bürgern abstammen. Diese Anticipation des Staatsurtheils über die künftige Würdigkeit ist auch deshalb durchaus nothwendig, weil sonst die jungen Bürger gerade dann, wann sie seiner am meisten bedürfen, des Staatsschutzes entbehren müßten.

a) Gerade in den Staaten, wo die größte politische Freiheit herrschte, war Verbannung am häufigsten und unvermeidlichsten.

b) s. §. 36. und 39.

freie Austritt nicht versagt werden. a) Nur darf freilich weder im Austritte selbst schon ein strafbarer Versuch gegen den rechtlichen Zustand liegen, noch der Austritt überhaupt *intempestive*, d. h. zu einer Zeit und unter Umständen geschehen, wo der Staat zu Grunde gehn würde, wenn er nicht nur seine Bürger, auf deren Kräfte er gerechnet, verlöre, sondern auch befürchten müßte, daß dieselben dem Interesse der Feinde beitreten. b)

In der Regel wird freilich schon eine richtige Politik, seltene Fälle ausgenommen, es für jeden Staat rathsam machen, unzufriedene Bürger, die sich freiwillig ihres Antheils am rechtlichen Zustande

a) Cic. pro Balbo c. 13. rühmt es vom römischen Rechte: *ne quis invitatus civitatem mutet, neve in civitate maneat invitatus.*

b) z. B. bei dem Ausbruche eines gefährvollen Krieges.

Gerade wenn man das Verhältniß der Bürger zum Staate, als durch freien Vertrag entstanden betrachtet, so läßt sich dieses Recht des Staates nicht leugnen. Selbst bei demjenigen Vertrage, den die Römer, seiner Dauer und seinem Umfange nach, am wenigsten begünstigen, und der überhaupt mit dem Staate einige Aehnlichkeit hat, bei der *societas*, wobei ganz einseitiges Austreten erlaubt war, galt doch die billige, natürliche Beschränkung, daß kein *socius intempestive* austreten solle.

begeben, nicht zurückzuhalten; da sich von ihnen für die Erhaltung des Ganzen doch wenig versprechen läßt. a)

§. 131.

So sehr auch gleichmäßige Theilnahme aller Bürger an den Vortheilen des Staates, namentlich am positiven Rechte, schon wegen der allgemeinen Rechtsidee der Gleichheit, wünschenswerth erscheint, b) so werden doch mannigfaltige Verhältnisse dieses oft unmöglich machen. Denn entweder muß der Staat, streng consequent, alle, die er nicht als volle Bürger anerkennen kann, bloß als Fremde behandeln, oder er muß vermittelnde Uebergänge bilden. c) Wenn ersteres hart erscheint, so kann letzteres für die Sicherheit des Staates leicht gefährlich wirken. Denn von solchen, in

a) *Welker Letzte Gründe. S. 92. Aber auf der andern Seite mögte dieselbe Politik es andern Staaten rathsam machen, solche, die aus Unzufriedenheit häufig ihren Staat wechseln, nur mit Vorsicht aufzunehmen.*

b) *Besonders wo viel politische Freiheit, wird dadurch am leichtesten und sichersten verhindert, daß einzelne Bürger oder Classen, zum Nachtheile der übrigen, das positive Recht verändern. Sie würden sich selbst schlagen.*

c) *Cives optimo jure — socii — die verschiedenen Arten latini u. s. w. So in den Städten die Pfahl- und Ausbürger.*

Vergleichung mit den übrigen Bürgern zurückgesetzten Beisassen, sie mögen nun nach dem vollen Bürgerrechte streben, a) oder durch Revolutionen gewinnen, oder endlich sich zu einem eigenen, selbstständigen Staate constituiren wollen, b) ist kein reines Interesse an dem bestehenden rechtlichen Zustande zu erwarten.

§. 132.

Der Einfluß der Religion auf die Vertheilung des Bürgerrechtes ist schon sehr verschieden beurtheilt worden.

Den Anhängern einer Religion, deren Grundsätze mit denen, worauf die ganze Garantie des Staates beruht, ganz unvereinbar sind, volle Theilnahme am positiven Rechte zu gestatten, mögte wohl eine misverstandene Toleranz sein. c) In Collision der Bürgerpflichten mit den Religionspflichten würden, wegen der Stärke des Glaubens, fast immer jene nachstehn müssen. Selbst für die

a) Dahin gehört das *bellum sociale s. italicum*.

b) Besonders wenn sie, als Ueberbleibsel eines zerstörten Staates, auf dessen Wiederherstellung hoffen. Hugo. §. 177.

c) Es ist eine grobe Verwechslung der innern Gewissens-Freiheit, die ja, selbst mit dem bösesten

übrigen Bürger ist die , durch die Aufnahme erzwungene , bürgerliche Gemeinschaft mit solchen , welche , ihrem Glauben nach , den Willen ihren Bürgerpflichten nachzukommen nicht haben können , eine ungerechte Zumuthung. Indessen ist der Fall einer gänzlichen Unverträglichkeit des Glaubens mit den Bürgerpflichten höchst selten , und so wird Religionsverschiedenheit fast nie Ausschliessung vom Bürgerrechte , sondern nur einzelne , nothwendige Verschiedenheiten im positiven Rechte begründen.

§. 133.

Dem Bürger im Staate steht , neben der allgemeinen Menschenehre , wodurch er über das Reich der Sachen erhaben

Willen , der Staat nicht beschränken kann , mit den äusseren Handlungen , die nothwendig sich aus diesem religiösen Glauben ergeben , wenn man dem Staate zumuthet , gar keine Rücksicht darauf zu nehmen. Bei einer solchen ausgedehnten Toleranz müsste jeder Staat nothwendig bald in sich selbst zu Grunde gehn. Wie oft muss der Staat , auch bei den approbirten Religionen , die Ausbrüche des irrenden Gewissens strafen? Gerade am gefährlichsten sind solche schwärmerische Secten , deren Tendenz Umwälzung und Abänderung alles Bestehenden ist. Diesen gebietet schon ihr Glaube Handlungen , die nach der Ansicht des Staates Verbrechen sind,

ist, noch die allgemeine bürgerliche Ehre zu, d. h. Anerkennung des Vorzugs, als unbescholtener Bürger Antheil am bürgerlichen Rechte zu haben. Dahin gehört besonders auch die Möglichkeit, sich Verdienste um den Staat zu erwerben. s. §. 85.

So heilsam es nun auch für das Ganze scheint, wenn, nach Platon's Ideale, der Staat jedem Bürger den ihm von der Natur bestimmten, und für die Erhaltung des Ganzen geeigneten Wirkungskreis anweisen soll, damit ein jeder dem Ganzen darin nütze, wodurch er sich am meisten Verdienst um dasselbe erwerben kann: so mögte diese, aus dem Platonischen Erziehungsrechte des Staates consequent hervorgehende Idee doch in der Anwendung viel wider sich haben. Denn sollen hierbei nicht noch grössere Fehlgriffe geschehn, als auch sonst vorkommen, so müste der Staat allwissend, so wie allgerecht sein. a)

a) Darum verlangt auch Platon von den Oberhäuptern des Staates Weisheit und Freiheit von allen niedrigen, sinnlichen Begierden; sie sollen den Göttern näher stehen, als den Menschen. Aber wo finden wir diese Oberhäupter?

§. 134.

Es ist aber auch der nothwendigen Selbstständigkeit der Bürger angemessener und für die Erhaltung des Ganzen schon hinreichend, wenn der Staat nur jedem Gelegenheit giebt, sich den, seiner Individualität entsprechenden Wirkungskreis, durch freie Ausbildung dazu, selbst zu wählen. Der Staat hat nur die allgemeine Aufsicht, indem er dafür sorgt, daß niemand auf einem Platze stehe, von wo aus er dem Ganzen Gefahr droht, und umgekehrt, daß ein jeder Bürger auf den Platz gestellt werde, wo er zur Erhaltung des Ganzen durchaus nothwendig ist. a)

-
- a) Soll der Staat, auch wider ihren Willen, den Bürgern einen Wirkungskreis anweisen? Bei solchen Diensten, die von allen auf gleiche Weise, als allgemeine Bürgerlast, Reihendienst, übernommen werden können und müssen, unbedenklich. Jede Ausnahme würde hier sogar Ungleichheit bewirken. Wo aber von *b e s o n d e r n* Verdiensten um den Staat die Rede ist, die ein Bürger, als höherer Staatsbeamter, sich erwerben soll, indem er zu der Regierung und Erhaltung des Ganzen mehr zu concurriren hat, als alle übrigen: da mögte der rechtliche Zustand schon sehr in Verfall und Gefahr sein, wenn Zwang eintreten muß. Der Staat hat zum Theil schon seinen Zweck verfehlt, wenn die Bürger aufhören, das Recht der Verdienstlichkeit um das Ganze als einen hohen Genuß, wonach eifrigst zu streben, zu betrachten. Als man anfing, den allgemein geschaueten De-

Die wirkliche Erlangung eines Staatsamtes muß von der Beurtheilung des Staates selbst über Tüchtigkeit und überwiegendes Verdienst der Bewerber abhängen. Freilich bleibt hier wieder die Möglichkeit, daß der Staat Misgriffe thue. Aber diese würden noch häufiger und gefährlicher vorkommen, wenn bloß der Zufall der Geburt, oder gewisser Besitzthümer entscheiden soll. a) Daß der Begüterte im Staate am Wohle desselben eben darum mehr Antheil nehme, als der ganz Arme, der keine äusseren Objecte zu verlieren hat, daß letzterer eben deshalb manchen Versuchungen zur Widerrechtlichkeit mehr ausgesetzt sei, als ersterer, ist eine freilich nicht ganz ungegründete Erfahrung und eine der vielen leidigen Folgen des ungleich vertheilten Privateigenthumes. Aber diese Erfahrung darf den Staat nur zu einer sorg-

curionat durch alle möglichen Mittel zu recrutiren, da war die Municipalverfassung im römischen Reiche schon unendlich tief gesunken.

- a) Hier ist natürlich nicht von solchen Staatsämtern die Rede, die eigentlich bloß eine Pfründe für den Inhaber sind und mit dem Ganzen in keiner weiteren, unmittelbaren Beziehung stehn. Für und gegen diese läßt sich dasselbe sagen, was für und gegen alles Privateigenthum. S. unten.

fältigeren, vorsichtigeren Prüfung aller, nicht zu unbedingter Ausschließung der Armen bewegen. Gerade diese Aussicht auf besondere Verdienstlichkeit um den Staat ist ja ein Hauptband, welches auch den Armen an den rechtlichen Zustand, der ihn in anderer Hinsicht zurücksetzt, fester knüpft und ihm dessen Erhaltung wünschenswerth macht.

§. 136.

Mit der Nothwendigkeit der Staatsämter ist zugleich die Nothwendigkeit einer eminenten, ausgezeichneten Ehre gegeben. Denn unter sinnlich vernünftigen Wesen bedarf es einer Versinnlichung des vom Staate ertheilten Amtes, um zweckmälsig durch dasselbe wirken zu können. a) Die Aussicht auf besondere Ehre, als Belohnung des Staates, kann zugleich als Mittel, dem natürlichen Egoismus der Bürger eine für das Ganze heilsame Richtung zu geben, innerhalb der gehörigen Grenzen, wohlthätig

a) In keinem Staate, weder auf der höchsten, noch auf der niedrigsten Stufe der Volksbildung, war eine solche Versinnlichung durch eminente äussere Ehre entbehrlich. Aber freilich wie sie sich äussere, hängt wieder ganz von Cultur und Nationalcharacter ab.

wirken. a) Da alle dabei mittelbar gewinnen, so entsteht auch um so weniger Ungleichheit, wenn allen, auf gleiche Weise, die Möglichkeit, sich Verdienste um den Staat zu erwerben, bleibt.

§. 137.

Weit vernunftwidriger an sich ist die, ohne Rücksicht auf Aemter und besondere Verdienste, gesetzlich begründete Bevorzugung einer bestimmten Classe von Bürgern, durch eminente Ehre und ausgezeichneten Antheil an gewissen Vortheilen des positiven Rechtes, blos wegen des Zufalles der Geburt. Die erbliche Ständeverchiedenheit erscheint in der Erfahrung bald als wahrer Kastengeist, b) bald in einer weniger auffallenden Gestalt, hängt bald mit der positiven Staatsreligion zusammen, bald mit andern

a) Selbst dafs, nach treu verwaltetem Amte, der in den Privatstand zurückkehrende Bürger, als Belohnung des dankbaren Staates, einen Theil seiner eminenten Ehre und manche andere Vorzüge behalte, z. B. dafs seine Kinder in solchen Fällen, wo noch von eigenen Verdiensten nicht die Rede sein kann, wo also sonst der blofse Zufall entschiede, begünstigt und vorgezogen werden, läfst sich aus demselben Grunde, als durchaus nicht unvernünftig, vertheidigen. Hugo. §. 176. not. 5.

b) So bei den alten Aegyptern und bei den Hindu's.

politischen und historischen Veranlassungen. Besonders wichtig und gewissermaassen natürlich war bei vielen Völkern die Vermuthung, dass Verdienste und edle Gesinnungen, welche die Vorfahren zu Vorzügen im Staate erhoben, durch Erziehung a) auf die Nachkommen übergehen und dass der, mit dem Staatsruhm genau verknüpfte, Familienruhm den Eifer für die Wohlfahrt des gemeinen Besten erhöhe. Da aber weder die Natur, bei Vertheilung der Anlagen und Talente, auf die Kastenverschiedenheit Rücksicht nimmt, noch die erwähnte Vermuthung sich als unbedingt wahr bestätigt: so würde schon deshalb dieses ganze Institut nur als provisorisch erscheinen, wenn auch nicht der Kastenegoismus, schon an sich, so leicht den Gemeingeist ersticke und der Staat dadurch sich selbst um das harmonische Zusammenwirken der Totalität der Kräfte seiner Mitglieder betröge. b)

§. 138.

Nur sollte man nicht, wie so oft geschieht, inconsequent, während man

a) Oder gar durch das Blut? Dann wäre dieses ja nur eine besonders feine Racenverschiedenheit! S. oben.

b) Schulze. Leitfaden, S. 142.

eine Art dieses provisorischen Institutes bitter tadelt, a) vergessen, daß dieselben Vorwürfe eben so sehr, oder wohl noch mehr, alle andern erblichen Standesverschiedenheiten treffen. b) Viel hängt auch hier von der Ansicht des Zeitalters ab und von der, oft zufälligen, Richtung, die ein solches Institut erhält. Neben andern, eben so provisorischen Instituten kann die erbliche Standesverschiedenheit, zu gewissen Zeiten, für die Beförderung der Cultur und für das Ganze wohlthätig wirken. c)

§. 139.

Eine gewisse Art des Geburtsadels, mit erblichen Vorzügen, kann sogar politisch nothwendig werden. Es ist nämlich in erbmonarchischen Staaten die ganze Familie des Regenten, so viel als möglich, von aller näheren Gemeinschaft mit

-
- a) Besonders oft geschieht dieß in Rücksicht unseres niederen Adels.
 - b) Vollends der so allgemeine Unterschied zwischen Reichen und Armen bringt oft weit auffallendere Ungleichheiten, in Rücksicht des positiven Rechtes, hervor. S. unten.
 - c) So das Lehnssystem, welches lange für die germanischen Völker paßte, aber späterhin nicht bloß ausartete, sondern auch als Ueberbleibsel aus einer roheren Vergangenheit, allen Werth verlor.

den Regierten, durch eine jener zugestandene eminente Ehre zu eximiren. Eine solche strenge Scheidewand, a) um alle Vermischung der Regentenfamilie mit den Regierten durch Verwandtschaft zu verhüten, scheint, bei der menschlichen Sinnlichkeit und Schwäche, sehr rathsam, weil dadurch schon im Voraus die Veranlassung zu manchen Partheilichkeiten und Ungerechtigkeiten vermindert wird. b) Auf den niederen Adel paßt aber dieser ganze politische Grund nicht.

§. 140.

Nicht blos einzelne menschliche Individuen, s. g. physische Personen, haben Rechtsfähigkeit, sondern die Persönlichkeit kann auch mehreren menschlichen Individuen, die zusammen genommen als ein Ganzes gelten, zugeschrieben werden; s. g. juristische Personen. Dazu bedarf es immer eines Bandes, welches die Mehrheit der Individuen, entweder als successive, oder als gleichzeitige, zu einer Rechtseinheit ver-

a) Namentlich bei den Ehehindernissen ist dieß wichtig. S. unten.

b) Freilich auf der andern Seite verderben häufig Mätressen und Günstlinge wieder alles.

knüpft; dasselbe mag nun, bei der successiven Mehrheit, in der gleichen Repräsentation derselben fremden Persönlichkeit bestehn, wodurch die jedesmaligen, aufeinander folgenden Repräsentanten nur als sich fortwährend ergänzende Theile derselben intellectuellen Einheit erscheinen, a) oder in dem Besitze eines bestimmten äusseren Objectes, wodurch die aufeinander folgenden Besitzer als Eine Person gelten. b)

§. 141.

Am wichtigsten sind diejenigen juristischen Personen, die aus mehreren Individuen, welche, gleichzeitig neben einander existirend, ein Ganzes bilden, bestehn. Das sie zur Einheit bringende Band ist hier die dauernde Vereinigung der Individuen, um für denselben gemeinschaftlichen Zweck zu wirken; **Gesellschaften, Corporationen.** Eine solche juristische Gesellschaft ist der ganze Staat selbst. Er unterscheidet sich aber characteristisch von allen übrigen Gesellschaften dadurch, dass er die einzig nothwen-

a) z. B. der Regent im Staate, oder die aufeinander folgenden Staatsbeamten, als solche.

b) So besonders im röm. Rechte bei den *servitutibus praediorum*.

dige ist, durch die erst alle andern, welche ja nur in ihm mit rechtlicher Wirkung bestehn können, als möglich begründet werden. Schon daraus geht hervor, dass alle dergleichen Gesellschaften im Staate nur in so weit rechtlichen Bestand haben, als der Staat selbst, durch die ihnen im Allgemeinen oder speciell zugestandene Persönlichkeit, erlaubt. a) In wie fern er aber dieses kann oder darf, hängt von dem Zwecke einer solchen Gesellschaft ab, ob derselbe mit dem Staatszwecke vereinbar oder unvereinbar ist. b)

§. 142.

Die Gesellschaften kommen in den verschiedenartigsten Formen vor, sowohl in Rücksicht des Zweckes, c) als der Dauer, d) der Anzahl der Mitglieder, e) der

a) Diese Erlaubnis liegt entweder darin, dass der Staat das Zusammentreten der Einzelnen zum Ganzen selbst verfügt, oder sie ist ein für alle Mal für gewisse Fälle ertheilt, oder sie muss in dem einzelnen Falle erst nachgesucht werden.

b) Zu letzteren gehören, aus natürlichen Gründen, alle geheime Gesellschaften, als solche; sie seien es nun ihrer Existenz, ihrem Zwecke, oder ihren Mitgliedern nach.

c) z. B. Staat, Ehe, Kirche u. s. w.

d) Ewige und zeitige.

e) Bald wesentlich nur zwei, bald mehr, mit bestimmter oder unbestimmter Anzahl.

inneren Organisation a) u. s. w. Deshalb ist ein allgemeines Gesellschaftsrecht, das für alle Gesellschaften gleich geltende Grundsätze aufstellt, wenn es nicht sehr dürftig ausfallen soll, wohl unmöglich, oder wenigstens unzweckmäßig.

ZWEITES CAPITEL.

In wie fern und mit welchen rechtlichen Wirkungen hat der Staat die Familienverhältnisse anzuerkennen?

§. 143.

Familie, in diesem Sinne, b) ist ein Gesellschaftsverhältnis, theils in Beziehung auf den Geschlechtstrieb, theils in Beziehung auf die, aus jenem Geschlechtsverhältnisse entspringenden Generationen. Beide Beziehungen liegen zwar schon in der thierischen Natur begründet, sollen und können aber, bei sinnlich vernünftigen Wesen, zu einer höheren,

a) Gleiche und ungleiche. Einfache, zusammengesetzte und gemischte.

b) Bei den Römern war dieser Begriff theils weiter, theils enger.

veredelten, menschlichen Form sich entwickeln. Der Geschlechtstrieb erscheint als Liebe, a) und der Instinct, den Erzeugten oder Gebohrnen ihre physische Existenz zu sichern, als Erziehungsverhältniss. b)

§. 144.

Für den Staat sind die natürlichen Familienverhältnisse wichtig. Denn Fortpflanzung durch Ehe ist die einzig zweckmässige Art, wie er den natürlichen Abgang seiner Bürger wieder ergänzt. Durch Einwirken auf die Familienverhältnisse, zum Zwecke der physischen und geistigen Erziehung der Jugend, sorgt der Staat für die Erhaltung seiner eigenen Existenz; da physische Deterioration und geistige Erniedrigung der Bürger die selbstständige Kraft des Staates untergräbt. Endlich kann er, zu einer zweckmässigen Regulirung der Verhältnisse des Privateigenthumes, die Familienverbindungen nicht entbehren.

a) Schon dass dieser Trieb bei Menschen nicht an gewisse Jahreszeiten gebunden ist, wie bei den Thieren, veredelt ihn und benimmt ihm die brutale Heftigkeit in seinen Aeusserungen.

b) Besonders wegen der Empfänglichkeit auch für geistige Ausbildung.

1. Von der Ehe.

Ehe im Allgemeinen ist die Verbindung von Personen verschiedenen Geschlechtes, in Beziehung auf den Geschlechtstrieb, in so fern er in menschlicher Form erscheint. Zweck der Ehe ist daher für die Ehegatten, nicht bloß Befriedigung des sinnlichen Triebes, sondern sie ist auch ein nothwendiges Mittel zur vollkommenen Entwicklung und Ausbildung der menschlichen Anlagen in beiden Geschlechtern. Für den Staat ist die Ehe ein unentbehrliches Institut, die Grundlage des ganzen bürgerlichen Wesens. a)

-
- a) Nicht bloß durch ordnungsmässige Erhaltung des Menschengeschlechtes. Mit dem Verfall der Ehe hängt der Verfall des ganzen Staates genau zusammen; wie dieß die Geschichte, namentlich des römischen Staates, zeigt. Denn erst durch das Band der Ehe wird der Bürger fest an den Staat geknüpft. Darauf nahmen auch von jeher die positiven Rechte Rücksicht. In Sparta waren die Hagestolzen ehrlos, durften den Kampfübungen der nackenden Mädchen nicht beiwohnen und mußten Spottlieder auf sich selbst absingen. In Athen sollten nur Verheirathete ein öffentliches Amt bekleiden, so wie auch in den meisten deutschen Reichsstädten nur verheirathete Bürger in dem Rathe sitzen durften. Auch Platon will, daß alle Unverheirathete über 35 Jahr aller Ehre und Vortheile im gemeinen Wesen beraubt seien. Sogar unter den Calmucken

§. 146.

Daß die Ehe monogamisch sein solle, läßt sich zwar nicht gerade daraus beweisen, weil sonst die Frau oder der Mann sich zur blossen Sache erniedrigte, a) sondern weil bei Polygamie theils die höhere, edlere, rein menschliche Gestalt der Ehe gehindert, theils der politische Zweck, den der Staat bei der Ehe vor Augen haben muß, verfehlt würde. Denn unter Polygynie leidet fast immer die, zur zweckmäßigen Erziehung so nöthige, häusliche Eintracht; bei Polyandrie gienge die

soll ein Gesetz sein, daß jährlich unter 40 Männern wenigstens 4 heirathen müssen. Selbst die Erfahrung lehrt, daß die meisten Verbrechen von noch Ehelosen begangen werden.

Nur durch das Institut der Ehe kann ferner die Sittsamkeit des weiblichen Geschlechtes erhalten werden; und ein schaamloses Weib ist alles Schlechten und Gemeinen fähig. Diese Corruption der Weiber theilt sich aber, wie die Geschichte ebenfalls lehrt, bei dem sehr natürlichen Einflusse des weiblichen Geschlechtes auf die ganze Volksbildung, den Männern mit. Die Folge ist nicht bloß verminderte Bevölkerung, sondern auch vermindertes Gefühl für Zucht und Ordnung, Gleichgültigkeit gegen das gemeine Wesen u. s. w. Dann helfen auch nicht ein Mat mehr leges Juliae et Papiae Poppaeae.

a) Kant. Metaph. Anf. §. 25 und 26.

b) Polygynie und Polyandrie neben einander würde nur eine besondere Modification der s. g. ganz freien Liebe sein.

nothwendige, juristische Sicherheit der Paternität verloren. Es wirkt ferner die Monogamie, durch die seltenere und regelmässigere Befriedigung des Geschlechtstriebes, für Körper sowohl als Geist, der Eltern und der Kinder, vortheilhaft. Endlich lehrt die Geschichte, dass die, mit Polygamie verbundene, Erniedrigung des weiblichen Geschlechts fast immer auf die Volksbildung nachtheilig wirkte. a)

§. 147.

Die rechtliche Wirkung einer solchen monogamischen Ehe im Staate ist, dass nur zwischen Ehemann und Ehefrau, und auch blos naturgemässe Befriedigung des Geschlechtstriebes ausschliessend erlaubt, ausser oder neben der Ehe unerlaubt ist.

Sehr mislich scheint aber die weitere Einmischung des Staates in das Eheverhält-

Was eigentlich Platon's Vorschlag, die Fortpflanzung der Bürger zu einer Anstalt des öffentlichen Rechtes zu machen, durch eine Gemeinschaft der Weiber, unter Aufsicht des Staates, für einen Sinn habe, ist nicht ganz klar. Die Idee, dadurch alle Bürger zu einer gemeinschaftlichen Familie zu bilden, mögte schwerlich im Erfolge wohlthätig sein und noch dazu sehr künstliche, complicirte Anstalten im Staate erfordern.

a) Eine schändliche Folge der Polygamie sind schon die Verschnittenen.

nis, in so fern er die Befriedigung des Geschlechtstriebes den Eheleuten zur Pflicht macht, oder auch nur indirect die Ehelosen zwingt, in ein Eheverhältniß zu treten. a) Es ist immer schon ein Zeichen des tiefsten Sittenverderbnisses, wo letzteres nothwendig wird.

§. 148.

Ueber das sonstige, gegenseitige Verhältniß der Eheleute variiren die positiven Rechte sehr.

Wenn ein Mal im Staate eine politische Zurücksetzung der Frauen, als Sitte, sich vorfindet, s. §. 116. so wird ein gewisses untergeordnetes Verhältniß der Frau zum Manne fast nothwendig, und nicht blos in kriegerischen Staaten. Denn die Ergänzung ihrer fehlenden, politischen Selbstständigkeit kann die Frau, am schicklichsten und sichersten, in dem Schutze ihres Ehemannes erwarten. Nur

Uebrigens kann, bei den verschiedenen Meinungen der Anthropologen, weder die Frage, ob der Geschlechtstrieb bei einem der Geschlechter stärker sei, noch der unerweisliche Umstand der, in manchen Gegenden, unverhältnismässigen Anzahl von Individuen weiblichen Geschlechtes, die auch vielleicht erst eine natürliche Folge von der Polygamie ist, den Ausschlag geben.

a) S. §. 144. not. a.

darf dieß nie in slavische Erniedrigung des Weibes ausarten. a)

Selbst daß, neben dem weniger strengen Verhältnisse der Abhängigkeit der Frau, noch ein strengeres möglich bleibt, läßt sich, besonders wenn der Frau die Wahl zusteht, rechtfertigen. b)

- a) *Am schlimmsten wieder bei der Polygamie, weil hier das Drückende, durch die getheilte Liebe des Mannes, vermehrt wird.*

Es ist übrigens auffallend, wie auch bei Monogamie, unter gebildeten Völkern, z. B. bei den Griechen, das weibliche Geschlecht, in Rücksicht der Eheverhältnisse, zurückgesetzt wurde. Es ist wohl nicht bloß als Ueberbleibsel aus einer rohen Zeit des steten Krieges zu erklären. Denn warum finden wir bei den germanischen Völkern das Gegentheil? Der Grund liegt vielleicht tiefer, darin, daß da, wo die weibliche, physische Natur sich sehr frühzeitig entwickelt, noch vor Entwicklung und Ausbildung seiner geistigen Fähigkeiten, also bevor es sich sonst durch seine Eigenschaften dem Manne achtbar machen kann, das Weib, als bloßes Mittel zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, gebraucht wird. Bei den germanischen Völkern heiratheten dagegen auch die Jungfrauen erst sehr spät. Tac. Mor. Germ. c. 20. *nec virgines festinantur.* Vergl. Schulze Leitf. § 164.

- b) Einen sehr feinen, richtigen Sinn hätte vielleicht das römische Institut, daß, erst nach einer bestimmten Zeit, die Frau aus der laxeren Ehe in die strengere, *conventio in manum mariti* übergieng, wenn sie es nicht selbst hinderte. Die Frau behielt dadurch Zeit erst zu prüfen, ob es, bei der Individualität des Ehemannes, rathsam sei, sich seiner strengen Obhut anzuver-

§. 149.

Schon wegen der rein menschlichen Form, in welcher das Eheverhältniß erscheinen soll, kann die Eheverbindung, vernunftmäfsig, nur durch gegenseitigen freien Willen der Ehegatten geschlossen werden, ist also freilich in so fern ein Vertrag, den aber der Staat, sowohl in Rücksicht der dabei nöthigen Form, als der zu verabredenden Bedingungen, mannigfach beschränken muß. a) In die Wahl der Ehegatten darf sich der Staat aber nicht leicht anders, als negativ einmischen, durch einzelne Eheverbote. Selbst hierbei ist die grösste Vorsicht nöthig, weil sonst widerrechtliche Uebertretungen, oder gar Liederlichkeit die Folgen sind.

§. 150.

Sehr natürlich ist das Ehehindernis der zu grossen Jugend, schon nach dem Zwecke der Ehe. Aber es sollte dabei

trauen. Allein die Römer scheinen dieses gerade nicht berücksichtigt zu haben.

- a) *Es ist sehr vieles, was publici iuris sein muß. Dahin gehört besonders, daß so manche Verabredungen, die dem Wesen und der Heiligkeit der Ehe widersprechen, als rechtlich unmöglich, verboten sind.*

wohl nicht bloß auf physische, sondern auch in so fern auf geistige Reife gesehen werden, als gerade bei diesem wichtigen Verbindungsvertrage für das ganze Leben, Irrthum, Vorurtheil, indirecter Zwang durch Zureden und Auctorität der Eltern oder Verwandten, durch unglückliche Verhältnisse, u. s. w. so häufig vorkommen, deren schädliche Wirkungen, nur durch ein reiferes Urtheil der Wählenden, vermieden werden können.

§. 151.

Sehr mislich ist das Eheverbot, wegen fehlender Mittel zur Ernährung der zu erwartenden Kinder; eine sehr harte, unbillige Folge des Privateigenthumes. Die daraus, fast nothwendig, hervorgehende Liederlichkeit, mit ihren Folgen, mögte dem Staate leicht weit nachtheiliger sein, als die Gefahr, daß ihm dadurch die Ernährung einer Menge hülfloser Bürger zur Last fallen könne. Letzterem Uebelstande muß und kann, durch zweckmäßigere Anstalten, entgegengearbeitet werden. a)

a) *Die Gefahr der Uebervölkerung, wie sie besonders*
Malthus On the principle of population. 1803.
 darstellt, mögte wohl so gar groß nicht sein, wie man glaubt. Die Natur hilft sich schon

§. 152.

Wenn gleich bei Monogamie ein schon bestehendes, dauerndes Verhältniß dieser Art, in Rücksicht der ferneren Ehe, als Hinderniß gelten muß, so widerspricht doch, nach Auflösung der früheren, die Gestattung einer anderen Ehe, welche die physische Natur in mehrfacher Rücksicht so dringend fodert, dem höheren, geistigeren, rein menschlichen Begriffe der Ehe keineswegs. a) Manchen, in Rücksicht des Erziehungsverhältnisses, zu befürchtenden Nachtheilen der ferneren Ehen kann theils durch zweckmäßige, positive Bestimmungen abgeholfen werden, theils würden sie, bei dem Verbote der zweiten Ehe, in anderer Rücksicht, noch weit gefährlicher erscheinen. b)

selbst. Wenigstens wäre dieses Mittel sehr unzweckmäßig und unpolitisch gewählt.

a) *Das Gegentheil, wie es uns Tac. Mor. Germ. c. 19. aber auch nur von einigen germanischen Völkerschaften, und nur von den Weibern erzählt, kann als Sitte wohl bestehn. Hingegen wo diese Sitte nicht herrscht, da würde schwerlich die Ehe durch ein solches Gesetz gewinnen, sondern nur die Liederlichkeit befördert werden.*

b) *Wenn das stiefelterliche Verhältniß zuweilen Zurücksetzung der Kinder erster Ehe zur Folge hat, so mögte vom ausserehelichen Umgange, Concubinate, eben weil er heimlicher gehalten wird, noch weit mehr dergleichen Störungen des Erziehungsverhältnisses zu befürchten sein.*

§. 153.

Ueber die Gründe des Eheverbotes, wegen zu naher Verwandtschaft, und seine Grenze ist viel gestritten worden. Ein *horror naturalis* ist der Grund wohl nicht; denn wir finden das Gegentheil zu oft in der thierischen Natur, selbst in der Geschichte mancher Völker. Aber wie es komme, daß sich dennoch, fast bei allen Völkern, ein, durch religiösen Glauben, oder durch strenge, positive Verbote geschärftes, allgemeines Gefühl der moralischen und bürgerlichen Sträflichkeit solcher Ehen findet, läßt sich sowohl historisch, als psychologisch erklären.

§. 154.

Nach Montesquieu hatte, besonders bei den Völkern, wo die Töchter an den Ehemann verkauft wurden, der Vater strenge über ihre Unschuld zu wachen. Daher suchte er nicht nur den Kindern, sondern auch allen, die im väterlichen Hause zusammenlebten, namentlich Geschwisterkindern, einen heftigen Abscheu vor solchen Verbindungen einzuschärfen. Der Grund liegt aber vielleicht tiefer. Denn im Ursprunge der Völker, bei der patriarchalischen Verfassung, wo auf das enge Zusammenhalten und Leben der

einzelnen Familienglieder untereinander so viel ankam, da mußte sich eine Scheu vor solchen Verbindungen bilden, um den, sonst unvermeidlichen, Zwist und Streit der Familienglieder, aus Eifersucht, zu entfernen.

§. 155.

Zu den politisch - psychologischen Gründen gehört, daß die, schon im Voraus bestimmte, Unmöglichkeit einer künftigen Heirath der, sonst unvermeidlichen, frühen Verführung unter den jungen Personen verschiedenen Geschlechtes, die in demselben Hause vertraut mit einander leben, vorbeugen soll. Daher die Ausdehnung des Eheverbotes auf alle Verwandte, welche, nach der Sitte der alten Völker, eng verbunden und vertraulich beisammen lebten. a) Ferner beruht das Ehehindernis in der geraden Linie, zwischen Ascendenten und Descendenten, auf einer natürlichen, ehrerbietigen Scheu der Kinder gegen die Eltern,

-
- a) Bei den Grönländern dürfen, aus demselben Grunde, auch nicht verwandte Kinder, wenn sie mit einander in demselben Hause erzogen worden, sich nicht heirathen.

Indessen mögte es doch schwierig sein, überall, wo derselbe Grund etwa einträte, das Verbot der Ehe auf gleiche Weise gelten zu lassen.

die gerade im ersten Grade, wo die Verschiedenheit der Jahre weniger bedeutend ist, am stärksten sich vorfindet. Dieselbe Scheu wird dann auch leicht auf diejenigen Seitenverwandte übertragen, die der Ascendent als seines Gleichen zu behandeln pflegt, wie Oheim und Tante, so daß sich also, durch Verheirathung mit solchen Personen, der Descendent gewissermaassen den Ascendenten gleich setzte. a)

§. 156.

Die Grenze des Eheverbotes wegen Verwandtschaft in gerader Linie, unter Descendenten und Ascendenten, bestimmt sich schon von selbst; weil mit jedem Grade weiter das Eheverhältnis, auch in physischer Rücksicht, unpassender wird. In der Seitenlinie bedarf es freilich einer festen Grenze. Aber diese läßt sich wohl nicht *a priori* bestimmen, sondern die verschiedenen positiven Rechte können hier füglich, nach den politischen Gründen, mit Berücksichtigung der Volks-

a) Mündlich von der angeblichen physischen Depreciation und Degeneration durch die Ehe unter Verwandten. c. 20. C. 35. qu. 2. und 3.

sitte u. s. w. verschiedene Grenzen vorschreiben. Aber es ist wohl eine gefährliche Inconsequenz, wenn der Staat bei so vielen verbotenen Graden dispensirt. Denn geschieht es für Geld, so entsteht leicht der Verdacht der Habsucht des Staates, und für die Armen ist es ein gewiß höchst unbilliger Druck. Auch sonst hat es die Folge, daß nun die Bürger, nach aufgehobener Idee der allgemeinen, moralisch - religiösen und bürgerlichen Sträflichkeit, das Verbot nicht mehr scheuen; ferner, das Versagen der Dispensation im einzelnen Falle ist dann nur desto härter, weil man auf die Erlaubnis des Staates schon im Voraus rechnen zu können glaubte.

§. 157.

Verbot der Ehe, als Misheirath, wegen Standesverschiedenheit, ist freilich, wo bloß der Standeshochmuth zum Grunde liegt, eine sehr unvernünftige Wirkung des Kastengeistes. Aber, wo die Scheidung und Absonderung eines gewissen Standes, aus politischen Gründen, nöthig erscheint, da kann auch dieses Eheverbot sehr vernünftig und für das Ganze wohlthätig werden. S. §. 139.

§. 158.

Wegen der wichtigen, juristischen Folgen, die mit der Ehe verknüpft sind, ist es rathsam, daß auch da, wo keine besondern Hindernisse Statt finden, der Staat, noch ausser der gegenseitigen Einwilligung der Eheleute, eine bestimmte Form vorschreibt, unter welcher allein er die Ehe, als rechtsgültig, betrachtet wissen will. Daß diese Form eine öffentliche sei, ist, besonders weil die Eheverbindung auch für die übrigen Bürger, in mehr als einer Rücksicht, wichtige Folgen hat, a) sehr zweckmässig, so wie auch, zur Belebung des moralischen Gefühles für die Heiligkeit der Ehe, eine, auf den Cultus sich beziehende, Feierlichkeit.

Die wirkliche *Consummation* der Ehe, die man oft in den Naturrechten zur Bedingung der rechtsgültig abgeschlossenen Ehe macht, kann, als ein, der allgemeinen Sitte nach, heimlicher Act, wenigstens in rechtlicher Rücksicht nicht als Anfangstermin der Ehegültigkeit betrachtet werden. b)

a) z. B. wo Gütergemeinschaft eintreten soll.

b) Etwas ganz anderes ist es, einige, das Vermögen betreffende, Wirkungen der Ehe erst von der

§. 159.

Bei den, der Ehe oft vorhergehenden, Verlöbnissen, d. h. dem gegenseitigen Versprechen, künftig eine Ehe mit einander einzugehn, zeigt sich ein offener Widerstreit zwischen der allgemeinen, strengen Theorie von der Heiligkeit der Verträge und dem Wesen der Ehe. Entweder diese, oder jene Rücksicht muß hintangesetzt werden, und mannigfache Nachtheile werden daher, auf jeden Fall, dabei vorkommen. a) Bei einem Institute, wie die Ehe, das, seinem Wesen nach, nur durch die Sittlichkeit der Eheleute selbst, seinen Zweck erfüllen kann, wird der Staat, bei einreissender Sittenlosigkeit, immer in der Lage sein, indem er den, für den Augenblick dringendsten Mängeln entgegenarbeitet, andere Nachtheile zu veranlassen.

eingetretenen Schwangerschaft der Frau an, eintreten zu lassen; wie sich dieß in manchen positiven Rechten findet.

- a) *Auf der einen Seite sind, wenn die Verlobten nicht einseitig das Verhältniß aufkündigen dürfen, sondern zur Erfüllung des Versprechens vom Staate angehalten werden, noch mehr unglückliche Ehen, als schon ausserdem sich finden, unvermeidlich. Auf der andern Seite ist Mißbrauch und Verführung zu befürchten. Der Ausweg, wenigstens bei erfolgter Schwangerschaft,*

§. 160.

Dasselbe Resultat ergiebt sich auch bei der Frage, ob die Trennung einer gültig eingegangenen Ehe, noch bei Lebzeiten beider Ehegatten, durch Scheidung verstattet sein solle, und in wie weit. Zwar scheint es das Wesen der ehelichen Verbindung zu verlangen, daß sie als eine ewige, für die ganze Lebenszeit dauernde, eingegangen werde. Aber es lassen sich, wenn der Staat gar keine Ausnahmen gestattet, sogar für die sittliche Ausbildung der Familien, a) Nachteile befürchten; wenigstens oft unbillige Härte für den einen, oder auch wohl für beide Ehegatten. Indessen, wenn auch die Scheidung im Allgemeinen rechtlich möglich sein soll, so hat doch über den hinreichenden Grund dazu, im einzelnen Falle, blos der Staat zu entscheiden. b) Daß er die Ehescheidung nicht begün-

Zwang zur Eingehung der Ehe eintreten zu lassen, hat freilich auch sehr viel wider sich.

a) Besonders in Rücksicht der Erziehung.

b) Die verschiedenen Ansichten der positiven Rechte vom Wesen der Ehe haben, natürlich, auch auf die Vorschriften über die Scheidung grossen Einfluss gehabt. Daher bald der Mann allein die Scheidung fodern darf, bald es auf gegenseitige Uebereinkunft beider Eheleute ankommt.

stigen solle, a) ist zwar gewiss; aber es wird doch vorzüglich auf die herrschende Volkssitte ankommen, je nachdem diese eine gefährliche Richtung erhalten, welcher durch das positive Recht entgegen gearbeitet werden muss. Am unbedenklichsten ist Scheidung, wegen bedeutender Verbrechen des einen Ehegatten, besonders wenn diese, wie Ehebruch, Kuppelei, bösliches Verlassen, dem Wesen der Ehe geradezu widersprechen. Weit mislicher ist die Grenze, wie weit blosser Unverträglichkeit, oder Irrthum des einen Ehegatten über physische und geistige Eigenschaften des andern, als hinreichender Grund zur Scheidung gelten dürfe. Zu grosse Strenge des Staates wird oft sehr hart und sogar gefährlich erscheinen, weil dem unglücklich Verheiratheten sich dann kein Ausweg, als der Tod des andern, zeigt. Zu grosse Begünstigung und Freiheit dieser Art der Scheidung würde, bei einreissender Sit-

a) Dahin gehören nicht blos Versuche zur Güte, sondern auch Vermögensnachtheile für den schuldigen Ehegatten, als Strafe der leichtsinnigen Verletzung eines so wichtigen Institutes, besonders zum Besten der übrigen, dabei zunächst leidenden, Familienglieder, der Kinder.

tenlosigkeit, das ganze Wesen der Ehe vernichten. a)

§. 161.

II. Von dem Verhältnisse der Eltern zu ihren Kindern.

So wie der Staat den natürlichen Begriff der Ehe schon vorfindet und nur, durch einzelne rechtliche Modificationen, ihn für seine Zwecke gebraucht: eben so findet er das natürliche Verhältniß der Eltern zu ihren Kindern vor, und gründet darauf das Erziehungsrecht.

§. 162.

Schon seinem allgemeinsten Zwecke nach, s. §. 39. hat der Staat dafür zu sorgen, daß alle diejenigen Bürger, die, wegen irgend einer Unvollständigkeit, nicht allein für sich bestehn können, einen Beistand finden, mit Hülfe dessen die Unvollständigkeit ergänzt werde. Ein Hauptfall dieser Art ist die, für das Ganze so wichtige, Erziehung der jungen Bürger. Allein der Staat würde nicht nur etwas, der sinnlichen und vernünftigen Natur der Menschen Widersprechen-

a) Hugo §. 228.

des, sondern auch etwas an sich Inconsequentes wollen, wenn er, ohne Berücksichtigung und Benutzung der natürlichen Verhältnisse, die ganze Erziehung der jungen Bürger zu einer rein öffentlichen Anstalt machte. a) Der Staat kann und muß sich dieses Geschäft erleichtern, indem er den untergeordneten Gesamtheiten, den einzelnen Familien die Erziehungspflicht überträgt und nur theils die Oberaufsicht behält, theils da, wo die kleineren Familiengemeinheiten nicht ausreichen, nachhilft. b)

§. 163.

Es ist zwar sicher schon eine allgemeine Gewissenspflicht für die Eltern, ihre Kinder zu erziehn. Aber auch zur Rechtspflicht kann und soll sie erhoben werden, weil sie durchaus nothwendig ist, damit der Staat seine rechtlichen Zwecke erreiche; weil ferner gerade diese Anordnung des Erziehungsverhältnisses der menschlichen Natur am angemessensten, also auch für die Bürger am we-

a) *Dieses thut Plato; und freilich mußte ihn zu dieser Idee nothwendig seine Ansicht von der Ehe leiten. Wie viel Edeles und Schönes gieng aber nicht, mit dem Familienleben, sowohl für die Einzelnen, als für den Staat selbst, verloren!*

b) *S. Borst Ueber das Naturrecht. S. 140.*

nigsten hart und drückend ist. a) Sie hängt mit der menschlichen Gestalt der Ehe genau zusammen, als Uebertragung der gegenseitigen, ehelichen Liebe auf die Producte derselben, und so geht der eheliche Vertrag, schon stillschweigend, mit auf Erziehung der Kinder. b)

§. 164.

Der Staat legt die Erziehungspflicht beiden Eltern auf, theils weil zur vollkommenen Erziehung vereinigte, männliche und weibliche, Hülfe nöthig ist, theils weil das gemeinschaftliche Erziehungsverhältnis auch das eheliche Verhältnis veredelt, theils endlich wegen

a) *Wir brauchen daher unsere Zuflucht weder zu einem ungereimten Vertrage der Kinder mit ihren Eltern zu nehmen, noch zu einer obligatio ex delicto, indem, durch Nichterhaltung und Nichterziehung, das Kind, gegen seinen Willen, aus einem besseren in einen schlimmeren Zustand versetzt werde.*

b) *Die Mutterschaft ist schon physisch gewiss; schwieriger die Ausmittlung der Vaterschaft. Allein auch die Rechtsvermuthung, dass derjenige Vater sei, der mit der Mutter des Kindes in einer Ehe lebt, ist sehr vernünftig, weil sie aus dem Begriffe der Ehe hervorgeht, so dass die entgegengesetzte Regel nur Wirkung der höchsten Sittenlosigkeit sein kann, wodurch das ganze eheliche Verhältnis vernichtet wird. Es trifft sogar, in der Regel, diese Präsumtion schon mit dem Wunsche des Ehemannes selbst zusammen.*

des nothwendigen Zusammenhanges mit dem Privateigenthume. Allein überall, wo, der allgemeinen Sitte gemäß, eine gewisse Zurücksetzung der Frau und Unterordnung unter den Schutz des Mannes Statt findet, da ist, neben den gemeinschaftlichen Erziehungsrechten, noch eine gewisse strengere Gewalt des Vaters über die Kinder, die väterliche Gewalt, fast unvermeidlich.

§. 165.

Der Staat muß nun zwar den Eltern die Erziehungspflicht, durch eine eingeräumte Erziehungsgewalt, möglich machen, und sowohl gegen unberufene Einmischung dritter, als gegen Widersetzlichkeit der zu Erziehenden selbst sichern. Aber über den Erziehungszweck hinaus darf sich diese Gewalt nicht erstrecken. Denn wenn gleich, durch Sitte und Denkungsart eines Volkes, das Nachtheilige und Gefährliche einer solchen unumschränkten Herrschaft des Familienvaters in seinem Hause a) sehr gemildert

a) Dahin gehört das *ius vitae et necis*, das Recht die Kinder zu verkaufen, auszusetzen u. s. w. Bei den Völkern der alten Welt finden wir dieses, als Ueberbleibsel der patriarchalischen Verfassung, als Folge der offenbaren Ueberschät-

wird, so kann dieselbe dennoch mit dem wahren Staatszwecke nicht bestehn; wie sich dieß besonders bei einreißender Immoralität offenbart.

§. 166.

Sehr schwierig ist die Frage, in wie weit der Staat in das Erziehungs-Recht der Eltern beschränkend einzugreifen habe. Wenn er ein Mal die Nothwendigkeit anerkennt, die Erziehung zunächst den Familien selbst zu überlassen, so muß er wohl auch, consequent, nur wahren Misbrauch der Erziehungsge-
walt a) hindern, die sonstige Methode dabei aber lediglich den Eltern überlassen. Nur durch Errichtung von zweckmäßigen Anstalten, hat er es den Bür-

zung der Bürgerlichkeit, wodurch die Menschlichkeit so oft ganz vernachlässigt wurde. So läßt sich es erklären, wie in Sparta krüppelhafte und schwache Kinder sogar getödtet werden mußten, und wie selbst Plato dieses, als dem Staatszwecke gemäß, billigt.

Den Grund zur Aussetzung der Kinder, aus Armuth, muß der Staat durch zweckmäßigere Anstalten, als unsere gewöhnlichen Findelhäuser sind, entfernen.

- a) Dahin gehören alle Maasregeln der Eltern, wodurch die Kinder entweder, höchst wahrscheinlich, zu schlechten oder gar gefährlichen Bürgern aufwachsen, oder offenbar in ihrem Ansprüche auf freie Persönlichkeit beschränkt wer-

gern möglich zu machen, ihren Erziehungsplan zu verbessern, ihnen dieses Geschäft zu erleichtern. In wie fern sogar directer, oder indirecter Zwang, sich dieser Staatsanstalten zu bedienen, räthlich oder nothwendig sei, davon im öffentlichen Rechte.

§. 167.

Das elterliche Erziehungsrecht hört, seinem Wesen nach, mit der geendigten Erziehung auf. Bei der Beurtheilung, wann dieselbe als vollendet zu betrachten, muß der Staat wenigstens oberaufsehend concurriren; damit weder die Eltern, aus Egoismus, den Kindern länger, als nöthig ist, ihre Selbstständigkeit vorenthalten, a) noch dieselben zu früh aus der Erziehungsaufsicht entlassen. Dafs die Kinder, auch nach vollendeter Erziehung, bis an den Tod des Vaters in seiner Gewalt bleiben, falls dieser sie nicht früher freiwillig emancipirte, läfst sich zwar als Sitte bei

den, z. B. Zwang zur Eingehung einer Ehe, zur Ergreifung eines bestimmten Standes, u. s. w.

a) Das ist besonders dann zu befürchten, wenn mit dem Erziehungsrechte der Eltern selbstnützige Rechte verknüpft sind.

Hirten und landbauenden Völkern, a) deren Familienverfassung immer etwas Patriarchalisches behält, historisch erklären. Allein mancherlei Nachtheile dieses positiven Institutes, sowohl in Rücksicht auf den Staat selbst, als auf das Familienverhältniß, b) sind unvermeidlich.

Dagegen ist es dem ganzen Familienverhältnisse sehr angemessen und als eine billige Belohnung für die Erziehungsmühe zu betrachten, daß, auch nach den Erziehungsjahren, die Eltern einen fortdauernden Anspruch auf Ehrfurcht und Pietät der Kinder, selbst mit rechtlichen Folgen, behalten. c)

§. 168.

III. Von der Vormundschaft.

Ueberall, wo das natürliche, durch die Ehe begründete Familienverhältniß

a) Hugo. §. 240. Daher mußte in den gewerbetreibenden Städten sich die neue Aufhebungsart der väterlichen Gewalt, durch abgesonderten Haushalt des Kindes, auch wider Willen des Vaters, nothwendig bilden,

b) Es ist schon sehr schlimm, daß dadurch die Kinder Veranlassung erhalten, den Tod ihres Vaters als ein glückliches Ereignis, wodurch sie selbstständig werden, zu betrachten, oder gar herbeizuwünschen.

c) z. B. die Pflicht der Kinder ihre Eltern in der Noth zu alimentiren, keine beschimpfende Klage gegen sie leichtsinnig anzustellen, u. s. w.

der Eltern zu den Kindern nicht ausreicht, um für die Unselbstständigen zu sorgen, da muß der Staat das vormundschaftliche Institut eintreten lassen. a)

§. 169.

Dahin gehören:

1) die Fälle, wo wahre Erziehung durch den Vormund bezweckt wird, wie bei Waisen, Fündlingen, unmündigen Kindern eines Rasenden, notorischen Verbrechers, oder solcher Eltern, die überhaupt zur Erziehung ganz unfähig sind. Auch uneheliche Kinder sind gewissermaassen hierher zu rechnen. Dafs, nach Kant, das uneheliche Kind, als ausser dem Gesetze, d. h. der Ehe, gebohren, sich in das gemeine Wesen widerrechtlich eingeschlichen, und deshalb keinen Anspruch auf den Schutz des Staates habe, ist ein sehr unbilliger Grundsatz, der, consequent durchgeführt, eine grosse Begünstigung der ausserehelichen Liederlichkeit enthalten würde. b) Zur Er-

a) In einem weitem Sinne versteht, aber wohl gegen den gewöhnlichen Sprachgebrauch, unter Vormundschaft auch das natürliche elterliche Verhältniß B o r s t A. a. O. S. 136.

b) Dieß hat der Erfolg des Art. 340 im Cod. Nap. zum Theile bewiesen. Wie viel andere traurige

ziehung eines unehelichen Kindes ist daher, neben der Mutter, niemand näher verpflichtet, als der uneheliche Vater, so weit er, bei der hier fehlenden Rechtsvermuthung, factisch ausgemittelt werden kann. Wo dieses nicht ausreicht, da muß der Staat auf eine andere zweckmäßige Weise für einen Vormund sorgen. a)

§. 170.

2) Die Fälle, wo nicht sowohl eine eigentliche Erziehung, die hier unmöglich ist, bezweckt wird, als Ergänzung irgend einer fehlenden Eigenschaft, welche das selbstständige Fortkommen solcher Personen im Staate unmöglich macht. Dahin gehören, auch über die gewöhnlichen Erziehungsjahre hinaus, Vernunftlose, nach der Sitte mancher Völker, Frau-

Folgen kann nicht, besonders bei Mangel und Armuth der Mutter, die Hülflosigkeit eines solchen unehelichen Kindes mit sich führen! Bei den so häufigen Kindermorden wirkt der Gedanke, in der Noth nicht auf die Hülfe des Staates rechnen zu dürfen, gewiss oft eben so stark, als das Gefühl der Schande.

a) Es mag freilich eine schwere Aufgabe für den Staat sein, dieses so einzurichten, daß dadurch kein Schein von Billigung der Erzeugung unehelicher Kinder entstehe. Aber unmöglich ist es wohl nicht. S. Schulze Leitf. S. 234.

enzimmer, wegen ihres Geschlechtes, in manchen Fällen Abwesende, noch Ungebohrne, in so fern sich der Staat ihrer schon annimmt, Todte, in so fern ihren Verfügungen noch rechtliche Wirkung zugeschrieben wird, ferner alle ganz Arme im Staate; endlich in gewisser Rücksicht alle diejenigen, welche, wegen mangelhafter Bildung und wegen Unwissenheit, leicht in Gefahr kommen, verkürzt zu werden. a)

§. 171.

Die Bestimmung der Person des Vormundes kann schon, mit Einwilligung des Staates, in dem Anerbieten des Vormundes selbst liegen, wie bei Adoption eines verwaisten, oder sonst hilflosen Kindes. b) Oder die Bestimmung des der-einstigen Vormundes hängt ab vom Willen eines Dritten, der ein besonderes

a) z. B. überall, wo nur gewisse Classen, wie Bauern, ihre Rechtsgeschäfte von der Obrigkeit, welche dafür sorgt, daß sie dabei keinen Rechtsnachtheil erleiden, bestätigen lassen müssen.

c) Diese Art der Adoption, wodurch der Adoptirende nur ausgedehnte Vormundschaftsrechte erhält, ist gewiß weit unbedenklicher, als die Uebertragung der vollen väterlichen Gewalt auf Fremde. Justinian scheint dieses, bei seiner Reform der Lehre von der Adoption, zum Theil richtig gefühlt zu haben.

Interesse für das künftige Wohl des zu Bevormundenden hat, z. B. des Vaters; von dem man daher auch eine vorsichtige, überlegte Wahl erwarten kann. Oder der Staat hat die Person des Vormundes zu bestimmen. Dafs er dann in der Regel die nächsten, zur Erziehungsaufsicht fähigen Anverwandten des Unmündigen, Wahnsinnigen, oder Abwesenden wählt, scheint freilich auf der einen Seite sehr vernünftig und natürlich, weil bei diesen Personen ein näheres Interesse für den Pflegling zu erwarten ist, weil sie denselben, wenn sie ihn überleben, beerben und deshalb theils bei Erhaltung seines Vermögens zugleich für sich selbst sorgen, theils diese Last auch um so eher übernehmen können. Allein auf der andern Seite sind dieses auch dieselben Personen, die, wenn sie unmoralisch handeln, bei dem Tode, oder fort dauerndem Wahnsinne, oder der nie endenden Abwesenheit dessen, der ihrer Fürsorge anvertraut ist, am meisten interessiert sind. a) Bei dieser Unsicherheit, hat man auch wohl zu einem den Vormund wählenden, oder controllirenden Familien-

a) Hugo, §. 236. not. 4.

rathe, nicht unzweckmässig seine Zuflucht genommen. a)

Wo verheirathete Frauenzimmer eines Vormundes bedürfen, da kann dieses passend wohl nur der Ehemann sein. S. §. 148. Ueber die Armen s. unten das Vermögensrecht.

§. 172.

Es ist nun sehr natürlich und fast nothwendig, dass, bei der näheren Bestimmung der Vormundschaft, ihrer Grenzen, Pflichten, u. s. w. der Staat sich weit mehr positiv thätig einmischt, dabei weit mehr öffentliches Recht eintreten lässt, b) als bei dem elterlichen Erziehungsverhältnisse. c) Denn er hat hier kein so nahes Familienverhältnis zu respectiren und Misbrauch der vormundschaftlichen Erziehungsgewalt ist schon im Allgemeinen weit eher zu befürchten, je weniger der Staat hier auf dieselbe

a) z. B. im französischen Rechte.

b) Dahin gehört vorgängige Prüfung, Beeidigung der Vormünder, Rechnungsablage, Absetzen unzüchtiger Pfleger u. s. w.

c) Hugo. §. 232, not. 1. Die Vernunftidee einer Obervormundschaft, wie sie sich historisch bei den germanischen Völkern entwickelt hat, liegt schon in der Idee des Staates selbst. S. §. 162.

Liebe und Zärtlichkeit der Pfleger zu den Pflegebefohlenen, die bei den Eltern so natürlich, rechnen kann.

§. 173.

Schon bei der Bestimmung der Person des Vormundes ist viel Vorsicht nöthig. Denn obgleich die Uebernahme einer Vormundschaft, wo die kleineren Familiengesammtheiten nicht ausreichen, als eine allgemeine Bürgerpflicht, jedem aus der ganzen Gesammtheit des Staates obliegt: so muß doch dabei nicht nur eine gewisse Gleichheit beobachtet werden, sondern es giebt auch gewisse Rücksichten, welche, bald zunächst zum Besten der Pflegebefohlenen selbst, bald zugleich zum Vortheil der von der Uebernahme zu befreienden Bürger, manche Ausnahmen rathsam, oder auch wohl durchaus nothwendig machen. Nur hat das positive Recht, um allen Verdacht der Partheilichkeit zu entfernen, alle diese Ausnahmen so genau als möglich zu bestimmen. a)

a) Es ist aber freilich schon ein böses Zeichen, wenn der Staat sich genöthigt sieht, auch diejenigen Gründe, aus welchen die Bürger sich dieser Gesamtpflicht entziehen dürfen, so bestimmt und erschöpfend anzugeben, wie es im späteren römischen Rechte geschah.

§. 174.

Die Pflichten des Vormundes während seiner Pflegschaft bestimmen sich schon von selbst, je nachdem er wirklich erziehen, oder bloß irgend eine andere Unvollständigkeit ergänzen soll. S. §. 170. Im ersteren Falle, sollte der Staat wohl mehr über eine wirklich zweckmäßige Erziehung wachen, als gewöhnlich geschieht; indem er bloß in Rücksicht der Verwaltung des Mündel-Vermögens, durch beschränkte Veräußerungsfreiheit, Verpflichtung zu häufigen Rechnungsablagen, a) u. s. w. die Vormünder controllirt.

Auch das Ende der Vormundschaft bestimmt sich von selbst; sie wird unnöthig, wenn die zu ergänzende Unvollständigkeit wegfällt. Darüber hat aber nur die Obrigkeit zu entscheiden. Bei einem kriegerischen Volke, wo Waffenfähigkeit das Zeichen der Selbstständigkeit, ist es sehr natürlich, wenn, wenigstens bei Mannspersonen, b) die individuelle physische Reife das Ende der Erziehungsvormundschaft bestimmt. Wo es aber auf

a) Dieses ist bei uns offenbar zweckmäßiger eingerichtet, als bei den Römern.

b) Bei Frauenzimmern verstößt es leicht gegen unsere Sitten.

geistige Reife ankommen soll, da hat die individuelle Beurtheilung viel Schwierigkeit. Die Festsetzung eines allgemeinen Termines nach gewissen Jahren a) vereinfacht dann allerdings das ganze Institut und bringt mehr Gleichheit hinein; b) allein berücksichtigt zu wenig das eigentliche Erziehungsbedürfnis. Nicht selten wird auch beides verbunden, indem der Staat sich vorbehält, in gewissen Fällen, zum Besten der Pfleglinge, oder des Ganzen, von dem allgemeinen Termine einige Zeit nachzulassen.

DRITTES CAPITEL.

Von dem Vermögensrechte.

§. 175.

Nicht blos als sinnliches Wesen hat der Mensch ein Bedürfnis nach äusseren Objecten, Sachen, ohne welche er nicht ein Mal seine physische Existenz fristen kann, sondern auch als Vernunftwesen. Denn nicht im ewigen Kampfe mit der äusseren Natur, sondern nur durch Herr-

a) Auf die positive Bestimmung dieses Termines hat sehr oft das Clima Einfluss.

b) Hugo Civ. Mag. B. II. S. 188.

schaft über dieselbe, entsteht für ihn die Möglichkeit der vollkommenen Ausbildung seiner Kräfte. Die allgemeine Befugnis sich der Sachen, als Mittel zu seinen Zwecken, zu bedienen, ist eben ein Theil seiner Persönlichkeit. S. §. 109.

§. 176.

Das Bedürfnis nach Sachen erscheint, so bald durch Umstände, besonders durch wachsende Bevölkerung und damit zusammenhängende, stärkere Consumption, der Ueberfluß aufhört, als Bestreben nach bleibender Herrschaft über so viel Theile der Sinnēnwelt, als zur Sicherung auch der künftigen Existenz hinreichen. Es ist nun aber psychologisch leicht zu erklären, a) wie gerade bei diesem allseitigen Verhältnisse der Menschen zu der äusseren Natur, wobei Egoismus und Misträuen der Einzelnen unter einander sehr natürlich häufige Collisionen verursachte,

-
- a) *Es bedarf daher auch nicht der, aus der Theologie auf das Naturrecht übergetragenen Hypothese einer uranfänglichen Gütergemeinschaft aller Menschen, als gleicher Erben des ersten Menschenpaars, dem Gott sämtliche Güter der Erde geschenkt; bis späterhin die Menschen zu einer Vertheilung der Sachen unter sich geschritten. Hugo Grotius Jur. B. et P. Lib. II. c. 2. §. 2. Pufendorf Jur. Nat. et Gent. Lib. IV. c. 4. §. 5.*

eine festere, gesichrtere Vertheilung und Garantie, als sich von der bloßen Moralität erwarten läßt, sehr früh dringend nothwendig werden mußte. a) So ist es denn für den Staat Aufgabe: in Rücksicht ihres allgemeinen Anspruches auf Benutzung der Sinnenwelt, die natürliche Freiheit seiner Bürger so weit zu beschränken, als nöthig ist, damit jedem Einzelnen die Erwerbung und der Gebrauch einer, zu seiner physischen und geistigen Ausbildung erforderlichen Quantität von Sachen möglich gemacht und gesichert werde.

§. 177.

Zum Gebrauche der Sinnenwelt, der Sachen gehört zunächst Besitz, d. h. die physische Möglichkeit, auf dieselben willkührlich einzuwirken. Dieses noch rein factische, zufällige Verhältniß soll im Staate zu einem rechtlich gesicherten werden; theils indem schon an die bloße Existenz des physischen Besitzes gewisse

a) Die allermeisten Rechtsstreitigkeiten im Staate betreffen das s. g. Mein und Dein. Auch beschäftigt sich der größte Theil der positiven Rechte, mit Regulirung der Vermögensverhältnisse. So erzählt Plutarch, daß mit dem Golde und Silber die Rechtshändel und Prozesse aus Lacedämon verbannt gewesen.

rechtlichen Folgen, Vorthteile und Nachtheile, geknüpft werden, theils indem der Besitz nur in den Fällen, wo ihn der Staat als einen rechtlichen anerkannt hat, geschützt wird, theils endlich indem die rechtliche Befugnis zu besitzen selbst dann noch geschützt wird, wann auch der Berechtigte sich nicht mehr in der physischen Lage zur möglichen Einwirkung befinden sollte.

§. 178.

Die Summe aller der Rechte, welche, in Beziehung auf äussere Objecte, einem Bürger zukommen, macht dessen Vermögen aus. Die Normen, nach welchen der Staat jedem Einzelnen die rechtliche Möglichkeit Sachen zu erwerben gewährt, bestimmen das Vermögensrecht.

Im Staate ist nun eine doppelte Regulirungsart dieses Vermögensrechtes möglich. Entweder bleibt es den einzelnen Bürgern, ihrer Thätigkeit, Industrie, ihrem Glücke und andern Zufälligkeiten überlassen, wie viel Vermögen sie, ohne weitere Vergleichung mit andern, auf eine im Allgemeinen vom Staate approbirte Weise, erwerben können und wollen. Privateigenthum. Oder es fin-

det eine Gütergemeinschaft Statt, die der Staat, als öffentliche Anstalt, administriert, indem er jedem Einzelnen eine, seinen Bedürfnissen, seinen staatsbürgerlichen Verdiensten, seiner Würdigkeit angemessene Summe von Vermögensrechten anweist. Also Gütergleichheit.

§. 179.

In der Erfahrung finden wir nun fast überall Privateigenthum; auf diesem Institute beruhn so viele andere, es ist dasselbe so tief in unser bürgerliches Leben eingewachsen, daß man oft sogar die Möglichkeit eines anderen Zustandes im Staate, der oben erwähnten Gütergleichheit, sich nicht zu denken vermag. Daß es aber überhaupt möglich sei, die Idee der Gütergemeinschaft, wie sie Plato in seinem Staate ausspricht, und nach ihm viele Neuere aufgestellt haben, im Großen zu realisiren, geht schon daraus hervor, daß der Versuch in der Wirklichkeit, bei kleineren Gemeinheiten, nicht ganz ohne Erfolg gemacht worden ist. Ob es aber rathsam sei, an die Stelle des ein Mal bestehenden Privateigenthumes, eine solche Gütergemeinschaft einzuführen, hängt von der Vergleichung der Vortheile und Nach-

theile des Privateigenthums , und der Untersuchung ab, ob anstatt dieser Nachteile , bei der öffentlichen Vermögensanstalt, nicht andere , vielleicht eben so bedeutende zu befürchten seien.

§. 180.

Als Nachteile des Privateigenthumes , besonders wo es in seiner vollen Strenge gilt, lassen sich nun folgende anführen. a)

Der Gegensatz der Reichen, die mehr, und der Armen, die weniger Vermögen haben, als zur genügenden Befriedigung ihrer physischen und geistigen Bedürfnisse hinreicht, ist, bei dem freien Verkehre und so manchen Zufälligkeiten dabei, unvermeidlich. Nicht einmal die, bei den Völkern der alten Welt so häufigen, *novae tabulae, leges agrariae* und andere dergleichen Versuche, alle Güter, zum Zwecke eines gleichmässigeren Privateigenthumes, von neuem zu vertheilen, b) fruchten in dieser Rücksicht. Denn, wenn nach

a) Ich brauche wohl kaum zu bemerken, dass ich, bei der ganzen Würdigung des Privateigenthumes, die scharfsinnigen Bemerkungen Hugo's §. 248. u. f. benutze.

b) Es ist dieses schon an sich eine sehr misliche, gefährliche Inconsequenz des Staates, wenn er ein

der Vertheilung der zum Wesen des Privateigenthumes gehörende freie Verkehr bleibt, so muß in kurzer Zeit die vorige Ungleichheit, nur etwa mit veränderten Personen, wieder eintreten. Man hat den Vorschlag gethan, um dieses zu verhüten, nach gleichmäfsig erfolgter Vertheilung der Grundstücke unter die Bürger, jedem Einzelnen die Veräußerung, Verschuldung, oder Verpfändung seines Antheiles zu erschweren, oder ganz zu verbieten. a) Allein erstens, enthält dieses eine so grofse Beschränkung des Privateigenthumes, dafs kaum der Begriff desselben bleibt. Dann setzt es voraus, dafs, im Verhältnisse zu der Volksmenge, genug Landeigenthum für alle Familienväter, sowohl jetzt, als für die Zukunft, da sei. Endlich würde diese Maasregel nicht nur den Handel und Verkehr hindern, sondern auch sehr leicht, unter Umständen, für die

Mal Privateigenthum seiner Bürger anerkannt und garantirt hat. Die Geschichte lehrt, dafs es nicht ohne Revolution abgeht. Schon das Hoffen der Bürger auf novae tabulae, als etwas mögliches, ist sehr gefährlich für den Staat.

- a) *Auch diesen Versuch finden wir bei den Völkern der alten Welt, z. B. in der spartanischen Republik, besonders als Mittel zur Erhaltung allgemeiner bürgerlicher Freiheit und Gleichheit.*

Bürger selbst und ihre Familien äusserst drückend werden, ohne dadurch ihren Zweck zu erfüllen.

§. 181.

Sowohl Reichthum, als Armuth hindert leicht die körperliche und geistige Ausbildung der Bürger. Denn körperlich schwächt sich der Reiche oft durch Luxus, geistig bildet er sich nicht selten zu wenig aus, weil er es nicht nöthig zu haben glaubt, moralisch verschlechtert er leicht durch Habsucht, Geiz und Hartherzigkeit. Noch leichter verkrüppelt körperlich der Arme, der, von Jugend auf vernachlässigt, sich schon früh zu den schwersten, ekelhaftesten Verrichtungen entschliessen muss, und bei der elenden Nahrung allmählig verkümmert.

a) Zur geistigen Ausbildung fehlen ihm theils die Mittel, theils die Zeit, da er schon so früh selbst sein Brod verdienen muss, theils endlich der Muth dazu. Moralisch ist der Arme weit gröfseren Versuchungen zum Bösen ausgesetzt, b) als

a) Beim grossen Gastmal der Natur giebt es für den Armen kein Gedeck. *Essay on population.* P. 591.

b) Die meisten Verbrechen werden durch Armuth veranlasst.

der Wohlhabende; sein oft trauriges Schicksal, in Vergleichung mit den Reichen, verleitet ihn zu Neid, Misgunst und Rachsucht; bei seiner steten Abhängigkeit von den Reichen, vollends beim Betteln, wird schon früh alles edele Selbstgefühl in ihm erstickt, und mit demselben der Keim zu so manchem Guten.

§. 182.

Auch in staatsbürgerlicher Rücksicht, wirkt der Gegensatz von Armuth und Reichthum nachtheilig. Sehr oft wird der Arme am Staate, der so wenig für ihn sorgt, ihn darben läßt, kein wahres Interesse haben. Ausser dem Staate hätte er blos gegen einzelne Mitmenschen, die ihm etwa das Nothwendige entziehen wollten, zu kämpfen; gegen den Staat selbst, der eine solche Ungleichheit billigt und garantirt, a) kann er nichts ausrichten. Wenn dieser ein Mal auf Privateigenthum viel baut, so muß er fast nothwendig die Armen, in mancher Rücksicht, sehr hart behandeln. b) Da nun von den

a) *Wo das Privateigenthum in seiner vollen Strenge gilt, da kann der Arme im Staate — von Rechts wegen! — verhungern.*

b) *Dahin gehört die harte Bestrafung des Diebstahls in den positiven Criminalrechten. Wie*

meisten Wohlthaten und Anstalten, sowohl des öffentlichen als des Privatrechtes, selbst von der politischen Freiheit, a) der Arme gar wenig oder gar keinen Vortheil hat, so ist es sehr begreiflich, wie er leicht geneigt ist, einen rechtlichen Zustand, bei dessen Veränderung er fast nur gewinnen kann, aufzuopfern, oder gar anzugreifen. b)

§. 183.

Umgekehrt ist aber auch nicht selten Reichthum der Bürger dem Ganzen gefährlich. Denn oft erzeugt er Geiz und unersättliche Habsucht, wodurch unvermeidlich Collisionen des Privatinteresses mit dem Wohle des Ganzen, zum Nachtheile des letztern, entstehn. Der Reiche hat durch seinen Ueberfluß Mittel in den Händen, den Gesetzen des Staates

verclausulirt sich nicht der etwas mildernde Art. 166. der H. G. O.!

- a) *Er ist, schon wegen seiner Armuth, unfrei und von den Reichen, von denen er Nahrung erwartet, abhängig. Beispiele liefern die armen Plebejer zu Rom in ihren Verhältnissen zu den reichen Patriziern. Durch andere Theile des Rechtes führt die Vergleichung durch Hugo. §. 252.*
- b) *Bei allen Revolutionen bestätigt dieses die Geschichte.*

auf eine widerrechtliche Weise auszuweichen, a) oder gar denselben zu trotzen. Denn er befiehlt oft über ein ganzes Heer von Armen, die von ihm mehr Unterstützung erwarten und dadurch abhängiger sind, als vom Staate selbst. b) S. §. 181.

§. 184.

So bedeutend auch alle diese Nachteile sind, so mögte es doch schwerlich dem wahren Staatszwecke gemäß sein, deshalb, mit Verdammung des Privateigenthumes, die Regulirung aller Vermögensverhältnisse zur öffentlichen Anstalt zu machen. S. §. 177.

Diese hat an und für sich das widersich, daß dadurch der Staat seine Bürger, in Rücksicht eines so wichtigen Theiles der bürgerlichen Verhältnisse, für ewig unselbstständig und unmündig erklärt. c) Er soll aber die Bürger über-

a) z. B. durch Bestechung.

b) *Wie viel konnte nicht ein reicher Römer durch seine armen Clienten durchsetzen!*

c) *Es ist wohl kaum ein Lob der Spartanischen Verfassung, wenn Plutarch von ihr sagt: es sei ein jeder, auch über die Erziehungsjahre hinaus, erzogen worden; die Stadt habe einem Lager geglichen, wo einem jeden zugemessen war, was er brauchte, und was er zu thun hatte.*

haupt nie mehr und weiter bevormunden, als die Erreichung des Gesamtzweckes, als durchaus nothwendig, erfordert. Um so weniger scheint eine solche ewige Vermögensabhängigkeit vom Staate zu billigen, weil sie sich mit andern bürgerlichen Verhältnissen, wobei der Bürger bis zu einem gewissen Grade selbstständig erscheinen muß, nicht wohl vereinigen läßt. a)

§. 185.

Ferner bedarf es zu einer, nur einigermaßen unpartheiischen, steten Vertheilung der allgemeinen Gütermasse, einer um so künstlicheren, zusammengesetzteren Verfassung und Regierung, je größer die Ausdehnung des Staates. Selbst mit dem besten Willen und der größten Gewissenhaftigkeit wird die Regierung, gerade hierbei, wie die Erfahrung lehrt, nie das Mistrauen der Einzelnen und den Verdacht der Partheilichkeit entfernen können. b) Aber es wür-

a) Dahin gehört z. B. die Ehe, das Erziehungsverhältnis u. s. w. Daher verlieren alle diese Institute ihren rein menschlichen Character, sie werden blos politisch, wo der Staat, wie bei Plato und in Sparta, sich eine solche Anordnung alles Vermögensrechtes anmaafst.

b) In keinem Stücke trauen die Bürger in der Regel ihrer Regierung weniger, als in Rücksicht der

de auch nicht ein Mal rathsam sein, dem Staate eine solche ausgedehnte Vermögensgewalt, welche, schon ihrem Wesen nach, keine festen und im Voraus bestimmten Normen zulässt, anzuvertrauen. Da aber dabei so viele Unterregierungen mit thätig sein müssen, so würde von der Habsucht und Partheilichkeit derselben den Bürgern leicht eine weit gröfsere Gefahr drohn, als, bei ein Mal fest und bleibend bestimmten Normen des Privateigenthumes, die der Staat garantirt, von den einzelnen Mitbürgern.

§. 186.

Zwar würde mit Aufhebung des Privateigenthumes nicht, wie manche behaupten, nothwendig alle Industrie a) und Theilung der Arbeit wegfallen. b) Aber freilich eine so lebhaft allgemeine

Finanzen. Diefs ist wohl nicht erst eine Folge des Privateigenthumes, obgleich dieses jenes Mistrauen noch vermehrt.

- a) *Nur darf freilich die Verfassung nicht alle auf Geld, Gut und Erwerb sich beziehende Geschäfte für schimpflich erklären; wie dieses die Spartanische Verfassung mit der Gütergleichheit verband.*
- b) *Ueberhaupt fragt es sich auch, was die Theilung der Arbeit betrifft, ob es nicht besser sei, bei allen den untergeordneten, ekelhaften, oder lebensgefährlichen Verrichtungen, wozu doch sonst*

Industrie der Bürger, wie das Privateigenthum sehr natürlich erzeugt, läßt sich, bei einer öffentlichen Vermögensanstalt, wohl nur von einem solchen Gemeingeiste erwarten, wie er äusserst schwer zu erwecken, noch schwerer für die Dauer zu erhalten ist. Fehlt dieser, so mögte der Egoismus der Einzelnen, welcher dann durch das Privateigenthum keine Ableitung erhält, leicht eine für das gemeine Wesen gefährlichere Richtung nehmen. Selbst das heimliche Trachten und Streben nach verbotenem Privateigenthume, würde nie fehlen, und einen ewigen Stoff zu inneren Unruhen abgeben. a)

§. 187.

Wenn nun vollends die Bürger sich ein Mal an Privateigenthum gewöhnt haben, und dasselbe in das übrige bürgerliche Leben tief verwachsen ist, so würde schon der bloße Versuch einer Ab-

auch nicht freie Wahl, sondern nur die höchste Noth getrieben hätte, eine öffentliche Anstalt eintreten zu lassen.

- a) Dazu kommt, daß gerade ein bedeutendes Staatsgut, (im Gegensatze des Privatvermögens) innere und äussere Feinde des Staats lüstern machen, und zu bösen Absichten gegen die bestehende Regierung reizen kann.

änderung dieses Institutes, zum Zwecke der Gütergemeinschaft, nicht ohne gefährliche Kämpfe und Revolutionen abgehn.

§. 188.

Es wird demnach wohl bei dem Privateigenthume bleiben müssen. Aber so viel als nöthig ist, um den nachtheiligen Folgen desselben vorzubauen und entgegen zu arbeiten, hat der Staat, durch Bestimmungen des öffentlichen Rechtes, das Privateigenthum in seine gehörigen Grenzen zu weisen. Wenn er daher auch den Bürgern ihr Privatvermögen garantirt, so geschieht dieß nur so weit, als der Gemeinzwecck damit bestehn kann. Es ist eine offenbare Inconsequenz, wenn die Bürger, welche sich Eingriffe und Reschränkungen weit wichtigerer Rechte ihrer Persönlichkeit, ja selbst ihrer Existenz a) gefallen lassen, und gefallen lassen müssen, eine völlige Heilighaltung des Privateigenthumes verlangen, so daß sich der Staat aller Einwirkung auf dasselbe durch öffentliches Recht, zu enthalten habe. Der Grund, daß sonst, bei etwa einreißender Habsucht der Regie-

a) z. B. durch das Criminalrecht, durch das Militairwesen u. s. w.

rungen, leicht Misbrauch entstehen werde, paßt eben so gut auf alle andere Beschränkungen durch das öffentliche Recht. a)

§. 189.

Den übeln Folgen des Privateigenthumes abzuhelpen, ist freilich schwer. Wie wenig Gesetze gegen ein Mal eingerissenen Luxus und Verschwendung helfen, lehrt die Geschichte. Die Unterordnung des Egoismus unter den Gemeingeist, um den Reichthum und Ueberfluß der Einzelnen mit dem Wohle des Ganzen in Verbindung zu setzen, kann nur durch Erweckung und Veredlung dieses Gemeingeistes überhaupt, nicht durch einzelne gebietende, oder verbietende Gesetze bewirkt werden.

§. 190.

Das Wichtigste, was der Staat zu thun hat, ist zu sorgen, daß kein Bürger durch Armuth an seiner freien, selbstständigen Existenz verhindert werde. Denn diese Existenz hat er allen Bürgern, bei ihrem Eintritte, garantirt. Er hat daher Wohlthätigkeit gegen die Armen nicht bloß der Gewissenspflicht

a) Letztere sind um so gefährlicher, wenn sie zu hab süchtigen Absichten misbraucht werden.

der Reichen zu überlassen, sondern kann und soll es den Reichen als Rechtspflicht auflegen, den Armen von ihrem Ueberflusse abzugeben. a) Er hat ferner durch zweckmäßige Polizeianstalten nicht allein, so viel als möglich, völliges Verarmen zu verhindern, durch Verstopfung der häufigsten und gefährlichsten Quellen der Armuth, b) sondern auch den dennoch Verarmten, durch Eröffnung neuer Nahrungsquellen, wieder aufzuhelfen. Zu diesem Zwecke ist er befugt, sich von den Reichen so viel abgeben zu lassen, als erforderlich ist.

Aber es bleibt freilich eine der schwierigsten Aufgaben für den Staat, theils, bei dieser vormundschaftlichen Sorge für

a) *Es ist eine wahre Unverschämtheit, wenn die Reichen sich hierüber beschweren. Sie verlangen, dass der Staat die ganz armen Bürger, die neben den Reichen, wenn sie das fremde Privateigenthum unbedingt respectiren sollen, sich nicht selbstständig erhalten können, zur Respectirung zwingt. Und doch wollen sie sich die einzige Bedingung, unter welcher dieses möglich ist, nicht gefallen lassen.*

b) *Dahin gehört Verbot der einreissenden Hazardspiele, besonders des Lotto, Verhinderung künstlicher Vertheuerung, Errichtung von Brandcasen, Assecuranzen, Waisenhäuser u. s. w.*

die Armen, nicht Müßiggang und Trägheit zu befördern, weil sonst den fleissigen Bürgern zugemuthet wird, mit für die unfleissigen zu arbeiten, theils die richtigen Mittel aufzufinden, wodurch der Armuth nicht bloß im einzelnen Falle, sondern in ihren Hauptquellen abgeholfen werde. a) Ohne kräftiges Einwirken auf den allgemeinen Volksgeist wird es selten gelingen. Dafs es aber, mehr oder weniger, möglich ist, lehrt die Vergleichung mancher Länder.

§. 191.

Das Vermögen der Bürger, also der Inbegriff ihrer Rechte auf äussere Objecte und was damit zusammenhängt, zerfällt in dingliche und persönliche Rechte. S. §. 107.

a) *Diese Mittel werden auch zu verschiedenen Zeiten, und bei verschiedenen Völkern nicht gleich wirksam sein, sondern immer den Zeitumständen angepasst werden müssen. Ueber einige Versuche dieser Art im alten Rom s.*

Fr. A. Wolf Von einer milden Stiftung Trajans. Berlin 1808.

Erst in den neuern Zeiten, wo das Bedürfnis dringender als je geworden zu sein scheint, haben Schriftsteller, wie Büsch, Malchus u. a. mehr auf die nothwendige Verbesserung des Armenwesens recht aufmerksam gemacht.

Jene bewirken ein unmittelbares, directes Verhältniß des Berechtigten zu einer bestimmten Sache, vermöge dessen er zu einer gewissen ausgedehnten, oder eingeschränkteren Art der Benutzung und Disposition über die Sache dergestalt befugt wird, daß er seinen Anspruch, ohne Unterschied, gegen alle Bürger im Staate, auf gleiche Weise geltend machen kann. Diesen Rechten correspondirt daher zwar die Verpflichtung aller übrigen Menschen, aber freilich nur eine negative, nämlich die, den Berechtigten in der Ausübung seiner Befugnisse nicht zu stören.

§. 192.

Wesentlich davon verschieden sind die persönlichen Vermögensrechte, welche zwar häufig den Zweck haben, dingliche Rechte zu begründen, aber an und für sich noch kein unmittelbares Rechtsverhältniß einer Person zu einer bestimmten Sache, sondern nur eine Forderung gegen eine bestimmte andere Person bewirken. Der Berechtigte, der Gläubiger, darf von dem Verpflichteten, dem Schuldner eine gewisse Leistung fordern. Eine Sache kommt dabei nur zu-

fälligerweise vor, indem die Leistung sich darauf beziehen kann. Allein auch ohne bestimmtes, äusseres Object, kann die Leistung blos auf eine Handlung des Verpflichteten gehn, die dann nur in so fern zum Vermögensrechte gehört, als sie sich auf einen allgemeinen, pecuniären Werth reduciren läßt. Der Forderung des Gläubigers correspondirt lediglich die, aber nicht blos negative, Verpflichtung einer einzigen Person, des Schuldners.

§. 193.

I.

Von den dinglichen Vermögensrechten.

Das wichtigste Recht dieser Art, von dem alle andern erst abgeleitet werden, ist das **Eigenthum**, das Recht auf die **Totalität** aller, einem Bürger rechtlich möglicher Befugnisse über eine bestimmte Sache. Sein Character ist theils positiv, indem es dem Eigenthümer alle jene Befugnisse ertheilt, theils negativ, indem es alle übrigen in der Regel davon ausschließt.

§. 194.

Die möglichen Befugnisse, die im Eigenthume liegen, a) lassen sich reduciren:

1) auf ausschliessendes Recht auf den Besitz. Der physische Besitz ist nämlich das Materielle des Eigenthumes, wozu aber noch die rechtliche Form, die Befugnis zum Besitze kommen muss.

2) Ausschliessendes Recht alle Nutzungen und Vorthelle von der Sache zu ziehn. Erst dadurch wird der Besitz zu etwas Wünschenswerthen.

3) Ausschliessendes Proprietätsrecht, d. h. Befugnis sowohl zu physischen Dispositionen und Veränderungen der Sache, als zu juristischen, indem der Eigenthümer seine Rechte ganz, oder zum Theil an andere veräussern darf. Erst durch diese Proprietät wird volles Nutzungsrecht möglich.

§. 195.

Wie weit nun diese möglichen Befugnisse beschränkt werden sollen, hängt

a) Sie alle einzeln aufzuzählen, ist nicht blos unendlich, sondern auch unnöthig; indem ja, nach dem vorigen §. in der Regel alle möglichen Befugnisse darin liegen.

freilich von den einzelnen positiven Rechten ab, die, wenn sie auch im Allgemeinen Privateigenthum anerkennen, dennoch sehr verschiedene Bestimmungen enthalten.

Gewisse allgemeine Beschränkungen der ganzen Möglichkeit des Eigenthumes liegen schon in der Natur gewisser Sachen selbst; indem alle Theile der Sinnenwelt ausser unserer Erde, a) die übrigen Himmelskörper, b) schon aus physischen Gründen, aller menschlichen Disposition entzogen sind. In wie weit auch aus andern Gründen, der Staat selbst gewisse Sachen mehr oder weniger dem freien Privateigenthumsverkehre der Bürger zu entziehen habe, hängt im Allgemeinen von den staatswirthschaftlichen, auch wohl religiösen Ansichten der legislativen Gewalt ab. Wo ein Mal das Prinzip des Privateigenthumes vorherrscht, da scheint es schon die Consequenz rathsam zu machen, den

a) *Wie weit physische Disposition über alle Theile unserer Erde möglich sei, hängt zunächst vom Grade unserer Cultur ab.*

b) *Wichtig sind dieselben in juristischer Rücksicht nur deshalb, weil wir unsere Zeitrechnung nach ihren unabänderlichen Bewegungen bestimmen.*
Hugo. §. 43 u. 44.

freien Verkehr auf diese Weise nicht ohne dringende Noth zu hindern.

§. 196.

Am meisten unterscheiden sich die positiven Rechte durch den größeren, oder geringeren Umfang, den sie den Eigenthumsbefugnissen verstatten.

In Rücksicht des Besitzrechtes ist besonders die Frage wichtig, ob das Eigenthum eine mehr oder weniger streng dingliche Natur haben solle. Der Character des strengen Eigenthumes ist *Vindication*srecht, d. h. der Eigenthümer als solcher darf seine Sache von jedem dritten Inhaber, dieser mag nun auf eine schuldige oder unschuldige Weise, *bona* oder *mala fide*, mit oder ohne Kenntniss des schon, oder noch bestehenden fremden Eigenthumes, zum Besitze derselben gelangt sein, ohne weiteres und ohne Entschädigung, zurückfordern.

Von dem weniger streng dinglichen Eigenthume giebt es verschiedene Grade. Entweder geht mit dem physischen Besitze alles Recht des Eigenthümers verloren, oder er hat wenigstens nur gegen eine gewisse Art der Besitzer, a) oder

a) z. B. nur gegen den *m. f. possessor*, oder nur gegen den, welcher aus einem weniger starken

nur bei gewissen Sachen, a) oder nur unter gewissen Umständen, b, oder endlich nur unter gewissen Bedingungen, c) ein Rückforderungsrecht.

§. 197.

Für die strenge Vindication läßt sich anführen, daß sie, wenn ein Mal im Staate viel auf Eigenthum gebaut ist, die consequenteste Art sei; indem sie nicht bloß dem Eigenthümer die größte Sicherheit gewährt, sondern auch die Justizpflege in den oft so verwickelten Vermögensstreitigkeiten vereinfacht und erleichtert. Namentlich ist der Beweis der *mala fides*, schon seiner Natur nach, immer sehr schwierig. Allein auf der andern Seite artet die strenge Vindication in den so häufigen Fällen, wenn der unschuldige dritte Besitzer sich nicht an denjenigen, von welchem er die Sache erworben, mit

Rechtsgründe besitzt, wie bei der *actio publiciana*, oder nur gegen den, welchem er die Sache anvertraut, wie im älteren deutschen Rechte: *Hand wahre Hand!*

- a) z. B. Nur bei unbeweglichen.
- b) z. B. nur dann Vindication, wenn die Sache auf eine an sich schon widerrechtliche Weise, z. B. durch Diebstahl, aus dem Besitze des Eigenthümers gekommen; wie, nach dem Sachsen-spiegel, bei fahrender Habe.
- c) z. B. gegen Entschädigung des Besitzers u. s. w.

Erfolg halten kann, a) leicht in Härte aus. Sie giebt ferner, bei lebhaftem Verkehre, dem Erwerber fast gar keine Sicherheit; und dieser Umstand kann leicht auch auf den ganzen Handel und Wandel nachtheiligen Einfluss äussern.

§. 198.

So viel Versuche man auch gemacht hat, die Vorthelle beider Arten des Eigenthums mit einander zu verbinden, so wird doch eine solche Regulirung dieses Theiles des Eigenthumsrechtes, wobei alle Härte und Unbilligkeit wegfällt, im Staate kaum möglich sein. b) Auch läßt sich wohl keiner dieser Auswege, als al-

a) *Schwab Vom unvermeidlichen Unrecht. S. 221. f.*

b) z. B. wenn auch nur dann der unschuldige dritte Besitzer sich die Sache vom Eigenthümer abvindiciren lassen muß, falls er sie *titulo lucrativo* erworben: so kommt doch der Eigenthümer in den weit häufigeren Fällen, wo der Dritte *titulo oneroso* die Sache erhalten, um sein Recht. Wie schwierig ist ferner nicht für den dritten Besitzer der Beweis der *bona fides*! Es wird endlich der dritte Besitzer, selbst wenn er nur die geschenkt erhaltene Sache wieder herausgeben muß, sehr oft weit mehr dabei verlieren, als er vorher gewonnen; eben weil er nun auf diese Sache ein Mal gerechnet, als auf einen Theil seines Vermögens. Will man seinen Schaden dadurch wieder gut machen, daß man ihm die Früchte der Zwischenzeit läßt, (*Preuss. Land-Recht. Th. I.*

lein der Vernunft gemäß und der absolut beste, durchführen, sondern es wird auf manche Umstände und Rücksichten ankommen.

§. 199.

Je kenntlicher eine Sache ist, je leichter und sicherer der Beweis ihrer Identität zu führen, je leichter und sicherer man demnach, besonders mit Hülfe gewisser zweckmäßiger Anstalten im Staate, den wahren Eigenthümer ausmitteln kann: desto unbedenklicher scheint auch das strenge Vindicationsrecht. Zu solchen Sachen gehören, schon ihrer Natur nach, alle Grundstücke. Bei beweglichen Sachen ist es weit mislicher und nicht unnatürlich, wenn das positive Recht entweder alle beweglichen Sachen, oder wenigstens solche, deren Identität schwer zu beweisen, a) von der Vindication ausnimmt.

Tit. 7. §. 189. f.) so entzieht man sie immer dem wahren Eigenthümer, der als solcher ein Recht darauf hat. Das Röm. Recht schlägt gewissermaßen hier einen Mittelweg ein. §. 35. J. II, 1.

a) Zum Theil gehört dahin der Unterschied, im alten römischen Rechte, zwischen res Mancipi und nec Mancipi; indem wenigstens dabei auf die Publicität der Erwerbung Rücksicht genommen wurde.

Ferner je kleiner ein Staat ist, je mehr in sich selbst abgeschlossen und ohne bedeutenden, besonders auswärtigen Verkehr, desto weniger Unbequemlichkeit wird die strenge Vindication haben. Hingegen bei grossem auswärtigen merkantilischen Verkehre, würde leicht die Handelssicherheit darunter leiden. S. §. 197.

§. 200.

In Rücksicht des Gebrauchs- und Proprietätsrechtes, findet nicht nur die, im Staate sich schon von selbst verstehende, Beschränkung Statt, daß der Eigenthümer seine Sache nicht auf eine an und für sich gemeinschädliche Weise, oder zu einem unerlaubten Zwecke gebrauchen darf, sondern das positive Recht hat auch sonst den Umfang des Eigenthumes genauer zu bestimmen. Namentlich bei Grundstücken, auf welche Theile derselben sich das Recht erstrecke; ob bloß auf die Oberfläche, oder auch auf alles, was in entgegengesetzter Richtung, über oder unter der Oberfläche sich findet. a) Ausserdem kann und darf noch der Staat,

a) Dahin gehört, in gewisser Rücksicht, sogar der Luftraum innerhalb der Grenzen des Grundstückes.

aus allgemeinen rechtlichen und politischen Gründen, gewisse Arten der Benutzung, oder Aeusserungen der Proprietät beschränken, sei es nun zunächst zum Vortheile des Ganzen, a) oder zum Besten des Beschränkten selbst, b) oder endlich zum Besten einzelner Dritter. c)

Da alle diese Beschränkungen allgemein sind und, namentlich im letztern Falle, gegenseitig, da sie ferner vorher bestimmt sind, so dass jeder sich, gleich bei der Erwerbung der Sachen, danach richten kann, so haben sie auch weiter nichts Unbilliges.

§. 201.

Es hat an und für sich nichts widersprechendes, dass an derselben Sache mehreren Personen, zu gleicher Zeit, das Eigenthum zusteht, Miteigenthum. Aber da schon die, auch von den meisten positiven Rechten anerkannte, Erfahrung lehrt, wie häufig dergleichen Gemeinschaft zu Prozessen und

a) z. B. indem nur eine forstmässige Behandlung der Waldungen erlaubt ist.

b) z. B. der Unmündigen, in Rücksicht der Veräusserungen.

c) z. B. der Nachbarn des Grundstückes.

Streitigkeiten führt, besonders das eigentliche s. g. **Gesamteigenthum** (des deutschen Rechtes), so scheint es allerdings rathsam, wenigstens Auseinandersetzung und Theilung den Gesamteigenthümern, so viel als möglich, zu erleichtern.

§. 202.

Neben den allgemeinen, regelmässigen Beschränkungen des Eigenthumes, lassen sich noch gewisse andere, aus besondern Gründen entspringende, also mehr zufällige denken.

Es können nämlich einzelne Befugnisse des Eigenthumes von der Totalität abgelöst, getrennt werden, um, als für sich bestehende Rechte, neben dem Eigenthume noch vorzukommen. Diese Ablösung kann in der Regel nur vom Inhaber der Totalität, kraft seiner Proprietät, ausgehn; es entscheidet jedoch lediglich die Absicht und der rechtliche Zweck bei der Trennung, ob die abgelösten Theile dem Berechtigten blos als Forderungen gegen den Eigenthümer, oder als dingliche Rechte gegen die ganze Welt zustehn sollen.

Wenn dann, im letzteren Falle, auch nach der Trennung, der Begriff des Ei-

genthumes fortbesteht, a) indem entweder dem Eigenthümer bedeutende Befugnisse noch verbleiben, oder er wenigstens die Aussicht behält, dereinst die abgelösten Theile zur Totalität wieder zu vereinigen, so entsteht der Begriff der dinglichen Rechte an einer fremden Sache.

§. 203.

Solche Rechte können sich bilden

1) durch Ablösung des ganzen Nutzungsrechtes, oder einzelner Theile desselben. Im ersteren Falle muß aber, wenn der natürliche Begriff des Eigenthumes nicht völlig zerstört werden soll, die Ablösung nur temporär sein. Der sehr passende Name Servitut, Dienstbarkeit zeigt an, daß hier nicht bloß eine einzelne, bestimmte Person, sondern eben die fremde Sache selbst dem Berechtigten die Benutzung zu gestatten habe, das ganze Verhältnis mithin ein dingliches sei. Nur eine consequente

a) Es ist eigentlich, wie Hugo Lehrb. des heutigen röm. Rechtes. 5te Aufl. §. 67. richtig bemerkt; bloß der positivrechtliche Sprachgebrauch, welcher entscheidet, in wie fern, nach einer solchen Ablösung, das, was von der Totalität übrig bleibt, noch Eigenthum fortheissen soll.

Folgerung daraus ist, daß die Servitut nicht in einem positiven Thun des jeweiligen Eigenthümers, sondern lediglich in einem Leiden, oder Nichtthun desselben bestehn darf. a) Wo die Benutzung eines fremden Grundstückes in einem Vortheile für ein anderes benachbartes Grundstück besteht, da ist es sehr natürlich, die Person des Berechtigten lediglich nach dem Besitze dieses Grundstückes zu bestimmen. S. §. 140.

§. 204.

2) Durch Absonderung einzelner wichtiger Proprietätsrechte. Dahin gehört besonders das zur Sicherung einer Forderung bestimmte Pfandrecht. Der Gläubiger erhält dadurch an der Sache seines Schuldners in so fern Befugnis zur juristischen Disposition, als er, bei Zahlungs säumnis, jene fremde Sache veräußern, und sich aus dem Erlöse befriedigt machen darf. Diese Beschränkung des Eigenthumes ist für den Eigenthümer des

a) So das römische Recht. Wenn aber in andern positiven Rechten, dingliche Befugnisse an fremden Sachen vorkommen, deren Character nicht bloß negativ bestimmt ist, so liegt darin noch nichts rechtlich Unmögliches, sondern dergleichen Rechte sind nur nicht unter den specielleren Begriff der Servituten zu ziehn.

halb die gefährlichste, weil sie, ihrem Wesen und letzten Zwecke nach, seinem ganzen Rechte ein Ende machen kann.

§. 205.

3) Durch Ablösung der Nutzungs- und zugleich der meisten Proprietätsrechte, wie bei dem Pfandrecht mit Antichresis verbunden, ferner bei den verschiedenen Arten des s. g. getheilten Eigenthumes, wie Emphyteusen, Lehen, Bauer-
gütern u. s. w. Bei letztern hält fast
blos der Sprachgebrauch und etwa die,
freilich oft sehr entfernte, Aussicht künf-
tiger Consolidation der abgekommenen
Befugnisse, den Begriff des Eigenthumes,
daneben aufrecht.

§. 206.

Alle diese dinglichen Rechte an frem-
den Sachen hängen mit dem Privateigen-
thume, und mit dem freien Verkehre, der
durch sie erleichtert, oft erst möglich ge-
macht wird, genau zusammen. Sie ha-
ben für und gegen sich dasselbe, was das
ganze Privateigenthum für und gegen sich
hat. Wenn daher auch einige dieser In-
stitute, wie z. B. das durch gutsherr-
liche Rechte beschränkte Verhältniß der
Bauern zu ihren Gütern, oder das ganze

Lehnwesen, unter gewissen Umständen, allerdings politisch nachtheilig gewirkt haben, und dem Zeitgeiste weichen müssen; a) so sind sie doch an und für sich nicht verwerflicher, als das Misverhältnis zwischen Reichen und Armen. Es ist weit weniger hart, ein beschränktes Eigenthum zu haben, als gar keins. Dazu kommt noch der historische Ursprung dieser Rechte, der einen großen Theil der scheinbaren Unbilligkeit hebt.

§. 207.

Auch bei den Rechten an fremden Sachen, namentlich bei dem Pfandrechte, ist die Frage wichtig, in wie fern sie mit streng dinglichem Character anerkannt werden sollen. Wenn überhaupt der Zweck dieser Beschränkungen des Eigenthumes erleichterter Verkehr und, wie bei dem Pfandrechte, Sicherheit der Forderungen ist: so scheint ihr streng dinglicher Character nur bei solchen Sachen rathsam, auf welche das ausgebildete Institut der öffentlichen Hypothekenbücher sich mit Bequemlichkeit anwenden läßt; damit

a) *Vorzüglich darum, weil dieses mit dem Systeme der Grundherrlichkeit, besonders als Ueberbleibsel der Leibeigenschaft, genau zusammen hängt.*
S. §. 124. not. a.

ein jeder, der dabei interessirt ist, leicht erfahren kann, wie weit eine Sache mit dergleichen dinglichen Rechten belastet sei. Solche Sachen sind aber nur Grundstücke. a)

§. 208.

Wo ein Mal verschiedene dingliche Rechte an derselben Sache neben einander vorkommen können, da müssen gewisse, sich consequent aus dem Wesen dieser Rechte ergebende, und in so fern vernünftige Regeln von den positiven Gesetzgebungen anerkannt werden.

In Collision mehrerer dinglicher Rechte an demselben Objecte, muß der strenger Art immer die weniger strenge Art desselben Rechtes, die daneben besteht, weichen. b)

Kommt der Eigenthümer mit solchen, denen an seiner, also einer für jene fremden Sache dingliche Rechte zustehn, in Collision, so muß er, obgleich sein Recht

a) Bei beweglichen Sachen würde die Anwendung der Publicität der Hypothekenbücher nicht bloß den Verkehr erschweren, sondern auch das ganze Institut äusserst complicirt machen. Endlich würden auch die Eintragungskosten leicht drückend werden.

b) Besonders zeigt sich dieses im römischen Rechte, bei den verschiedenen Arten des Eigenthumes.

eigentlich auf die Totalität gerichtet ist, dennoch weichen. Denn die einzelnen Befugnisse, welche die dinglichen Rechte jener an der fremden Sache bilden, sind ja von ihm selbst, oder von seinen Vorgängern, von denen er sein Eigenthum ableitet, abgelöst worden, können also, bis zur Wiedervereinigung, nicht mehr als zur Totalität gehörig betrachtet werden.

§. 209.

Auch zwischen mehreren dinglichen Rechten, die verschiedenen Personen zu gleicher Zeit an derselben fremden Sache zustehn, kann in so fern Collision vorkommen, als es physisch unmöglich ist, daß alle ihr Recht zur vollen Ausübung bringen. Dann entscheidet am natürlichsten Priorität der Zeit, in welcher diese verschiedenen Personen ihre Rechte erworben. Denn eine schon früher, mit rechtlicher Wirkung, vom Eigenthume abgelöste Befugnis, kann vom Eigenthümer, zu dessen Totalität sie ja nicht mehr gehört, auch nicht weiter noch ein Mal gültig abgelöst werden, als in so fern bei der früheren Absonderung noch etwas übrig geblieben. Auch hier offenbart sich der Nutzen der Hypothe-

kenbücher, s. §. 207. um die Priorität mit Sicherheit zu erfahren und sich vor Nachtheilen zu hüten.

§. 210.

Für das Privateigenthum, wo es ein Mal im Staate sanctionirt worden, ist die wichtigste Frage die: nach welchen Grundsätzen den Bürgern erlaubt ist, kraft ihrer Persönlichkeit, dergleichen Rechte im einzelnen Falle zu erwerben. Mit dieser Lehre von der Erwerbung des Eigenthumes hängt zugleich die von dem Ende desselben genau zusammen. Denn die Totalität der Befugnisse an derselben Sache kann, zu derselben Zeit, nur Einem auf ein Mal zustehn, so daß sehr oft zur Erwerbung des Rechtes auf der einen Seite, Verlust desselben auf einer andern Seite nöthig wird. a) Denn die, für den wechselseitigen Verkehr wichtigsten Erwerbungsarten des Eigenthumes sind die s. g. abgeleiteten, d. h. solche, wodurch das Recht vom vorigen Eigenthümer auf einen andern übertragen wird, also die Sache nur ihren Eigenthümer wechselt.

a) Damit ist die Möglichkeit eines Miteigenthumes nicht zu verwechseln. S. §. 204.

§. 211.

Die einzige s. g. ursprüngliche Erwerbungsart und freilich die allernatürlichste ist die Occupation, Zueignung herrenloser Sachen. Der Staat erklärt, daß er einem jeden Bürger für den Besitz solcher herrenloser Sachen, die er sich, in der Absicht um sie seinen Zwecken unterzuordnen, zueignet, rechtlichen Schutz gewähren wolle. Herrenlos ist aber eine Sache, entweder weil sie noch nie, so viel wir wissen, einen Eigenthümer gehabt, oder weil der letzte Eigenthümer sich seines erworbenen Rechtes an der Sache, ohne es auf einen bestimmten andern zu übertragen, entäussert hat. a)

Das Zueignungsrecht paßt allerdings zur allgemeinen Freiheit, weil der Occupant kein schon bestehendes, näheres Recht anderer verletzt und weil seine eigene Persönlichkeit darunter litte, wenn man ihm die, auf solche Weise seinen Zweck-

a) Durch das provisorische Institut des Staatenparticularismus kommt noch ein dritter Grund hinzu, weil die Sache einem Menschen gehört, dessen Rechte wir gar nicht anerkennen, dem Feinde. Diese Beute ist daher nur eine Zueignung, Occupation, unter gewissen besondern Verhältnissen.

ken untergeordnete Sache wieder entreissen wollte. Es hat, wie so oft im Leben geschieht, bei gleichem Anspruche aller, für ihn der Zufall, a) etwa in Verbindung mit gröfserer Geschicklichkeit, b) entschieden. Formation, Bearbeitung der occupirten Sache ist zwar zur Vollendung der Zueignung nicht nöthig; denn Formation kann ja nur als ein äusseres Zeichen des schon erworbenen Eigenthumes betrachtet werden, ist also erst als Folge des Eigenthumes erlaubt, endlich nicht ein Mal bei allen Sachen möglich. Aber es muß doch der Occupant durch ein äusserlich erkennbares Factum sowohl seinen Willen, als die Möglichkeit physisch die Sache seiner Persönlichkeit unterzuordnen, angezeigt haben.

§. 212.

Bei schon länger bestehendem Privateigenthume, besonders bei wachsender Volksmenge, wird, mit den herrenlosen Sachen, auch die Zueignung als Erwerbungsart immer seltener vorkommen. Es hängt ferner von dem positiven Rechte ab, in wie weit das freie, allgemeine

a) z. B. bei dem Finden.

b) z. B. bei der Jagd.

Occupationsrecht herrenloser Sachen eingeschränkt werden soll. Bei denjenigen Sachen, die sich in solcher Menge vorfinden, daß Erschöpfung kaum möglich, würden alle Beschränkungen unzweckmäßig erscheinen. Nothwendig können sie aber überall werden, wo durch Mißbrauch des Occupationsrechtes Erschöpfung, also bedeutender Nachtheil für das Ganze zu befürchten ist. a) Jede nicht dringend nothwendige Begrenzung der freien Occupation ist jedoch, in mehr als einer Rücksicht, mislich. Denn abgesehen davon, daß sie, als eine Inconsequenz, dem bestehenden Institute des Privateigenthumes widerspricht, erscheint auch oft gerade ein solches Verbot gehässiger und härter, als manche andere, im Grunde nicht weniger drückende Beschränkung; b) besonders wenn der Staat selbst diese herrenlosen Sachen für sich in Be-

a) Dahin gehören die, bei uns so häufigen, Beschränkungen der freien Pirsch, so wie auch das, nach dem Mosaischen Rechte, alle 7 Jahre wiederkehrende Brachejahr, zur Erhaltung der Wildbahn, u. s. w. Viel kommt dabei auf örtliche Verhältnisse, Neigung und sonstige Lage eines Volkes an.

b) Der Grund der Härte liegt hier wieder nicht sowohl in dieser einzelnen Beschränkung, als in ihrer Folge bei dem Misverhältnisse des so un-

schlag nimmt. a) Da er aber über dieselben nicht völlig wachen kann, so ist die Uebertretung solcher Gesetze fast unvermeidlich; was immer für die menschliche sowohl, als bürgerliche Moralität nachtheilig wirkt. b)

§. 213.

Weit wichtiger für den Verkehr sind die mancherlei abgeleitete Erwerbungsarten des Eigenthumes. Freilich wird sich, bei ihrer näheren Prüfung, wieder alles Mangelhafte des ganzen Privateigenthumes finden; indem nicht nur der bloße Zufall, mehr oder weniger, dabei entscheidet und mitwirkt, sondern auch häufig die Möglichkeit einer Erwerbungsart schon Vermögen und Eigenthum bei dem Erwerbenden voraussetzt, so daß dadurch nicht derjenige, der am be-

gleich vertheilten Vermögens. Es ist freilich hart, nicht Wild erlegen zu dürfen, wenn man sonst nichts zu essen hat. Dazu kommt, daß bei Sachen, die noch in keines andern physischem Besitze sich befinden, es schon weit mehr Abstraction voraussetzt, ausschliessende Rechte anderer anzuerkennen, als bei solchen Sachen, über die andere auch schon physisch disponiren können. Auf dieses natürliche Jagdrecht berufen sich auch die meisten Wilddiebe.

a) S. Finanzrecht.

b) z. B. wenn der Fiscus die Schätze sich vorbehält.

dürftigsten ist, sondern derjenige, welcher schon etwas hat, erwirbt. Allein dieses ist, als natürliche Folge des Privateigenthumes, unvermeidlich. Dasjenige, wodurch das Zufällige, oft Unbillige der einzelnen Erwerbungsarten einigermaßen ausgeglichen wird, ist die Allgemeinheit, in welcher ein solcher Satz im Voraus aufgestellt worden. a)

§. 214.

Nur eine natürliche Folge des in der Totalität aller Rechte an einer Sache liegenden Nutzungsrechtes ist es, daß der Eigenthümer eines organischen Körpers, oder eines Grundstückes, auch das Eigenthum an allem erwirbt, was durch diese Sache, oder wenigstens bei Gelegenheit derselben, b) als ihre Zugabe, entstanden. Es sind an und für sich herren-

a) *Derselbe Zufall, der jetzt unser Vermögen verringert, oder wenigstens nicht vermehrt, kann und wird, unter andern Umständen, uns günstig sein. So ist es z. B. ziemlich gleichgültig, ob das positive Recht den Schatz dem Finder, oder dem Eigenthümer des Grundstückes zuspricht. In beiden Fällen kann es für diesen, oder jenen hart erscheinen. Ein Ausweg, wie der, unter beiden Schatz zu theilen, läßt sich nicht überall finden.*

b) *Selbst die scheinbar willkührliche Bestimmung des positiven Rechtes, daß dem Eigenthümer eines*

lose Sachen, die aber schon durch den Act ihrer Entstehung aufhören müssen, herrenlos zu sein, wenn der Begriff des Eigenthums überhaupt bestehn soll. Dahin gehören alle Producte organischer Körper, nach den Gesetzen ihrer Organisation, wie Früchte der Vegetabilien und Pflanzen, Nutzungen und Junge unserer Thiere u. s. w. Die positive Bestimmung, daß es, im letzteren Falle, bloß auf das Eigenthum des Mutterthieres ankomme, beruht auf der auch hier häufigen Ungewisheit des Vaterthieres, auf dem, nicht selten ungleichen, Zahlenverhältnisse der männlichen und weiblichen Thiere, endlich auf der Billigkeit, daß wer das Junge, schon vor seiner Trennung von der Mutter, in derselben mit ernährt hat, auch den näheren Anspruch habe; um so

Ufergrundstückes aller allmählig durch das Wasser angeschwemmte Landzuwachs gehöre, so wie auch das im öffentlichen Flusse entstehende feste Land zu dem Ufergrundstücke, dem es näher liegt, als dem entgegengesetzten, hat natürliche Billigkeit für sich. Denn der Eigenthümer des Ufergrundstückes ist dafür auch der Gefahr ausgesetzt, daß das Wasser, in einer andern Richtung, ihm eben so allmählig etwas abschwemme; er verlöre sonst, ohne seine Schuld, den Vortheil am Ufer zu wohnen; endlich besteht auch im Zweifel das neue, im Wasser sich bildende Land aus abgeschwemmten, gesammelten Ufertheilen.

mehr, da das Junge ohne das Mutterthier nicht aufgezogen werden kann.

§. 215.

Die Möglichkeit, als Eigenthümer die Summe seiner Befugnisse auf einen andern zu übertragen, welcher dadurch dieselbe erwirbt, liegt schon im Begriffe des Eigenthumes. S. §. 194. Für den Verkehr ist diese Erwerbungsart, durch Tradition, die häufigste und wichtigste. Dazu gehört zunächst weiter nichts, als daß der bisherige Eigenthümer, in Gemäfsheit eines, sich darauf beziehenden, rechtlichen Uebertragungsgeschäftes, demjenigen, der an seine Stelle treten soll, die Ergreifung des physischen Besitzes möglich macht. Dieses kann schon durch bloße Verabredung, oder Zeichen geschehn, wodurch also nur genauer bestimmt wird, von welchem Momente an das Eigenthum als gewechselt zu betrachten sei. a) Denn der bloßen Foderung auf eine Sache, als einem nur persönlichen Verhältnisse,

a) So bekommen auch die s. g. symbolischen Uebergaben einen Sinn; womit aber nicht die Uebergabe eines Theiles der Sache, als wirklichen Mittels zur physischen Disposition über das Ganze, zu verwechseln ist.

können noch nicht die Wirkungen eines dinglichen Verhältnisses zu der Sache zugeschrieben werden. Allein, da, ausser dem bisherigen und dem neuen Eigenthümer, auch die übrigen Bürger mehrfach dabei interessirt sind, den Wechsel des Eigenthumes zu erfahren: a) so ist ein äusserliches, allgemein erkennbares Zeichen der geschehenen Uebertragung allerdings für den sicheren Verkehr wünschenswerth. Eine solche Publicität beabsichtigen auch manche positive Rechte, wenigstens bei Uebertragung wichtiger Sachen. b) Denn allgemein, auch bei geringfügigen Gegenständen, läßt sich dieses schwerlich durchsetzen.

§. 216.

Da nur dem Eigenthümer ein Recht zur physischen Disposition über seine Sache zukommt, so kann in der unbe-

a) *Wegen der strengen Vindication.*

b) *Die Publicität wird entweder durch den Act selbst bewirkt, wie durch Zuziehung von Zeugen, besonders bei kleineren Gemeinheiten, als Repräsentanten des Ganzen; oder durch die Oeffentlichkeit des Ortes, wie, nach Mosaischem Rechte, durch Tradition unter dem Thore; oder indem allen Bürgern Gelegenheit gegeben wird, sich von der Uebertragung sichere Nachricht zu verschaffen, durch Zuziehung der Obrigkeit, Eintragung in öffentliche Register u. s. w.*

fugten Formation einer fremden Sache, wodurch sie entweder in eine ganz neue *species* verwandelt, oder mit der eigenthümlichen Sache des Verarbeitenden in Verbindung gesetzt wird, selbst dann kein hinreichender Grund zur Erwerbung von Seiten des unbefugt Disponirenden liegen, wenn er auch im guten Glauben war. Es ist daher nur ein Auskunftsmittel, zur bequemerem Lösung mancher Collisionen, wenn die positiven Rechte bestimmen, daß zuweilen a) der das fremde Material Verarbeitende, gegen billigen Ersatz, falls Reduction in die vorige Gestalt, oder Trennung des Zusammengefügteten unstatthaft ist, das Ganze eigenthümlich erwerben solle. Es ist nicht consequent, wenn man die Collision durch Gemeinschaft zu heben sucht. S. §. 201.

§. 217.

Fast alle positive Rechte führen eine Eigenthumserwerbung an, die sich dar-

-
- a) *Besonders wenn die eigenthümliche Sache, welche er mit der fremden verband, in Vergleichung mit dieser, als Hauptsache gelten kann. Denn je wichtiger eine Sache ist, die jemand, wenn auch gegen billigen Ersatz, aufgeben muß, desto nachtheiliger trifft ihn in der Regel der Verlust.*

auf gründet, daß der Erwerbende eine fremde, also der Occupation nicht unterworfenene Sache, eine bestimmte Zeit hindurch, ungestört und ununterbrochen besessen, sie ersessen hat. Diese Ersitzung ist freilich in so fern positiven Ursprunges, als die Legislation erst die zur Ersitzung nöthige Zeit bestimmen muß. a) Allein, wo, bei steigender Cultur und raschem Verkehre, häufiger Wechsel des Eigenthumes Statt findet, da liegt diesem positiven Institute ein sehr vernünftiger Zweck zum Grunde, der es fast unentbehrlich macht. Denn Unsicherheit des Eigenthumes und so mancher anderer Vermögensverhältnisse, die sich vielfach danach gebildet, also unzählige, höchst verwickelte Prozesse würden die Folge sein, wenn nicht nach einer bestimmten Frist, alle Anfechtung des bestehenden Besitzrechtes rechtlich unmöglich gemacht wird. b)

a) *Alle Begriffe der Länge und Dauer sind relativ. Die Römer mußten ihr longum tempus sehr bald fester bestimmen. Nur bis zur Unvordenklichkeit darf die Ersitzungszeit nicht ausgedehnt werden, wenn sie nicht ihren Character verlieren, und blos zu einem Beweismittel werden soll.*

b) *Bono publico usucapio introducta est, ne scilicet quarundam rerum diu et fere semper incer-*

§. 218.

Sehr vieles muß aber dabei der positiven Legislation zur Bestimmung überlassen bleiben; namentlich was die nothwendigen Voraussetzungen dazu betrifft, und ob dabei mehr oder weniger auch auf die Moralität des Ersitzenden Rücksicht genommen wird. a) Dafs derjenige, welcher seinen Besitz auf ein Rechtsgeschäft stützt, das nur aus ganz besondern Gründen dieses Mal nicht sich zur wahren Eigenthumserwerbung qualificirt, schneller ersitzt, als wer dieses nicht für sich anführen kann, ist eben so natürlich, als dafs derjenige, welcher, ganz ohne seine Schuld und ohne es zu wissen, noch der Ersitzung bedarf, der

t a dominia essent. fr. 1. D. XLI, 3. Es liegt ihr demnach nicht eine Bestrafung des Eigenthümers zum Grunde, weil er sein Eigenthum so lange vernachlässigt. Denn dieses steht ihm als Eigenthümer frei. Auch müßte er ja dann immer den Besitz seines Gegners gekannt haben. Dieser Umstand kommt nur in so fern in Betracht, als das positive Recht, bei Bestimmung der längeren oder kürzeren Ersitzungszeit, darauf Rücksicht nimmt, ob der vorige Eigenthümer in der Nähe, also in der Lage war, desto eher den Besitz seines Gegners zu unterbrechen.

- a) Es ist dieses einer der mehreren Fälle, wo die christliche Moral auch auf das Recht Einfluss geäußert hat, fr. 48. §. 1. D. XLI, 3. vergl. mit c. 20. X. II, 26.

sich also, ohne das Recht eines ändern wissentlich zu verletzen, daran gewöhnt hat, die Sache als zu seinem Vermögen gehörig zu betrachten, mehr begünstigt wird, als ein solcher, der die Unrechtmässigkeit seines Besitzes kannte, sich es also selbst zuschreiben muß, wenn er auf die Sache fälschlich gerechnet. a) Je mehr man auf die Moralität des Ersitzenden sieht, desto weniger wird überhaupt das ganze Institut seinen Zweck erreichen; auch abgesehen davon, wie schwierig nach langer Zeit der Beweis der *bona* oder *mala fides* sein wird. Uebrigens läßt sich nur positiv, nach den Umständen und dem Grade der Cultur, nicht *a priori*, die zur Ersitzung nöthige Frist bestimmen. Bei Grundstücken, wo der Wechsel seltener und offener, wird auch da, wo nicht schriftliche Register zu Hülfe kommen, die Frist, ohne dem Verkehre zu schaden, bedeutend länger sein können.

a) Man hat sich über den Grundsatz des röm. Rechtes gewundert, daß es auf *bona fides* nur bei dem Anfange des Besitzes ankommt.

Schulze Leitfaden. S. 289. Anm.
Der Grund ist wohl der, weil nur bei Erlangung des Besitzes, nicht aber noch späterhin, es dem Ersitzenden frei stand, die Erwerbung zu hindern und so allen Schaden bei Zeiten von sich abzuwenden.

II.

*Von den persönlichen Vermögensrechten,
den Forderungen.*

Die zweite Hauptart der Vermögensrechte sind die Forderungen. S. §. 192. Ihre rechtliche Nothwendigkeit ist mit der Nothwendigkeit, nicht bloß des Privateigenthumes, a) sondern auch des ganzen übrigen Privatrechtes gegeben. Denn wenn die Regulirung gewisser Verhältnisse der Bürger ihrer individuellen Willkühr überlassen wird, so daß sie, unter Aufsicht und Garantie des öffentlichen Rechtes, unter einander sich subjectives Recht bilden sollen und dürfen: so kann dieß nur durch die Möglichkeit gegenseitiger Forderungen geschehn. Das öffentliche Recht hat daher den Bürgern die Art und Weise anzugeben, wie sie am natürlichsten, mit der geringsten Beschränkung ihrer Freiheit, für sich gegenseitig ihre Kräfte, deren sie bei der

a) *Garve* sagt sehr richtig: wenn die Menschen sich ein Mal an die Idee des Eigenthumes gewöhnt haben, so werden sie auch bald ihre Erwartungen dazu rechnen, und den betrügerischen Schuldner eben so betrachten, wie den Dieb, der das fremde Eigenthum stiehlt.

Wechselwirkung bedürfen, zu bestimmten Leistungen in Anspruch nehmen und ihren Privatzwecken unterordnen können.

§. 220.

Freilich zeigt sich die Härte und Unbilligkeit des Privateigenthumes ganz vorzüglich bei den Foderungen. Es ist eine weit stärkere Freiheitsbeschränkung, eine positive Leistung zum Besten eines andern vornehmen zu müssen, als die blos negative Verpflichtung, das Recht eines andern nicht zu stören; schon darum, weil man diese Verpflichtung als eine allgemeine mit den übrigen Bürgern theilt, jene aber ganz allein übernehmen muß. Es ist ferner oft härter, etwas, was man schon hat und nothwendig selbst braucht, weggeben zu müssen, als überhaupt durch Zufall dasselbe gar nicht zu haben. Endlich büßt derjenige, welcher als Schuldner vielen Foderungen seiner Mitbürger Genüge zu leisten hat, nothwendig einen bedeutenden Theil seiner bürgerlichen Selbstständigkeit ein. a)

Allein, auf der andern Seite, sind die Foderungen nicht nur unvermeidlich, son-

a) Wo Sklaverey gilt, führt es leicht zu dieser.
S. §. 119 und 122.

dern auch, besonders die durch Verträge, das einzige Mittel, das Zufällige des Privateigenthumes wieder gut zu machen und einiges Gleichgewicht herzustellen. a)

Nur hat der Staat durch prohibitive Rechtssätze dafür zu sorgen, daß auch die Freiheit sich durch Forderungen zu verpflichten mit dem Gemeinzwicke im gehörigen Verhältnisse bleibe.

§. 221.

Gegenstand einer Forderung können, schon aus physischen Gründen, keine solche Handlungen sein, die aller Willkühr entzogen sind, wie Vornahme physisch unmöglicher, oder Unterlassung physisch nothwendiger Handlungen, oder endlich solche Handlungen, die juristisch gar nicht erkennbar sind. Allein aus politischen Gründen muß der Staat auch alle diejenigen Handlungen der Vertragsfreiheit entziehen, die entweder wegen ihrer allgemeinen Immoralität, oder sonst dem Ganzen Gefahr drohn und mit dem Staatszwecke unvereinbar sind. b)

a) Dahin gehören bei weitem nicht blos die Schenkungen, sondern auch die mannigfaltigen belästigenden Verträge, wie Kauf, Pacht, Miethen, Darlehn u. s. w.

b) Dahin gehört, nach §. 118 und 119. vertragsmäßige Verpflichtung, wodurch die ganze äusser-

§. 222.

Die Bestimmung, in wie fern der Staat den Foderungen eine mehr, oder weniger strenge Wirkung zugesteht, ist eigentlich weit wichtiger, als die Unterscheidung der dinglichen Rechte in solche, mit denen ein strenges, oder weniger strenges Vindicationsrecht verbunden ist. Denn nur durch die Strenge der Foderungen, nicht aber durch die Strenge der Vindication, kann die Persönlichkeit des Verpflichteten in Gefahr kommen.

§. 223.

Bei der Foderung, als einem Rechtsverhältnisse zu einer bestimmten Person, hat es der Gläubiger, der Natur seines Rechtes nach, nur mit diesem bestimmten Schuldner zu thun. Es kann also auch von einer Vindication gar nicht die Rede sein, sondern bedarf, um die Leistung nöthigenfalls mit Hülfe des Staates zu erzwingen, blos einer persönlichen Klage, einer Action. Allein zwischen solchen Foderungen, denen der Staat, zum Zwecke der Erfüllung, eine

liche Handlungsfähigkeit des Schuldners der Willkühr des Gläubigers unterworfen wird. Denn dieses führt nothwendig zu Privatsklaverrey.

Klage verstattet und denen, welchen er alle rechtliche Wirkung abspricht, a) läßt sich füglich noch eine Mittelart denken, deren Erfüllung der Staat mehr billigt, als erzwingt. Der Gläubiger erhält zwar Anspruch auf rechtlichen Schutz, indem es, in Rücksicht der ihm geschehenen Leistung, sein Bewenden haben soll; aber es bleibt der Moralität des Schuldners überlassen, ob er hier, wo er keinen Rechtszwang zu fürchten hat, dennoch die Foderung erfüllen will. b) Es scheint aber rathsam, nur da eine solche juristische Prämie auf die Nichterfüllung zu setzen, wo politische Gründe dafür eintreten, daß eine Foderung nicht zu sehr begünstigt werde, oder wo selbst jener bedingte Rechtsschutz mehr den Vortheil des Gläubigers, als des Schuldners bezweckt. c)

- a) *Irgend ein rechtliches Mittel, durch Leistung, Erfüllung die Foderung beendet zu sehn, muß durchaus dem Gläubiger bleiben, wenn die Foderung überhaupt rechtliche Wirkung haben soll. Denn nur durch die Beendigung, d. h. Leistung wird die Foderung zu einem wünschenswerthen Rechte, während z. B. die dinglichen Rechte, schon durch ihr bloßes Bestehn, den meisten Vortheil gewähren.*
- b) *Die römischen Obligationes naturales, im Gegensatze der civiles.*
- c) *Es läßt sich historisch erklären, wie in positiven Rechten erst allmählig immer mehr Foderungen,*

§. 224.

Auch bei klagbaren Forderungen kann sich eine Verschiedenheit finden, je nachdem die strenge Eintreibung der Leistung, ohne schonende Rücksicht auf die Umstände des Schuldners, dem Gläubiger verstattet wird, oder letzterer verpflichtet ist, seinem Schuldner wenigstens so viel zu lassen, um ihn vor Hülflosigkeit zu sichern. Ein solcher Grund zur Schonung liegt bald in der Art der Forderung selbst, a) bald in einem engeren Verhältnisse zwischen Gläubiger und Schuldner, dasselbe sei nun ein natürliches, b) oder juristisches. c) Zu weit darf dieses freilich nicht gehn; sonst könnte leicht die entgegengesetzte Unbilligkeit bewirkt werden, indem es zu Misbrauch, zu betrüglicher Verkürzung, oder zu leichtsinnigem Schuldenmachen verleitet.

besonders Verträge klagbar wurden; indem man erst mit der fortschreitenden Cultur entdeckte, wie die Vervollständigung des bürgerlichen Verkehrs und Lebens dieses dringend verlange.

a) *Es hat offenbar etwas Gehässiges, wenn, bei Eintreibung von etwas Geschenktem, der Wohlthäter gedrückt wird.*

b) *z. B. bei nahen Verwandten.*

c) *z. B. bei mehreren sociis.*

§. 225.

So billig es endlich auf der einen Seite erscheint, gegen leichtsinnige, oder gar muthwillige Schuldenmacher eine weit strengere Execution zu gestatten, als gegen solche, die blos durch Noth in Schulden gerathen: so besteht doch auf der andern Seite jene Billigkeit nur für den Schuldner, nicht aber für den Gläubiger, dem zugemuthet wird, zu Gunsten eines andern, an dessen Unglück er keine Schuld hat, einen Theil seiner, vielleicht mühsam erworbenen Foderung aufzugeben, und dadurch selbst in Noth zu gerathen. Es würde sogar der Verkehr darunter leiden. Dieser unvereinbare Widerstreit zwischen Strenge und Billigkeit ist wieder eine leidige Folge des Privateigenthumes. Der Staat hat nur zu sorgen, daß schuldlose Insolvenz zu keiner Art der Sklaverey führe, und daß, so viel als möglich, die durch zufälliges Unglück ganz verarmten Schuldner Mittel erhalten, sich wieder aufzuhelfen.

§. 226.

A) Eine Foderung entspringt am häufigsten und natürlichsten, obgleich dieses durchaus nicht die einzige rechtlich mögliche Entstehungsart ist, aus dem freien Wil.

len des Verpflichteten. Er muß leisten, weil er selbst die Leistung gewollt hat. a) So entsteht der Begriff des *Vertrages*, eines Versprechens, den Willen eines andern, in Rücksicht einer bestimmten Leistung, zum Organe seines eigenen Willens zu machen, in so fern dieses Anerbieten von demjenigen, an den es gerichtet war, angenommen worden. Für die Heilighaltung solcher acceptirter Versprechen, die wir als Hauptgrundsatz, mehr oder weniger, in allen positiven Rechten finden, vereinigt sich allgemeines Gebot der Moralität und rechtliche Nothwendigkeit. Nur geht freilich ersteres viel weiter, als letztere. b)

§. 227.

Unsere rechtliche, so wie unsere ganze vernünftige Wechselwirkung beruht

a) Es versteht sich, daß hier dieselben Beschränkungen, in Rücksicht des Gegenstandes der Leistung vorkommen, die §. 221. bemerkt worden; es mag nun vom Hauptgegenstande, oder von Nebenbestimmungen, wie Bedingungen, die Rede sein.

b) Diese Moral- und Rechtspflicht der Wahrhaftigkeit in Versprechen hat man oft nicht genug geschieden; und freilich mußte man dann, bei der Theorie der Verträge, auf manche unauflöslliche Schwierigkeiten gerathen und häufig anstoßen.

auf Wahrhaftigkeit, d. h. auf der naturgemässen Einheit des Innern und Aeussern im Menschen. a) Nur nach der äusseren Erklärung können wir die Absicht anderer erkennen. Diese äussere Erklärung ist auch die einzig mögliche Norm zu einer zweckmässigen Regulirung aller privatrechtlichen Verhältnisse. Verträge sind daher die Gesetze für diese Art der rechtlichen Wechselwirkung. Dazu gehört aber, dass die Bürger gegenseitig darauf rechnen können, dass ein jeder sich für rechtlich an sein Wort gebunden halte b) und im Nothfalle vom Staate zur Erfüllung gezwungen werde. Sonst würde derjenige, der, im Vertrauen auf die künftige Leistung, seine übrigen Privatverhältnisse danach im Voraus modificirt, stets Gefahr laufen, durch den Rücktritt des Promittenten, in eine weit schlimmere Lage zu kommen, als wenn

a) „Die Rede ist der Dollmetscher des Gemüthes; dem Dollmetscher steht Treue zu.“

b) Mit Lügen hängt Betrügen genau zusammen. Wo aber Betrug erlaubt und Regel ist, da wird aller sichere Verkehr unmöglich, wenigstens für diejenigen, die nicht ebenfalls lügen und betrügen. Von Bürgern, die ihre einzelnen Mitbürger betrügen, lässt sich erwarten, dass sie auch den Staat betrügen werden. S. §. 79.

der andere durch sein Versprechen gar keine Erwartung erregt hätte. a)

§. 228.

Da der Rechtsgrund der Verträge auf Uebereinstimmung der zwei b) Willen der Contrahenten beruht, so muß dieselbe auch äusserlich existiren; einerlei übrigens, ob durch klare Laute, Worte, oder durch andere untrügliche Zeichen ausgedrückt. Unter gewissen Umständen

a) Man hat den Ausweg versucht, daß der durch falsche Versprechungen Getäuschte nur einen Anspruch auf Entschädigung erhalten solle. Allein hat der Promittent dann die Entschädigungspflicht, so hatte er sicher auch die Pflicht, den Schaden gar nicht anzurichten, d. h. entweder nicht zu versprechen, oder Wort zu halten. Letzteres ist ja die natürlichste, oft die einzig mögliche Entschädigungsart.

b) In dieser Rücksicht lassen sich die Willenserklärungen, wodurch, nach den positiven Rechten, den Bürgern verstattet ist, in ihren Privatangelegenheiten sich zu verpflichten, rechtliche Verfügungen zu treffen, s. §. 74. erschöpfend in gegenseitige und einseitige classificiren. Die gegenseitigen kommen vor: unter den Lebendigen — Verträge — oder auf den Fall des Todes — Schenkungen von Todes wegen —. Die einseitigen kommen vor, ebenfalls unter den Lebendigen — Befehle des Hausvaters, oder Vormundes, vermöge eines Familienverhältnisses — oder von Todes wegen, wie alle letztwillige, testamentarische Verordnungen. S. unten.

kann sogar blosses Schweigen des einen Theiles, da, wo er sich gegen die ihm zugemuthete Leistung erklären konnte und mußte, um den andern Theil nicht durch Erregung grundloser Erwartungen zu täuschen, als Einwilligung gelten. a) Aber gar nicht hierher, sondern zu einer ganz andern Gattung von Foderungen, gehört der s. g. *consensus fictus*, d. h. ein Wille, der in der That gar nicht vorhanden ist, den man aber, zur Vervollständigung des Rechtssystemes, um es abzurunden, erdichtet.

§. 229.

Es kann aber die äussere Form der Einwilligung vorhanden sein, ohne wirkliche Uebereinstimmung der Willen. Dahin gehören die Fälle, wo gewissen Personen überhaupt die Fähigkeit zu einer rechtlich verbindenden Willenserklärung abgeht, wie der Zustand der Unmündigkeit, die schon deshalb einer festen, juristischen Grenze bedarf, des Wahnsinnes, u. s. w. b) Ferner kann, im einzelnen Falle, die Willensfreiheit fehlen;

a) Man müßte ja sonst die betrügerische Absicht geradezu präsumiren.

b) Hier müssen die Familiengewalten in der Regel aushelfen. Wo, in rechtlicher Rücksicht, Weiber

wenn nämlich der Versprechende durch physischen, oder psychologischen Mechanismus, Zwang oder Furcht vor Zwang, wider seine eigene Ueberzeugung, zu einer äusserlichen Einwilligungshandlung bestimmt worden. Ein Gleiches gilt von demjenigen Willen, welcher durch absichtlich erregte falsche Vorstellungen, Betrug, zu einer nachtheiligen Aeusserung verleitet ist. Selbst solche falsche Vorstellungen, welche, ohne absichtlich erregt zu sein, in der Individualität des Promittenten, oder in zufälligen äusseren Umständen ihren Grund haben, Irrthum, hindern die Uebereinstimmung.

§. 230.

So gewiss es ist, dass der Staat alle diese Umstände berücksichtigen müsse, so schwierig ist dennoch die allgemeine Bestimmung, wie weit ein Mangel solcher Art den Verträgen ihre rechtliche Kraft nehmen solle. Namentlich fragt sich, ob die Nichtigkeit schon von selbst

für unvollständig gelten, gehören auch sie hierher. Besonders nehmen die positiven Rechte häufig auf die zu grosse Nachgiebigkeit, Schwäche und Unkunde der Rechtsgefahren bei den Weibern Rücksicht.

eintreten solle, oder nur richterliche Wiedereinsetzung in den vorigen Stand möglich bleiben, oder endlich blos Anspruch auf Entschädigung.

§. 231.

Wo das Hindernis der Willenserklärung von dem einen Contrahenten selbst herrührte, von seiner Gewaltthätigkeit oder Betrügerei, da ist es sehr billig, daß der ehrliche andere Contrahent die Wahl behalte, ob er Vernichtung des ganzen Geschäftes verlange, oder mit der bloßen Entschädigung zufrieden sei. a) Letzteres ist oft das bequemste und kürzeste.

Irrthum ohne Betrug, in Fällen, wo ihn der Irrende lediglich seiner eigenen Schuld beizumessen, b) darf den Vertrag, zum Nachtheile des andern Contrahenten, nicht leicht ungültig machen; weil sonst der aufmerksame Bürger für die Nachlässigkeit des andern mitbüßen müßte. War dagegen der Irrthum ein verzeihlicher, so mögte es zweifelhaft bleiben,

a) Auch hier ist oft beides durchaus nicht einerlei.

b) Dahin muß, dem ganzen Staatszwecke gemäß, *error juris* gerechnet werden; obgleich im einzelnen Falle oft eine unbillige Härte darin zu liegen scheint.

ob der nicht irrende, aber unschuldige andere Contrahent, durch Ungültigkeit des Vertrages, oder Pflicht zur Schadloshaltung, mit dabei leiden solle, oder ob der Irrende den ihn betroffenen Schaden, als einen unglücklichen Zufall, allein zu tragen habe. a) Alle Härte und Unbilligkeit wird sich hierbei nicht vermeiden lassen; auch nicht durch die Unterscheidung zwischen wesentlichem und ausserwesentlichem Irrthume. Irrthum in den, nicht ausdrücklich angegebenen, Bewegungsgründen zur Eingehung des Vertrages, kann in der Regel gar nicht berücksichtigt werden. b)

§. 232.

Eben, weil diese Bestimmungen viel Schwankendes und Unsicheres haben, besonders weil dabei alles auf die, äusserlich gar nicht erkennbare Absicht und Gesinnungen der Partheien ankommt, so

a) *Nach der Analogie der gewiss billigen Regel: casum sentit dominus, d. h. generalisirt: derjenige, den er gerade trifft.*

b) *Denn, consequent durchgeführt, würde dieser Grundsatz alle Sicherheit der Verträge vernichten.*

Mit der s. g. clausula: rebus sic stantibus, ist sowohl im öffentlichen, als im Privatrechte viel Unfug getrieben worden.

haben manche positive Rechte sich bemüht, den Lauten und ihnen gleichbedeutenden Zeichen, worauf hier alles beruht, ihren legalen Sinn und ihre legale Bedeutung, so bestimmt als möglich, anzuweisen. Ein Zweck, der sich in den *negotiis stricti juris* und in dem ganzen Geiste des römischen Contract-Systemes ausspricht. Es kann dieses auch, wenn es nur nicht übertrieben wird, für Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehres sehr wohlthätig wirken. Denn je mehr Formen positiv für einen Vertrag vorgeschrieben sind, je weniger dabei unbestimmt und der Deutung der Partheien überlassen bleibt, desto seltener wird und kann von solchen Collisionsfällen die Rede sein. a)

§. 233.

Dem natürlichen Begriffe nach, ist zur Vollendung eines rechtsgültigen Vertrages nur die gegenseitige Aeusserung der freien Einwilligung wesentlich. Da-

a) Dafs dadurch die Ehrlichkeit, Treu und Glauben unter den Bürgern aufgehoben werde, oder dafs dergleichen Bestimmungen erst eine nothwendige Folge allgemeiner, treuloser Sinnesart seien, ist ein starker, sowohl psychologischer, als historischer Irrthum.

gegen kann, vor der äusserlichen Annahme des andern Theiles, kein Versprechen juristisch binden. Denn auf die blofse Vermuthung hin, dafs der andere das Versprechen annehmen werde, darf dem Promittenten nicht zugemuthet werden, seine übrigen Privatangelegenheiten schon im Voraus danach zu modificiren. Doch kann nicht blos die Acceptation schon dem Versprechen vorausgehn, sondern auch in der Art des Versprechens schon die stillschweigende Erklärung liegen, die Acceptation, die hier in der gewöhnlichen Form unmöglich wäre, schon für geschehen anzunehmen. Dahin gehören öffentlich bekannt gemachte Versprechen an das ganze Publicum. a)

§. 234.

Es ist nun aber, in mehr als einer Rücksicht, sehr rathsam, dafs das positive Recht, auch noch ausser der freien Einwilligung, die Wirksamkeit bedeutender, wichtiger Verträge b) von der

a) Davon verschieden sind die positiven Begünstigungen einer bestimmten Art von Forderungen, z. B. aus dem Versprechen der Bestellung einer dos.

b) Hier tritt die, bei den so ungleichen Vermögensverhältnissen, freilich unvermeidliche Schwierig-

Beobachtung einer bestimmten, willkürlichen, äusseren Form abhängig macht. Es ist eine Vorsichtsmaasregel, um den Partheien Zeit zu lassen, sich vor Ueber-eilung zu bewahren, durch deutliche Bestimmungen nachherigen Misverständnissen und Streitigkeiten über Perfection, oder Umfang des Vertrages vorzubeugen, oder wenigstens sich und andern den zukünftigen Beweis zu erleichtern. Dahin gehören zum Theil schon die Pantomimen, die, vorzüglich bei gewissen Ständen, als althergebrachte Gewohnheiten sich vorfinden; a) besonders aber eine genau bestimmte Wortform, b) Rechts-terminologie, Zuziehung von Privat- oder öffentlichen Zeugen, oder der Obrigkeit selbst, c) Schrift, d) irgend ein Anfang

keit ein, dass, wo, wie häufig, das Quantum des Vermögens, worüber sich vertragen wird, die Wichtigkeit bestimmt, die Festsetzung eines Quanti als Grenze immer auf mehreren Seiten unpassend ist, nur für eine gewisse Mittelklasse der Bürger ihren Zweck erfüllt. Für den Armen ist schon das Geringste oft wichtiger, als eine bedeutende Summe für den Reichen.

a) z. B. Handschlag, Weintrinken dabei u. s. w.

b) Stipulatio der Römer.

c) Auszuzeichnen sind besonders die Fälle, wo die Obrigkeit, als Obervormund gewisser ganzer Classen der Bürger, sich nicht blos die Bestätigung, sondern auch die Untersuchung wichtiger Verträge vorbehält, um ihre Pflegbefohlen vor allen Rechtsnachtheilen zu bewahren. S. § 170.

d) Oft ist hiermit, als Zweck, die Sicherung der öffentlichen Grundeigenthumsregister verbunden.

der Erfüllung, Eid u. s. w. Nach diesen verschiedenen, beabsichtigten Zwecken a) ist es zu beurtheilen, in wie fern ein, ohne jene Förmlichkeiten eingegangener Vertrag gar keine, oder nur eine beschränktere rechtliche Wirkung produciren soll.

§. 235.

Davon verschieden sind die Mittel, wodurch der Gläubiger seine Forderung, sie mag nun aus einem Verträge, oder sonst entstanden sein, noch mehr zu sichern sucht, sowohl gegen das nicht leisten Wollen, als das nicht leisten Können des Schuldners. Als Mittel, zum Vortheile beider Theile, den Credit und dadurch den Verkehr zu heben, sind sie im Allgemeinen zu billigen, sobald sie nur nicht sonst in ihrem Wesen dem Staatszwecke widersprechen.

§. 236.

Solche Sicherheit kann der Schuldner geben

1) durch sich selbst. Dahin gehören

a) diejenigen Mittel, die auf seine Sinnlichkeit berechnet sind. Dadurch,

a) Dabei ist aber nicht zu übersehn, dass oft verschiedene Zwecke zugleich beabsichtigt sind.

dass er, für den Fall der verzögerten, oder verweigerten Leistung, sich gewissen persönlichen Unannehmlichkeiten, oder Vermögensnachtheilen unterwirft, wird bewirkt, dass ihm die Nichterfüllung mehr Nachtheil bringt, als die Erfüllung. Je bedeutender das übernommene sinnliche Uebel ist, desto wirksamer für den Credit; allein desto grösser ist auch die Gefahr des Misbrauches. a) Zunächst sind diese Mittel auch nur gegen das nicht leisten Wollen gerichtet. Dagegen verhindert die Verpfändung zugleich das nicht leisten Können, und ist in so fern wohl das zweckmässigste Sicherungsmit-

a) Z. B. bei der Wechselstrenge, die leicht zu einer planmässigen Vernichtung der Persönlichkeit des Schuldners vom boshafte Gläubiger misbraucht werden kann. Daher mischt sich hier das positive Recht am meisten, durch allerlei prohibitive Vorschriften, beschränkend in die Vertragsfreiheit der Bürger.

Je besser überhaupt das ganze Gerichtswesen im Staate organisirt ist, desto weniger werden solche, die persönliche Sicherheit, oder auch die guten Sitten gefährdenden Mittel nöthig sein; wenn man nicht etwa einen besonderen, merkantilischen Zweck dabei vor Augen hat, wie bei der Wechselstrenge. Daher mussten auch, nach dem allgemeinen Landfrieden, als es nicht mehr so viel Schwierigkeit hatte, durch Hülfe des Staates zu seinen Rechten zu kommen, die mancherlei anstössigen Sicherungsverträge, wie der Schandgemälde, des Einreitens u. s. w. wegfallen.

tel. Aber freilich wer dadurch Credit erhalten will, muß schon, oder noch Vermögen haben.

b) Andere Mittel sind auf das Gewissen, das moralische, religiöse Gefühl des Schuldners berechnet, wie der promissorische Eid. Aber theils sichert er ebenfalls nicht gegen das nicht zahlen Können, a) theils kann er auch sonst, besonders wenn er dennoch allgemein auf Erfüllung gerichtet wird, leicht für die Moralität nachtheilig wirken. b)

§. 237.

2) durch andere Personen. Dahin gehört die Verpfändung einer Sache für eine fremde Schuld, besonders aber die Bürgschaft, d. h. freiwillige Uebernahme einer fremden Verbindlichkeit, durch das Versprechen, zur Sicherheit des Gläubigers, mit zu haften. Dafs der Bürge blos *in subsidium* hafte, wenn der

a) Nach altdutschen Gesetzen mußte der Schwörende, wenigstens im Augenblicke der Eidesversicherung, so viel Vermögen haben, als der Gegenstand des Eides betrug.

b) Die, durch religiöse Vorstellung erregte, feierliche Stimmung ist, schon ihrer Natur nach, bei dem promissorischen Eide weniger wirksam, als bei dem assertorischen.

Hauptschuldner nicht zahlen kann, a) und selbst nach der Zahlung seinen Regress gegen ihn behalte, ist nicht nur billig, sondern auch, nach dem ganzen Zwecke des Institutes, nothwendig. Denn sonst würde kein vorsichtiger Bürger sich bereit finden lassen, auf diese Weise einem andern Credit zu verschaffen. Allein je entfernter und geringer dabei die juristische Gefahr für den Bürgen erscheint, weil er gewöhnlich auf die Zahlungsfähigkeit des Hauptschuldners rechnet, desto zweckmäßiger ist es, wenn der Staat bei denjenigen Bürgern, bei welchen er keine klare Rechtskenntnis voraussetzt, b) erst nach vorausgehender Erklärung der juristischen Gefahr und Warnung davor, die Bürgschaft als eine rechtsgültige anerkennt.

§. 238.

Eine allgemeine, erschöpfende Classification der möglichen Verträge ist schwer aufzufinden. Denn die, nach der zu beobachtenden äusseren Form, hängt bloß vom positiven Rechte ab, ist also

-
- a) *Im ältern deutschen Rechte hiefs es oft umgekehrt: den Bürgen muß man würgen.*
 - b) *Das röm. Recht rechnet hierher die Weiber. Aber es paßt wohl oft nicht weniger auf manche andere Classen der Bürger.*

sehr zufällig. Den Inhalt der Verträge kann jede, rechtlich erlaubte Wechselwirkung der Bürger unter einander ausmachen. In Rücksicht der Qualität bezieht sich die Leistung entweder auf das Gewähren einer Sache, oder nur auf eine Handlung, ohne nähere Beziehung auf eine Sache. Das Gewähren einer Sache bezweckt entweder Uebertragung des Eigenthumes an den Empfänger, oder es soll nur ein persönliches Recht an der Sache, besonders ein Gebrauchsrecht gestattet werden. Nicht selten entsteht zwischen den beiden letztern Arten, wenn sie sich auf dieselbe Sache beziehen, eine Collision; besonders indem der Eigenthümer seine Sache vermiethet oder verpachtet hat, aber noch vor Ablauf der bedungenen Gebrauchszeit, dieselbe Sache an einen andern verkauft. Wo strenge Vindication ein Mal gilt, da ist die Regel: Kauf bricht Miethen wohl nur eine consequente Folgerung daraus, und nicht unbilliger, wie jede Vindication gegen den Besitzer im guten Glauben a). Es ist

a) Sie ist also keineswegs eine bloße Erfindung des leidigen Egoismus, wie
Schulze Leitfaden. §. 157. Anm.

aber deshalb noch nicht unvernünftig, wenn, aus manchen Rücksichten des zu erleichternden Beisammenwohnens, das positive Recht jene Regel umkehrt a).

§. 239.

So wichtig auch die Quantität des Inhaltes der Verträge ist, so eignet sie sich dennoch, bei der grossen Ungleichheit der Vermögensverhältnisse, zu keinem allgemeinen Eintheilungsgrunde der Verträge. Die Quantität an sich ist relativ. Nur in Vergleichung der Leistung und Gegenleistung, die im Verträge bedungen werden, liegt ihre rechtliche Wichtigkeit. Hiernach zerfallen die Verträge in solche, wobei für die Leistung eine verhältnismässige Gegenleistung versprochen wird, gleich oder

meint. Eben so wenig widerspricht sie deshalb dem Naturrechte, weil der Verkäufer, vor geendigter Miethzeit, den Gebrauch der Sache nicht entziehen dürfe.

Gros Naturrecht. §. 215. Anm. 1.

Wenn er es aber nun dennoch thut? Dafs er dann entschädigen müsse, ist freilich gewifs; nicht aber, dafs der neue Eigenthümer die Miete halten müsse. Eben so wäre ja alles Vindicationsrecht gegen das Naturrecht, weil niemand unbefugt eine fremde Sache andern übertragen, oder selbst erwerben darf.

a) So nach vielen Stadtrechten und nach Preussischem L. R.

gegenseitig belästigende Verträge; in solche, wo die Leistung ohne Gegenleistung versprochen wird, einseitig belästigende, wohlthätige Verträge; endlich in solche, wobei es noch von einem zukünftigen, oder sonst zufälligen Ereignisse abhängt, ob irgend eine Gegenleistung Statt findet, oder wie dieselbe sich zur Leistung verhalte, wo also der eine Contrahent oder beide etwas wagen, Verträge aufs Ungewisse, gewagte. a)

§. 240.

Unter diesen drei Hauptarten sind die gegenseitig belästigenden für den Verkehr bei weitem die wichtigsten. Denn nach dem Egoismus der Menschen, schon nach dem Geiste des ganzen Privateigenthumes, geht das regelmässige Bestreben beider contrahirenden Theile auf irgend einen Vermögensvortheil; so daß die Möglichkeit solcher Verträge oft nur auf den verschiedenen Bedürfnissen beruht und auf der Gelegenheit, äussere

a) Diese ganze Eintheilung hat zuerst
Kant Met. AGr. d. RL. S. 120.
 aufgestellt. Aber in der Anwendung auf die
 einzelnen Verträge hat sie verbessert
Hugo §. 328.

Objecte zu benutzen. In letzterer Rücksicht kann sogar Leistung und Gegenleistung dasselbe Object betreffen, indem der Zweck des ganzen Vertrages bloß auf Verschiedenheit der Zeit beider Leistungen beruht und auf dem, was sich in dieser Zwischenzeit mit dem Objecte zutragen soll, oder kann. a)

§. 241.

So wenig es im Allgemeinen unbillig ist, daß der Empfänger einer fremden Sache für die, in der Zwischenzeit gehabte, also dem Verleiher entzogene Nutzung derselben eine verhältnismäßige Vergütung b) verspricht: eben so wenig liegt in der Stipulirung von Zinsen eine Widerrechtlichkeit. Es sind dieses durch Zahlenverhältnis bestimmte Theile, wodurch der Werth des Gebrauches dargeliehener Quantitäten, nach der Zeit des Gebrauches abgemessen wird. Um desto genauer das richtige Verhältnis einer solchen Zinsvergütung zum Capitale zu berechnen, soll jene in Quantitäten derselben Art bestehn.

a) z. B. bei dem Darlehne.

b) Wie bei Miothe und Pacht.

Dieser Zinsvertrag paßt sehr gut zu dem ganzen Privateigenthume. Denn eine solche Benutzung fremder, allgemein brauchbarer Sachen, a) um durch sie, vermöge Geschicklichkeit und Fleiß, auch wohl mit Hülfe des Zufalls, mehr zu erwerben, als der Verleiher selbst sich getraut, oder Lust hat, ist fast das einzige Mittel, das Misverhältniß der Vermögensumstände etwas auszugleichen. Beide Theile gewinnen dabei, ohne daß einer den Gewinn des andern hindert. Nur muß freilich das Verzinsen verhältnismäßig sein, d. h. es darf nicht der Verleiher dabei zu viel gewinnen wollen, so daß der Zinsschuldner, der aus Noth das Capital für jeden Preis aufnehmen muß, dabei zu Grunde geht. b)

§. 242.

Es ist hier, wie bei allen den Verträgen c), wobei für die Leistung ein

a) Dahin gehört besonders Geld.

b) Dieser Wucher, von jeher ein Hauptmittel der Reichen, die Aermern zu drücken und bürgerlich fast ganz zu vernichten, hat seine natürliche Gehässigkeit oft dem ganzen Zinsvertrage mitgetheilt, und sogar bewirkt, daß positive Religionen u. Rechte ihn deshalb ganz verboten. Viel hat dazu beigetragen, daß es fast immer die Reichen sind, die nun von ihrem Uebersusse, indem sie auf Zinsen leihen, noch reicher werden wollen.

c) Nur mit dem Unterschiede, daß der Zinsvertrag gerade auf solche allgemein brauchbare Sachen

billiges Aequivalent bezweckt wird, nicht leicht, eine solche absolute Gleichheit, wobei jeder Theil bestehn kann, auszumitteln. Es erscheint zwar auf der einen Seite sehr zweckmässig, wenn der Staat hier nicht alles der Privatbestimmung der Contrahenten überlässt, sondern durch manche prohibitive Vorschriften dafür sorgt, dass die ärmeren Bürger, die theils, wo sie etwas anbieten, nicht auf ein besseres Gebot, a) theils, wo sie selbst etwas brauchen, b) nicht auf billigere Preise und bessere Gelegenheit warten können, c) nicht zu sehr der habsüchtigen Willkühr ihrer Mitbürger Preis gegeben werden. Aber auf der andern Seite ist es sehr schwer, oft ganz unmöglich, den wahren Werth der in den Verkehr kommenden Sachen auf längere Zeit so auszumitteln, dass diese Bestimmungen für alle Bürger passen. Denn es ent-

gerichtet, ist die am meisten gesucht werden und am unentbehrlichsten sind.

- a) *Dahin gehört die, freilich in anderer Rücksicht sehr bedenkliche Vorschrift, dass der Verkäufer, wenn er sehr bedeutend verkürzt worden, das Geschäft rescindiren darf.*
- b) *Um so mehr, da sie alle ihre Bedürfnisse nur in kleinen Quantitäten anschaffen können.*
- c) *Dahin gehören die obrigkeitlichen Taxen für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse, die Bestimmung eines höchsten erlaubten Zinsfusses u. s. w.*

scheiden dabei so viele äussere, zufällige Umstände, wirksame Nachfrage, Concurrenz derer, die etwas suchen und derer, die etwas anbieten, oft sogar Individualität a) der contrahirenden Personen. Nicht selten leiden daher unter solchen Beschränkungen gerade zunächst die Armen am meisten. b)

§. 243.

Zu den wohlthätigen Verträgen gehören nicht nur diejenigen Fälle, wenn jemand etwas ganz umsonst leistet, schenkt, sondern auch die, wenn eine Gegenleistung bedungen wird, die mit der Leistung nicht als Aequivalent im Verhältnisse stehn soll; so dass wenigstens ein Theil der Leistung geschenkt

a) Es ist ein grosser Unterschied, ob man sein Capital verzinslich an einen sicheren, ordentlichen, oder an einen weniger sicheren Schuldner verleiht. Im letztern Falle muss, mit dem Risiko des Capitals, auch das Zinsquantum steigen.

b) Namentlich beim Zinsfusse. Der Reiche kann nicht gezwungen werden, sein Capital wegzuleihen; der Arme geht aber zu Grunde, wenn er nichts geliehen bekommt. Er wird sich daher immer bequemen müssen, den heimlichen Wucherkünsten, wodurch die Zinsgesetze umgangen werden, nachzugeben. Und dieser Wucher, wobei der Darleiher auch auf die Gefahr entdeckt und gestraft zu werden, Rücksicht nimmt, wird desto drückender sein.

ist. a) Dafs hier, wo jemand ohne Eigennutz und Gewinnsucht, aus blosser Güte etwas verspricht, die Foderung in der Regel weniger streng sei, s. §. 224. dafs selbst darauf Rücksicht genommen wird, wie leicht sich jemand durch überwiegende Herzensgüte, oder auch Leichtsinnsinn, von einem momentanen Gefühle zu übereilten Schenkungsversprechen hinreißen läßt, hat zwar das für sich, dafs der weniger begünstigte Acceptant wenigstens von dem Seinigen, was er schon vorher hatte, nichts verliert. Aber es können solche Rücksichten auch umgekehrt den Leichtsinnsinn befördern und sehr oft ist der Acceptant, der auf die Schenkung ein Mal gerechnet hat, wenn er nichts erhält, oder das Erhaltene wieder

c) Dieses kann in so fern wichtig sein, als ein Contrahent dem andern, der sich in Rücksicht des Aequivalentes für ungebührlich beschwert hält, entgegnet, er habe zum Theil geschenkt, dürfe sich also nicht beklagen. Die Regel: *nemo suum jactare praesumitur*, dafs also die Präsumtion immer gegen das Schenken ist, paßt zwar bei einem Volke, das, wie die Römer, seinem Nationalcharacter nach, nicht schenklustig ist. Aber es läßt sich ja eben so gut der entgegengesetzte Nationalcharacter denken.

b) Besonders in Beziehung auf gewisse Verhältnisse, bei welchen zu befürchten, dafs die Gutherzigkeit des einen Theiles oft von dem andern mißbraucht werde; z. B. unter Eheleuten.

herausgeben muss, weit übler daran, als wenn ihm gar nichts geschenkt worden wäre.

§. 244.

Die gewagten Verträge sind eigentlich lauter Wetten, aber sehr verschiedener Art. Bald wird von beiden Seiten etwas gewagt, a) bald nur von einer Seite eine Gefahr übernommen; b) bald geschieht es in der Hoffnung und Erwartung, bedeutend sein vorhandenes Vermögen zu vermehren, bald nur zu dem Zwecke, um das Seinige nur nicht zu verlieren; bald ist die Gefahr, die übernommen wird, eine schon ausserdem existirende, deren Abwendung nun Zweck ist, c) bald wird die Gefahr erst künstlich durch den Vertrag hervorgebracht. d)

§. 245.

Am gefährlichsten sind die Verträge der letztern Art, nicht blos, weil sie

a) z. B. *Wetten im engern Sinne.*

b) z. B. *die Bürgschaft.*

c) z. B. *Brand- und Seeassecuranzen, Wittwencassen u. s. w.*

d) *Wetten, Spiele, Lotterien.*

ohne Noth die Vermögensgefahren vermehren, sondern vorzüglich weil bei ihnen die Begierde und Hoffnung, ohne Mühe und auf ein Mal so viel zu gewinnen, als sonst nur mit vieler Anstrengung gewonnen werden kann, sehr zum Wagen a) anlockt. Dadurch werden die Bürger von Arbeitsamkeit und Industrie abgezogen, so dafs, wenn die Erwartung fehlschlägt, b) oft gänzliches Verarmen die Folge ist. Daher die vielen positiven Beschränkungen, oder Verbote.

Weit unbedenklicher, selbst für den Staatszweck oft wünschenswerth c) sind diejenigen gewagten Verträge, deren Zweck ist, eine mehr, oder weniger wahrscheinliche künftige Gefahr, theils um schuldloses Verarmen zu verhüten, d)

a) *Je weniger dabei auf ein Mal gewagt wird, aber je öfter die Gelegenheit dazu wiederkehrt, desto gefährlicher ist es. Denn diese Anlockung trifft besonders die ärmere Classe, die nicht viel auf ein Mal wagen kann. So hat besonders das Lotto sehr verderblich gewirkt.*

b) *Auch abgesehn von den, fast unvermeidlich dabei vorkommenden Betrügereien, stellen sich die Unwissenden die Wahrscheinlichkeit zu gewinnen meist viel zu groß vor.*

c) *Daher macht der Staat hierbei nicht selten selbst den Unternehmer.*

d) *z. B. Wittwen- und Brandcassen.*

theils um die Industrie zu befördern, a) im Falle ihres Eintretens, für die Einzelnen, welche sie trifft, weniger drückend und verderblich zu machen. Die Möglichkeit dieser Verträge, wobei ein Theil eine solche physische Gefahr gegen eine, mit der Grösse derselben im Verhältnisse stehende Prämie übernimmt, beruht auf der Wahrscheinlichkeitsberechnung. Vorsicht und Oberaufsicht des Staates ist aber auch hierbei, aus mehr als einem Grunde, nothwendig.

§. 246.

B) Auch ohne, ja sogar wider den Willen des Schuldners, können Forderungen entstehen, durch widerrechtliche Beschädigungen. Denn wenn der Staat dem Einzelnen ein Mal eine Summe möglicher Vermögensrechte anweist, so muß er ihn auch gegen unbefugte, störende Eingriffe der Mitbürger schützen. Dieses geschieht theils durch Verbot solcher störenden Beschädigung, theils dadurch, daß dem Beschädigten b)

a) Besonders durch die, für den Handel so wichtigen, Seeasscuranzen.

b) In wie fern der Staat darin auch zugleich eine Verletzung der Gesamtheit zu ahnden habe, davon im Criminalrechte.

gegen den Beschädigenden eine Foderung auf Aufhebung der Wirkung der Verletzung, auf Entschädigung gewährt wird.

§. 247.

Es ist nun aber nicht leicht, im Naturrechte eine genaue Grenze zu bestimmen, wann von unsern Mitbürgern herrührende schädliche Ereignisse eine Entschädigungsfoderung begründen, oder, als unglücklicher Zufall, Geschick, welches sich derjenige, den es trifft, gefallen lassen muß, betrachtet werden sollen. Der Begriff des Zufalls kann positiv weiter, oder enger gefaßt werden.

Die allgemeine Regel: *qui jure suo utitur, nemini facit injuriam* reicht nicht aus. Denn es fragt sich immer, wie weit sich jemand darauf berufen könne, daß er sich nur seines Rechtes bediene. a)

a) Dahin gehört auch die Frage über die Widerrechtlichkeit des Nachdruckes, und der merkantilschen Benutzung fremder Erfindungen. In den meisten naturrechtlichen Versuchen gieng man schon von der Idee der Unrechtmäßigkeit aus, blieb bei den factischen Voraussetzungen und Umständen, welche heut zu Tage zufällig eintreten, stehn und verwechselte die Befugnis des Staates, aus

§. 248.

Nicht ein Mal jede Beschädigung fremden Vermögens, die absichtlich geschehn, kann unbedingt als eine widerrechtliche gelten. Denn bei lebhaftem Handel und Verkehre, beruht ja die Möglichkeit mit dazu zu concurriren, lediglich auf der Speculation zu gewinnen; wobei freilich, in gewisser Rücksicht, jeder Gewinn als Verkürzung anderer gelten kann. Dolos und dadurch widerrechtlich ist daher nur eine solche bezweckte Vermögensverletzung anderer, welche durch Mittel geschieht, die der Staat, entweder aus allgemeinen Gründen, als das freie, ungestörte Zusammenleben im rechtlichen Zustande hindernd, verbietet, (z. B: gewaltsame, oder hinterlistige Entziehung und Zerstörung fremden Eigenthumes, Verletzung der juristischen Pflicht der Wahrhaftig-

allgemeinen politischen Gründen, einem eingerissenen Misbrauche durch positive Beschränkungen, wie sie ja so oft, auch bei an sich durchaus nicht widerrechtlichen Handlungen, nöthig werden, zu steuern, mit dem Begriffe der natürlichen Widerrechtlichkeit. Da man hier etwas beweisen wollte, was nicht bewiesen werden kann, so gerieth man freilich auf die sonderbarsten Irrwege.

keit u. s. w.) oder aus speciellen Gründen zu verbieten sich veranlaßt gefunden. a)

§. 249.

Viel zweifelhafter ist es, wie weit auch ohne die Absicht zu beschädigen, der Bürger allen Schaden aus seinen positiven, oder negativen Handlungen, den er durch Vorsicht und Aufmerksamkeit hätte vermeiden können, seinen Mitbürgern ersetzen müsse, wie weit auch die *culpa* zu prästiren sei. Für eine solche Entschädigungspflicht im Allgemeinen spricht freilich, daß durch die, auf diese Weise erzwungene grössere Vorsicht, sehr viele Beschädigungen ganz unterbleiben werden; daß sonst der ordentliche, vorsichtige Bürger, in rechtlicher Hinsicht, übler daran wäre, als der unordentliche, unaufmerksame; endlich daß, wenn ein Mal ein Schade zu tragen ist, natürlicher und billiger derjenige ihn zu tragen verpflichtet werde, der, wenigstens indirect, durch seine Nachlässigkeit ihn veranlaßt, als der ganz unschuldige Beschädigte, der die Handlung gar nicht hindern konnte. Ohne manche Härte wird

a) z. B. merkantilische Benutzung fremder Erfindungen, gegen ein Privilegium.

es jedoch oft im einzelnen Falle nicht abgehn.

§. 250.

Allein was diese Lehre schwierig macht, sind die unzähligen Abstufungen, welche, bei der Beurtheilung der gröfseren oder geringeren Unvorsichtigkeit oder Nachlässigkeit, vorkommen können; so dafs, bei den geringeren Graden, oft die Grenze, wo es in den reinen Zufall übergeht, kaum auszumitteln ist.

Dafs demjenigen, der mit uns in solchen Rechtsverhältnissen steht, welche von ihm eine vorzügliche Aufmerksamkeit erwarten lassen, besonders indem er durch eine Vertragsverbindung uns veranlafste, ihm ein ungewöhnliches Vertrauen zu schenken, ein höherer Grad der Aufmerksamkeit zur Pflicht gemacht wird, als man ihm ausserdem zumuthen könnte, ist eine sehr natürliche Folge der näheren Wechselwirkung. Eben so scheint da, wo jemand fremde Geschäfte wie seine eigenen, oder mit seinen eigenen zu besorgen versprochen, besonders die Individualität des Promittenten den Maasstab der Beurtheilung abgeben zu müssen. Denn wer sich auf diese Weise mit ihm einliess, mußte ihn nehmen,

wie er war. Dafs aber das positive Recht, bei der Bestimmung, wie viel Aufmerksamkeit jedem zuzumuthen, vorzüglich darauf sieht, ob er mehr, oder weniger, oder gar keinen Vortheil aus dem Geschäfte mit andern, wobei er etwas ver-
sehn, habe, ob er sich zum Geschäfte gedrängt, also vielleicht einen bessern verdrängt u. s. w. beruht auf allgemeinen Regeln der Billigkeit. a)

§. 251.

Sehr wichtig ist ferner der Unterschied zwischen Begehungs- und Unterlassungs-Handlungen. Schon im Allgemeinen ist die Verpflichtung zur Aufmerksamkeit bei jenen, der gegenseitigen Freiheitsbeschränkung im Staate an-

a) Da so selten diejenigen, die Geschäfte mit einander eingehn, bestimmt ihre gegenseitigen Erwartungen angeben, so gehört es mit zu den §. 234. erwähnten Vorsichtsmaasregeln des Staates, um Streitigkeiten vorzubeugen, dafs, bei den wichtigsten, häufigsten Rechtsgeschäften, ein für alle Mal, der Grad des Fleisses, den einer von dem andern fodern darf, genau festgesetzt werde. Dieses ist um so unbedenklicher, weil ja dabei den Partheien immer noch Freiheit gelassen wird, durch andere Verabredungen von der Regel abzuweichen.

Uebrigens wird, je mehr Grade der culpa das positive Recht unterscheidet, desto schwieriger in einzelnen streitigen Fällen die richterliche Entscheidung sein.

gemessener, als bei diesen, wo es leicht ins Unendliche gehn könnte. Dazu kommt, daß nur aus besondern Gründen, vorzüglich aus Verträgen, ein Bürger befugt ist, von einem Mitbürger die Aeussierung seiner Kräfte, positive Handlungen zur Realisirung fremder Privat-zwecke, zu fodern.

Aber nicht blos für die Aeussierungen seiner eigenen Kräfte, so weit sie seiner vernünftigen Willkühr unterworfen sind, hat der Bürger zu haften, sondern es kann ihm sogar zugemuthet werden, in gewisser Rücksicht für die, andern schädliche Aeussierung der Kräfte seiner Willkühr unterworfenen, unvernünftiger Organisationen zu haften. a) Denn zu der allgemeinen Sicherheit, bei dem Zusammenleben, ist nöthig, daß niemand unvernünftige Kräfte, die er nicht beherrschen kann oder will, seinen Zwecken unterwerfe.

-
- a) Dahin gehört Verpflichtung zum Ersatz des von unsern Thieren angerichteten Schadens, oder durch unser einstürzendes Gebäude, in so fern wir für dessen Abwendung hätten sorgen können. Auch aus dem Familien- besonders dem Erziehungsverhältnisse kann ein gewisses Haften, sogar für die Kraftäussierung vernünftiger Wesen, als nothwendig hervorgehn.

§. 252.

C) Selbst ausser Verträgen und widerrechtlichen Handlungen, macht der Staatszweck es nöthig, daß, zur Regulirung der Vermögensverhältnisse, manche Forderungen der Bürger gegen einander als rechtlich begründet angesehen werden; besonders, indem der nicht erwiesen vorhandene, wenigstens nicht erklärte Wille des Verpflichteten, dennoch als rechtlich vorhanden vorausgesetzt wird; weil nur unter dieser Voraussetzung, seine Handlung nicht als Rechtsverletzung erscheint.

a) Die Vergleichung dieser Fälle bald mit Verträgen, bald mit widerrechtlichen Beschädigungen, b) dient aber wohl mehr zur Rundung des Systemes, als zu einer rechtsphilosophischen Erklärung.

§. 253.

Erst nach Abhandlung der Lehre vom Vermögensrechte überhaupt, läßt sich von dem nothwendigen Einflusse der Fa-

a) Dahin gehört z. B. die Verpflichtung zur Zurückzahlung des empfangenen indebiti, zur Einsetzung für juristische oder physische Fehler der tradirten Sachen u. s. w.

b) §. 2. J. III, 14.

milienverhältnisse auf dasselbe reden. Hier kommt wieder fast alles auf die Ansicht von diesen Familienverhältnissen selbst an.

Selbst da, wo ein Mal, als Sitte, eine bürgerliche Zurücksetzung der Weiber, in Rücksicht der Ehe, Statt findet, s. §. 148. läßt sich daraus nur ein Administrationsrecht des Ehemannes, als rechtlichen Vertreters der Frau, nicht aber ein ausschliessendes Recht desselben auf alles, zur Bestreitung der gemeinschaftlichen Ehekosten bestimmte Vermögen herleiten. Was aber zu diesem gemeinschaftlichen Gebrauchszwecke bestimmt sei, findet sich sehr verschieden angeordnet.

§. 254.

Es scheint freilich alles getrennte pecuniäre Interesse zu der Einheit und Innigkeit des ganzen gemeinschaftlichen Lebens der Eheleute weit weniger zu passen, als Gütergemeinschaft. Um so mehr, da bei dem Eheverhältnisse der gleiche Zweck, das gleiche Interesse beider Theile Einigkeit auch in dieser Rücksicht erwarten läßt; so daß der allgemeine Grund gegen Gemeinschaft des Vermögens hier wegfällt.

Dazu kommt noch der merkantilisch-politische Grund, daß Gütergemeinschaft den Credit des handeltreibenden Ehemannes hebt. Es lehrt aber auch die Erfahrung, daß, wenn ein Mal der moralische Ehezweck verfehlt wird, die Gütergemeinschaft, sowohl auf das persönliche, als das Vermögensverhältniß, sowohl der Ehegatten selbst, als der Kinder sehr nachtheilig wirken kann. Selbst dem politischen Grunde für die Gütergemeinschaft hat man einen ebenfalls politischen Gegengrund entgegengestellt, a) nämlich bei Handelsverkehr mit auswärtigen Staaten, wo keine Gütergemeinschaft gilt. Endlich, so einfach das Institut auch während der Ehe erscheint, b) so verwickelte Verhältnisse bringt es doch nach getrennter Ehe, besonders unter Kindern aus verschiedenen Ehen, häufig hervor.

Es ist daher wohl das zweckmäßigste, daß der Staat in diesem Puncte Privatverabredungen der Eheleute, ihren individuellen Verhältnissen gemäß, verstatet und nur so weit beschränkend eingreift, als nothwendig ist, damit, beson-

a) Hugo §. 280.

b) Auch das gilt bloß von der allgemeinen Gütergemeinschaft.

ders nach getrennter Ehe, weder die am meisten gefährdete Frau, noch die Kinder der Gefahr gänzlicher Hülfslosigkeit ausgesetzt sind. a)

Wo diese Privatverabredungen auch Dritte interessiren, da ist wieder Publicität auf irgend eine Art dringend nothwendig.

§. 255.

So billig, b) während der Erziehungsjahre, das Erwerben der Eltern, besonders des Vaters durch die Kinder erscheint, so unzweckmäfsig ist die Fortsetzung dieses Verhältnisses nach geendigter Erziehung. Es wird dadurch eine fortdauernde *potestas* des Vaters und Unselbstständigkeit der Kinder begründet. Im Ganzen kommt auch hier das meiste auf die Stufe der Bildung und die Lebensart eines Volkes an. Wo Heerden oder Ackerbau die einzigen Nahrungszweige sind, da bedarf es schon eines bedeutenden Vermögens, um damit ein

a) *Privilegia dotis, donatio propter nuptias, Verbot der Schenkungen unter Eheleuten, Morgengaben u. s. w.*

b) Schon deshalb, weil er ja in so vielen Fällen für sie haftet. S. §. 251, not. a.

selbstständiges Leben anzufangen. a) Es wird aber meistens vom guten Willen des Vaters abhängen, ob er schon bei seinen Lebzeiten etwas abgeben will. Oft kann er es auch nicht ein Mal; oder es wäre wenigstens nicht räthlich, ihm es zur Pflicht zu machen. Es tritt indessen der, §. 167. not. b. bemerkte Nachtheil sehr leicht hier ein. Wo hingegen, bei einem lebhafteren, wachsenden inneren und äusseren Verkehre, die Mittel durch Handel und Gewerbe, auch ohne bedeutendes, schon vorhandenes Vermögen, etwas zu erwerben, sich vermehren, da löst sich die Vermögensabhängigkeit der Söhne vom Vater sehr zweckmässig schon von selbst. S. §. 167. not. a.

VIERTES CAPITEL.

Vom Erbrechte, oder wie hat der Staat die, durch den Tod erledigten Rechtsverhältnisse seiner Bürger anzuordnen?

§. 256.

Wie die Geburt der Anfangstermin, so ist der Tod der Endtermin der Persön-

a) *Besonders wo auch alle niedrigeren Geschäfte dabei von Slaven besorgt werden; so dass ein freier Mensch seine Dienste nicht dazu verdingen kann.*

lichkeit eines Menschen. Ein Verstorbener existirt nicht mehr für die übrige Sinnenwelt, wird also durch seinen Tod unfähig, Rechtsverhältnisse, die sich auf äussere Objecte beziehen, fortzusetzen, auszuüben, zu vertheidigen oder zu verletzen. Dafs aber nun auch alle äussere Objecte, die er besessen, als *res nullius*, dem ersten Occupanten zufallen müßten, das folgt daraus, dafs dem Verstorbenen dadurch zunächst kein persönliches Unrecht geschieht, noch keineswegs. Man gieng bei dieser Behauptung meistens vom s. g. Naturstande aus; und freilich, wo noch kein rechtlicher Zustand Vermögensrechte garantirt, da wird es bei dem Tode eines Menschen eben sowohl, wie bei seinen Lebzeiten, auf die Moralität der übrigen Menschen ankommen, wie weit sie seine erworbenen, äusseren Objecte respectiren wollen.

§. 257.

Sobald sich aber Familien- und Vermögensverhältnisse, mit mannigfaltigen rechtlichen Folgen, unter dem Schutze des Staates gebildet: so wird auch eine solche Anordnung der Rechtsverhältnisse eines Verstorbenen nöthig, die zu dem ganzen übrigen vorhandenen Rechte paßt.

Wo Gütergleichheit Prinzip des Staates, da müßte derselbe, nach jedem einzelnen Todesfalle, die erledigten Rechte vertheilen. Wo er aber Privatrecht und Privateigenthum anerkennt, da muß er das, an und für sich schon sehr schwierige Geschäft des ewigen Vertheilens sich dadurch erleichtern, daß er ein für alle Mal im Voraus bestimmt, wer in diese erledigten Rechtsverhältnisse eintreten solle oder dürfe. Erbfolgerecht.

Allgemeines Occupationsrecht würde dabei weder zu den Familien- und Erziehungsverhältnissen, a) noch zu dem übrigen Privatrechte passen.

§. 258.

Bei Vergleichung der Vortheile eines wohl eingerichteten Erbrechtes mit manchen unabwendbaren Nachtheilen desselben, mögten wohl jene überwiegend sein.

Denn, wenn der leidige Egoismus dadurch sogar über den Tod hinaus Spielraum erhält, so hat doch derselbe hier

a) Namentlich diejenigen, welche die erledigten Vermögensverhältnisse am nothwendigsten brauchen, die noch unmündigen Kinder des Verstorbenen, würden dabei am wenigsten erhalten.

einen weit edleren Character, eine vortheilhaftere Richtung; weil der Mensch nicht bloß unmittelbar für sich selbst, sondern auch für andere, denen er es nach seinem Tode gönnt, spart und sorgt. Es geschieht nun manches für das Ganze heilsame, aus Rücksichten des Familienvermögens, was schwerlich der bloße, reine Gemeingeist bewirkt hätte. a)

Dafs durch das Erbrecht oft Veranlassung gegeben werde, dafs ein Mensch auf den Tod des andern, als auf ein günstiges Ereigniß wartet, was zu mannigfaltigen Verbrechen verleiten kann, ist zum Theil nur die Folge einer falschen Richtung, die das Erbrecht erhalten. Umgekehrt werden die Familienglieder, welche, der Natur gemäß, den nächsten gegenseitigen Erbenspruch haben, einander dadurch nur noch näher gebracht; indem sie auch noch das gemeinschaftliche Vermögensinteresse verbindet. Mißbrauch des Erbrechtes hier ist daher nur als Folge gänzlicher Immoralität denkbar.

Endlich ist es zwar wahr, dafs das Erbrecht, besonders wenn dazu auch die

a) *Das serere arbores posteris profuturas* wird gewifs besonders durch das Erbrecht befördert.

Möglichkeit letztwilliger Verfügungen kommt, durch die nothwendigen, mannigfaltigen Bestimmungen, besonders bei einer höheren Stufe der Cultur, das an und für sich schon so verwickelte Vermögensrecht in den positiven Gesetzgebungen noch weitläuftiger macht. a) Aber theils gilt das eben so vom ganzen Privateigenthume, s. §. 176. not. a. theils würde, bei der jedesmaligen Vertheilung von Seiten des Staates, die Weitläufigkeit noch weit gröfser sein, theils endlich ließe sich das ganze Institut des Erbrechtes, durch vernünftige Bestimmungen der positiven Legislationen, gar sehr vereinfachen. b)

§. 259.

Zu dem, durch Erbfolge zu vertheilenden Nachlasse gehören, schon aus natürlichen Gründen, nicht solche Rechtsverhältnisse des Verstorbenen, die, ihrem Wesen nach, lediglich von der Individualität des vorigen Inhabers abhängen. c)

a) *Hugo, §. 303. not. 4.*

b) *Auf das römische Recht darf man sich hierbei um so weniger berufen, weil in diesem, durch Verschmelzung mannigfaltiger, der Zeit und den Quellen nach verschiedener Rechtssätze, die Lehre erst recht verwickelt geworden ist.*

c) *Wie die meisten Verhältnisse des öffentlichen Rechtes, die Familienrechte, Ehe, väterliche*

Allein auch sonst können manche, selbst Vermögensverhältnisse, vom positiven Rechte so bestimmt werden, daß sie, als höchst persönlich, wenigstens in der Art, wie sie dem Verstorbenen zugestanden, mit demselben erlöschen; sei es nun, weil es in der positiven Eigenthümlichkeit dieser Rechte liegt, a) oder weil gewisse Rechte und Forderungen weniger begünstigt werden sollen. b)

§. 260.

Es liegt nun aber schon zum Theil im Begriffe des Privateigenthumes, dessen Stück ja nur das Erbrecht ist, daß zu der Masse von Rechtsverhältnissen, in welche der Erbe eintreten soll, auch die ungünstigen, die Rechtsverpflichtungen des Verstorbenen gehören; in so fern nämlich nicht auch diese als höchst persönliche, ihrem Wesen oder positiven Vorschriften nach, gelten müssen. Denn,

Gewalt u. s. w. Wenn einzelne positive Rechte, wie das Mosaische, oder manche andere orientalische zuweilen, besonders bei der Ehe, eine Ausnahme machen, so beruht es immer auf einer unnatürlichen Ansicht von solchen Verhältnissen.

a) So bei der Personalservitut des Nießbrauches. S. §. 203.

b) z. B. manche, aus persönlichen Beleidigungen des Verstorbenen hervorgehende Klagen.

wenn die Rechte der Gläubiger durch den zufälligen Tod des Schuldners erlöschen sollen, so geht der, beim Privateigenthume so wesentliche Credit nothwendig zu Grunde; auch abgesehn davon, daß dadurch eine juristische Prämie auf verzögerte Zahlung, oder gar auf Beschleunigung des Todes drängender Gläubiger gesetzt würde.

§. 261.

Aus diesem natürlichen Begriffe einer *successio per universitatem* geht jedoch keineswegs als nothwendig hervor, daß der Erbe unbedingt, auch über den Belauf des activen Vermögens, den Erbschaftsgläubigern haften müsse. a) Denn es ist eine ungerechte Zumuthung, daß der Erbe fremdes Unglück, oder Verschulden wieder gut machen und vielleicht selbst dabei zu Grunde gehn soll. Es läßt sich aber erklären, wie da, wo eine ganze Familie gewissermaassen gemeinschaftlich ein Vermögen besessen, und nun, nach dem gewöhnlichen Gange der Natur, die Kinder, welche nichts Eige-

a) Das ältere deutsche Recht kennt eine solche Verpflichtung des Erben und die völlige juristische Verschmelzung seines eigenen Vermögens mit dem des Erben gar nicht.

nes für sich gehabt, ihren Eltern folgen, an eine Scheidung des Vermögens des Erben von dem des Verstorbenen nicht gedacht wurde. Daher sind auch die positiven Rechte bei den Kindern des Verstorbenen oft am strengsten; a) obgleich der Grund, daß zu ihrem Besten die Schulden gemacht seien, durchaus nicht immer paßt.

§. 262.

Auf jeden Fall scheint es sowohl billig, als politisch, daß der berufene Erbe freie Wahl behalte, ob er unter jener gefährlichen Bedingung den Nachlaß annehmen, oder sich gar nicht mit ihm befassen wolle. Den Erbschaftsgläubigern geschieht dadurch in so fern kein Unrecht, als sie wenigstens in keine schlimmere Lage durch den Tod ihres Schuldners kommen; b) vorausgesetzt, daß der Staat ihnen, auf Ersuchen oder ein für alle Mal, ein Separationsrecht verstatte. Der Vorwurf, daß dergleichen Vermögensscheidungen, durch Inventare

a) So das ältere römische Recht.

b) Er konnte freilich späterhin noch sein Vermögen vermehren, aber auch auf mancherlei Weise verringern.

u. s. w., zum Nachtheile der Gläubiger, viele Weitläufigkeiten, Kosten und Betrügereien veranlassen, beruht zum Theil nur auf Misbräuchen und schlechten Vorkehrungen der dabei mitwirkenden Obrigkeit. Rathsam ist es aber dennoch, nicht bloß zur Sicherung abwesender, oder unmündiger Erben, oder Gläubiger, sondern auch um überhaupt im Voraus so manchen künftigen Streitigkeiten vorzubeugen, wenn die Obrigkeit, durch Versiegelung u. s. w. dabei sich thätig zeigt.

§. 263.

Den natürlichsten und nächsten Erbanspruch haben die Kinder des Verstorbenen. Dieses erkennen alle positive Rechte an, und es paßt auch sowohl zu dem Familien- als Vermögensrechte im Staate. Denn es erleichtert erstens die Erziehung der noch unerzogenen Kinder. Es gebührt ferner den Kindern, besonders wo sie, bei dem Zusammenleben mit den Eltern, mit für diese das Vermögen vermehrt und geschützt haben, dafür eine solche Belohnung. Ausserdem erfüllt der Staat, indem er die Kinder zunächst ruft, in der Regel nur den Wunsch der Eltern, welche die Aussicht, für diejenigen, denen sie es am liebsten gönnen,

zu sorgen , zu desto größerer Erwerbsamkeit ermuntert. Endlich stimmt es mit der Billigkeit überein , dafs , wenn ein Mal Vermögensungleichheit Statt finden soll , diejenigen , die unter gewissen Vermögensverhältnissen im elterlichen Hause erzogen und an eine , diesen gemäße Lebensweise gewöhnt worden , auch in derselben Lage bleiben. Da nun Gleichheit dem echten Familiengeiste am förderlichsten scheint , so mögte auch gleiche Vertheilung des elterlichen Vermögens unter die mehreren Kinder viel für sich haben. Indessen läßt es sich aus der Eigenthümlichkeit der Ansichten vieler Völker über Familienzweck , aus der ganzen , häuslichen Lebensweise und aus manchen , mit dem Privatvermögen in genaue Verbindung gesetzten Instituten des öffentlichen Rechtes , sehr leicht erklären , wie viele positive Rechte , besonders in Rücksicht des Grundeigenthumes , nicht blos die Söhne den Töchtern , sondern auch etwa einen der Söhne allen übrigen vorziehen.

§. 264.

Dafs umgekehrt , in Ermangelung der Kinder , der Verstorbene von seinen Eltern beerbt werde , hat ebenfalls vieles

für sich. Denn, abgesehn davon, daß die Kinder in der Regel ihr Vermögen den Eltern verdanken, liegt auch darin eine Entschädigung und Belohnung für die Erziehungsmühe und dabei verwendeten Kosten. In so fern kann es um so weniger unbillig erscheinen, wenn die Gesetze die Eltern entweder vor, oder wenigstens mit den Geschwistern des Verstorbenen rufen, weil dadurch im Grunde den Geschwistern, die als Kinder dieselben Eltern dereinst beerben werden, nichts ganz entzogen wird. Der Anspruch der Geschwister gründet sich aber sehr natürlich darauf, daß durch die Concurrency des Verstorbenen, ihr Erbantheil von den Eltern entweder schon verringert ist, oder wenigstens dereinst vermindert worden wäre. Die Zurücksetzung halbbürtiger Geschwister scheint dem wahren Familiengeiste nicht angemessen.

§. 265.

Wie weit und nach welcher Berechnung entferntere Seitenverwandte noch gesetzlichen Anspruch auf den Nachlaß haben sollen, hängt von der Sitte eines Volkes ab, je nachdem es überhaupt auf gewisse entfernte Verwandte noch Rück-

sicht zu nehmen, sie zur Familie zu zählen gewöhnt ist oder nicht. Eine feste Grenze muß freilich immer erst durch das positive Recht bestimmt werden. Aber es scheint dem Wesen der Ehe angemessen, daß der überlebende Ehegatte, obgleich er nicht gerade blutsverwandt ist, den sehr entfernten Verwandten vorgezogen werde. Wo die Frauen in ihrer eigenen Familie bei dem Erbrechte sehr zurückgesetzt werden, da ist es durchaus nothwendig, daß durch Erbrecht, auf irgend eine Weise, für den Unterhalt der Wittwe aus dem Vermögen des Mannes gesorgt werde. Ihren Kindern entzieht sie es ja doch in der Regel dadurch nicht; und selbst gegen diese Gefahr können die Kinder noch besonders gesichert werden a).

§. 266.

Wenn der Staat den Bürgern un-
widerlich und unabänderlich

a) Dahin gehört im römischen Rechte das Erbrecht der *armen* Wittwe, nach so vielen deutschen Stadt- und Landrechten die statutarischen Portionen, die Morgengaben u. s. w. — Wo Gütergemeinschaft gilt, da ist schon durch diese für den überlebenden Ehegatten hinlänglich gesorgt.

gewisse Personen zu künftigen Erben aufdränge, so würde zum Theil der Zweck, durch die gesetzliche Erbfolge nur die Wünsche der Bürger selbst auszusprechen, verfehlt werden. Die Aussicht, nach seinem Tode alles Vermögen widrigen Personen zuwenden zu müssen, wird häufig die Erwerbsamkeit eines Bürgers vermindern, oder ihn zu allerlei Verschwendungen und Verfügungen bei Lebzeiten veranlassen, um die Erwartung der Erben zu vereiteln. Da sich nun auch manche sehr vernünftige Familienrücksichten denken lassen, die einzelne Abänderungen der gewöhnlichen Erbfolge nöthig oder rathsam machen a), da es ferner sogar für das Ganze sehr heilsam werden kann, den Bürgern möglich zu machen, für die Fortsetzung großer Unternehmungen, auch nach ihrem Tode, zu sorgen, gemeinnützige Stiftungen zu machen u. s. w. so mögte es durchaus nicht unvernünftig erscheinen, daß der Staat den Bürgern, unter mancherlei Beschränkungen, erlaubt, über ihren Nachlaß durch individuelle Dispositionen selbst zu verfügen b).

a) *Schulze Leitfad. S. 299.*

b) *Es ist also wohl auch nicht nöthig, sich mit Leibnitz Nova methodus iurispr. P. II. §. 20.*

§. 267.

Es ist auch durchaus noch kein sicheres Zeichen des fehlenden oder verderbten Familiengeistes, wenn solche individuelle letztwillige Verordnungen, die freilich, schon ihrem Zwecke und Wesen nach, der gesetzlichen, allgemeinen, dispositiven Erbfolgeordnung vorgehen müssen, die Regel ausmachen. Denn oft liegt der Grund mehr in der Sitte eines Volkes, in einer eigenthümlichen Vorliebe für Testamente, worin in der Regel, mit wenigen Modificationen, das, was auch sonst einträte, bestätigt wird, als in einer Sucht und unnatürlichen Neigung die gesetzliche Erbfolge zu verdrängen a).

Nothwendig wird aber, bei allen letztwilligen Verfügungen, der Staat in

dazu auf die Unsterblichkeit der Seele zu berufen.

Dass hier der einzelne Bürger sich klüger dünkt, als der Staat selbst, ist ein Einwurf Plato's, der bei uns, wo fast alles, was zum Vermögen gehört, Privatrecht ist, viel zu viel beweisen würde.

- a) *Je angemessener der natürlichen Familienverhältnissen die Intestatfolge bestimmt ist, je weniger blos politische Gründe dabei mitwirken, desto seltener wird die Lust zu völlig abweichenden letztwilligen Verfügungen vorkommen.*

zweifacher Rücksicht prohibitiv beschränkend eintreten müssen.

1) In Rücksicht des *Inhaltes*. Diejenigen Personen, denen der Staat ein sehr nahes und starkes Erbrecht einräumt, deren Zurücksetzung sogar für das Ganze nachtheilig wirken könnte a), dürfen nicht leicht ohne hinreichende, vom Gesetze selbst gebilligte Gründe, ganz ausgeschlossen werden b). Selbst daß Verfügungen zum Besten gewisser Personen, wobei leicht Mißbrauch, besonders hinterlistige Verleitung zur Zurücksetzung näher Berechtigter vorkommen kann c), nur sehr eingeschränkt erlaubt werden, ist oft rathsam.

Auch hier wird vor Allem die Eigenthümlichkeit des Familienlebens bei jedem Volke, die vorherrschende, jedesmalige Neigung zu gewissen nachtheili-

a) Dadurch würden z. B. unerzogene Kinder dem Staate, der nun für sie sorgen müßte, zur Last fallen.

b) Dahin gehört der Pflichttheil im römischen Rechte und so manche Bestimmungen, die, wenigstens indirect, darauf gehn, den Testator an seine Pflichten gegen gewisse Verwandte zu erinnern.

c) z. B. zu große Begünstigung der Kinder zweiter Ehe, durch Mitwirken der Stiefmutter, die den Stiefkindern ihren Antheil misgönnt.

gen, oder unbilligen Verfügungen die positive Gesetzgebung leiten müssen.

§. 268.

2) In Rücksicht der äusseren Form, ist eine sorgfältige, genaue Vorkehrung, um den wahren Willen des Verfügenden gegen die, gerade hier so leicht möglichen Unterschlagungen, Unterschiebungen, Verfälschungen zu sichern, um so nothwendiger, je vielfältiger, mit der fortschreitenden Cultur, auch die Mittel und Künste zu dergleichen Betrügereien geworden. Auch die Art der Form hängt von den äusseren Umständen ab a). Es ist aber, obgleich es im einzelnen Falle allerdings hart erscheinen kann, dennoch unumgänglich nöthig, wenn ein Mal das positive Recht eine solche Form vorschrieben, streng von deren Beobachtung die Gültigkeit der letztwilligen Verfügungen abhängig zu machen b).

a) Sehr gut lässt sich dieses an der Geschichte der römischen Testamente, von den ältesten Zeiten bis auf Justinian, durchführen.

b) Dass dabei das Wesen der Form aufgeopfert werde, s. B o r s t Ueber das Naturrecht. S. 201. ist kein ausreichender Gegengrund. Er beruht offenbar auf einem Misverstehn des Naturrechtes. Es ist ein weit geringeres Uebel, dass ein Mal ein materiell gültiges Testament, wegen

§. 269.

Da es, in mehr als einer Rücksicht a), sehr misliche Folgen für den auf den Todesfall Verfügenden haben kann, wenn es ihm nicht frei steht, bei übereilter Wahl des künftigen Erben, sich späterhin noch eines andern zu besinnen: so scheint im Allgemeinen die einseitige letztwillige Verfügungsart, welche, wie die römische Testamentsform, noch Abänderung bis zum Tode verstattet, der Vertragsform, die dem Erben einen unwiderruflichen Anspruch giebt, vorzuziehn. Dafs der durch eine einseitige testamentarische Verfügung des Erblas-

Mangels in der Form, umfällt, als dafs, durch Nachlassen im einzelnen Falle, allen Betrügereien und Prozessen der Weg gebahnt wird.

- a) Dahin gehört nicht etwa allein die, daraus für den Erblasser entspringende Lebensgefahr, die man gewöhnlich erwähnt. Es ist offenbar leichtsinnig, in einer so wichtigen Angelegenheit, wobei man oft andern einen Anspruch entzieht, sich ohne Noth zu binden und sich es dadurch unmöglich zu machen, bei etwa geänderten Umständen und Pflichtverhältnissen, seiner richtigeren letzten Einsicht zu folgen. Dazu kommt, dafs derjenige, welcher seinem Vertragserben, von dem er nicht mehr los kann, späterhin nichts gönnt, durch allerlei Verfügungen unter den Lebenden leicht ihn alles Vorthelles aus dem Erbvertrage zu berauben, veranlaßt wird. Daraus entstehen wieder viele und gerade recht gehässige Prozesse.

sers bestimmte Erbe noch nicht förmlich acceptirt hat, ist kein Hindernis; falls es nur, wie überhaupt nöthig ist, demselben unbenommen bleibt, den ihm angebotenen Nachlaß auszuschlagen a).

§. 270.

Es lassen sich nun bei dem Nachlasse eines Verstorbenen gewisse Rechtsverhältnisse und äussere Objecte denken, in welche, von der Folge in das übrige Vermögen, der *successio per universitatem* getrennt, andere Personen, als der Erbe der Hauptmasse, und zwar ohne Verpflichtung zur Uebernahme der Schulden, eintreten sollen: *successiones singulares*. Dieses geschieht entweder schon nach gesetzlicher allgemeiner Vorschrift, bei gewissen Gütern, ohne alle Rücksicht und Beziehung auf die Folge in die Hauptmasse b); oder die einzelnen Rechtsverhältnisse werden erst

a) Nur in so fern paßt Kant's Rechtsgrund für die Testamente: weil dadurch der Erbe nur gewinnen, aber nicht verlieren könnte. *Met. Anfgr.* S. 135.

b) Dadurch unterscheiden sich characteristisch die germanischen *successiones singulares* z. B. in Lehn- und Stamm-Güter, von denen des röm. Rechtes.

durch individuelle Dispositionen des Erblassers, und zwar mit nothwendiger Beziehung auf die *successio per universitatem*, vom Ganzen abgesondert a).

Jene, eine Folge des Bestrebens, gewisse Theile des Vermögens, besonders Grundstücke unzersplittert und ungetheilt in der Familie zu erhalten b), können zwar gerade dadurch wohlthätig für den Landbau wirken. Allein sie bringen, besonders wenn das übrige (Alodial) Vermögen gering ist, oft eine sehr unbillige Ungleichheit, die nicht zu dem Familiengeiste paßt, hervor und machen den Besitzer dennoch meist ganz creditlos. Die andere Art der *successiones singulares*, die blos auf individuellen Dispositionen des Verstorbenen beruhen, hat zwar dasselbe für sich, was alle letztwillige Verordnungen, befördert namentlich gemeinnützige Stiftungen. Allein, wenn sie sich zu sehr häufen, so

a) So im röm. Rechte *Legate, Fideicommiss* u. s. w.

b) Daher kommt dabei in der Regel nicht blos Vorzug des Mannsstammes, sondern auch eines unter mehreren Söhnen, etwa des Ältesten vor. s. S. 263.

bleiben oft gar keine, oder so wenige günstige Rechtsverhältnisse übrig, daß der *successor per universitatem* veranlaßt wird, sich lieber des ganzen Nachlasses zu enthalten a). Dadurch entstehen aber wieder manche Weitläufigkeiten.

-
- a) Dahin gehören im röm. Rechte die mancherlei Versuche, diesem Uebelstande abzuhelpen, bis zur *lex Falcidia*, und den ähnlichen Verordnungen für die *Fideicommissa*.
-

ebenfalls oft gar keine, oder so wenigstens
keine richtige Nachwirkung hat. Das
bei der Succession der verschiedenen
Wird, sich hierbei das ganze Nachlassvermögen
zu erhalten a). Dadurch entstehen aber
Widerstände in der Willensbetätigung.

Die Willensbetätigung ist also ein
Widerstand gegen die Willensbetätigung.

a) Dieser Widerstand ist im vollen Maße
nur dann vorhanden, wenn der Nachlass
einmalig und für immer in einem
einmaligen Acte der Willensbetätigung
ausgesprochen ist.

Die Willensbetätigung ist also ein
Widerstand gegen die Willensbetätigung.

Die Willensbetätigung ist also ein
Widerstand gegen die Willensbetätigung.

Die Willensbetätigung ist also ein
Widerstand gegen die Willensbetätigung.

Die Willensbetätigung ist also ein
Widerstand gegen die Willensbetätigung.

Die Willensbetätigung ist also ein
Widerstand gegen die Willensbetätigung.

Die Willensbetätigung ist also ein
Widerstand gegen die Willensbetätigung.

Die Willensbetätigung ist also ein
Widerstand gegen die Willensbetätigung.

Die Willensbetätigung ist also ein
Widerstand gegen die Willensbetätigung.

DRITTES BUCH.

Vom öffentlichen Rechte.

§. 271.

Da schon im ersten Buche, zur Begründung der Nothwendigkeit und Möglichkeit eines rechtlichen Zustandes, die Lehre von der Verfassung des Staates, s. g. Staatsrecht im engern Sinne, so weit sie nicht zu einer eigenen Wissenschaft, der Politik gehört, abgehandelt worden: so bleibt hier nichts übrig, als die einzelnen wesentlichen Regierungsgewalten des Staates, nebst den Regeln ihrer Anwendung, einer kurzen, philosophischen Prüfung zu unterwerfen. Vergl. §. 69. 70. und 73.

§. 272.

Die Anstalten, deren der Staat zur Erhaltung des rechtlichen Zustandes bedarf, beziehen sich zunächst entweder auf die inneren oder auf die äusseren Verhältnisse des Ganzen.

A) Anstalten für den Rechtszweck im Innern.

I. Da in der Fortbildung des positiven Rechtes nie ein Stillstand eintreten darf, damit das Recht nicht hinter der stets fortschreitenden Volksbildung zurück bleibe, s. §. 99. so muss der Staat dafür sorgen, dass sowohl die eigentliche Legislation stets thätig nachhelfe, als die Bildung des Gewohnheitsrechtes unter gehöriger Aufsicht stehe. Zweckmässig organisirt scheint eine beständige Gesetzgebungscommission, mit collegialischem Berathen, sehr wohlthätig wirken zu können a). Denn hierbei bedarf es in der Regel mehr eines bedachtsamen Analysirens des Rechtszweckes, als eines raschen, durchgreifenden Handelns. Sehr rathsam

a) Einen Vorschlag hat gethan

Schrader Die prätorischen Edicte der Römer, auf unsere Verhältnisse übertragen. Weimar 1815.

ist es , und das sicherste Mittel wider so manche legislative Misgriffe, wider manche unnöthige Beschränkung der Freiheit und daraus hervorgehendes Mistrauen der Bürger gegen den Staat , daß die gesetzgebende Gewalt durch zweckmäfsig gewählte, mit zugezogene Vertreter des Volkes , welche sie mit den allgemeinen Wünschen und Bedürfnissen , mit den Mitteln, ihnen auf die , für das Ganze vortheilhafteste und kräftigste Weise abzuhelpen , oft am besten und allein bekannt machen können , sich selbst das Regieren , den Bürgern das Regiert werden und Gehorchen erleichtert.

§. 273.

II. Anstalten für allgemeine Volksbildung und öffentlichen Unterricht.

Wenn gleich es nicht nächster Zweck des Staates sein kann , Moralität und wahre Bildung durch Erziehung der Bürger zu verbreiten , s. §. 39. so muß er doch indirect für Erhaltung , Vermehrung und Fortpflanzung von Kenntnissen und guten Gesinnungen sorgen. Denn allgemeine Rohheit oder gar Immoralität würde die Erreichung des Staatszweckes ganz , oder zum Theil hindern.

Gegen eine möglichst gleiche, allgemeine Volksbildung hat man, besonders mit Beziehung auf die, ein Mal nothwendige Ständeveriedenheit und Theilung der Arbeit, manches eingewendet. Es sei gefährlich, gemeinen Leuten viele, in ihrem Stande nicht anwendbare Kenntnisse zu geben, die nur dazu dienten, ihnen ihren Stand verhaßt zu machen. Da das Bedürfnis und die Theilung der Arbeit viele nöthige, in einen Stand zurückzutreten, aus dem sie zu den Genüssen eines höheren sich zu erheben gestrebt, so seien solche Zurückgestoßene, durch ihre Unzufriedenheit mit dem bestehenden rechtlichen Zustande, leicht gefährliche Bürger.

Allein umgekehrt mögte wohl erst eine wahre Bildung den Bürgern recht deutlich machen, wie Gewerbsamkeit, Ordnung und Mäßigkeit die einzigen sicheren Mittel des bürgerlichen Wohlstandes seien, wie auf dem rechtlichen Zustande und dem Gehorsame gegen die Gesetze alles beruhe. Je roher und ungebildeter der Haufe des Volks ist, desto leichter wird es, durch seine bessere Erziehung, irgend einem ausgezeichneten

Köpfe werden, sich zum Volksführer aufzuwerfen, die andern über ihre Rechte und Ansprüche, über das Unrecht der bürgerlichen Gesellschaft gegen sie zu täuschen, und sie dadurch zu Werkzeugen seines gefährlichen Egoismus und Ehrgeizes zu machen. Wie wohlthätig und nothwendig endlich eine allgemeine Volksbildung auch für die zweckmäßige Fortbildung des positiven Rechtes sei, darüber s. §. 99.

§. 275.

Je wichtiger der Einfluß der Religion zu allen Zeiten auf die Sittlichkeit der menschlichen Handlungen sich gezeigt hat, desto nothwendiger werden auch im Staate Anstalten für die Erhaltung und Beförderung des religiösen Glaubens. Dieser, seinem Wesen nach, eine Beziehung des Endlichen und Zeitlichen zum Unendlichen und Ewigen, erscheint, als positive Religion eines Volkes, in der mannigfaltigsten Ausbildung. Das Eigenthümliche einer jeden positiven Religion heißt ihr Symbol; eine in der Absicht, um einen solchen religiösen Glauben zu unterhalten und auszubreiten.

ten, errichtete Gesellschaft von Menschen, ist eine Kirche a).

§. 276.

Der Staat, als Staat, darf eigentlich keine besondere Religion haben, sondern soll alle Religionen und Kirchen seiner Bürger, so viel als möglich, schützen und fördern. Denn Gewissensfreiheit ist wesentliche Bedingung wahrer geistiger Bildung. Sich selbst darf der Staat daher nie zum Reformator des Symboles, das ja nur auf Ueberzeugung beruht, aufwerfen. Es müßte denn, schon der Verfassung nach, Staat und Kirche in Eins zusammenfallen. Wo aber die Kirche dem Staate subordinirt ist, da hat der letztere nur das, schon aus seinem allgemeinen Zwecke hervorgehende Recht, jeder sich neu bildenden Kirche ihr Symbol abzufodern, um daraus die Verträglichkeit oder Unvereinbarkeit desselben mit den Staatsgrundsätzen zu ersehn. Findet er beide unverträglich, so tritt ein, was §. 132. gesagt worden. Am zweckmässigsten scheint es, daß Staat

a) Es ist hier übrigens blos von einer äusseren, sichtbaren Kirche die Rede. Denn dieß unsichtbare Kirche ist gar kein Gegenstand juristischer Beurtheilung.

und Kirche, unabhängig von einander, auf denselben Zweck gemeinschaftlich hinarbeiten. Es wird aber freilich nicht immer zu vermeiden sein, daß zwei Institute, wie Kirche und Staat, welche beide denselben Zweck der Wohlfahrt des Menschengeschlechtes, aber auf so verschiedenen Wegen verfolgen, die, in Rücksicht so vieler Handlungen, beide von demselben Menschen und Bürger vollen Gehorsam für ihre Vorschriften verlangen müssen, sobald eines, aus seinen so wenig fest bestimmbar Schranken heraustretend, das Gleichgewicht stört, mannigfache Collisionen der Pflichten der Bürger im Staate veranlassen. Auch hier, wo alles auf die Vernunftüberzeugung ankommt, ob, was die Kirche für das ewige Wohl vorschreibt, wirklich mit dem, was der Staat für das zeitliche Wohl als nöthig erachtet, im wahren Widerspruche steht, kann die Entscheidung der Collisionen nur dem Gewissen der Einzelnen überlassen werden, die dann freilich für ihren religiösen Glauben alles aufzuopfern bereit sein müssen.

§. 277.

Auf jeden Fall ist der Staat nicht blos befugt, sondern sogar verpflichtet zur

Errichtung solcher Anstalten, wodurch den Bürgern eine vollkommenerere geistige und physische Ausbildung erleichtert, oft erst möglich gemacht wird. Dahin gehören nicht blos polizeiliche Maassregeln gegen solche Anstalten, die geradezu Immoralität und Zuchtlosigkeit befördern a), sondern auch Sorge für Errichtung, Erhaltung und Verbesserung zweckmässiger Anstalten zur Verbreitung wahrer Bildung und Erziehung. Allein directer Zwang gegen die Bürger, sich dieser Anstalten zu bedienen b), scheint, als ein starker Eingriff in das Erziehungsrecht, von dem sich nicht ein Mal etwasersprießliches erwarten läßt, nicht rathsam.

Am wohlthätigsten wirkt hier der Staat durch Erleichterung und Freiheit

a) *Jedes Zeitalter, jedes Volk hat seine Hauptlaster und diesen muß dann zunächst entgegengearbeitet werden. Die Hauptlaster unseres Zeitalters scheinen noch immer Trunk und Ausschweifung in Rücksicht der Geschlechtsbefriedigung. S.*

Frie s Philosoph. Rechtslehre. S. 116.

b) *Eine andere, nicht hierher gehörige Frage ist es, in wie fern die Bürger gezwungen werden sollen, zur Erhaltung solcher Anstalten, sie mögen sie nun billigen, oder nicht, etwas beizutragen. S. Finanzrecht.*

des litterarischen Verkehrs a), wodurch neue, berichtigende Ideen einzelner ausgezeichnete Köpfe, als Gemeingut, auch allen übrigen nützen, fortwirkend neue Ideen erzeugen. Besonders aber ist der Armuth und Dürftigkeit, als dem größten Hindernisse physischer und geistiger Bildung, auch in dieser Rücksicht abzuhefen b). Ist ein Mal, durch wissenschaftlichen Verkehr, die Bildung bei einem Volke etwas allgemein geworden, so braucht der Staat fast bloß die Unternehmungen der einzelnen Bürger zu leiten und kann es mit Sicherheit dem geläuterten Geschmacke derselben überlassen, selbst die besten Mittel zu ihrer höheren Bildung zu wählen und zu fördern.

a) Dahin gehört auch *Pressfreiheit*. Dafs sich aus ihr, neben dem vielen Guten, auch manches Schlechte entwickeln könne, das hat sie mit aller *Freiheit* gemein. *Publicität* schadet in der Regel weit weniger, als heimliche Verbreitung, welcher weder vom Staate, noch von einzelnen wohldenkenden Bürgern entgegengearbeitet werden kann. Die beste *Censur* ist geläuterter Geschmack des Volkes. Dafs übrigens, selbst bei der größten *Pressfreiheit*, jeder Schriftsteller für das wirklich Verbrecherische, was seine Schriften enthalten, verantwortlich bleibe, versteht sich von selbst.

b) Wie oft tadelt man die geringe Empfänglichkeit, das fehlende Streben nach höherer Bildung bei der ärmeren Volksklasse und bedenkt nicht, wie

III. Um den fehlenden Rechtswillen zu erzwingen, oder unschädlich zu machen und um den widerrechtlichen Willen zu vernichten, bedarf es einer Anstalt für die Bestrafung der Verbrechen.

Die bürgerliche Gesetzgebung stellt nämlich Regeln auf, nach welchen alle Bürger, indem sich jeder seine natürliche Freiheitssphäre vom Staate, auf gleiche Weise, beschränken läßt, mit gleicher Rechtsfreiheit neben einander bestehen können und sollen. Die Strafgesetzgebung bezieht sich zunächst auf die Hindernisse jener bezweckten Freiheitsgleichheit, auf die Schwächen und bösen Neigungen der Bürger, deren Aeusserung und Ausbruch zum Nachtheile des Ganzen sowohl, als der Einzelnen, verhütet oder unschädlich gemacht werden muß.

Es giebt nun eine Menge gemeingefährlicher Handlungen der Bürger, gegen welche sich der Staat weder durch Androhung der Nichtigkeit, noch durch

unendlich viel Hindernisse sich derselben entgegenstellen! Vergl. §. 181.

nachfolgenden Zwang, die Rechtsverletzung wieder gut zu machen, durch Erfüllung der verweigeren Rechtspflicht, hinreichend sichern kann. Diese Verbrechen machen Strafe nöthig, d. h. ein sinnliches, dem Gesetze nach unausbleiblich nachfolgendes Uebel, welches durch seine Androhung oder Anwendung entweder auf die Geneigtheit, oder auf die Fähigkeit der Bürger zu dergleichen Handlungen wirken soll.

§. 279.

Bei den mannigfaltigen Versuchen, das Strafrecht philosophisch zu entwickeln, hat man sehr oft den Zweck des Staates bei Bestrafung der Verbrechen mit dem Rechte desselben dazu verwechselt. Letzteres ist aber die höhere Frage, nach deren Lösung allein beurtheilt werden kann, was denn eigentlich für den Staat strafbar sei und nach welchen Graden.

Das Strafrecht liegt nun schon im Begriffe des Staates. Vor Errichtung eines rechtlichen Zustandes tritt Selbsthülfe ein, indem jeder, als sein eigener Richter, die ihm geschehene, vermeintliche Rechtsverletzung so ahndet oder abwehrt, wie er kann und will. Bei

noch sehr unvollkommenem rechtlichen Zustande, tritt an die Stelle des einzelnen Verletzten, dessen Familie, als Rächerin; Blutrache. Der wahre Staat aber, welcher allen seinen Bürgern Sicherheit der Persönlichkeit und der angewiesenen äusseren Freiheitssphäre verheissen, hat dadurch die doppelte Pflicht übernommen: erstens, sich selbst, als die nothwendige Bedingung des rechtlichen Zustandes, für alle zu erhalten, und dann, seine Bürger gegen jede Verletzung der Rechtsfreiheit zu schützen. Beide Pflichten hängen genau mit einander zusammen; indem der Staat, welcher nicht mehr im Stande ist, seine Bürger gegen Rechtsverletzungen zu sichern, nothwendig auch in sich selbst zu Grunde gehn muß.

§. 280.

Es erscheint demnach alles, was der Staat zu thun genöthigt ist, um Verbrechen zu verhindern, als Nothwehr a).

a) *Schulze Leitfaden* §. 250 — 256.

Im Grunde ist dieses auch die Ansicht Plato's in seinen Gesetzen. Nur freilich drückt er es bildlich aus. Der Staat erkrankte durch das einzelne verbrecherische Glied und bedürfe einer Arznei um nicht zu Grunde zu gehn.

Denn jedes Verbrechen, es mag nun zunächst und unmittelbar gegen den ganzen rechtlichen Zustand selbst, oder gegen einzelne Bürger gerichtet sein, enthält einen widerrechtlichen Angriff auf die Existenz des Staates. Wenn nun der Staat zur Abwendung dieses Angriffes sich nicht härterer Mittel bedient, als nöthig ist a), so ist seine Nothwehr auch um so gerechter, weil er seine Existenz nicht um seiner selbst, sondern um des Rechtes Willen, zu erhalten strebt.

§. 281.

Wo die Nothwehr des Staates sich durch Strafgesetzgebung äussert b),

Diese Arznei, wodurch der Staat sich gegen den Andrang dieser Krankheit schützt, ist die Strafe, die sich nach der Art der Krankheit richten muss.

- a) Dahin gehört auch, dass der Staat schon im Allgemeinen, durch zweckmässige polizeiliche Einrichtungen, so viel als möglich, allen äusseren Veranlassungen zu Verbrechen vorzubeugen sucht. Auch hier führt Plato's bildliche Vorstellung von einer Krankheit des Staates auf dasselbe Resultat. Die Arznei soll auch nach ihm nicht stärker sein, als der Andrang der Krankheit. Denn zuerst soll der Staat die Heilung durch Zureden und Belehrung versuchen.
- b) Denn es ist der Staat, für seine Selbsterhaltung, allerdings auch zu manchen andern Zwangsmit-

da kann die nächste Wirkung, welche durch die Strafe bezweckt wird, bald Besserung, bald Warnung, bald Abschreckung, bald Wiedervergeltung, bald Prävention, bald äusserliche Darstellung der Heiligkeit des Rechtsgesetzes, bald irgend eine andere sein, wodurch am leichtesten, sichersten und doch gelindesten die Gefahr der Verbrechen abgewendet werden soll. Denn es sind dieses natürliche, wohlthätige Folgen mancher Strafandrohung und Anwendung, welche durch zweckmässige Wahl der Strafen noch befördert, ja sogar mehrere mit einander vereinigt werden können a). Allein ohne jenen höheren Strafgrund, der auch den Grad der Strafbarkeit bestimmt, würde die blofse Berücksichtigung einer, oder mehrerer dieser Zwecke bald zu unverhältnissmässiger, barbari-

teln, welche nicht unter den Begriff der Strafe fallen, weil die Gefahr nicht durch ein Verbrechen hervorgebracht worden, befugt. Dahin gehören z. B. alle Sicherungsanstalten auch gegen die Gefahr von solchen Menschen, die gar keines Verbrechens fähig sind, wie Einsperrung Rasender u. s. w.

- a) Selbst Plato nimmt ja mehrere Strafzwecke an: Belehrung, moralische und staatsbürgerliche Besserung des Verbrechers, Abschreckung anderer u. s. w. Eben so das röm. Recht.

scher Härte, bald zu unverantwortlicher Nachsicht führen. Oft endlich würde die Strafe auch ganz ihren Zweck verfehlen und dann immer, als ein bloßer mislungener Versuch, viel wider sich haben.

§. 282.

Die Beurtheilung, welche Handlungen, wegen ihrer Gemeingefährlichkeit, als Verbrechen betrachtet werden sollen, kommt lediglich dem Staate, von dessen Selbsterhaltung die Rede ist, zu. Gerade hierbei ist eine, von der allgemein ausgesprochenen Ansicht des Staats abweichende Privatüberzeugung der Bürger am allergefährlichsten. Der Staat würde daher, wenn er auf das, oft nicht ein Mal mit Sicherheit äusserlich erkennbare, irrende Gewissen der Bürger zu viel Rücksicht nehmen wollte, sich selbst vernichten. Bei dem irrenden Gewissen, welches zu den empörendsten Handlungen verleiten kann, findet sich in der Erfahrung die Freiheit des Willens, auf den hemmend oder vernichtend gewirkt werden muß, oft weit stärker, als bei Uebertretung des Gesetzes aus bloß sinnlichen Motiven, mit Bewußtsein der Widerrechtlichkeit.

§. 283.

Gewisse Handlungen sprechen sich schon von selbst als Verbrechen aus, indem ihre nachtheilige, verderbliche Beziehung auf den Staat und solche Institute, worauf im rechtlichen Zustande viel gebaut ist, nach der allgemeinen Einsicht, die man jedem Bürger zutrauen kann, schon hinreichend einleuchtet. Diejenigen Handlungen aber, deren Gemein-schädlichkeit erst aus der Individualität eines Staates, aus gewissen besondern Zeitereignissen und äusseren Verhältnissen hervorgeht, deren Kenntniß also auch nicht jedem, auf gleiche Weise, zugemuthet werden kann, müssen freilich durch ein Strafgesetz erst vom Staate zu Verbrechen gestempelt werden. Da der Mittel und Wege, wodurch Verblendung oder Verdorbenheit, von List geleitet, dem Staatszwecke Gefahr drohn kann, unzählige sind, so mögte selbst für einen gegebenen Staat der Versuch einer erschöpfenden Classification aller Verbrechen, die unendliche Mannigfaltigkeit in der Erfahrung nie erreichen. Dennoch ist es sehr nothwendig, daß die Strafgesetzgebung, so genau als möglich, die einzelnen Verbrechen, nach ihren gesetzlichen Voraussetzungen, nach den Ge-

sichtspuncten, aus welchen der Staat sie betrachtet und bestraft wissen will, beschreibe. Der Zweck ist nicht nur der, um erst das gelindeste Mittel zu versuchen, durch das publicirte Strafgesetz die Bürger nachdrücklich zu warnen, sondern auch um den Criminalrichtern, so viel als thunlich, alle Willkühr dabei zu entziehen; damit die Verbrecher nur nach dem G e s e t z e, nicht nach individueller Willkühr gerichtet und gestraft werden. Aber nicht bei allen Verbrechen ist ein ganz bestimmtes Strafgesetz, welches die Strafe, ihrer Gattung und ihrem Grade nach, genau bezeichnet, zweckmässig und möglich. Denn überall, wo der Gesetzgeber nicht im Stande ist, alle mögliche, vielleicht sehr verschiedene, wichtige Momente des Verbrechens im Voraus zu übersehn, oder mit einer gleich passenden Strafe zu umfassen: da bleibt nichts übrig, als durch ein unbestimmtes Strafgesetz, mehr oder weniger der richterlichen Beurtheilung des einzelnen Falles zu überlassen. Selbst die Angabe eines *maximi* und *minimi* der Strafe ist oft nicht thunlich.

§. 284.

Bei Bestimmung der Art der Straf-
übel überhaupt, zeigt sich das Unvoll-

kommene aller menschlichen Gerechtigkeit auch darin, daß kein einziges Straf-übel blos den Verbrecher selbst, der es verwirkt, trifft, sondern daß auch ausserdem, mehr oder weniger, andere Unschuldige, besonders die Angehörigen des Sträflings mit darunter vielleicht härter leiden, wie er selbst. Nur durch eine sehr vorsichtige Wahl der Strafen wird diese Härte einigermaassen gemildert.

Ueberhaupt kann nur die Berücksichtigung des Grades der Cultur bei einem Volke, seiner Empfänglichkeit für bürgerliche Ordnung, seines Gefühles blos für körperliche Schmerzen, oder auch schon für Schmälierung der äusseren Achtung und Ehre im Staate, zu einer zweckmässigen Bestimmung der Strafen leiten. Da diese Empfänglichkeit, bei bedeutend ungleicher Volksbildung, auch oft sehr verschieden ist, so kann es allerdings nöthig werden, die Strafübel, um sie den vorherrschenden Gefühlen der einzelnen Volksclassen anzupassen, verschieden zu bestimmen. Nur darf dieses nicht in partheiliche Begünstigung gewisser Stände ausarten a). Eben so wenig ist auf

a) Dieser Fehler findet sich im römischen Rechte, bei der häufigen Unterscheidung der humilio-

die Individualität jedes einzelnen Verbrechens zu sehn, je nachdem nun er gerade ein Strafübel für härter oder gelinder halten wird; denn das ließe sich nicht consequent durchführen, und würde nicht selten zu Partheilichkeit und Umgehung des Strafgesetzes führen a).

§. 285.

Aus allen diesen Gründen bedarf wohl kein Theil des positiven Rechtes einer so häufigen, sorgfältigen Revision und Umgestaltung, als die Criminalgesetzgebung. Denn gerade hier wird es sehr nachtheilige Folgen haben, wenn die Legislation hinter der Cultur und dem Zeitalter zurückbleibt. Und dennoch ist es eben hier am häufigsten der Fall b).

res und honestiores. Auch das deutsche Recht, besonders vor der H. G. O. war nicht davon frei. Jetzt erlaubt sich die Praxis oft den ärgsten Mißbrauch.

a) Freilich bei der *Wiedervergeltungstheorie* ist diese, oft unvermeidliche Ungleichheit der Strafwirkung auf das Gefühl des Sträflings ein böser Umstand. Weit weniger aber bei der *Theorie der Nothwehr*.

b) Damit hängt auch die litterarische Erfahrung zusammen, daß das Criminalrecht meistens weit später, als andere Theile des Rechtes, wissenschaftlich behandelt wird. Besonders nachtheilig hat immer die, aus einer falschen Ansicht vom Staatszwecke hervorgehende Verwechslung von *Verbrechen* und *Sünde* gewirkt.

Die Bestimmung der Proportion des Strafübels zu jedem einzelnen Verbrechen ist, besonders durch die verschiedenen Zwecke, die man allein und zunächst durch die Strafe verfolgte, schwierig geworden. Nach der Nothwehrstheorie entscheidet der einfache, allgemeine Grundsatz: die gegen den Verbrecher anzuwendende Gewalt, das Strafübel, als Mittel den Angriff abzuwehren, muß gerade so hart sein, als nöthig ist, um den widerrechtlichen Willen zu überwinden. Die Strafwirkung muß also, nach einer vernünftigen Erwartung des Widerstandes, bald nur auf die G e n e i g t h e i t d e s W i l l e n s, bald, wo das nicht hinreicht, auf die F ä h i g k e i t zu Verbrechen, bald nur h e m m e n d, bald sogar v e r n i c h t e n d gerichtet sein.

Zwar häufig, aber durchaus nicht immer, wird dieses mit dem Grundsatze zusammentreffen, daß das Strafübel derjenigen sinnlichen Triebfeder, aus welcher das Verbrechen zunächst hervorgegangen, geradezu entgegen wirken müsse; so daß der rechtswidrige Wille sich selbst vernichtet a).

a) *Cic. Legg. III. c. 20. Noxiae poena par esto: ut in suo vitio quisque plectatur, vis capite, ava-*

Es sind besonders drei Rücksichten, welche verbunden das Urtheil über die Gefährlichkeit des Angriffes und die Wahl des Strafübels leiten müssen.

I) Es entscheidet der Inhalt des Verbrechens, d. h. die Grösse der materiellen Gefahr, welche dasselbe, seinem Wesen nach, dem Staate droht. Daher sind Verbrechen, die geradezu Auflösung des bestehenden rechtlichen Zustandes bezwecken, gefährlicher und also härter zu bedrohen, als Verbrechen, welche zunächst nur die selbstständige Existenz einzelner Bürger stören. Bei letzteren entscheidet wieder die Wichtigkeit der verletzten Rechte, je nachdem sie mehr oder weniger unersetzlich sind, ferner die Quantität der Verletzungen, je mehr Rechte und je mehr einzelne Bürger dadurch gefährdet werden. Denn je weniger der Staat seine Bürger gegen solche Angriffe schützen wird, desto eher muß er in sich selbst zu Grunde gehn.

ritia multa, honoris cupiditas ignominia sanc-
ciatur.

§. 288.

2) Zu berücksichtigen ist die Willensbestimmung des Verbrechers bei der That. Es gehört nämlich zu jedem rechtswidrigen Erfolge, der als Verbrechen a) bestraft werden soll, daß er demjenigen, von dem er ausgegangen, nicht bloß als That, sondern auch als freie Handlung zugerechnet werden könne. Daher heben alle Zustände b), in welchen die Willensfreiheit des Menschen, bald dauernd, bald nur vorübergehend, aufgehoben ist, wie die verschiedenen Arten und Grade des Wahnsinnes, unwiderstehlicher physischer oder psychologischer Zwang zur That, heftig tobende gerechte Affecte, ohne Schuld des Handelnden mangelndes Bewußtsein der Strafbarkeit c) u. s. w. den Begriff des Verbrechens auf d). Es bedarf aber

a) S. §. 281.

b) Es wird im Erfolge ziemlich auf Eins heraus kommen, ob man der juristischen Zurechnung die Willensfreiheit des Menschen, oder sein Begehrungsvermögen zum Grunde legt.

c) Nur freilich wird wieder hier, wenige Fälle ausgenommen, jedem Bürger zugemuthet werden müssen, das, was der Staat für strafbar erklärt hat, zu kennen.

d) Bei noch rohen Strafanstalten, besonders wo sie noch mehr als Selbsthülfe erscheinen, hat man

großser psychologischer Erfahrung, um in manchen zweifelhaften Fällen mit Sicherheit darüber zu entscheiden. Namentlich folgt daraus, daß im Momente der That der Thäter nicht mehr im Stande war, dieselbe zu unterlassen, noch keineswegs, daß sie nicht durch vernünftige Besonnenheit hätte vermieden werden können und müssen. Allein eben so wenig darf der Staat der sinnlich vernünftigen Natur seiner Bürger, in dieser Rücksicht, zu viel Besonnenheit zumuthen a).

§. 286.

Je gefährlicher und hartnäckiger nun die widerrechtliche Willensbestimmung erscheint, desto stärker muß auch die, in dem Strafubel ihr entgegen zu setzende Gewalt sein b). Daher ist bei dem-

oft blos auf den objectiven, materiellen Character der Handlung gesehn. Man strafte schon das bloße factum, auch ohne Zurechnung. Der Grund war theils, daß es an einem Richter fehlte, der gehörig, ohne Leidenschaft, über die Zurechnung entschied, theils daß die Strafe mehr als bloße Rache erschien.

a) Dieses gilt besonders auch vom s. g. Nothzustande. S. §. 104.

b) Es wäre freilich, in sittlicher Rücksicht, sehr wünschenswerth, daß dieses immer mit dem Verhältnisse der moralischen Bosheit so zusammen-

selben Verbrechen die *dolose* Begehung, wenn der Thäter die Hervorbringung des verbrecherischen Erfolges sich zum Zweck setzte, weit härter zu strafen, als die *culpose*, wenn, bei Verfolgung eines ganz anderen Zweckes, durch größeren oder geringeren Grad der Unachtsamkeit des Handelnden das widerrechtliche Ereignis eingetreten a). Von der *culpa* giebt es wieder sehr viele Abstufungen und oft ist die Grenze, wo die *culpa* in *dolus* übergeht, schwer zu bestimmen. Eben so treffen häufig in derselben Handlung *dolus* und *culpa* zusammen.

§. 290.

3) In Rücksicht der äusseren Thätigkeit zur Hervorbringung des ver-

träfe, wie es nicht selten der Fall ist. Aber der Staat muss leider! das irrende Gewissen, das für ihn gerade die aller gefährlichste Willensbestimmung ist, oft eben so hart behandeln, wie die wahre Immoralität. S. §. 103. Auch kann ja überhaupt so selten von Menschen die moralische Schlechtigkeit anderer, den verschiedenen Graden nach, mit Sicherheit beurtheilt werden.

a) Z. B. wenn, bei Verfolgung eines an sich schon verbrecherischen Zweckes, durch Unvorsichtigkeit ein anderer, vielleicht noch strafbarer Erfolg producirt wird.

Man hat die einfachen, reinen Begriffe hier häufig durch schlechte Terminologien verwirrt.

brecherischen Erfolges, erscheint der Urheber strafbarer, als der bloße Gehülfe. Urheber ist aber derjenige, in dessen äusserer Thätigkeit, sei es durch Anwendung eigener physischer Körperkräfte, oder durch Bestimmung anderer zu solchen Handlungen, die hinreichende Ursache zur Hervorbringung des Verbrechens liegt. Wer sonst, aber ohne jene Voraussetzung, auf eine strafbare Weise bei einem Verbrechen mit thätig war, ist nur Gehülfe.

Da der Staat die Gefährlichkeit seiner Bürger nur nach ihren äusseren Handlungen und deren nachtheiligem Erfolge a) beurtheilen kann, so ist freilich der widerrechtliche Angriff des Urhebers weit stärker, als der des Gehülfen, und also

a) Nur daraus lässt es sich erklären, warum das vollendete Verbrechen, dessen Erfolg auch wirklich eingetreten, härter zu strafen sei, als der bloße Versuch, wobei das Ausbleiben des Erfolges nicht in dem geänderten Willen des Thäters, sondern in zufälligen, äusseren Hindernissen seinen Grund hatte. Die Immoralität des Handelnden ist in beiden Fällen meist gleich gross, aber die Gefahr und der materielle Angriff bei dem blossen Versuche geringer.

Dazu kommt noch der psychologische Grund, dass derjenige, der auf die Gefahr hin, entdeckt zu werden, die verbrecherische Handlung unternimmt, je grösser seine Bosheit ist, desto mehr

auch durch Anwendung stärkerer Straf-
 übel abzuwehren. Das Verhältniß der
 Bosheit kann auch hier wieder umgekehrt
 sein.

§. 291.

Wo gelindere Mittel nicht ausreichen,
 da ist der Staat, schon nach allgemeinen
 Begriffen der Nothwehr, zur Anwen-
 dung absolut sichernder Strafen befugt.
 Dahin gehört besonders ewige Einsper-
 rung und Tödtung.

Man hat gegen die letztere vorzüglich
 eingewendet, daß dem Verbrecher da-
 durch die Möglichkeit zu seiner Rück-
 kehr zum Guten und Sittlichen, durch
 spätere Handlungen, benommen werde.
 Ein Einwurf, der allerdings seinen Grund
 hätte, wenn der Zweck der Strafe ledig-
 lich die moralische Besserung des Verbre-
 chers wäre. Sobald es aber zur Erhal-
 tung des Ganzen nöthig ist, kann es kei-
 nen Zweifel leiden, daß die Möglichkeit
 der sittlichen Besserung eines einzelnen

*aufgefodert wird, nichts zu unterlassen, was den
 gewünschten rechtswidrigen Erfolg befördern kann;
 damit er nicht dereinst die volle Strafe zu be-
 fürchten habe, ohne dennoch seinen Zweck er-
 reicht zu sehn.*

Bürgers dem rechtlichen Zustande, dessen, zur sittlichen Ausbildung aller Bürger bestimmte Anstalten angegriffen worden, aufgeopfert werden darf und muß. Nur in dieser Rücksicht sind die Todesstrafe nothwendig a).

§. 292.

Welche Strafübhel da, wo die Todesstrafe nicht nöthig ist, am zweckmäfsigsten zu wählen seien, wird sich nie im Allgemeinen, sondern wieder nur mit Berücksichtigung des Volkscharacters beurtheilen lassen. Wo die Bürger gegen allen körperlichen Schmerz durch ihre ganze Erziehung und Lebensweise abgehärtet sind, da werden Ehrenstrafen oft wirksamer sein b). Nur müssen letztere

a) Weiter geht freilich Kant, wegen seiner Wiedervergeltungstheorie.

Wo viel Anhänglichkeit an das Vaterland und Gemeingeist, da kann Exil oft die Stelle der Todesstrafe vertreten.

b) So bei den Spartanern, bei denen sogar die scheinbar körperlichen Strafen mehr den Character der Ehrenstrafen hatten. Es ist überhaupt schon ein sehr günstiges Zeichen für den guten staatsbürgerlichen Sinn eines Volkes, wenn, bei den zu erleidenden Strafen, mehr die allgemeine Verachtung, als ihre Folge, wie der bloße körperliche Schmerz, der etwa damit verknüpft ist, gescheuet wird.

so eingerichtet werden, daß sie das Ehrgefühl des Sträflings zwar angreifen, aber nicht ersticken, ihn nicht ganz aus der Gemeinschaft der guten Bürger ausstoßen. Denn dadurch wird ihm nicht nur der Weg zur moralischen und politischen Besserung sehr erschwert, sondern er wird auch, wenn ihn nicht eine große Seelenstärke rettet, fast psychologisch nothwendig zu noch schlimmeren Verirrungen und Verbrechen getrieben. Von temporären Freiheitsstrafen liesse sich, unter Umständen, auch in Rücksicht der moralischen und staatsbürgerlichen Besserung, sehr heilsamer Erfolg erwarten; wenn sie nur zweckgemäßer eingerichtet würden, als sich dieß in der Erfahrung häufig findet a).

§. 293.

IV. Soll die gesetzgebende Gewalt im Staate nicht zum Theil unwirksam bleiben, so bedarf es zu ihrer Unterstützung

a) *Mancher, der als Fehlender, der Besserung noch vollkommen fähig, in das Gefängniß kam, geht als Verbrecher heraus, an physischen Kräften und an Gesundheit geschwächt, an Grundsätzen verdorben, in Verbrechen aller Art eingeweiht. Dahin gehört besonders, wenn Uebertrater bloßer Polizeigesetze mit argen Ver-*

der richterlichen Gewalt, die darüber wacht, daß nichts rechtswidriges geschehe, darüber urtheilt, ob das Gesetz übertreten sei, endlich den Ungerechten nöthigt, sich der Gerechtigkeit gemäß zu betragen. Denn, obgleich in manchen einzelnen Rücksichten sich hier die bürgerliche von der Strafgesetzgebung, schon ihrem Wesen nach, unterscheidet, so gilt doch bei beiden derselbe Hauptgrundsatz, daß, wenige Fälle ausgenommen, Selbsthülfe der Bürger wegfallen muß. An deren Stelle tritt das vom Staate organisirte öffentliche Richteramt a).

§. 294.

Richter heißt nun ein jeder, der befugt und verpflichtet ist, unter Auctorität des Staates, für Anerkennung und Befolgung des Rechtes unter den Bürgern, auf irgend eine Art thätig zu wirken, be-

brechern, Kinder mit Alten, Gesunde mit den Kranken zusammen eingesperrt und sich selbst überlassen werden.

- a) *Erst dadurch wird die Verbannung der Selbsthülfe möglich. So konnte der allgemeine Landfriede nur in Verbindung mit der Errichtung des Reichscammergerichtes in Deutschland durchgesetzt werden.*

sonders auch durch rechtskräftige Entscheidung ihrer Rechtsstreitigkeiten. Letzteres Geschäft, wovon das ganze Amt seinen Namen hat, ist freilich das am meisten in die Augen fallende und nothwendigste. Aber ein nicht weniger unentbehrliches und noch viel wohlthätigeres Geschäft des Richters besteht darin, schon im Voraus dafür zu sorgen, daß nichts Rechtswidriges geschehe, daß allen Rechtsstreitigkeiten vorgebeugt und so die richterliche Entscheidung unnöthig werde. Dahin gehört schon die Sorge, daß alle Rechtssätze gehörig zur Kenntniß der Bürger kommen, besonders auch, daß sie denselben zu einer Zeit und unter Umständen, wo sie vorzüglich anwendbar scheinen, wieder zu Gemüthe geführt werden; damit niemand aus Unkunde das Recht verletze. Vorkehrungen dieser Art sind ferner Verhütung aller Nullitäten und dereinstiger Streitigkeiten über Wirklichkeit, Perfection und Inhalt der Rechtsgeschäfte, besonders der Verträge und letzten Willen, durch Wachen über die vorgeschriebene Form, Zuziehung der öffentlichen Beglaubigungsanstalten, der Hypothekenbücher u. s. w. Ferner muß die richterliche Gewalt den Bürgern Gelegenheit geben, entstehende

Streitigkeiten durch gütliche Vergleiche zu schlichten a). Endlich ist hierhin gewissermaassen schon das Institut der Verjährung zu rechnen, daß nach Ablauf einer bestimmten Zeit, alle Rechtsverfolgung, die dann doch in der Regel viel Schwierigkeit, besonders in Rücksicht des Beweises der Thatfachen, haben würde, als rechtlich unmöglich wegfällt.

§. 295.

Allein trotz aller dieser Vorkehrungen, wird es dennoch nie ganz an wahren Rechtsstreitigkeiten fehlen, die durch das Richteramt zu schlichten sind. Denn obgleich es den Partheien in privatrechtlichen Streitigkeiten erlaubt bleiben kann und muß, sich untereinander selbst, etwa in willkürlich verabredeter Form b), zu vergleichen und so das Richteramt zu umgehen, so wird dieses doch sehr oft die Partheien nicht befriedigen. Denn nur der eine Theil des eigentlichen Rich-

a) In manchen Ländern sind eigene Vergleichscommissionen zu diesem Zwecke mit Erfolg errichtet worden.

b) Nur darf diese nicht eine, schon an und für sich unerlaubte Selbsthülfe enthalten, wie z. B. Duell.

teramtes , die Prüfung und Entscheidung dieser Streitigkeiten kann ganz der Willkühr der Partheien überlassen werden. Dagegen der zweite Theil , die Execution, Nöthigung des Ungerechten , sich der Gerechtigkeit zu fügen , kann nur vom Staate selbst , vom öffentlichen Richteramte ausgehn.

§. 296.

Die zwei Hauptpunkte der Justizverfassung im Staate sind nun Organisation der Gerichte und Prozeßgesetze, eine Prozeßordnung.

Nicht blos die physische Unmöglichkeit , alle Rechtsstreitigkeiten selbst zu entscheiden , gebietet dem Staatsoberhaupt , dem Regenten , die richterliche Gewalt durch gewisse , unabhängige öffentliche Beamte ausüben zu lassen , sondern auch staatsrechtliche und psychologische Gründe machen Ausschließung aller Cabinetsjustiz durchaus nothwendig. Denn theils erfordert die Unentbehrlichkeit eines gehörigen Subordinationsverhältnisses der Gerichte zum Zwecke der Appellation , theils würden solche unmittelbare Entscheidungen der Rechtsstreitigkeiten , selbst wenn man

dem Regenten und seinem Cabinette völlige Rechtskenntniß zuschreiben könnte a), das Vertrauen des Volkes gegen die Gerechtigkeit desselben sehr häufig schwächen; weil ein Machtspruch von demjenigen, gegen dessen Urtheil keine weitere Hülfe mit Sicherheit zu erwarten, leicht die Idee der Ungerechtigkeit mit sich führt b). Dem Regenten steht zwar die O b e r a u f s i c h t über die Justiz zu, er hat die Befugnis die Gerichte zu visitiren, das Verhältniß derselben gegen und untereinander zu bestimmen, Prozeßordnungen zu geben. Aber auf die Entscheidung einzelner Rechtsstreitigkeiten darf er nur durch im Voraus gegebene allgemeine Gesetze einwirken.

§. 297.

Aufgabe des Staates, bei Organisation der Gerichte ist, mit Sorgfalt die Mög-

a) Das ist aber gewiss nur selten der Fall, besonders bei sehr ausgebildetem positiven Rechte. Auch bemerkt

Möser Patriot. Phantas. B. 4. nr. 30. S. 115. sehr richtig, daß gerade der Regent am leichtesten irren werde, weil er zu hoch steht, und ihm zu viel Sachen vorschweben.

b) Daß das s. g. Durchgreifen zuweilen, im einzelnen Falle, nützlich sein kann, wird durch die dringende Gefahr des Misbrauchs überwogen.

lichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit falscher Entscheidungen zu entfernen. Darauf beziehn sich zweckmäßige Vorkehrungen, daß das so wichtige Richteramt nur nach gehöriger Prüfung solchen übertragen wird, welche die Fähigkeit dazu haben a). Ferner, damit ein jeder Bürger wisse, an welchen Richter er sich zu wenden habe, und damit keinem einzelnen Richter zu viel aufgelegt werde b), ist die Begrenzung des auszuübenden Richteramtes an gewisse geographische Districte und Verweisung gewisser Rechtsachen an bestimmte Gerichte nothwendig. **Competenz der Gerichte.**

§. 298.

Es liegt zwar schon in einer gewissen Oeffentlichkeit des gerichtlichen Verfah-

a) Diese Rücksicht ist um so wichtiger, je ausgebildeter, umfassender und dadurch freilich auch schwieriger ein positives Recht wird. Daher mußte die vorher sehr zweckgemäße, altdeutsche Gerichtsverfassung, die aus dem Richter und ungelehrten Schöffen, welche als Genossen das Urtheil fanden, bestand, späterhin, nach Verbreitung der fremden Rechte, einer passenderen weichen.

b) Es hat wohl nichts so nachtheilig in neuern Zeiten auf das Justizwesen in Deutschland eingewirkt, als der Misbrauch, dem Richter, neben seiner Gerichtsbarkeit, noch so manche ganz fremdartige Geschäfte, die ganz ausser dem

rens, wenigstens des Urtheils, eine Art Sicherstellung der gerechten Justiz, durch die Controlle des ganzen Publicum. Denn der Richter muß sich hüten, nicht als unwissender oder schlechter Mensch zu erscheinen und dadurch alles amtliche Ansehn zu verlieren.

Allein weit wichtiger noch ist die, durch Vervielfältigung der Instanzen, den Partheien verstattete Möglichkeit, sich gegen wirklich oder vermeintlich ungerechten Spruch des Untergerichtes bei einem höheren Richter zu beschweren und Hülfe zu suchen. Darauf beruht das Subordinationsverhältniß der Gerichte zu einander, wodurch die Untergerichte von den Obergerichten stets controllirt, die Partheien gegen Willkühr geschützt und manche im früheren Verfahren begangene Fehler wieder gut gemacht werden. Es dient endlich auch gar sehr zur Beruhigung der verlierenden Parthei, gegen die entschieden wird, daß das Urtheil mehrerer Ge-

Zwecke der Justiz liegen, aufzubürden. Je mehr man die Gerichte in dieser Rücksicht isolirt, desto mehr werden sie auch in der Hauptsache wohlthätig wirken.

richte, in verschiedenen Verfahren, auf gleiche Weise gegen sie erkannt hat. Deshalb scheint es auch am passendsten, drei Instanzen zu organisiren, damit eine jede Parthei, wenn sie sich durch das erste oder zweite Urtheil beschwert hält, noch Gehör findet. Es entsteht hier schon eine stärkere Vermuthung für die Richtigkeit des letzten Spruches, für den sich entweder schon die vorigen Verfahren entschieden, oder wenigstens das letzte, wobei die Sache schon mehrere Male untersucht und erörtert worden war, wobei also der Oerrichter alles am genauesten übersehen konnte.

§. 299.

Am meisten kömmt wohl an auf eine genaue Bestimmung des gerichtlichen Verfahrens a), Prozessordnung, woran Richter und Partheien gebunden sind. Denn da jede Rechtsansicht und Entschei-

a) Allerdings hängt die Lehre von der gerichtlichen Verfolgung der Privatrechte so genau mit diesen selbst zusammen, dass sie gewissermaassen auf der Grenze zwischen öffentlichem und Privatrechte liegt. S. Hugo. §. 348. Aber es scheint für den Zusammenhang zweckmäßiger, sie erst hier, in Verbindung mit dem rein öffentlichen Theile des Gerichtswesens, abzuhandeln.

dung nur subjectiv ist, da alle Menschen
 irren können, so ist es sehr natürlich,
 daß man nur dasjenige Rechtserkenntnis
 für wirkliches Recht und Wahrheit gel-
 ten läßt, welches in der Form Rech-
 t e n s erscheint. Dazu gehört aber, daß
 das Erkenntnis mit Beobachtung aller
 vorgeschriebenen Prozessformen, von ei-
 nem dazu befugten Richter gespro-
 chen und in Rechtskraft übergegangen
 sei a). Es soll demnach zwar allerdings
 wirkliches und formelles Recht
 zusammentreffen; denn gerade diese Ue-
 bereinstimmung beider ist letzter Zweck
 alles gerichtlichen Verfahrens. Aber eben
 wegen der Möglichkeit der verschiedenen
 Ansichten, bedarf es einer solchen äus-
 seren Grenze, wodurch der richterliche
 Ausspruch, in practischer Rücksicht, über
 alle entgegenstehende individuelle Mei-
 nungen anderer erhaben ist.

§. 300.

Hauptprinzip des Prozessverfahrens
 ist, daß der Richter nicht befugt ist,
 selbst willkürlich Recht zu machen, die
 Gesetzgebung zu meistern, sondern daß
 sein Geschäft lediglich darin besteht, die

a) *Möser Patriot, Phantas: A. a. O. S. 115.*

Identität eines vorliegenden, streitigen Falles, der Thatsache mit dem Gesetze zu beurtheilen, um dieses entweder darauf anzuwenden oder nicht. Je klarer die Gesetzgebung und das ganze positive Recht, desto leichter wird dieses Geschäft sein.

§. 301.

Es liegt nun aber schon in dem wesentlichen Unterschiede zwischen öffentlichem und Privatrechte, daß zu der Eröffnung eines gerichtlichen Verfahrens über Streitigkeiten der Einzelnen als Einzelnen untereinander, das Gericht immer erst die Auffoderung des vermeintlich verletzten Theiles abwarten muß. Denn über Privatrechtsverhältnisse hat ja nur der Einzelne selbst zu bestimmen, und jeder Eingriff des Richteramtes ohne Auffoderung würde in der Regel eine inconsequente Störung des Privatrechtes enthalten. Dagegen bei dem öffentlichen, besonders dem Strafrechte, wo zunächst der Staat nur auf das Wohl des Ganzen, nicht auf das der Einzelnen sieht, da hat der Richter die Rechte der Gesamtheit zu wahren, darf und muß daher jede Gesetzübertretung,

auch ohne besondere Auffoderung eines speciell dadurch verletzten, untersuchen.

§. 302.

Aufgabe des gut eingerichteten Prozessverfahrens ist theils die, den Richter dadurch psychologisch zu nöthigen, den vorliegenden Fall von verschiedenen Seiten zu betrachten a), um seine Identität mit dem Gesetze desto sicherer und unbefangener prüfen zu können, theils die, den streitenden Partheien nicht bloß Gelegenheit zu geben, ihre Rechte selbst, oder durch andere b) darzuthun, sondern auch sie durch den vorgeschriebenen Gang

a) Dadurch erscheint manche, oft als unvernünftig und leer verdamnte Förmlichkeit in einem ganz anderen Lichte; z. B. die Vorschrift bei mancher Rechtsentscheidung, nicht bloß das, was für dieselbe spricht, sondern auch was ihr entgegen zu stehn scheint, anzuführen. Dies nöthigt den Richter Gründe und Gegengründe gehörig zu prüfen und zu vergleichen.

b) Es ist viel über die Zulässigkeit und Nothwendigkeit eines Advocatenstandes gestritten worden. Das meiste kommt wohl auf den Zustand des positiven Rechtes an und auf das, woran sich ein Volk ein Mal gewöhnt hat. Wenn das positive Recht so schwierig und verwickelt ist, daß ein besonderer Stand sich ausschliessend damit beschäftigen muß, so wird Zuziehung der Advocaten freilich fast unvermeidlich sein. Wenn gleich in Privatstreitigkeiten der Staat die Bür-

des Prozesses psychologisch dazu zu veranlassen. Dahin gehört besonders, daß die Rechte beider Partheien, so viel als möglich, im Prozesse gleich sein müssen, daß beiden auf gleiche Weise Gelegenheit gegeben werde, für sich alles anzuführen. Denn beide können möglicherweise Recht haben.

§. 303.

Zur Ueberzeugung des Richters von der Gerechtigkeit der zu schützenden Ansprüche, oder der anzuwendenden Strafe, besonders zur Ausmittlung der Thatsachen, von denen die Anwendung des Gesetzes auf den vorliegenden

ger nicht zwingt, ihre Rechte zu verfolgen, so kann er doch da, wo er die Beobachtung bestimmter Formen vorschreibt, denjenigen, die wegen Unkenntnis derselben die Entscheidung unnöthig erschweren und hindern würden, auflegen, sich eines vom Staate autorisirten Rechtsverständigen zu bedienen. Im Criminalprozeß hat es vollends keinen Anstand, daß der Staat dem Inquisiten, selbst wenn er nicht vertheidigt sein will, einen Defensor anzuordnen befugt ist. Denn hier verfolgt der Staat sein eigenes Recht.

Die mancherlei, oft genug gerügten Mängel und Fehler des Advocatenstandes liegen mehr in einer falschen Richtung dieses Institutes, als in dem Stande selbst, der, zweckmässig organisirt, in mehr als einer Rücksicht, für die Rechtspflege sehr heilsam wirken, und vom Staate benutzt werden kann.

Fall abhängt, dient das Beweisverfahren.

Zwar bedarf es keiner mathematischen oder metaphysischen Gewissheit, um den Richter förmlich zu überzeugen; aber auch die bloße juristische Gewissheit ist oft sehr schwierig auszumitteln. Denn selbst da, wo es auf den Beweis äusserer Umstände ankommt, werden, je gröfser mit der steigenden Bildung die Möglichkeit äussere Beweismittel zu verfälschen wird, desto häufiger diese gewöhnlichen äusseren Beweismittel nicht ausreichen. Alles von Menschen gefertigte, wie Urkunden und andere Documente, zur dereinstigen Darthung vergangener Thatsachen bestimmt, können verfälscht und nachgemacht a), Zeugen bestochen werden u. s. w.

§. 304.

Da nun der Staat eben so verpflichtet ist, den Bürgern die Möglichkeit des Be-

a) Im noch rohen Zustande ist die Gefahr, durch Verfälschung der Beweismittel seine Rechte zu verlieren, weit geringer, als die Gefahr der Gewaltthätigkeit. Bei steigender Cultur ist das Verhältniss umgekehrt. Es ist aber leichter, sich gegen Gewaltthätigkeit zu sichern, als gegen dergleichen listige Verfälschungen.

weises ihrer Rechte, die ja ausserdem gar nicht geltend gemacht werden können, als die Rechte selbst zu sichern: so muß er auch durch zweckmässige Vorkehrungen dafür sorgen, daß diejenigen Thatsachen, die rechtliche Wirkung haben, gerichtlich constiren, ehe noch ihr Beweis verlangt wird. Dahin gehört, ausser den oben erwähnten, öffentlichen Beglaubigungsanstalten, besonders ein gewisser Formalzwang a) bei Eingehung der Rechtsgeschäfte.

Wo es nun sogar auf den Beweis innerer Handlungen ankommt, worauf, schon ihrer Natur nach, äussere Beweismittel nur selten Anwendung leiden, da behilft sich das positive Recht, seitdem die Gottesurtheile als Aberglauben verworfen worden, mit dem Eide, entweder allein, oder etwa in Verbindung mit andern Beweismitteln. Allein, auch ab-

a) Es ist gewiss der ganzen rechtlichen Wechselwirkung angemessen, daß der Staat im Voraus erklärt, er werde als Richter bei gewissen Rechtsgeschäften nur bestimmte Beweismittel, wie etwa Urkunden, als genügend betrachten. Läßt sich nun jemand dennoch ohne diese Vorsichtsmaasregel mit andern ein, so hat er lediglich der Gewissenhaftigkeit dieses andern Theiles vertraut und muß sich, wenn derselbe leugnet, den Schaden gefallen lassen.

gesehn davon, wie leicht, durch Mißbrauch des Eides, eine noch gröfsere Unsicherheit des Rechtes entstehn kann, s. §. 82. geht aus dessen Anwendung oft eine auffallend ungleiche Behandlung der Rechtsstreitigkeiten hervor. Es kommt nun alles darauf an, ob derjenige Theil, der etwas zu beweisen hat, zum Eide zugelassen, oder ob bei blos äusseren Beweismitteln stehn geblieben wird. In jenem Falle hat er den Ausgang des Rechtsstreites in seiner Gewalt, in diesem nicht. Dafs man den Eid als Beweismittel, wenigstens in manchen Fällen, wo man ihn oft anwendet a), entbehren könnte, lehrt die Erfahrung in manchen positiven Rechten.

§. 305.

Im bürgerlichen Prozesse, wo die Partheien ihre eigenen Privatrechte verfolgen, scheint es am natürlichsten, dafs der Richter diesen Partheien selbst den Beweis derjenigen Thatfachen, auf welche sie sich berufen und wofür keine Rechtsvermuthungen sich finden, überläfst. Denn dergleichen eigene Angele-

a) *Wie oft läfst man ihn da zu, wo offenbar noch andere äussere Beweismittel möglich sind!*

genheiten werden gerade von den Interessenten, besonders mit gehörig zugezogener Rechtshülfe, am besten besorgt werden, und es dient dieses sogar häufig noch den Partheien zur grossen Beruhigung. Der Richter leitet daher nur den Gang der Untersuchung und gründet zuletzt seine Entscheidung auf solche That-sachen, die von den Partheien förmlich dargethan worden. Indessen kommt auch hier wieder viel auf Bildung, Sitte und Gewöhnung eines Volkes an a).

Hingegen wo der Staat seine eigenen Rechte verfolgt, besonders gegen diejenigen, die sich eines Verbrechens verdächtig gemacht, da hat der Richter im Untersuchungsprozesse eine doppelte Rolle und Aufgabe; nämlich eben sowohl die Schuld des Verdächtigen, zum Zwecke der Bestrafung, als die Unschuld desselben, zum Zwecke der Reinigung von jedem Verdachte, zu enthüllen b). Dazu

a) Aus dem älteren römischen Rechte läßt sich hierher rechnen der Unterschied zwischen *magistratus* und *judex*; aus dem deutschen die Schöffen, welche sich, besonders wo noch Rechtskundige, *Sagibarones* zugezogen wurden, nur mit der Ausmittlung des Factischen abgaben.

b) Es ist daher ein grosser Fehler, wenn in der Erfahrung die Criminalrichter blos darin ihre

bedarf es daher meist einer ganz eigenen Organisation des Gerichtes, und eines eigenen Prozeßganges.

§. 306.

Wem ein erzwingbares Recht zusteht, der darf auch, falls es ihm streitig gemacht wird, sowohl eine gründliche, als eine rasche Entscheidung verlangen. Aber diese Haupteigenschaften eines guten Prozeßverfahrens, Gründlichkeit, Raschheit und zugleich Wohlfeilheit, stehn gewissermaassen mit einander in einem natürlichen Gegensatze, der sich in mehrfacher Rücksicht zeigt. Denn, sowohl um dem Richter die Entscheidung zu erleichtern, als um einen einzelnen, dem Rechte widerstrebenden Willen unschädlich zu machen, ist collegialische Verfassung des Gerichtes gewiss sehr wohlthätig. Ferner, je mehr nicht nur die Partheien, sondern auch die Richter im Laufe des Prozesses an gewisse Formen gebunden sind, deren Vernachlässigung Nichtigkeit bewirkt, je mehr Rechtsmittel gegen ein beschwerendes Urtheil verstattet sind, desto bedächtiger und sicherer wird der

Ehre setzen, die Schuld des Verdächtigen zu enthüllen.

Gang des Rechtsstreites. Aber freilich in demselben Grade wird auch derselbe langsamer und kostspüliger. Man hat daher versucht, beides zu verbinden, indem man bei den Untergerichten a), oder bei geringfügigen Gegenständen ein kürzeres, summarisches Verfahren, oft sogar ohne Möglichkeit der Appellation, eintreten läßt, das bedächtige Verfahren hingegen bei wichtigen Streitigkeiten, besonders bei Criminaluntersuchungen b). Wenn nur nicht der Unterschied zwischen wichtigen Sachen und Kleinigkeiten, in privatrechtlicher Rücksicht, lediglich von den individuellen Vermögensumständen abhänge! Auf diese Weise würden gerade die Armen bei der Rechtspflege am meisten zurückgesetzt. S. §. 234.

a) *Je mehr man durch das raschere Verfahren die unteren Instanzen auszeichnet, desto mehr werden sie eine bloße Förmlichkeit, bei der es doch nie sein Bewenden behält. Hugo o. §. 360.*

b) *Es ist freilich im einzelnen Falle, vorzüglich wenn es auf Leben und Freiheit eines Menschen ankommt, die Criminaluntersuchung wichtiger, als der Streit über Mein und Dein. Aber im Allgemeinen mögte die Nachlässigkeit in der bürgerlichen Rechtspflege gewiss eben so nachtheilig für das Ganze wirken, als die schlechte Strafrechtspflege.*

Hugo Civ. Mag. B. 4. St. 1. S. 108.

Trotz aller Vorsicht und allen Bemühungen der Gerichte, kann und wird es doch, sowohl in bürgerlichen als in Strafsachen vorkommen, daß ein falsches Urtheil gesprochen, geirrt wird. Allein diese Möglichkeit, wenn man ihr nur nach Kräften entgegenarbeitet, kann um so weniger als ein Hindernis gelten, als sie schon in der ganzen Bildung und Zusammensetzung des rechtlichen Zustandes liegt. S. §. 65. 97. Es ist wieder weit besser, eine, wenn auch mangelhafte Rechtspflege zu haben, als gar keine.

Nicht auf diese Möglichkeit der falschen richterlichen Entscheidung, sondern auf die Unzulänglichkeit und Unvollkommenheit aller positiven Strafgesetzgebungen, auf den im einzelnen Falle nicht seltenen Widerstreit zwischen strengem Rechte und Billigkeit, bezieht sich das, dem Staatsoberhaupte meist verfassungsmäßig zu kommende, **B e g n a d i g u n g s r e c h t**.

V. F i n a n z g e w a l t. Der Staat bedarf zur Erreichung seiner Zwecke, zur Erhaltung der nöthigen Regierungs-

anstalten, äussere Objecte und mannigfaltige Aufopferungen. Dafs er dazu, so weit es nöthig ist, die Kräfte und das Vermögen seiner Bürger in Anspruch nehmen dürfe, liegt schon im Staatszwecke selbst. Der Wille der einzelnen Bürger, nichts dazu beizutragen, ist daher, wie der allgemeine Wille, keinen Staat zu haben, ein rechtlich unmöglicher.

Die wichtigste Bestimmung dabei ist die, wie das nöthige Staatsvermögen herbeigeschafft und verwaltet werden solle. Gerade in dieser Rücksicht zeigt sich in der Erfahrung sehr oft eine gewisse Unzufriedenheit des Volkes mit dem Staate, ein Misstrauen gegen denselben. S. §. 185. Die Frage ist daher practisch um so wichtiger.

§. 309.

Bei einer allgemeinen Gütergleichheit und Gemeinschaft wäre es freilich die einfachste, oft die einzig mögliche Art, dafs der Staat, gleich bei Vertheilung der Güter, so viel für sich zurück behält, als er braucht. Wo aber Privateigenthum gilt, da mufs der Staat auch welches haben, damit er nicht genöthigt ist, den einzelnen Bürgern alle Dienste und Lei-

stungen, die er von ihnen verlangen muß, befehlsweise aufzulegen, (was gerade bei Privateigenthum oft sehr hart wäre) sondern Privatverträge mit ihnen darüber eingehn kann.

Wären alle Bürger von der Rechtlichkeit des Staates völlig überzeugt, so daß sie gern und willig von dem Ihrigen so viel aufopferten, als für das Ganze erforderlich ist, so hätte es viel für sich, wenn der Staat sich, so weit als möglich, alles selbst zu verwaltenden, eigenen Privatvermögens, z. B. alles Grundeigenthumes a) ganz enthielte, und sich die nöthigen Mittel lediglich durch Benutzung seiner Regierungsrechte, durch eine gleichmäßige Vertheilung auf die Bürger, verschaffte. Denn dieses stimmt am besten mit dem Geiste des ganzen Privateigenthumes überein. Indem der Staat alle äussere Sachen, zur Vermehrung des Privatvermögens, unter seine Bürger vertheilt, alles hergiebt b), so vermehrt er mit dem Reichthume und der Industrie

a) *Kant Met. AGr. der Rechtslehre S. 183.*

b) *Schon das ist ein grosser Vortheil, daß dadurch so manche Güter von der todtten Hand des Staates und der mancherlei öffentlichen Corporationen im Staate los, mehr in freien Verkehr kommen.*

der Bürger seinen eigenen Reichthum. Denn um so eher kann er ihnen manche Aufopferungen, die sie nun um so weniger drücken, zumuthen. Die Privaten besorgen ihr Vermögen in der Regel besser, als die Staatsgüter verwaltet werden, und es wird überhaupt so die ganze Administration einfacher und wohlfeiler. Es wird ferner dadurch am leichtesten das Vermögen des Staates zu dem der Bürger in ein richtiges Verhältniß gesetzt a). Endlich ist auch kein öffentliches Gut vorhanden, was auswärtige Feinde, oder gar schlechte Bürger aus Habsucht zu gefährlichen Unternehmungen gegen den Staat locken könnte.

§. 310.

Indessen, da die Erfahrung lehrt, daß die Bürger dem Staate weit lieber Eingriffe in alle andere, als in ihre Vermögensrechte erlauben, so kann es, um das Gehäßige zu vieler, oft doch nothwendiger Abgaben zu vermeiden, gut sein, wenn der Staat auch schon für sich ein Vermö-

a) Es ist hart, wenn der Staat reich ist, die Bürger aber arm. Nach jenem Principe hingegen ist der Staat nur dann reich, wenn auch die Bürger es sind.

gen hat. Dabei muß aber sehr dafür gesorgt werden, daß nicht durch schlechte Verwaltung dieses Staatsvermögens, den Bürgern neue, unnöthige Lasten verursacht werden.

§. 311.

Allein auch daneben bleiben noch immer Abgaben nöthig; nur freilich in verschiedener Form.

Es sind vorerst die öffentlichen Anstalten zu unterscheiden, welche, wie die zur öffentlichen Beglaubigung, oder zur Privatrechtspflege a) bestimmten, in ihrer Anwendung als Privatangelegenheiten betrachtet werden können. Hier, wo alles auf Individualität, besondere Umstände und äussere Lage der Bürger ankommt, vermöge deren ein Bürger solche Anstalten vielleicht sehr häufig, ein anderer selten oder gar nicht braucht, da wäre es wohl unbillig, die Kosten auf alle Bürger ganz gleich zu vertheilen. Denn es würden hier einige, auf Kosten

a) Gewissermaassen, obgleich schon weniger, gehören hierher auch die Anstalten für den öffentlichen Unterricht, Schulen, Universitäten, ferner Erhaltung oder Anlegung von Landstrassen, Brücken u. s. w.

der übrigen, ihre Privatangelegenheiten besorgen. Es können zwar dergleichen Anstalten fast nie blos von den Beiträgen derer, die zunächst daran Theil nehmen, sie benutzen, erhalten werden, und in so fern müssen alle Bürger dazu contribuiren; aber doch die Theilnehmer bedeutend mehr.

§. 312.

Ganz anders verhält es sich mit solchen Anstalten, die für die Sicherheit und das Wohl des Ganzen, nicht blos zunächst einzelner Bürger bestimmt sind; z. B. mit der Polizei im Innern, der Sicherung des Staates nach Aussen u. s. w. Die Abgaben dazu müssen daher ohne Unterschied unter alle Bürger, nach dem Prinzipie der Gleichheit, vertheilt werden. Es ist aber eine der schwierigsten Aufgaben für den Staat, bei so großer Verschiedenheit des Privatvermögens, der Grösse und Bestandtheile desselben, bei der bedeutenden Ungleichheit der Bürgerstände und der sich danach richtenden Bedürfnisse, bei den so mannigfachen Arten der Industrie u. s. w. ein Steuer-system aufzustellen und durchzusetzen a),

a) *Betrügerische Vermögensverhehlung und manche andere Schwierigkeiten stellen sich hier oft entgegen.*

wonach ein jeder, im richtigen Verhältnisse, gleich viel abgiebt. Es dem Gutdünken und der Rechtlichkeit der einzelnen Bürger zu überlassen, wie viel ein jeder nach seinen Kräften beitragen wolle a), mögte nur bei hohem und wahren Gemeingeiste rathsam sein; weil sonst der gute Bürger offenbar sich für den schlechten aufopfert. Das Auffinden eines solchen Steuersystemes, das nicht ein Mal zu allen Zeiten und unter allen Umständen auf gleiche Weise paßt b), ist Sache der Politik.

Sehr räthlich ist es für den Staat, bei der Bestimmung der Abgaben, der Art ihrer Vertheilung, Erhebung und Verwaltung, auf irgend eine Weise das Volk

a) Dann würden es wahre *ultra tributa*, *Bedenen*, *Gaben* sein. In einigen deutschen Reichsstädten, besonders solchen, die schon einen reichen Schatz hatten, gab wirklich jeder Bürger nach Gutdünken und zwar so, dass niemand erfuhr, wie viel ein jeder beigesteuert.

b) Es ist namentlich sehr begreiflich, dass die Grundsteuer da, wo der Ackerbau die Hauptbeschäftigung, blühend und durch Zusammentreffen mancher Umstände sehr einträglich ist, weit höher angesetzt werde, als da, wo das Grundeigenthum sich weniger verinteressirt. Eben so wenig lässt sich im Allgemeinen bestimmen, ob die directen oder indirecten Steuern mehr für sich haben.

durch seine Vertreter zuzuziehn. Denn theils dient es zur Beruhigung der Bürger, und beugt allem Mistrauen gegen die Uneigennützigkeit des Staates vor a), theils kann dadurch auch am sichersten diejenige Art der Besteuerung aufgefunden werden, deren Erhebung am wenigsten drückend ist.

§. 343.

B. Anstalten für den Rechtszweck nach Aussen.

Ueberall, wo sich Staatenparticularismus findet, da sind Berührungen der mehreren Staaten untereinander, bald friedliche b), bald feindliche, unvermeidlich. Damit in Collisionen der letzteren Art das unabhängige, freie Dasein des Staates gegen etwaige Angriffe auswärtiger Mächte gesichert werde, bedarf es mancher Anstalten, wodurch der Staat

a) *Montesquieu* bemerkt, dass gerade in den freien Staaten oft weit mehr und härtere Abgaben erhoben werden, als in Despotien. Der Unterschied ist nur der, dass das Volk, wo ihm von der Staatsverwaltung Rechnung abgelegt wird, wo es die Abgaben selbst bestimmt, sie gerne, dort aber mit Widerwillen und Mistrauen zahlt.

b) *Besonders durch Handelsverkehr.*

in den Stand gesetzt wird, die Gesamtheit seiner Bürger in allen Verhältnissen gegen das Ausland mit Nachdruck zu repräsentiren, zu vertreten und zu schützen. Darauf beruht die Kriegsmacht des Staates, das Recht des Oberhauptes, die physischen Kräfte seiner Bürger nöthigenfalls in Anspruch zu nehmen, um die Staatsmacht als eine unüberwindliche darzustellen a). Es ist demnach in der Schlichtung der Streitigkeiten mit andern Staaten, worüber kein äusserer Richter bestellt ist, s. §. 47. jeder Staat sein eigener Richter, d. h. befugt, sein eigenes Urtheil zu exequiren, Kriege zu erklären und Frieden zu schliessen; auch hier ohne Rücksicht auf die vielleicht entgegenstehende Ueberzeugung einzelner Bürger von der politischen Klugheit, Gerechtigkeit und Nothwendigkeit des Krieges.

§. 314.

Die Kriegsmacht kann als Volksbewaffnung, oder als stehendes Kriegsheer organisirt werden. Man hat über den

a) Auch im Innern gegen einzelne, die Ruhe und Ordnung gewaltsam störende Bürger.

Vorzug beider Arten gestritten. Wenn bei einem abgesonderten Kriegerstande die andern Bürger desto ruhiger ihren Gewerben nachgehn können, wenn die Theilung der Arbeit eine solche Scheidung zu verlangen scheint: so entsteht doch dadurch leicht eine schädliche Spannung zwischen dem kriegerischen und nicht kriegerischen Stande, das Volk verweichlicht etwa und selbst der Freiheitssinn und das Vaterlandsgefühl kann unter Umständen dabei erschlaffen. Viel scheint auch hier wieder auf die äussere Lage eines Volkes und Landes anzukommen, auf die nächsten äusseren Umgebungen, auf Character, Geist und Sitte.

§. 345.

Es war nicht sowohl eine Vermehrung der bisher aufgezählten Regierungsgewalten, als eine, durch mannigfach gefühltes Bedürfnis und politische Rücksichten, etwa seit dem 12ten Jahrhunderte nöthig befundene Theilung der Arbeit des Regierens im Staate, dass man noch eine besondere Polizeigewalt und ein Polizeirecht aufstellte. Schon deshalb musste sein Umfang sehr schwankend erscheinen, weil eigentlich alles, wozu die

Polizeigewalt befugt, mit in den übrigen Regierungsgewalten liegt a). Darum kann sie auch zweckmässig nur als ein Anhang, ein Supplement zu diesen, nach ihnen abgehandelt werden.

§. 316.

Es soll nämlich die Polizei bald Hindernisse, die der wirksamen Ausübung der übrigen Regierungsgewalten entgegenstehn b), entfernen, bald durch manche einzelne Anstalten, die meistens unter der Aufsicht besonderer Obrigkeiten stehn, die Wohlfahrt der Bürger im Innern c)

a) Es liegt gewissermaassen schon im Namen. Denn ursprünglich, etymologisch heisst *Polizei*, *πολιτία* alles, was zur guten Einrichtung und Regierung eines Staates gehört.

b) Z. B. Verbot mancher Handlungen, die zwar nicht an und für sich verbrecherisch sind, die aber doch leicht in ihren Folgen Verbrechen veranlassen. Dahin gehören Hazardspiele, liederliche Häuser, geheime Verbindungen u. s. w.

c) Gewöhnlich rechnet man hierher alle Anstalten zur Abwendung der gewöhnlichsten, dringendsten

und nach Aussen a) sichern. Vorzüglich und characteristisch geht die Sorge der Polizei auf Abwendung alles local- und individuell Schädlichen.

Da aber eben darum hier alles, oder wenigstens sehr vieles von besondern Umständen, Oertlichkeiten und andern zufälligen Veranlassungen abhängt, so läßt sich wenig Allgemeines darüber sagen. Auch kann nur das positive-Recht selbst die Grenze zwischen den übrigen Regierungsrechten und der Polizei, also

Gefahren für Leben und Gesundheit der Bürger, Verhütung ansteckender Krankheiten, Sorge für Reinlichkeit der Strassen, Abwendung des Mangels an Lebensmitteln, Verhinderung des Verarmens, und der künstlichen Vertheuerung, Sorge für die wirklich Verarmten, Beförderung der Industrie, besonders auch durch Aufsicht über das Zunftwesen, über dessen wohlthätige oder nachtheilige Wirkungen so viel gestritten worden ist u. s. w.

a) Z. B. Aufsicht über Reisende, besonders damit nicht Vagabunden und Landstreicher den Staat

den Umfang und Wirkungskreis der letzteren genauer bestimmen a)

Dass auch bei Handhabung der Polizei, dieselbe Gleichheit und Rechtsfreiheit der Bürger, worauf sie im Allgemeinen Anspruch haben, gewahrt werden müsse, leidet freilich keinen Zweifel. Aber gerade hier, wo oft ein rasches Durchgreifen nöthig wird, tritt am häufigsten sowohl der Verdacht, als auch wirkliche Gefahr der Willkührlichkeit ein. Der Staat thut daher wohl, wenn er hier so sorgfältig als möglich selbst allen Schein der Willkühr vermeidet, und sich namentlich aller solcher Mittel enthält, die nicht bloß zwischen Staat und Bürgern, so wie unter den Bürgern selbst, ein verderbliches, gegenseitiges Misstrauen hervorbringen,

unsicher machen, manche Beschränkungen (oder Beförderungen des auswärtigen Handels u. s. w.

a) Dahin gehört z. B. der so schwankende Unterschied zwischen Polizeivergehen und eigentlichen Verbrechen.

sondern auch den Staat in den Augen seiner Bürger leicht herabsetzen a).

a) Besonders nachtheilig wirkt alles heimliche Spioniren und Gebrauchen der Bürger gegen einander. Weit zweckmäßiger scheint es, wie Plato will, alle Bürger als solche zu verpflichten zum öffentlichen Angeben alles dessen, was sie für gemeinschädlich halten. Nach den Gesetzen des Charondas soll nicht ein Mal nahe Verwandtschaft von dieser allgemeinen Bürgerpflicht befreien.

Register.

Die Zahlen zeigen den §. an.

A.

Abschreckung. 281.
Achenwall 23.
Action 223.
Adel 138. 139.
Adoption 171.
Advocaten 302.
Aequitas praetoria 102.
Aequivalent 242.
Aeussere Form der Testam. 268.
Algernon Sidney 25.
Allgemeine Volksbildung 274.
Allgemeinheit d. Rechtsätze 87.
Anfang der Erfüllung 234.
Anfang und Ende der menschlichen Existenz 112. u. ff.
Annahme des Versprechens 233.

Anthropologie, juristische 7.
Antichresis 205.
Appellation 298.
Aristocratie 59.
Aristipp 15.
Aristoteles 14. 16. 120. 124.
Armenanstalten 190.
Armuth 135. 180. 277.

B.

Bacon 20.
Bauergüter 206.
Beccaria 23.
Beendigung der Forderungen 223.
Begnadigungsrecht 102. 307.
Beisassen 131.
Belästigende Verträge 239.
Beschädigung 246.

Register.

Besitz 177. 194.

Bestätigung der Verträge 234.

Beute 211.

Beweisverfahren 303 ff.

Bildung des Rechts 86 und ff.

Billigkeit 100.

Blumenbach 117.

Blutrache 279.

Borst 62. 268.

Brandcasse 244.

Bürgerthum 126 u. ff.

Bürgschaft 237. 244.

Büsch 190.

C.

Cabinetsjustiz 296.

Character, juristischer der menschlichen Gattung 110.

Charondas 94.

Christenthum 18.

Cicero 17. 130. 186.

Competenz der Gerichte 297.

Concipirte 113.

Consensus fictus 228.

Constitutionen 66.

Contractsystem, römisches 232.

Conventio in manum 148.

Culpa 249. 289.

Cumberland 22.

D.

Democratie 59.

Despotie 55.

Dingliche Rechte 191. 193 u. ff. an fremden Sachen 202.

Dispensation 156.

Dolus 248. 289.

Donatio propter nuptias 254.

E.

Ehe 145. ff.

Ehehindernisse 149 ff.

Eid 81. 234. 236.

Ehre 133.

Eigenthum 193 ff.

Einfluß der Familienverhältnisse auf das Vermögen 253. ff.

Einreiten 235.

Einstehn für andere 151.

Emphyteusis 205.

Entschädigung 227.

Erbrecht 256. ff.

Erbverträge 269.

Ersitzung 217.

Erwerbung des Eigenthums 210. ff.

Erziehung 161. als öffentliche Anstalt 39. 162.

Ethik 1. 3. 4.

Eudämonismus 23. 34.

Execution d. Urtheils 295.

Register.

F.

Familie 143. ff.
 Familienrath 171.
 Fichte 26. 62. 115.
 Fideicommiss 270.
 Filangieri 25.
 Finanzrecht 308. ff.
 Fischer 44.
 Forderungen 219. ff.
 Form der Verträge 234.
 Formelles Recht 299.
 Fortbildung des Rechts
 272.
 Freiheit 118. ff. politi-
 sche 54. Rechtsfreiheit
 54.
 Freiheitsstrafen 292.
 Fries 277.
 Furcht 229.

G.

Garve 219.
 Gegenstand der Fode-
 rungen 221.
 Gehülfe 290.
 Geld 241.
 Gesamteigenthum 201.
 Gesetz 90.
 Gesetzbücher, neue 66.
 99.
 Gesetzgebungsscommissi-
 on 272
 Geschichte der Rechts-
 philosophie 13. ff.

Geschlechtstrieb 143.
 147.

Gesellschaften 141.
 Gewagte Verträge 239.
 Gewissen, irrendes 282.
 289.
 Gewissensfreiheit 276.
 Gewohnheitsrecht 91. ff.
 Gleichheit 33.
 Gottesurtheil 81. 304.
 Griechen 14.
 Gros 13. 238.
 Grotius 21. 176.
 Grundherrlichkeit 124.
 Grundverträge 42.
 Gundling 23.
 Gütergemeinschaft, uran-
 fängliche 176. unter
 Eheleuten 254.
 Gütergleichheit 178.

H.

Hals - Gerichtsordnung
 182. 284.
 Handschlag 234.
 Hemming 19.
 Hirten 44.
 Hobbes 22.
 Höchstpersönliche Rechte
 259.
 Hufeland 24.
 Hugo 7. 13. 27. und
 öfter.
 Hypothekenbücher 207.
 209.

Register.

I.

Iäger 44.
 Industrie 186.
 Inhalt der Testamente 267.
 Instanzen 298.
 Irrthum 229.
 Juristische Personen 104. ff.
Ius civile, gentium et naturae 17. 128.
 Iustinian 102.
 Iuvenal 51.

K.

Kastengeist 137.
 Kant 10. 26. 117. 269. 291. 309.
 Kauf bricht Miethe 238.
 Kirche 275. ff.
 Krieg 47. 313.
 Kriegsgefangenschaft 119

L.

Landbauer 44.
 Lebensstrafe 291.
 Legate 270
Leges agrariae 180.
 Legislative Gewalt 86.
 Lehen 205.
 Lehnssystem 138.
 Leibeigenschaft 123. 206.

Leibnitz 22. 24. 206.
 Liebe 143.
 Litterarischer Verkehr 99. 277.
 Lokke 25.
 Lotterie 244.
 Lotto 245.

M.

Malthus 151. 190.
 Mannsstamm 270.
 Misheirath 157.
 Miteigenthum 201.
 Möser 296. 299.
 Monogamie 146.
 Montesquieu 25. 44. 83. 154. 312.
 Morgengabe 254.
 Morgenstern 15.
 Morus 20.

N.

Nachdruck 247.
 Naturrecht 5. 97.
 Negersclaverei 125.
Negotia stricti juris 232.
 Nothfall 104. 285.
 Nothwehr 280.
Novae tabulae 180.
 Nutzen der Rechtsphilosophie 11. ff.

Register.

O.

Obervormundschaft 172.
234.

*Obligationes naturales
et civiles* 223.

Occupation 244. 256.

Oeffentliches Recht 70.
73. 271.

Oeffentlicher Unterricht
273.

Oldendorp 19.

Ortloff 17.

P.

Particularismus der Staa-
ten 47.

Particulaire Rechte 47.

Paternität 146. 163.

Persönliche Rechte 89.
192.

Persönlichkeit 109.

Pfandrecht 204.

Pflichttheil 267.

Platon 11. 15. 40. 116.
133. 145. 146. 179.
184. 267. 280. 281.

Plutarch 176. 184.

Politik 16. 63.

Polizeirecht 315 u. 316.

Polybius 94.

Polygamie 146.

Prätoren 92.

Praxis 102.

Prävention 181.

Presfsfreiheit 277.

Privateigenthum 178. ff.

Privatrecht 72.

Privatsclaverei 11. 118.
ff.

Prohibitives Recht 47.
96.

Prozessordnung 299.

Pufendorf 22. 176.

Pythagoras 14.

R.

Racen der Menschen
117.

Recht 28. 68. Allgem.
Classification d. Rechte
107.

Rechtsgeschichte 11.

Rechtssatz, oberster 30.

Regierungsrechte 70. 271.

Reiche 180. ff.

Religion 132. 275.

Richterliche Gewalt 293.

Römer 17.

Rousseau 25.

Rückwirkende Kraft 95.

S.

Sachen 109. dem Ver-
kehr entzogene 195.

Sagibarones 305.

v. Savigny 89.

Schandgemälde 235.

Scheidung 160.

Register.

Schenkung 343.
 Schöffen 305.
 Schonung der Schuldner 224.
 Schrader 272.
 Schrift 234.
 Schulze 13. 238.
 Schwab 197.
 Seeassecuranz 244.
 Selbsthülfe 279. 293.
 Selden 24.
 Separationsrecht 262.
 Servituten 203.
 Socialsystem 22.
 Socrates 14.
 Sophisten 14. 124.
 StehendeKriegsheere 314.
 Stoische Philosophie 17.
Successio per universitatem 260. *singularis* 270.
 Staat 37. ff.
 Staatsamt 135.
 Staatsrecht 271.
 Staatsvermögen 309.
 Standesehre 137.
Status 108.
 Steuersystem 312.
 Stiftungen 113. 270.
 Stimmenmehrheit 58.
Stipulatio 234.
 Strafe 278.
 Strafgesetze 283.
 Strafrecht 278.
 Symbol 275.

T.

Tacitus 148. 152.
 Territorialrechte 89.
 Testamente 267. 269.
 Theilung der Arbeit 186.
 Theocratie 56.
 Theophrast 17.
 Thomasius 23.
 Todesstrafe 291.
 Todte Hand 309.
 Toleranz 132.
 Trennung der Gewalten 62.
 Triebe 34.

U.

Uebergabe 215.
 Uneheliche Kinder 169.
 Ungebohrne 113.
 Unmündige 169. 174. 229.
 Urheber 290.
 Urkunden 304.

V.

Väterliche Gewalt 164.
 Verbannung 129. 291.
 Verbrechen 278.
 Vergleichscommission 294.
 Verjährung 294.
 Verlöbniß 159.
 Vermögen 178.
 Verstorbene 113.

Register.

Versuch 290.	Wiedervergeltung 281.
Verträge 226. ff.	Willenserklärung 228.
Verwandtschaft als Ehe-	Wohlthätige Verträge
hindernis 153.	239.
Vindication 196.	Wohlthätigkeit als
Völkerrecht 50.	Rechtspflicht 190.
Volksbewaffnung 314.	Wolf 24.
Volksvertreter 272. 312.	Wucher 241.
Vormundschaft 168. ff.	

W.

Wahl 60.
Wahnsinnige 170. 229.
Wahrhaftigk. als Rechts-
pflicht 227.
Wechsel. 235.
Weiber 114. ff.
Welker 49.
Wetten 224.

Z.

Zaleucus 94.
Zeitrechnung 195.
Zeugen 234. 304.
Zinsen 241.
Zufall 56. 247.
Zugabe 214.
Zurechnung 288. ff.
Zwang 36. 229.
Zweite Ehe 152.

1821
1822
1823
1824
1825
1826
1827
1828
1829
1830
1831
1832
1833
1834
1835
1836
1837
1838
1839
1840
1841
1842
1843
1844
1845
1846
1847
1848
1849
1850
1851
1852
1853
1854
1855
1856
1857
1858
1859
1860
1861
1862
1863
1864
1865
1866
1867
1868
1869
1870
1871
1872
1873
1874
1875
1876
1877
1878
1879
1880
1881
1882
1883
1884
1885
1886
1887
1888
1889
1890
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897
1898
1899
1900

Marezoll, Gustav Ludwig Theodor,

Lehrbuch des Naturrechts

Giessen 1819

Ph.pr. 799 d

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10041234-1